



ANTRÄGE
DEBATTENKONVENT
5. – 6. NOVEMBER 2022

Mitglieder der Antragskommission

Debattenkonvent 2022

5.- 6. November 2022

Vom Parteivorstand benannte Mitglieder

Vorsitzende

Mitglieder des Parteivorstands

Doris Ahnen
Hubertus Heil
Kevin Kühnert
Bettina Martin
Svenja Schulze
Andreas Stoch
Katarina Barley
Alexander Schweitzer

Von den Landesverbänden und Bezirken benannte Mitglieder

SPD LV Saar

SPD-Bezirk Hessen-Süd

SPD LV Rheinland-Pfalz

SPD BZ Hannover

SPD BZ Hessen-Nord

SPD LV Schleswig-Holstein

SPD LV Brandenburg

SPD LV Sachsen

SPD LV Mecklenburg-Vorpommern

SPD BZ Weser-Ems

SPD LV Bremen

SPD LV Sachsen-Anhalt

SPD LV Berlin

SPD LV Hamburg

SPD LV Thüringen

SPD LV Bayern

SPD LV Baden-Württemberg

SPD BZ Braunschweig

SPD BZ Nord-Niedersachsen

SPD LV NRW

Christian Petry

Dagmar Schmidt

Marco Darius Albers

Timon Gremmels

Sophia Schiebe

Ulrike Häfner

Matthias Ecke

Maik Walm

Daniel Schweer

Karl Bronke

Franca Meye

Fabian Schmitz-Grethlin

Melissa Butt

Lina Seitzl

Kathrin Beste

Der Antragsschluss für den Debattenkonvent am 5. bis 6. November 2022 war satzungsgemäß der 5. September 2022. Nach § 19 des Organisationsstatuts besteht die Antragskommission aus von den Landesverbänden und Bezirken gemeldeten Delegierten und acht vom Parteivorstand zu benennenden Mitgliedern.

Die Antragskommission hat am 10. Oktober 2022 getagt und legt ihre Stellungnahme gemäß § 28 (4) des Organisationsstatuts fristgemäß den Delegierten und antragstellenden Organisationsgliederungen vor.

Über die zurückgestellten Anträge berät die Antragskommission am 6. November 2022.
Für den Inhalt der Anträge sind die jeweiligen Antragstellenden verantwortlich.

Anträge

Inhaltsverzeichnis

PV - Leitantrag

Kap 0/ - Leitantrag Präambel

Kap 0001 Ein Jahrzehnt des Aufbruchs. Ein Jahrzehnt der sozialen Demokratie 20

PV - Leitantrag

Kap 1/ - Leitantrag Kapitel 1

Kap 1001 Kapitel 1 WAS UNS ALS GESELLSCHAFT IM WANDEL STÄRKT

21

PV - Leitantrag

Kap 2/ - Leitantrag Kapitel 2

Kap 2001	Kapitel 2.1 Mission gerechte Klimaneutralität	26
Kap 2002	Kapitel 2.2 Mission demokratische Digitalisierung	29
Kap 2003	Kapitel 2.3 Mission demografischer Wandel und Fachkräftesicherung	31
Kap 2004	Kapitel 2.4 Mission Internationale Ordnung gestalten	32

PV - Leitantrag
Kap 3/ - Leitantrag Kapitel 3

Kap 3001 Kapitel 3 VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT IN DER TRANSFORMATION

35

LT - Leitthemen

LT1 - Der klimagerechte Wirtschaftsstandort Deutschland

LT1001	Verkehrs- und Mobilitätswende jetzt	37
LT1002	Transformation von Bauen für klimaneutrales Wohnen und Arbeiten	41
LT1003	TRANSFORMATION GESTALTEN: menschlich – sozial – ökologisch	42
LT1004	Energiewende bleibt das vorrangige Ziel, aber Energiesicherheit jetzt schaffen!	53
LT1005	Die Weichen für die Mobilitätswende 2030+ stellen – Klimaschutzstrategie gesellschaftlich entwickeln und finanziell gestalten – Nachhaltig, vernetzt und umfassend	55
LT1006	Antrag zum Aufbau einer grünen Wasserstoffreserve in Deutschland	59
LT1007	Aktive Industriepolitik für gute Arbeitsplätze und Zukunftsfähigkeit – als Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit	59
LT1008	Systemwandel der Energieversorgung	67

LT - Leitthemen

LT2 - Die souveräne Gesellschaft in einer digitalisierten Welt

LT2001 Unterstützung auf dem Weg der digitalen Transformation 68

LT2002 Startups: Zentraler Teil unserer Zukunftsfähigkeit 69

LT - Leitthemen

LT3 - Fachkräftesicherung und -Gewinnung stärken in einer modernen Einwanderungsgesellschaft

LT3001	Fachkräftemangel zeitnah lösen	70
LT3002	Ausstieg in Würde!	72
LT3003	Arbeitsbedingungen für Beschäftigte bei Kurier-, Express- und Paketdiensten (KEP) nachhaltig verbessern!	73
LT3004	Arbeit - mobil und geschlechtergerecht	73

LT - Leitthemen

LT4 - Zeitenwende in der internationalen Ordnung und ihre Konsequenzen

LT4001	Zeitenwende gestalten	75
LT4002	Frieden gewinnen – Zukunft gestalten	84
LT4003	Was wir jetzt in Europa tun müssen	89
LT4004	Europäische Resilienz, zivilgesellschaftlicher Dialog und Wege zu einer neuen Friedensordnung	91
LT4005	Eine solidarische und humane Geflüchtetenpolitik in der Europäischen Union und Deutschland	111
LT4006	Hunger bekämpfen – Frieden sichern!	113
LT4007	Istanbul-Konvention	115

Ar - Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Ar001	Mehr Demokratie in der Wirtschaft wagen – Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung!	115
Ar002	Mehr Demokratie in der Wirtschaft wagen – Mitbestimmung im Unternehmen sicherstellen und ausbauen!	116
Ar003	MITBESTIMMUNG STÄRKEN – Installation von Betriebsräten und Jugend- und Auszubildendenvertretung: Besserer Kündigungsschutz für die Gründer*innen	117
Ar004	Kirchliches Arbeitsrecht gemäß Betriebsverfassungsgesetz gestalten	118
Ar005	Das Arbeitsrecht ist nicht teilbar. Das kirchliche Sonderarbeitsrecht beenden.	119
Ar006	Gute Arbeit für alle solidarisch gestalten – Koalitionsvertrag konsequent umsetzen – weitere Perspektiven aufzeigen!	120
Ar007	Reguläre Beschäftigungsverhältnisse stärken - Arbeit auf Abruf verhindern	124
Ar008	Mehr Zeit für das was zählt: Arbeitszeitverkürzung jetzt!	125
Ar009	Neuberechnung der Ausgleichsabgabe bei Nichterfüllung der Schwerbehindertenquote	126
Ar010	Minijobreform jetzt!	126

B - Bildungs, Wissenschaft und Jugend

B001	Rettet das Bundesprogramm "Sprachkitas"	127
B002	Paradigmenwechsel in der Beschäftigung von Wissenschaftler*innen	127
B003	Mehr Wissenschaft & Forschung	128

D - Digitales, Medien und Kultur

D001 Kultur. Macht. Zukunft.

129

F - Familien, Gleichstellung, Senioren, Generations- und Frauenpolitik

F001 Gender impact assessment - (geschlechtersensible Folgenabschätzung) 130

F002 Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin zeitnah einsetzen! 131

G - Gesundheit

G001	Gesundheit vor Profite – für eine gerechte Finanzierung unseres Gesundheitswesens	131
G002	Wegfall der Ökonomisierung und Kommerzialisierung im Gesundheitssektor	134
G003	Keine weiteren Privatisierungen im Gesundheitswesen und der Daseinsvorsorge	134
G004	Verbesserung der land- und hausärztlichen Versorgung	134
G005	Erreichbarkeit von Krankenhäusern garantieren, ländlichen Raum nicht benachteiligen	135

I - Inneres, Recht und Verwaltung

I001	Gesetzesgrundlage für die finanzielle Beteiligung von gewinnorientierten Großveranstaltungen	135
I002	Pfändungsfreibetrag für Kinder bei beiden Elternteilen berücksichtigen	136
I003	Keine Wahlrechtsänderung ohne Parität!	137

S - Soziales

S001	DIE KURSKORREKTUR IN DER RENTENPOLITIK KONSEQUENT FORTSETZEN! Solidarisch und gerecht den Lebensstandard im Alter sichern!	137
S002	Rentenerhöhungen mindestens auf dem Niveau des Inflationsausgleichs	144
S003	Bürgergeld gerecht gestalten!	144
S004	Soziale Lage von Selbstständigen und Kleinunternehmen sowie Künstler*innen verbessern	149

StW - Steuern, Finanzen und Wirtschaft

StW001	Zuschlagskriterien bei der Vergabe der Öffentlichen Hand neu definieren	149
StW002	Die Irrfahrt vor dem Crash beenden - Schuldenbremse aus dem Grundgesetz streichen!	150
StW003	Einführung der Finanztransaktionssteuer in Deutschland	151
StW004	Bundesratsinitiative zur Vermögensteuer und zur Geltendmachung der Einnahmeausfälle	151

U - Umwelt- , Klima-, Verbraucherschutz und Energie

U001 Abschaffung der geltenden Praxis im Internet-Tierhandel

152

W - Wohnen, Stadtentwicklung, Kommunalpolitik

W001	Wohnen muss für Arbeitnehmer*innen bezahlbar sein!	152
W002	Erbbaurecht	153
W003	Bezahlbares und barrierefreies Wohnen im Grundgesetz verankern!	154

O - Organisationspolitik

0001	Wir wollen nicht mehr warten: Innerparteiliches Awareness-Konzept	154
0002	Stabsstelle Gleichstellung der SPD nicht schwächen, sondern stärken	155
0003	Jetzt - Doppelspitze und Parität in Europa für die SPE/PES	156
0004	AGs stärken - Ehrenamt braucht Hauptamt	156
0005	50 Jahrfeier BUKO ASF am 23.3.2023 – Die SPD feiert ihre Frauenorganisation.	157

Antrag Kap 0001: Ein Jahrzehnt des Aufbruchs. Ein Jahrzehnt der sozialen Demokratie

Antragsteller*in:	SPD Parteivorstand
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	PV - Leitantrag Untersachgebiet: Kap 0/ - Leitantrag Präambel
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Debattenkonvent möge beschließen:

1 Ein Jahrzehnt des Aufbruchs. Ein Jahrzehnt der sozialen

2 Demokratie

3 Unsere Missionen für eine gerechte Transformation.

4 Unsere sozialdemokratische Vorstellung einer guten Gesellschaft ist eine **Gesellschaft**
5 **des Respekts**. Eine Gesellschaft, in der wir gemeinsam an einer besseren Zukunft
6 arbeiten – eine Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlicher
7 Wohlstand die Selbstbestimmung der Menschen ermöglichen und stärken. Diese
8 Vorstellung hat auch in einer Zeit rapiden Wandels und multipler Krisen unverändert
9 Bestand.

10 Wir leben in einer Zeit, die von vielfachen **komplexen und globalen Herausforderungen**
11 geprägt ist: dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Corona-Pandemie,
12 gestörten Lieferketten und geopolitischen Spannungen, der sich weiter verschärfenden
13 Klimakrise, dem Artensterben, der Ressourcenknappheit.

14 Selten war das Bedürfnis nach sozialem Zusammenhalt und gesellschaftlicher **Resilienz**
15 so groß wie jetzt. Resilienz bedeutet für uns: als Individuen und als Gesellschaft
16 widerstandsfähig zu sein und **Brücken in die Zukunft** zubauen. Zusammenhalt heißt,
17 diese Brücken **für jede und jeden** zu bauen. Das ist die Aufgabe der Politik:
18 Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie im Wandel stabil zu halten. Aber auch Grenzen
19 aufzuzeigen, da wo der Hass den Dialog dominiert, dort wo sich rechte Gewalt
20 breitmacht.

21 Dafür brauchen wir Konzepte, wie wir die technische, wirtschaftliche, ökologische und
22 die soziale Transformation miteinander verbinden können. Eine Politik, die den
23 gesellschaftlichen Umbau und den sozialen Ausgleich organisiert in der Übereinkunft,
24 dass auch in dem vor uns liegenden Transformationsprozess Zusammenhalt und Respekt
25 tragende Säulen bleiben müssen – und die Menschen im Mittelpunkt.

- 26 Die SPD ist auf dem Weg, ein **transformationspolitisches Programm** zu entwickeln. Im
27 Zentrum stehen vier übergreifende **Missionen**.
- 28 • Der gemeinwohlorientierte Umbau unserer fossilbasierten Gesellschaft und
29 Wirtschaft hin zu gerechter **Klimaneutralität**.
 - 30 • Die Gestaltung des **digitalen Wandels**, so dass er der Emanzipation und
31 Selbstbestimmung der Menschen, ihrer Vernetzung und dem gesellschaftlichen
32 Zusammenhalt dient und zugleich sozial gerecht abläuft.
 - 33 • Die **Bewältigung des demografischen Wandels** und seiner Herausforderungen für die
34 Arbeitswelt, den Fachkräftemangel, für die sozialen Sicherungssysteme und unser
35 Lebensumfeld insgesamt.
 - 36 • Die Schaffung einer **internationalen Ordnung nach der Zeitenwende**, die den
37 Frieden in Europa sichert und die Globalisierung gerecht gestaltet.
- 38 Bis Ende 2023 wollen wir Wege aufzeigen, wie wir diese Missionen als
39 gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Gestaltungsaufgabe übersetzen und wie
40 wir sie für uns als Partei und in der sozialdemokratisch geführten Regierung angehen
41 wollen. Dabei ist unser **Gerechtigkeitsversprechen** der Ausgangspunkt. Die gerechte
42 Verteilung von Chancen, Einkommen und Vermögen ist bei der Gestaltung der
43 Transformation zentral.

Antrag Kap 1001: Kapitel 1 WAS UNS ALS GESELLSCHAFT IM WANDEL STÄRKT

Antragsteller*in:	SPD Parteivorstand
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	PV - Leitantrag Untersachgebiet: Kap 1/ - Leitantrag Kapitel 1
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 6 - 7: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 8: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 10: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 15: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 17 - 18: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 22: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 33: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 38: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 51 - 54: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 67: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 117: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 121: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 125: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 135: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 139 - 140: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Debattenkonvent möge beschließen:

1 **1. WAS UNS ALS GESELLSCHAFT IM WANDEL STÄRKT**

2 Zu den **Grundlagen**, die wir als Gesellschaft benötigen, um Krisen zu bewältigen, uns
3 auf Veränderungen einzulassen und die Transformationen gemeinsam zu gestalten,
4 gehören

- 5 • **Respekt**, den alle gleichermaßen in der Gesellschaft und vonseiten des Staates
6 • ~~erfahren sollen, egal woher sie kommen, ob sie mit oder ohne Behinderung leben,~~
7 ~~welche Tätigkeit sie ausüben, wie sie leben oder wen sie lieben;~~
8 • erfahren sollen, egal woher sie kommen, ob sie mit oder ohne Behinderung leben, welche
9 Tätigkeit sie ausüben, wie sie leben oder wen sie lieben;
10 • eine gerechte ~~Verteilung~~ Verteilung von Einkommen und Vermögen - aber auch von
11 Chancen und
12 Kosten der Transformation;
13 • mitbestimmte, sichere ~~Arbeitsplätze~~ Arbeitsplätze mit guter Bezahlung in
14 mitbestimmten
15 Unternehmen und Sicherheit beim Wandel der Arbeitsplätze;
16 • gerechte **Bildungschancen** ein Leben lang – denn Bildung ist der Schlüssel für ein
17 selbstbestimmtes Leben, für gleichberechtigte Teilhabe an Gesellschaft und
18 Arbeitsmarkt, für Gestaltungs- und Veränderungsmut;
19 • ~~Geschlechtergerechtigkeit~~ Geschlechtergerechtigkeit und die Förderung von
20 Gleichberechtigung, auch damit im
21 Wandel die Kompetenzen aller zum Tragen kommen;
22 • ein starker ~~Sozialstaat~~ Sozialstaat, der einfach zugänglich ist und passgenaue
23 und
24 lebenslagenbezogene Unterstützung in allen Regionen gewährleistet;
25 • soziale **Sicherheit** und individuelle soziale Stabilität durch starke Familien,
26 Gemeinschaften, Städte und Regionen;
27 • individuelle und kollektive **Rechte** auf Schutz und auf Teilhabe;
28 • Möglichkeiten, Veränderungen aktiv ~~mitzugestalten~~ mitzugestalten und eigene
29 Ideen einzubringen;
30 • **Rahmenbedingungen** für ein bezahlbares, barrierefreies und lebenswertes
31 Wohnumfeld für Jung und Alt, für eine aktive Zivilgesellschaft und eine
lebendige **Demokratie**;
• eine **öffentliche Infrastruktur**, die individuelle Entfaltung ermöglicht und die
Voraussetzungen für einen starken Wirtschaftsstandort bildet.
Die Schaffung und die Sicherung dieser Grundbedingungen setzen ein konstruktives
Zusammenwirken verschiedener Akteurinnen und Akteure voraus.
Als **Bürgerinnen und Bürger** unserer Gesellschaft sind wir verbunden durch das
demokratische System, das uns stark macht. Mithilfe zivilgesellschaftlicher

32 Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Bürger*inneninitiativen und sozialer
33 Bewegungen sowie durch die ~~Wissenschaft~~-Wissenschaft können wir Zielkonflikte
benennen, gemeinsame
34 Ziele definieren und die Transformationen im Sinne des Gemeinwohls gestalten. Wir
35 wollen bessere Möglichkeiten schaffen, sich in den Transformationsprozessen zu
36 beteiligen und zu vernetzen, sie mitzugestalten und mitzubestimmen. Nur wer
37 individuell handlungsfähig bleibt, traut sich große, kollektive Veränderungen zu. Wir
38 haben bereits Transformationserfahrungen gemacht, insbesondere in Ostdeutschland. Auf
39 diese Erfahrungen sollten wir zurückgreifen, Erlebnisse teilen und auch gemeinsam aus
40 Fehlern lernen.

41 Als **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** erleben wir, wie sich die Arbeitswelt
42 verändert. Eine integrative und inklusive Arbeitswelt mit guten Arbeitsplätzen und
43 Chancen für alle bleibt eine zentrale Säule für Teilhabe und Zusammenhalt. Dafür ist
44 eine aktive Arbeits- und Wirtschaftspolitik nötig, die faire Löhne und die Stärkung
45 von Sozialpartnerschaft, (Unternehmens-)Mitbestimmung und Tarifbindung umfasst. Dazu
46 gehört, dass der Staat verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für
47 Unternehmen schafft. Gerechte und verlässliche Chancen auf Aus- und Weiterbildung
48 ermöglichen Teilhabe und Resilienz; ein starker Sozialstaat gewährleistet Sicherheit
49 im Wandel. Wir nutzen die Chancen und finden Antworten auf die Herausforderungen, die
50 in orts- und zeitunabhängigem Arbeiten, Plattformarbeit oder dem Einsatz von
51 künstlicher Intelligenz liegen. Deutschland hat ~~eines der besten sozialen~~
52 ~~Sicherungssysteme der Welt und~~ mit der sozialen Marktwirtschaft eines der
53 erfolgreichsten Arbeits- und Wirtschaftsmodelle der Welt, das die Grundlage unseres
54 Wohlstandes ausmacht, sowie eines der besten sozialen Sicherungssysteme.

55 Als **Verbraucherinnen und Verbraucher** sind wir ungleich betroffen von Markt- und
56 Preisveränderungen im Zuge der Transformation. Der reine **Verzicht** oder die
57 individuelle Kontrolle von Konsum ist nicht für alle Bevölkerungsschichten eine
58 leistbare Alternative. Zudem sind es unzulängliche Lösungen für komplexe Probleme wie
59 den Klimawandel oder die Gewährleistung digitaler Souveränität. Vielmehr müssen wir
60 Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzen, überhaupt souveräne
61 Konsumententscheidungen treffen zu können. Um unsere Nachhaltigkeitsziele zu erreichen,
62 müssen wir zudem das verantwortungsvolle Handeln Einzelner durch eine stärkere
63 kollektive Gestaltung der Märkte hin zu Ressourcenschonung, Effizienz, Transparenz
64 und Souveränität unterstützen. Wir setzen auf kollektive Strukturen der
65 Daseinsvorsorge; sie bilden den Rahmen für mündige Verbraucher*innenentscheidungen.

66 Unsere Politik formuliert die Aufgaben eines **missionsorientierten Staates**: Er soll
67 die unterschiedlichen Interessen und ~~Akteure~~Akteur*innen der Gesellschaft im Blick
haben und sie
68 für die nachhaltige Zukunft zusammenführen. Dabei ist der Staat als **Koordinator**,
69 **Regulator** und **Treiber von Investitionen** und Innovationen gefragt. Er muss
70 **Technologieentscheidungen** forcieren und dafür bereit sein, in bestehende Märkte
71 einzugreifen. Ein solches Eingreifen bedeutet die endgültige Überwindung eines
72 neoliberalen Gesellschafts- und Denkmodells, das sich insbesondere im Bereich der
73 Daseinsvorsorge als Irrweg erwiesen hat. Der Staat muss auf all seinen Ebenen **private**

74 **und öffentliche Investitionen** in Richtung nachhaltiger Produkte und Prozesse lenken.
75 Der Aufbau öffentlicher **Infrastrukturen** kann ein wichtiger Impuls zur
76 Strukturentwicklung sein und dafür sorgen, dass der Wandel vor Ort gerecht
77 vonstattengeht. Der Staat muss sicherstellen, dass sich neue **Perspektiven** eröffnen,
78 bevor sich alte schließen und neue Wirtschaftsstrukturen ausgebaut werden, bevor
79 **Engpässe** entstehen.

80 Unsere missionsorientierte Politik wird die Innovationskraft von Wissenschaft und
81 Wirtschaft stärken und dafür sorgen, dass Forschungsergebnisse und Prototypen
82 häufiger den Weg in die Anwendung finden. Ein wichtiges Handlungsfeld liegt darin,
83 die **Innovations- und Implementierungszyklen** zu kürzen. Bildung, Forschung,
84 Entwicklung und die daraus resultierenden Technologien müssen schneller in die
85 großtechnische Anwendung gebracht werden. Neben beschleunigten Planungs- und
86 Genehmigungsverfahren wollen wir die Förderung für **Reallabore** ausweiten und die
87 Transferaktivitäten von Laboren zur **Marktreife** stärken, etwa indem wir
88 Förderstrukturen der öffentlichen Hand verbessern. Durch den vorgezogenen
89 Kohleausstieg sind die betroffenen Kohlereviere zu echten Reallaboren für eine
90 gelingende Transformation geworden. Bund und Länder müssen hier ihre
91 Förderinstrumente zügig weiterentwickeln, um die umfangreichen Fördermittel auch
92 zielgerichtet für einen gelingenden Strukturwandel einzusetzen. Wir wollen **Start-ups**
93 und die **Gründungskultur** noch stärker unterstützen und ihnen aktiv Wege in die
94 Mitbestimmung und Tarifbindung aufzeigen.

95 Mit einer zielorientierten Innovations- und Industriepolitik können wir starke
96 **industrielle Kerne** und nachhaltige Wertschöpfungsketten aufbauen, erhalten und im
97 Wandel mitgestalten. Wir schaffen Marktregeln und einen ordnungspolitischen Rahmen,
98 die es den **Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbrauchern** ermöglichen, nachhaltig
99 zu produzieren und zu konsumieren.

100 Auch auf **regionalen und lokalen Ebenen** streben wir eine aktive gemeinsame Steuerung
101 der Transformationen an. Überlässt der Staat diese Veränderungsprozesse allein dem
102 Markt, verstärken sie die bereits vorhandenen regionalen Ungleichheiten – zwischen
103 Stadt und Land, zwischen Ost und West, Nord und Süd, auf nationaler und
104 internationaler Ebene. Durch die Erfahrungen aus dem **Ruhrgebiet** und dem Wandel in
105 **Ostdeutschland** wissen wir, dass der Staat regionale Wertschöpfungsnetzwerke,
106 Kommunikationen und soziale Daseinsvorsorge aktiv erhalten und ausbauen muss. Nur so
107 ist eine Region weiterhin attraktiv. Voraussetzung für lokale Experimentierräume für
108 soziale Innovationen, die Communitys und Regionen stärken, ist eine bedarfsgerechte
109 Finanzausstattung der Kommunen. Wir arbeiten unverändert an einer Lösung für die
110 Altschulden der besonders finanzschwachen Kommunen: So werden die Kommunen und
111 Regionen befähigt, ihre **eigenen Transformationspfade** zu gestalten.

112 Dazu bedarf es dringend einer Weiterentwicklung der notwendigen staatlichen
113 Förderinstrumente. Dafür ist eine aktive **Regional- und Strukturpolitik** notwendig, um
114 Regionen und Produktionsstandorte zu stärken, die im Zuge des Klimawandels, der
115 Dekarbonisierung, der Digitalisierung oder der Fachkräftesicherung besondere
116 Herausforderungen erleben. Diese regionalen Umbrüche benötigen Expertise der
117 ~~Kommunalpolitiker*innen~~ Kommunalpolitiker*innen und aller Stakeholder vor Ort. Diese

Expertise muss regional

118 gebündelt und genutzt werden. Schließlich muss der Wandel vor Ort funktionieren. Denn
119 hier wird die Transformation im Alltag erlebt, beispielsweise mit Blick auf die
120 Sicherheit von Arbeitsplätzen, die Nahversorgung, schnelles Internet, Mobilität und
121 Infrastruktur für Kinder und Familien und ältere Menschen. Dazu gehört auch die
Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung im Bereich von Gesundheit und
Pflege. Die Corona-Pandemie hat
122 außerdem gezeigt, wie wichtig ein starker öffentlicher Gesundheitsdienst als
123 Steuerungsinstrument für den effektiven Schutz der Bevölkerung und das Funktionieren
124 des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist.

125 Der Megatrend der ~~Urbanisierung~~ Urbanisierung wird weiter anhalten. Und mit ihm und
mit den
126 veränderten Bedürfnissen unserer digitalen, mobilen Welt an das Zusammenleben wachsen
127 die Anforderungen an unsere gebaute Umwelt und ihre öffentlichen Räume für Freizeit,
128 Erholung und soziales Miteinander. Wir werden die Kraft der Städte und Gemeinden für
129 die Transformationsaufgaben wie der Verkehrs-, Bau-, Wärme- und der Klimawende nutzen
130 und Städte und Gemeinden gezielt dabei unterstützen, klimafeste, resiliente und
131 moderne Aufenthaltsorte zu entwickeln.

132 Es bleibt die Aufgabe von Politik, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die die
133 **gesellschaftliche Resilienz** gegen Krisenlagen wie die Corona-Pandemie ganz
134 grundsätzlich verbessern. Dazu gehört es besonders Familien zu stärken und die
135 ~~Institutionen die sie unterstützen. Sie sind eine tragende Säule für den-~~
Institutionen die sie unterstützen. Sie sind eine tragende Säule für den
136 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen die Partnerschaftlichkeit bei der
137 **Familienarbeit** durch mehr Gleichstellung in der Arbeitswelt, ein modernes
138 Steuersystem und durch starke Institutionen für **Betreuung** und **Familienhilfe**. **Damit**
139 ~~Arbeit zum Leben passt, brauchen wir mehr Möglichkeiten atmender Arbeitszeit durch-~~
140 ~~Arbeitszeitverkürzung, insbesondere in unterschiedlichen Lebensphasen.-~~
Arbeit zum Leben passt, brauchen wir mehr Möglichkeiten atmender Arbeitszeit durch
Arbeitszeitverkürzung, insbesondere in unterschiedlichen Lebensphasen.

141 Wir wollen die Grundlagen stärken, die die Menschen benötigen, um selbstbestimmt
142 leben zu können. Eine zentrale Basis ist unser **Bildungssystem**. Bildung, Ausbildung
143 und Weiterbildung sind **emanzipatorische Versprechen** und ein Schlüssel dafür, dass aus
144 Kindern selbstbewusste Erwachsene werden, die souveräne Entscheidungen treffen,
145 Veränderungen mutig anpacken und Krisen meistern können. Wir wollen der
146 **Bildungspolitik** einen neuen Schub verleihen und die soziale Schere bei den
147 Bildungschancen wirksam schließen. Dazu wird auch die Kindergrundsicherung ihren
148 Beitrag leisten. Der Anteil junger Menschen **ohne Schulabschluss** muss verringert
149 werden.

150 Über all diese Akteursgruppen und -ebenen hinweg gilt: Die Gestaltung der
151 Transformation kann nur dann gelingen, wenn alle daran beteiligt sind und nicht durch
152 Zugänge und Preise breite Schichten ausgeschlossen werden. Unsere Vorstellung eines
153 **missionsorientierten Staates** grenzt uns von denjenigen ab, die daran glauben, dass

154 die Gesellschaft vor allem durch entfesselte Marktkräfte und Preissignale
155 zukunftsfähig gestalten könnte.

156 Für die SPD ist Transformation keine Aneinanderreihung von Ereignissen, die über die
157 Menschen hereinbrechen und die sie alleine zu stemmen haben. Transformation ist eine
158 gemeinsame **Gestaltungsaufgabe**, die wir aktiv mit **Selbstbestimmung, sozialem Ausgleich**
159 und **Zusammenhalt** verbinden müssen. Die Menschen müssen als Expertinnen und Experten
160 ihrer Region, ihrer Arbeit und ihres Lebens diese Aufgabe demokratisch übernehmen
161 können. So sind die **Grundwerte der Sozialdemokratie** – Freiheit, Gerechtigkeit,
162 Solidarität – unsere Leitplanken für die Transformation.

Antrag Kap 2001: Kapitel 2.1 Mission gerechte Klimaneutralität

Antragsteller*in:	SPD Parteivorstand
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	PV - Leitantrag Untersachgebiet: Kap 2/ - Leitantrag Kapitel 2
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 4: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 11 - 12: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 18 - 19: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 21: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 24 - 25: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 26: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 30: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 31: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 33:

Der Debattenkonvent möge beschließen:

1 2. Herausforderungen annehmen, Zukunft gestalten

2 2.1 Mission gerechte Klimaneutralität

3 Fossile Ressourcen und die auf ihnen beruhenden Prozesse waren in den vergangenen 250
4 Jahren Grundlage unseres **Wohlstands**Wohlstands. Ihre Zeit geht zu Ende: Was einst
unsere

5 Arbeits- und Lebensweise begründete, schadet Mensch und Natur, schafft Abhängigkeiten
6 und führt zu sozialen Verwerfungen. Das **Pariser Klimaabkommen** gibt uns den Weg vor:
7 Wir müssen fossile Energieträger, Infrastrukturen und Technologien ersetzen – und
8 dass innerhalb einer Generation!

9 Die Dekarbonisierung ist Chance und Herausforderung zugleich. Richtig gemacht, wird

10 sie zu mehr **Selbstbestimmung** und **Resilienz** sowie zu mehr Wertschöpfung und
11 Beschäftigung führen. Die beherrzte Nutzung der reichen Quellen Erneuerbarer Energien
12 in Deutschland begreifen wir als große Chance für wirtschaftliches Wachstum.

Kurzfristig verstärkte Nutzung fossiler Energien im Zuge des russischen
Angriffskrieges auf die Ukraine dürfen nicht zu langfristigen Lock-in-Effekten
fossiler Energieträger führen.

13 Deutschland ist ein **starkes Technologie- und Innovationsland**. Das hat zuletzt die
14 schnelle Entwicklung von Impfstoffen gegen das Corona-Virus gezeigt. Das enge
15 **Zusammenwirken** von Akteur*innen auf verschiedenen Ebenen wollen wir in Zeiten der
16 sozial-ökologischen Transformation weiter ausbauen – mit Fokus auf nicht-fossilen
17 Technologien und Prozessen.

~~18 Die Grundlage der nachhaltigen Gesellschaft ist die Produktion, Nutzung und
19 Speicherung erneuerbarer Energien. Wir müssen die industrielle Produktion von und die~~

Die Grundlage der nachhaltigen Gesellschaft ist die Produktion, Speicherung und
konsequente Nutzung der nahezu unerschöpflichen Erneuerbaren Energien. Wir müssen die
industrielle Produktion von und die

20 Energieerzeugung aus Wind-, Solar- und Wasserkraft massiv ausbauen sowie schnelle
21 Schritte in die nachhaltige Wasserstoffwirtschaft gehen. Neben der Produktion von
Strom muss unseren Wärmebedarf aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden.
Entscheidend hierbei ist die Rolle der Kommunen bei der dezentralen Energie- und
Wärmeplanung, die es zu unterstützen gilt.

Die Energiewende muss so gestaltet

22 werden, dass Bürgerinnen und Bürger, Gemeinden und Unternehmen, die in Erneuerbare
23 investieren, viel direkter davon profitieren. Darüber hinaus werden wir den

~~24 gesellschaftlichen~~ Dialog über die Rolle und Nutzung von ~~Technologien wie~~
25 ~~Carbon-Capture-and-Usage und Carbon-Capture-and-Storage (CCU und CCS) und deren~~
Kohlenstoff im Industriebereich sowie

~~Einsatz im Industriebereich sowie~~ die Abwägung verschiedener technologischer Risiken
27 führen.

28 Wir treiben die **Verkehrswende** durch die **Elektromobilität, Ladeinfrastruktur** und den
29 Einsatz von grünem Wasserstoff sowie den Ausbau der Infrastruktur für den Fuß-, Rad-
30 und Schienenverkehr voran. ~~Entscheidend hierbei ist die Rolle der Kommunen bei der~~ Wir
werden den öffentlichen Personen Nahverkehr als Rückgrat der Mobilitätswende ausbauen
und das Angebot insbesondere auf der letzten Meile verbessern.

~~dezentralen Energie- und Wärmeplanung, die es zu unterstützen gilt.~~ Wir verstehen
32 Mobilität als Aspekt sozialer Teilhabe und setzen uns deshalb für deutlich niedrigere
33 Preise im öffentlichen Nah- und Fernverkehr und ein Angebot für Stadt und Land ein.

34 Um Versorgungssicherheit beim Ausbau der Erneuerbaren Energien zu gewährleisten
35 betreiben wir eine aktive Industriepolitik, damit möglichst viel Wertschöpfung und
36 industrielle Produktion von Erneuerbaren Energien in Deutschland und der EU gehalten
37 und aufgebaut werden. Wir müssen alle Potenziale der **Ressourceneffizienz** erschließen
38 und mittels Ordnungsrecht in die großflächige Umsetzung der **Kreislaufwirtschaft**
39 kommen. Hierfür sind neue industrielle Verbünde, **Recyclingsysteme** und -märkte

40 notwendig. Neue Geschäftsmodelle wie die **Sharing Economy** wollen wir im Sinne von
41 Ressourcenschonung unterstützen. Zusätzlich müssen wir Resilienz durch eine
42 vorausschauende Technologie- und Rohstoffstrategie schaffen, damit wir
43 Wertschöpfungsketten in Europa halten und ausbauen können.

44 Auch in der **Landwirtschaft** und Tierhaltung stehen große Veränderungen bevor: Mit
45 einer neuen **Ernährungsstrategie** und einer verpflichtenden staatlichen
46 **Tierhaltungskennzeichnung** gehen wir entscheidende Schritte bereits in dieser
47 Legislaturperiode an. Wir setzen die Empfehlungen der Zukunftskommission
48 Landwirtschaft und des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung um. Der **Gebäudesektor** und
49 die gesamte Baubranche bergen erhebliche CO₂-Einsparpotenziale. Wir legen den
50 Schwerpunkt auf wirtschaftliche Maßnahmen zur CO₂-Einsparung, den Einsatz
51 klimafreundlicher Materialien, Senkung des Energieverbrauches und den vollständigen
52 Einsatz erneuerbarer Energien. Wir werden dafür die Lebenszykluskosten verstärkt in
53 den Blick nehmen und nachhaltiges Bauen befördern, ohne dabei die dringend notwendige
54 Bezahlbarkeit aus dem Blick zu verlieren. Das größte Einsparpotential von CO₂ im
55 Bausektor liegt im Gebäudebestand. Wir legen einen Schwerpunkt auf Gebäudesanierung,
56 einschließlich die Gewinnung der dazu benötigten Fachkräfte und Material.

57

58 Die sozial-ökologische Transformation muss mit einer Politik für **gleichwertige**
59 **Lebensverhältnisse** verbunden sein. Insbesondere die **Energiemärkte** müssen den Zielen
60 Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und schnellerem Ausbau von nicht-fossilen
61 Energien angepasst werden. Wir ermöglichen die stärkere Beteiligung der Bürgerinnen
62 und Bürger an der Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien unter anderem durch
63 kommunale Beteiligungsmodelle und Zukunfts-Anleihen. Durch den Ausbau erneuerbarer
64 Energieinfrastrukturen, neue **Ansiedlungspunkte** für Industrien, stärkere europäische
65 Kooperation sowie die Stärkung der sozialen Daseinsvorsorge können regionale nicht-
66 fossile Wirtschaftsstrukturen auf- und ausgebaut werden. Wir entwickeln eine
67 **Strategie für die ländlichen Räume**, einschließlich eines leistungsfähigen
68 öffentlichen **Nah- und Fernverkehrs**.

69 Auch in der Außen- und Entwicklungspolitik setzen wir die gerechte Klimaneutralität
70 und die Schaffung von resilienten Wertschöpfungsstrukturen ins Zentrum: Wir
71 entwickeln eine Klimaaußenpolitik, die unsere nationalen Transformationsziele mit den
72 Bedarfen der global nachhaltigen Entwicklung verbindet. **Sozialdemokratische**
73 **Klimaaußenpolitik** ist nicht nur *Green Transition*, sondern *Just Transition*. Dabei sind
74 die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDG) unser Leitfaden. Wir wollen
75 **menschenwürdige Arbeitsplätze** in ökologisch relevanten Zukunftsbranchen schaffen, und
76 wir unterstützen die Schaffung von sozial ausgestalteten Sicherungssystemen,
77 einschließlich **Klimarisikoversicherungen** für vulnerable Gruppen, beispielsweise
78 **Kleinbäuerinnen und Kleinbauern**. Die effektive Umsetzung der ökologischen
79 Verantwortung und der Achtung der **Menschen- und Arbeitnehmer*innenrechte** in den
80 globalen **Lieferketten** ist Aufgabe für Unternehmen und Staaten zugleich. In dem von
81 Deutschland initiierten **internationalen Klimaclub** wollen wir das Projekt eines
82 klimaneutralen Industriesektors gemeinsam mit anderen Staaten voranbringen und uns
83 für faire internationale Rahmenbedingungen für die Transformation stark machen. Die

- 84 **Landwirtschaft** ist ein besonderer Sektor, in dem stärkere internationale
85 Zusammenarbeit dringend notwendig ist. Hier kann durch technische und soziale
86 Innovationen die **Anpassungsfähigkeit** des globalen Südens wie Nordens an den
87 Klimawandel gestärkt werden.

Antrag Kap 2002: Kapitel 2.2 Mission demokratische Digitalisierung

Antragsteller*in:	SPD Parteivorstand
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	PV - Leitantrag Untersachgebiet: Kap 2/ - Leitantrag Kapitel 2
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 10: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 36: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 66 - 67: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Debattenkonvent möge beschließen:

1 **2.2- Mission demokratische Digitalisierung**

2 Parallel zu den sozial-ökologischen Veränderungen führten und führen **Automatisierung**
3 und insbesondere die Digitalisierung zu tiefgreifenden Veränderungen in Gesellschaft
4 und Wirtschaft.

5 Technologie ist **kein Selbstzweck**. Sie muss das Leben der Menschen besser machen – das
6 ist unser Anspruch an die **Digitalisierung**. Sie kann und soll dafür eingesetzt werden,
7 Effizienz, Ressourcenschonung und Chancengleichheit zu fördern. Digitale Systeme
8 sollen dezentral, vernetzt und demokratisch gestaltet sein, damit sie allen Menschen
9 dienen und nicht einigen wenigen Konzernen. Grundlegend hierfür ist die Verteidigung
10 der digitalen Bürgerrechte und der Datensouveränität aller Bürgerinnen und Bürger.

11 Um das zu erreichen, brauchen wir einen **Paradigmenwechsel** im Umgang mit digitalen
12 Technologien. In der **Digitalpolitik** und bei digitalen Innovationen sollen das
13 **Gemeinwohl** sowie die Grund- und Freiheitsrechte der im Mittelpunkt stehen. Es geht um
14 eine Demokratisierung der Chancen der Digitalisierung, ihres Einsatzes in den
15 Lebenswelten der Menschen und ihrer materiellen Erträge. Wir streben an, die „
16 **digitale Dividende**“ für mehr **Gerechtigkeit**, für eine bessere **Balance von Arbeit und**
17 **Leben** sowie für Freiräume für soziales Engagement zu nutzen. Wir wollen, dass die
18 **Zivilgesellschaft** zum Motor dieser demokratischen Digitalisierung wird, und dass sie
19 die Digitalität für ihr Zusammenwirken nutzen kann. Dafür braucht sie einen Raum für
20 Diskurs und Vernetzung, der frei von kommerziellen Interessen ist. Das sind
21 beispielsweise **öffentlich-rechtlich organisierte soziale Plattformen**. Der Schutz des

22 Grundrechts auf Privatsphäre und der Vertraulichkeit der Kommunikation muss im
23 Mittelpunkt stehen, sodass es nicht zu einer Kommerzialisierung personenbezogener
24 Daten kommt. Dazu gehören essentielle Schutzkonzepte, wie insbesondere
25 Datensparsamkeit, Ende-zu-Ende Verschlüsselung, Anonymisierung und die Verwendung von
26 aggregierten Daten vorantreibt.

27 Eine Voraussetzung dafür ist Augenhöhe mit der Wirtschaft. Es ist eine
28 Gestaltungsaufgabe für den Staat, diese Augenhöhe zu ermöglichen, indem er die nötige
29 Infrastruktur und Regeln schafft. Der Staat muss in seiner eigenen **Datenpolitik** mit
30 einem breiten Zugang im Sinne von *Open Data* als Vorbild vorangehen; er muss eine
31 Kultur des **Datenteilens** fördern, die Pflichten für Wirtschaft und Staat umfasst und
32 Bürgerinnen und Bürger vor Überwachung und Profiling sämtlicher Akteur*innen schützt.
33 Insbesondere sollten die Gesetzesvorhaben, die Grund- und Freiheitsrechte der
34 Menschen einschränken in einer Überwachungsgesamtrechnung miteingezogen werden, um die
35 Balance zwischen Sicherheit und Freiheit zu gewährleisten. Wir wollen
36 **Datentreuhänder*innen** Datentreuhänder fördern und die **Datenwirtschaft** so organisieren,
37 dass sie einer
38 stärkeren demokratischen Kontrolle unterliegt. Mit Gesetzen wie dem **Digital Services**
39 **Act** und der Perspektive, dass digitale Infrastrukturen **öffentliche Güter** sind,
40 stärken wir die Rechte der Einzelnen sowie unsere digitale Souveränität in einer
41 globalisierten digitalen Welt.

42 Zu den besonderen Stärken Deutschlands gehörte lange Zeit eine gut ausgebaute
43 Infrastruktur. Aktuell stehen wir vor einem gewaltigen **Investitionsstau**. Wir brauchen
44 jetzt ein umfassendes **Infrastruktur-Modernisierungsprogramm**, mit Fokus auf
45 Stromnetzen, Schienen und Sanierung von Straßen sowie auch auf **4G-** und **5G-Netzen**. Es
46 braucht gleichwertige digitale Lebensverhältnisse und Teilhabe – in Stadt und Land,
47 Ost und West, bis an jede Milchkanne. Wir setzen uns ein für einen
48 Digitalisierungsschub in der **öffentlichen Verwaltung**, in den **Schulen** und im
49 **Gesundheitswesen**. Wir wollen digitale **Basistechnologien** wie **künstliche Intelligenz**,
50 das maschinelle Lernen, das **Cloud-** und **Quantencomputing** schneller voranbringen, ohne
51 dabei auf Sicherheitsaspekte zu verzichten und hohe, diskriminierungsfreie
52 Qualitätsanforderungen an die Datenerhebung stellen. Dafür brauchen wir eine Stärkung
53 der **digitalen Industriepolitik**. Kleinere und mittelständische Unternehmen (**KMU**)
54 müssen als Rückgrat der Wirtschaft mehr Unterstützung bekommen, um die digitalen
55 Potenziale umsetzen zu können.

56 Eine sozialdemokratische Innovationspolitik stellt immer die Menschen ins Zentrum:
57 Die gleichberechtigte Teilhabe und die individuellen Grundrechte müssen gewahrt
58 bleiben. Um die digitale Souveränität von Bürgerinnen und Bürgern, Beschäftigten
59 sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern zu stärken, brauchen wir durchsetzungsfähigen
60 Datenschutz. Ein starker **europäischer Rechtsrahmen** mit einer effektiven Durchsetzung
61 ist notwendig und wir müssen entschlossen darauf hinarbeiten, dass Europa ein eigenes
62 **Wirtschaftsmodell** für das digitale Zeitalter entwickelt, ein Modell, das unseren
63 Werten und unserer Gesellschaftsvision entspricht.

64 Europa hat die Chance, mit Innovationen, strategischen Partnerschaften und modernen
65 Infrastrukturen zum **Leitmarkt** für zentrale Zukunftstechnologien zu werden. Dafür

65 braucht es aber mehr gemeinsame europäische Planung und Finanzierung von
66 ~~großtechnischen digital- und transformationspolitischen Innovations- und~~
67 ~~Investitionsprojekten.~~ digital- und transformationspolitischen Innovations- und
68 Investitionsprojekten. Wir brauchen dringend eine technikpolitische
69 **Resilienzstrategie**, auch um unsere eigenen Fähigkeiten in Schlüsselbranchen – wie
70 Halbleiter- und Chipherstellung sowie Softwareentwicklung – zu stärken. Dies ist
71 nicht zuletzt mit Blick auf den zunehmenden internationalen **Systemwettbewerb**
notwendig.

Antrag Kap 2003: Kapitel 2.3 Mission demografischer Wandel und Fachkräftesicherung

Antragsteller*in:	SPD Parteivorstand
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	PV - Leitantrag Untersachgebiet: Kap 2/ - Leitantrag Kapitel 2
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 12: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 24: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 30: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 31: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 39: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 40 - 42: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 **2.3 Mission demografischer Wandel und Fachkräftesicherung**
- 2 Auch der **demografische Wandel** stellt unsere Wirtschaft und Gesellschaft sowie die
- 3 sozialen Sicherungssysteme vor Herausforderungen. Insbesondere der zunehmende
- 4 **Fachkräftemangel** ist eines der schwerwiegendsten **Hemmnisse** der wirtschaftlichen und
- 5 gesellschaftlichen Entwicklung. Produktivitätssteigerungen in allen Sektoren ist
- 6 zentral, um unsere Transformationsziele ressourcenschonend und vor dem Hintergrund
- 7 des demografischen Wandels zu erreichen.
- 8 Wir müssen neue Fachkräfte gewinnen und die Fachkräfte von heute auf die
- 9 Herausforderungen von morgen vorbereiten. Die sozialdemokratisch geführte
- 10 Bundesregierung hat bereits wichtige Instrumente für ein auf Transformation
- 11 ausgerichtetes Aus- und Weiterbildungssystem vorgelegt. Hierzu gehören das
- 12 ~~Qualifizierungsgeld, die Bildungszeit, Bildungszeit, Arbeitslosengeld Q sowie~~
Qualifizierungsgeld, die Bildungszeit, Bildungszeit, Ausbildungsplatzgarantie,
Arbeitslosengeld Q sowie
- 13 eine **Fachkräftestrategie**. Bildungsangebote sollen stärker an den Bedürfnissen

14 **Berufstätiger** ausgerichtet werden. Mit den deutlich verbesserten Möglichkeiten zur
15 Aus- und Weiterbildung leistet auch das neue **Bürgergeld** einen wichtigen Beitrag zur
16 Fachkräftesicherung. Zur effektiven **Umsetzung** dieser Maßnahmen braucht es
17 entsprechende Strukturen und mehr Vernetzung zwischen Berufsschulen, Fachhochschulen,
18 Universitäten und Unternehmen. Regionale **Transformationscluster** und -agenturen sowie
19 Weiterbildungsverbänden können helfen, die Akteure vor Ort im Sinne regionaler
20 Fachkräftesicherung zusammenzuführen.

21 Gerade angesichts des Fachkräftemangels müssen die **Arbeits- und**
22 **Ausbildungsbedingungen** attraktiver werden. Hierzu gehören höhere Löhne, eine bessere
23 Vereinbarkeit von Familie und Beruf, familienfreundliche Arbeitsplätze, die Stärkung
24 ~~von Tarifbindung und Mitbestimmungsstrukturen sowie ein besserer Arbeitsschutz. Nicht~~
von Tarifbindung und Mitbestimmungsstrukturen sowie ein besserer Arbeitsschutz. Nicht
25 nur für die Fachkräftesicherung, sondern vor allem für die Geschlechter- und
26 Chancengerechtigkeit ist es zentral, dass es Frauen ermöglicht wird, ihre
27 Erwerbsarbeit nach ihren Vorstellungen auszuweiten. Der ungerechte **Gender-Pay-Gap**,
28 muss abgebaut, steuerliche Fehlanreize beseitigt werden. Dazu braucht es einen
29 Rechtsanspruch auf eine gebührenfreie und gute Bildung und Betreuung.

30 Wir müssen die ~~Anerkennung~~ Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen
erleichtern. Wir
31 brauchen ein faires und fortschrittliches ~~Einwanderungsrecht~~ Einwanderungsrecht und
müssen
32 Kettenduldungen effektiv beenden. Denn wir sind zunehmend auf Menschen angewiesen,
33 die dringend benötigte Qualifikationen mitbringen oder bei uns erwerben. Deshalb soll
34 Menschen baldmöglichst ein Einstieg in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt ermöglicht
35 werden, auch wenn ihr Aufenthaltsstatus noch nicht final geklärt ist.

36 Um die Leistung erfahrener und lebensälterer Beschäftigter zu erhalten, müssen
37 Arbeitsplätze altersgerecht gestaltet sein. Arbeitszeitmodelle, die Wahlarbeitszeiten
38 ermöglichen, können dazu ebenso einen Beitrag leisten wie ein starkes Netzwerk aus
39 ~~Gesundheitsprävention und Arbeitsschutz. Der allgemeine Arbeitsmarkt und die~~
Gesundheitsprävention und Arbeitsschutz. Der allgemeine Arbeitsmarkt und die
40 ~~Sicherung des Fachkräftemangels ist so zu gestalten, dass durch entsprechende~~
41 ~~Qualifizierungs- und Förderinstrumentarien Menschen mit Behinderungen mit ihrer~~
42 ~~fachlichen Expertise ihren Platz und Aufstiegschancen finden.~~
Sicherung von Fachkräften ist so zu gestalten, dass durch entsprechende Qualifizierungs- und
Förderinstrumentarien Menschen mit Behinderungen mit ihrer fachlichen Expertise ihren
Platz und Aufstiegschancen finden.

Antrag Kap 2004: Kapitel 2.4 Mission Internationale Ordnung gestalten

Antragsteller*in:

SPD Parteivorstand

Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	PV - Leitantrag Untersachgebiet: Kap 2/ - Leitantrag Kapitel 2
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 32: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 53: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 66 - 68: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 69: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 71 - 73: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Debattenkonvent möge beschließen:

1 **2.4.-Mission: Mission Internationale Ordnung gestalten**

2 Seit einigen Jahren nehmen Herausforderungen in der internationalen Politik zu, die
3 nach neuen Antworten verlangen. Die **Corona-Pandemie** mit ihren weitreichenden Folgen
4 für Gesundheitssysteme, die globale Wirtschaft und Lieferketten wirkte wie ein
5 Brennglas für bereits existierende oder sich anbahnende Konflikte im internationalen
6 System. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die **Ukraine** hat Russland auf
7 brutale Weise die europäische Friedensordnung und vermeintliche Gewissheiten der
8 internationalen Zusammenarbeit erschüttert. Der Einmarsch markiert eine **Zeitenwende**,
9 die uns zu einer **Neubewertung** unserer Rolle in Europa und der Welt herausfordert.

10 Das wichtigste internationale Projekt Deutschlands ist die weitere Integration und
11 Stärkung der **Europäischen Union**. Der sichtbare Zusammenhalt und die gelebte
12 Solidarität in der EU ermöglichen uns, die Herausforderungen gemeinsam zu meistern.
13 Damit behauptet sich Europa als **Alternative** gegenüber Autokratien und Diktaturen
14 selbstbewusst. Allerdings sind die gemeinsamen Werte der Europäischen Union von
15 inneren wie von außen bedroht. Wir stellen uns denen in den Weg, die **Demokratie und**
16 **Rechtsstaatlichkeit in der EU** abbauen wollen und werden alle Mittel nutzen, um diese
17 zu **verteidigen**. Wir rufen alle Demokratinnen und Demokraten insbesondere aus der
18 konservativen Parteienfamilie auf, sich hier klar von antidemokratischen Kräften
19 abzugrenzen.

20 Wir wollen, dass Europa sein Erweiterungsversprechen einlöst und sich reformiert. Die
21 Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen ist ein Gewinn an Handlungsfähigkeit, kein
22 Verlust an Souveränität.

23 Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ein hohes Maß an **Vertrauen**
24 erarbeitet. Mit diesem Vertrauen geht auch die **Erwartungshaltung** einher, dass
25 Deutschland mehr Verantwortung und auch einen Führungsanspruch übernimmt. In vielen
26 internationalen Debatten steht Deutschland immer mehr im Mittelpunkt. Daher ist es
27 richtig und wichtig, dass Deutschland eine **starke Führungsrolle** einnimmt und in enger
28 Kooperation mit unseren europäischen Nachbarn ein souveränes, resilientes und sozial
29 gerechtes Europa vorantreibt. Aus diesem starken Europa heraus muss Deutschland mehr

30 Verantwortung für eine sozial gerechte und friedliche Globalisierung übernehmen. Zu
31 einer Führungsrolle gehört für uns auch, die Erfahrungen und Meinungen unserer
32 ~~internationalen Partner*innen~~ internationalen Partner*innen insbesondere in der EU
noch stärker als bisher
33 einzubeziehen, um im Austausch mit ihnen gemeinsam unsere Ziele zu erreichen. Wir
34 setzen uns für eine weitere **Erweiterung und Vertiefung** der Europäischen Union ein –
35 dies umfasst auch notwendige Anpassungen der Verträge, um die Handlungsfähigkeit der
36 Europäischen Union zu erhalten und zu verbessern. Hierüber wollen wir in Deutschland
37 wie auch in Europe notwendige Debatten anstoßen und führen.

38 Das Ziel, Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen, ist gesteckt. Wir
39 wollen die demokratische Digitalisierung vorantreiben und zum wirtschaftlichen und
40 sozialen Erfolgsmodell machen. Nun gilt es, **Innovationen** zu schaffen und **Standards** zu
41 setzen, die dazu beitragen, dass diese Transformationen auch sozial gerecht gestaltet
42 werden. Wenn wir zeigen, dass beides zusammengeht – Nachhaltigkeit und Wohlstand –,
43 dann ermutigen wir als **starkes Zentrum** andere Länder und Regionen, diesen
44 Entwicklungspfad mitzugehen.

45 Die Herausforderungen der globalisierten Welt sind vielschichtig, und kein Staat kann
46 sie allein meistern. Dafür brauchen wir neue **Partnerschaften** und **Kooperationen**. Viele
47 Staaten im globalen Süden haben sich von den Verheißungen liberaler Demokratien
48 abgewendet, weil sie ihre Erwartungen nicht erfüllt sahen. Diese Lücken haben
49 zunehmend andere Länder wie **China** oder Russland gefüllt, die neben Technologien und
50 Infrastrukturen auch ihre autoritären Gesellschaftsmodelle mit exportieren. Diese
51 Entwicklung fordert uns heraus. Wir wollen aktiv auf die Länder des **globalen Südens**
52 zugehen, um Angebote der Kooperation und der tatsächlich gegenseitig gewinnbringenden
53 Transformation zu machen. Wir bauen unsere Zusammenarbeit auf drei Ebenen auf: die
kurzfristige Unterstützung bei akuten Herausforderungen wie in der aktuellen
Ernährungskrise, die Zusammenarbeit beim Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele
und die Partnerschaft mit den Ländern des globalen Südens auf multilateraler Ebene
für eine klimaneutrale, sozial- und geschlechtergerechte Gesellschafts- und
Wirtschaftsordnung. Das europäische Modell einer vertrauenswürdigen **Vernetzung**
54 in Partnerländern ist langfristig angelegt und entspricht den Interessen und Werten
55 der EU: **Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte** sowie internationale Normen und
56 Standards. Darüber hinaus brauchen wir unterschiedliche **Sphären der Kooperation**: Mit
57 nicht-demokratischen Staaten bilden wir zwar keine Wertegemeinschaft, doch
58 zielgerichtete Kooperation bleibt unerlässlich. Globale Herausforderungen wie der
59 Kampf gegen die Klimakrise, gegen globale Pandemien, gegen nukleare Proliferation
60 oder für Steuergerechtigkeit lassen sich nur global lösen. Die Globalisierung braucht
61 klare Regeln und Ziele – ausgehandelt von globalen Institutionen.

62 Russlands Angriff auf die Ukraine hat uns mit Deutlichkeit vor Augen geführt, dass zu
63 den Grundlagen einer kraftvollen Friedenspolitik auch **militärische Fähigkeiten** sowie
64 strategische Allianzen gehören. Nur aus eigener Stärke heraus können wir für Frieden
65 und Menschenrechte eintreten. Das heißt aber nicht, alles Bisherige über Bord zu
66 ~~werfen: Wir sind davon überzeugt, dass die erfolgreichsten Mittel der Konfliktlösung~~
67 ~~und der Konfliktprävention **Diplomatie, internationale Abkommen und**~~

- 68 ~~Abrüstungsinitiativen sowie das Völkerrecht, Entwicklungszusammenarbeit und~~
werfen: Wir sind davon überzeugt, dass der erfolgreichsten Mittel der Konfliktlösung und
Konfliktprävention das Zusammenspiel durch den vernetzten Ansatz von Diplomatie,
Entwicklungs- und Sicherheitspolitik ist, unterstützt durch internationale Abkommen und
Abrüstungsinitiativen sowie das Völkerrecht, Entwicklungszusammenarbeit und
69 ~~Multilateralismus sind.~~ Das ist unser sozialdemokratisches Selbstverständnis,
aufbauend auf einer feministischen Entwicklungs- und Außenpolitik,
70 basierend auf unseren Erfahrungen und internationalistischen Überzeugungen.
71 ~~Um außenpolitisch handlungsfähig zu bleiben, braucht unsere Volkswirtschaft breitere-~~
72 ~~und resilientere Liefernetzwerke. Wir können nur dann glaubhaft verhandeln, wenn-~~
73 ~~gestörte Lieferketten Deutschlands Wirtschaft nicht lahmlegen können.~~
Um außenpolitisch handlungsfähig zu bleiben, braucht unsere Volkswirtschaft breitere und
resilientere Liefernetzwerke. Wir können nur dann glaubhaft verhandeln, wenn gestörte
Lieferketten Deutschlands Wirtschaft nicht lahmlegen können.

Antrag Kap 3001: Kapitel 3 VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT IN DER TRANSFORMATION

Antragsteller*in:	SPD Parteivorstand
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	PV - Leitantrag Untersachgebiet: Kap 3/ - Leitantrag Kapitel 3
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 9: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 13 - 14: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 28: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 30: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 31: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 33 - 34: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 56 - 57: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 60: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Debattenkonvent möge beschließen:

1 3. VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT IN DER TRANSFORMATION

- 2 Bei allen genannten Missionen gilt: Nur wenn grundlegende **Gerechtigkeitsversprechen**
3 eingehalten und persönliche Risiken abgesichert werden, gelingt die gerechte
4 Gestaltung der Transformation. Wir setzen das **Befähigen** und **Ermächtigen** der Einzelnen
5 ins Zentrum unserer Transformationspolitik. Die Voraussetzungen der Einzelnen sind
6 sehr unterschiedlich und das müssen wir bei der Lastenverteilung in der Gesellschaft
7 berücksichtigen.

8 Denn eine Gesellschaft, in der Vermögensaufbau weitgehend über das Erben
9 funktioniert, wird immer weiter auseinanderdriften. Eine ~~gerechte Vermögensverteilung~~
gerechte Vermögensverteilung
10 ist eine Gelingensbedingung für gerechte und produktive Transformation. Deswegen
11 braucht es den Einsatz vermögensbezogener steuerlicher Verteilungsinstrumente.
12 Durch die Weiterentwicklung unseres Sozialsystems – etwa durch das neue **Bürgergeld**,
13 ~~das Wohngeld Plus oder perspektivisch einem Energiebonus als einem sozialen Ausgleich~~
14 ~~für höhere Preise auf fossile Energien – trauen wir uns als Gesellschaft die großen~~
das Wohngeld Plus oder perspektivisch neue Instrumente für den sozialen Ausgleich für
höhere Energiepreise– trauen wir uns als Gesellschaft die großen
15 Veränderungen zu.
16 Eine **gerechte Chancen- und Kostenverteilung** ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll.
17 Der Umbau unserer Gesellschaft erfordert ein dauerhaft hohes Niveau an öffentlichen
18 und privaten Investitionen sowie eine umfassende Bereitschaft, Neues auszuprobieren.
19 Eine zentrale **Steuerungsaufgabe** besteht darin, die **Rahmenbedingungen für Märkte** so zu
20 gestalten, dass **privates Kapital** im Sinne gesellschaftlicher Nachhaltigkeit und
21 Transparenz investiert wird. So tragen öffentliche und private Ressourcen zum
22 gemeinwohlorientierten Wohlstand bei.
23 Aufgabe von Staat und Politik ist es, bei Innovationsprozessen sicherzustellen, dass
24 die damit verbundenen Risiken und Lasten gerecht verteilt werden und die
25 **Transformationsgewinne** allen zugutekommen. Wir wollen die Investitions- und
26 Betriebskosten für nachhaltige Technologien zwischen Staat und privaten Akteur*innen
27 verteilen. Insgesamt bieten neue Formen von *Climate-* und *Digi-Tech* für Deutschland,
28 die EU sowie für viele Länder des ~~globalen Südens~~globalen Südens große Möglichkeiten
für eine
29 nachhaltige (Neu-)Industrialisierung.
30 Um diesen Wandel zu finanzieren, braucht es gute **Finanzierungskonzepte**, ~~mit denen das~~
mit denen das
31 ~~notwendige private und öffentliche Kapital mobilisiert werden kann. Die europäische~~
notwendige private und öffentliche Kapital mobilisiert werden kann. Die europäische
32 **Taxonomie** sollte ein Instrument sein, das zu nachhaltigen Innovationen beiträgt. Eine
33 ~~gerechtere Besteuerung von Einkommen, Vermögen, Erbschaften sowie Gewinnen und~~
34 ~~Kapitalerträgen dient darüber hinaus der Verteilungsgerechtigkeit. Wir intensivieren~~
gerechtere Besteuerung von Einkommen, Vermögen, Erbschaften sowie Gewinnen und
Kapitalerträgen dient darüber hinaus der Verteilungsgerechtigkeit. Wir intensivieren
35 den Kampf gegen **Steuerbetrug** und **Steuervermeidung**, um insbesondere global agierende
36 Konzerne fairer zu besteuern.
37 Wir setzen uns zudem für einen internationalen Wettbewerb ein, der die nachhaltige
38 Modernisierung befördert. Dazu braucht es einen effektiven europäischen
39 **Carbon-Leakage-Schutz** und ein **CO₂-Grenzausgleichssystem** sowie die Verknüpfung
40 verschiedener **Emissionshandelssysteme**. Wir wollen Länder und Regionen, die den
41 nachhaltigen Umbau aus eigener Kraft nicht leisten können, gezielt unterstützen, etwa

42 durch besseren Zugang zum europäischen Markt, durch Technologiepartnerschaften und
43 eine **Entwicklungszusammenarbeit** mit Fokus auf Modernisierung, Transformation,
44 Resilienz und Adaption.

45 **>>> Zeit, gemeinsam zu handeln**

46 Die Herausforderungen sind immens, der Zeit- und Handlungsdruck ist enorm.
47 Entschlossenes Handeln heute ist Voraussetzung für **Handlungsfähigkeit** auch morgen.
48 Ein sozial ausgewogener, demokratisch gestalteter Transformationsprozess ist
49 notwendig für mehr Gerechtigkeit über Einkommensgruppen, Regionen und **Generationen**
50 hinweg.

51 Gerechte Transformation gelingt in einer Gesellschaft, die Respekt für die
52 Lebenssituation und Sichtweise der Einzelnen und für die verschiedenen Möglichkeiten
53 hat, sich in den Transformationsprozess einzubringen. Echte Teilhabe stärkt nicht nur
54 das Gefühl, mit dem Ort, seinen Menschen und der Demokratie **verbunden** zu sein; sie
55 schafft auch Mitverantwortung für die großen Entscheidungen unserer Zeit.

56 ~~Unsere sozialdemokratische Partei ist der Ort, an dem um die Gestaltung der~~
57 ~~Transformation gerungen und über sie entschieden wird. Wir laden alle mit ihren~~

Unsere sozialdemokratische Partei ist der Ort, an dem um die Gestaltung der Transformation
gerungen und über sie entschieden wird. Wir laden alle mit ihren

58 unterschiedlichen Lebensperspektiven, Hintergründen und Erfahrungen ein, in der SPD
59 an unserer gemeinsamen Zukunft zu bauen.

60 Die ~~Zukunft~~Zukunft, die wir hier skizzieren, liegt nicht in weiter Ferne.

61 Wir sind schon mittendrin.

62 Lasst sie uns gemeinsam gestalten.

Antrag LT1001: Verkehrs- und Mobilitätswende jetzt

Antragsteller*in:	SPD AG Selbstständige (AGS)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess / Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT1 - Der klimagerechte Wirtschaftsstandort Deutschland

Der Debattenkonvent möge beschließen:

1 Auch für den Verkehrssektor haben wir uns weitreichende Klimaschutzziele gesetzt: Die
2 CO₂-Emissionen sollen bis 2030 um 48% gegenüber 1990 zurückgehen. 2050 wollen wir
3 klimaneutral sein. Tatsächlich sind jedoch im vergangenen Jahr die CO₂-Emissionen
4 wieder gestiegen.

5 Die Lösungen für Verkehr und Mobilität sind komplex und nur mit einem stimmigen
6 politischen und rechtlichen Gesamtkonzept zu lösen - auf europäischer, nationaler,
7 regionaler und kommunaler Ebene.

8 Worauf sollten wir uns auf Bundesebene fokussieren?

9 **1. Als notwendige Voraussetzungen für das Gelingen der Verkehrswende müssen**
10 **gelten:**

- 11 • **Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss dynamisiert** Strom, Wärme, Verkehr:
12 alle Sektoren brauchen deutlich mehr erneuerbare Energie, wenn der Ausstieg aus
13 den fossilen Energien schnell gelingen soll. Vordringlich ist, für einen
14 deutlich schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien und der dazu notwendigen
15 Netzinfrastruktur zu sorgen. Dazu gehört auch, sich auf Ausbaupfade bis 2030 zu
16 verpflichten, die dem prognostizierten Strombedarf entsprechen. Hierbei dürfen
17 jedoch weder Bürger noch Unternehmen wirtschaftlich leiden.
- 18 • Die **öffentlichen Investitionen** in Infrastruktur, für Innovationen, Forschung
19 und Entwicklung müssen auf Hochstniveau bleiben. Für mehr **Privatinvestitionen**
20 in den Umbau unserer Wirtschaft benötigen wir Anreize, damit das Kapital in die
21 Realwirtschaft gelenkt wird und die Transformation in eine CO₂-neutrale
22 Wirtschaft schneller erfolgt. Innovationspotentiale müssen insgesamt gestärkt
23 und ausgeschöpft werden.
- 24 • Die **Planungs- und Entscheidungsverfahren** für gesamtwirtschaftlich relevante
25 Mobilitäts- und Verkehrsprojekte müssen im Interesse von Klima- und damit
26 Menschenschutz drastisch verkürzt werden.
- 27 • Alle **Steuer- und Transferleistungssysteme** im Verkehrssektor sind im Hinblick auf
28 ihre Klimaverträglichkeit zu überprüfen. Maßnahmen und Programme, die fossile
29 Mobilität fördern, müssen unter Berücksichtigung sozialer Belange zeitnah
30 und vollständig beendet werden.
- 31 • Für die zukünftigen Programme ist auf eine **kohärente Rahmgestaltung** zu achten,
32 d.h. die inter- wie intrasektoralen Transfersysteme und Förderprogramme dürfen
33 keine sich widersprechenden Ziele verfolgen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist
34 die Beihilfe für Kommunen bei der Entwicklung von Gewerbegebieten, die in hoher
35 Zahl an Autobahnen, aber ohne Schienenanschluss gefördert werden. Damit wird die
36 Förderung der Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene
37 konterkariert und der klimaschädliche *Modal Split* im Güterverkehr zementiert.
- 38 • Damit die Mobilitätswende vor Ort gelingt, müssen **unsere Kommunen gestärkt**
39 Sie benötigen neben zusätzlichen Personalressourcen vor allem einen größeren
40 finanziellen Handlungs- und Entscheidungsspielraum.
- 41 • Und schließlich: **Fehlt soziale Akzeptanz für eine ökologische Verkehrswende,**
42 **droht ihr Scheitern.** Deshalb ist es notwendig, dass wir eine von der Politik
43 moderierte Debatte aller relevanten Akteure (Unternehmen, Wissenschaft,
44 Kommunen, Zivilgesellschaft, ...) und auf allen Ebenen (vor Ort, national,
45 europäisch) initiieren, um die sozialen Folgen der Mobilitätswende durch
46 zielgerichtete Transformationsstrategien abzufedern. Nur so können wir eine

47 Polarisierung oder gar Blockade der notwendigen fundamentalen Änderungen unseres
48 Verkehrssystems verhindern.

49 **2. Für den Güterverkehr priorisieren wir folgende Maßnahmen:**

- 50 • Im Straßengüterverkehr müssen wir alternative Antriebe und Kraftstoffe zeitnah
51 zum Durchbruch verhelfen. Dies gilt auch für alle anderen Verkehrsträger!
- 52 • Die Lkw-Maut muss stärker am Verursacherprinzip orientiert werden, also von
53 ihrer Struktur und dem Niveau her angepasst werden an die Möglichkeiten der
54 neuen EU-Richtlinie.
- 55 • Der Kombinierte Verkehr muss für Straßengüterverkehrs- und Logistikunternehmen
56 attraktiver werden. Dies gelingt durch stärkere ordnungspolitische und
57 steuerliche Maßnahmen sowie durch Neu- und Ausbau von Containerterminals und
58 Gleisanschlussverkehren.
- 59 • Priorität in der Investitionspolitik muss die Schaffung eines eigenständigen
60 Schienengüterverkehrsnetzes mit höheren Geschwindigkeiten zu den See- und
61 Binnenhäfen, Container-Terminals und Güterverteilzentren im gesamten Binnenmarkt
62 haben.
- 63 • Produktivitätssteigerungen im Netz durch Elektrifizierung, ERTMS (European Rail
64 Traffic Management System) und automatische Kupplungssysteme müssen
65 flächendeckend ermöglicht werden.
- 66 • Die Trassenpreise im Schienengüterverkehr müssen so gestaltet sein, dass sie
67 Anreize für die Verlagerung von der Straße auf die Schiene bieten.
- 68 • Leistungen des Wirtschaftsverkehrs bilden die Grundlage für Arbeit, Versorgung,
69 Konsum und Freizeitverhalten. Deshalb muss der Wirtschaftsverkehr in unseren
70 Städten und Ballungsräumen auch künftig möglich bleiben. Die Spielräume für mehr
71 Effizienz und Nachhaltigkeit sollten gemeinsam mit der örtlichen Wirtschaft
72 besser genutzt werden.

73 **3. Für den Personenverkehr:**

- 74 • Träger der Mobilität ist der Pkw. Wir setzen auf Elektrifizierung und den Ausbau
75 privater und öffentlicher Ladeinfrastruktur.
- 76 • Zwei technologische Entwicklungspfade sollten wir uns offenhalten. Das eine ist,
77 Batterien zu wechseln als Alternative zum Laden. Das andere ist, neue Pkw mit
78 Verbrennungsmotoren ab 2035 dann zuzulassen, wenn sie mit klimaneutral
79 hergestellten synthetischen Kraftstoffen betrieben werden. Jetzt kommt es darauf
80 an, auf EU-Ebene eine rechtssichere Lösung im Sinne des Beschlusses der
81 EU-Umweltministerrates zu finden.
- 82 • In Städten und Ballungsräumen müssen Busse und Bahnen Vorrang haben, gut
83 verknüpft sein mit alternativen Mobilitätsangeboten in qualitativer,
84 quantitativer und preislicher Hinsicht. In ländlichen Räumen gibt es zum Pkw nur
85 bedingt Alternativen. Gleichwohl müssen wir uns der Herausforderung stellen, den
86 Menschen auch hier Alternativen zu bieten.
- 87 • Für das Neun-Euro-Ticket bedarf es ab September 2022 einer adäquaten

- 88 Anschlussregelung, die neben sozialpolitischen Erfordernissen viel stärker die
89 Preis-/Qualitätsanforderungen für die Mobilitätswende berücksichtigt. So müssen
90 in jedem Fall die Vorteile des bundesweit gültigen Fahrscheins und des
91 niedrighschwelligigen Zugangs beibehalten bleiben.
- 92 • Mit Hilfe von digitalen Plattformen kann die Dienstleistung des ÖPNV deutlich
93 verbessert werden (eine App für alle Mobilitätsformen hinsichtlich Haus-zu-Haus-
94 Angebote, Real-time-Informationen, Bestellung und Ticketkauf).
- 95 Für den ländlichen Raum bedarf es anderer intelligenter Mobilitätsangebote, um die
96 Bürger*innen zum Umsteigen vom Auto auf nachhaltige Verkehrsmittel zu motivieren.
- 97 • Nach unserem Verständnis ist der ÖPNV Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.
98 Gleichwohl bedarf es angesichts der strukturellen Probleme (Rollendes Material,
99 Infrastrukturausbau) zum einen der Finanzierung aus einer Hand und zum anderen
100 der Diskussion über neue Finanzierungsquellen.
- 101 Bund und Länder müssen sich zu ihrer Verantwortung für den ÖPNV bekennen durch
102 verlässliche und bedarfsorientierte Investitionsbudgets sowie Finanzhilfen für die
103 Kommunen zum Ausgleich für die erbrachten Dienstleistungen im Rahmen der öffentlichen
104 Daseinsvorsorge.
- 105 • Wie in Spanien bedarf es auch in Deutschland eines zusammenhängenden
106 Hochgeschwindigkeitsnetzes mit dem Ziel, den Menschen eine attraktive
107 Alternative zur Pkw-Nutzung auf langen Strecken zu bieten, aber auch um den
108 innerdeutschen Luftverkehr möglichst vollständig zu ersetzen.
 - 109 • Ein schnell ausgebautes und erheblich verbessertes Angebot bei
110 Nachtzugverbindungen (Schlafwagen) bietet den Menschen eine Alternative zum
111 Flugzeug, nicht nur in Deutschland, sondern auch zu Zielen innerhalb der EU.
 - 112 • Zugunfälle zuletzt in Bayern zeigen, dass die Verantwortung im Konzern der
113 Deutschen Bahn neu ausgerichtet werden muss. In jedem Fall darf die Haftung
114 außer in Fällen von Fahrlässigkeit und Vorsatz nicht an die sogenannten
115 „Anlagenverantwortlichen“ oder andere Mitarbeiter*innen des Unternehmens Bahn AG
116 delegiert werden.
- 117 Verkehrs- und Mobilitätswende jetzt - Unsere wichtigsten Forderungen sind:
- 118 • Das Niveau öffentlicher Investitionen muss dem Bedarf angepasst sein - außerhalb
119 der Schuldengrenze.
 - 120 • Lkw-Maut stärker am Verursacherprinzip orientieren.
 - 121 • Kombinierten Verkehr attraktiver machen.
 - 122 • Eigenständige Netze für Güter- und Personenschienenverkehr umsetzen.
 - 123 • Wirtschaftsverkehr in Städten und Ballungsräumen weiter ermöglichen.
 - 124 • Batteriewechselsysteme und induktives Laden für Kfz voranbringen.
 - 125 • Verbrenner mit CO₂-neutralen Kraftstoffen auch nach 2035 zulassen.
 - 126 • Attraktive Anschlussregelung für das Neun-Euro-Ticket schaffen.

Antrag LT1002: Transformation von Bauen für klimaneutrales Wohnen und Arbeiten

Antragsteller*in:	SPD AG Selbstständige (AGS)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess / Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT1 - Der klimagerechte Wirtschaftsstandort Deutschland

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Wir unterstützen Bundes- und Landesregierungen bei ihren Neubauplänen, damit
- 2 bezahlbares Wohnen wieder möglich wird. Auf Grund von Materialknappheit,
- 3 unterbrochenen Lieferketten und Fachkräftemangel in der Bauwirtschaft befürchten wir,
- 4 dass die Umsetzung dieser Ziele länger als erwartet dauern wird. Deshalb erscheint es
- 5 sinnvoll, sich auch auf den Gebäude-Erhalt zu konzentrieren.
- 6 Zu oft werden Gebäude abgerissen und neu aufgebaut, ohne sich darüber Gedanken zu
- 7 machen, was aus dem Bestand durch Anbau, Aufstockung, Fassadenänderung, Umbau und
- 8 Sanierung herausgeholt werden kann. Revitalisierungen müssen durch geeignete
- 9 Förderprogramme analog den Förderdarlehen auf Bundesebene besonders unterstützt
- 10 werden. Dabei kann neben dem Einsatz von erneuerbaren Energien und energetischer
- 11 Sanierung der Einsatz von Materialien aus Recycling begünstigt werden.
- 12 Generell sollten Förderrichtlinien für Wohn- wie Gewerbebauten gekoppelt sein an die
- 13 Verwendung von Baustoffen, die den Kriterien Ressourcenschonung, Haltbarkeit
- 14 Nachhaltigkeit und Energieeffizienz entsprechen.
- 15 Bei Neubau wie Sanierung (ausgenommen denkmalgeschützte Gebäude) soll eine
- 16 Verpflichtung zur Errichtung einer PV-Anlage auf der Grundlage entsprechender
- 17 Förderdarlehen/-zuschüsse und bundeseinheitlicher Vorschriften bestehen.
- 18 Die Fördermaßnahmen müssen daneben Anreize beinhalten, Gewerbebauten mit besonders
- 19 innovativer Konzeption was Nutzungskombinationen und klimaneutrale Haustechnik unter
- 20 Einsatz von regenerativen Energien und intelligentem Stoffkreislauf betrifft, zu
- 21 realisieren.
- 22 Ein wichtiger Aspekt dabei ist, dass wir uns wieder stärker am Leitbild „Stadt der
- 23 kurzen Wege“ orientieren. Dazu tragen „Urbane Gebiete“ bei, die Nutzungsmischungen in
- 24 unterschiedlicher Gewichtung zulassen. Wohngebiete können z.B. von Gewerbegebäuden
- 25 durchsetzt sein, die von verschiedenen Unternehmen für spezifische Dienstleistungen
- 26 genutzt werden. Evtl. lärmintensive Tätigkeiten sollten jeweils am Rand eines
- 27 Quartiers, zum Beispiel in Gewerbehöfen, angeordnet sein.
- 28 Bei der Gebäudesanierung von Mietobjekten und der Nachrüstung von erneuerbaren
- 29 Energien sollen die Kosten für die Mieter*innen so gering wie möglich gehalten

- 30 werden. Modernisierungsumlagen müssen bereits jetzt der Höhe nach überprüft und nach
31 Amortisierung der Maßnahmen aus den Mietkosten herausgenommen werden.
- 32 Durch die Pandemie mussten viele Gewerbetreibende ihre Geschäfte aufgeben. Trotz
33 Leerstands steigen in Ballungszentren teilweise die Gewerbemieten in unerschwingliche
34 Höhen. Daher fordern wir die Überarbeitung des Gewerbemietrechts noch in dieser
35 Legislaturperiode.
- 36 Handlungsbedarf sehen wir auch in der Novellierung des Baugesetzbuches. Die Rolle der
37 Kommunen muss gestärkt und die entsprechenden Instrumente rechtsklarer beschrieben
38 sein. Zur Erhaltung baulicher Anlagen und der Eigenart von Gebieten des
39 Quartiersmilieus (Erhaltungssatzungsgebiet) gehören auch Traditionsunternehmen.
- 40 In manchen Regionen ist der Fachkräftemangel durch nicht vorhandenen bezahlbaren
41 Wohnraum bedingt. Kommunen sollen dahingehend gefördert werden, in verkürzter Bauzeit
42 durch modulares und serielles Bauen ansprechenden Wohnraum für Fachkräfte und
43 Auszubildende zur Verfügung zu stellen und in der Lage zu sein, Werkswohnungsbau auf
44 dem Gemeinde- oder Stadtgebiet zu unterstützen, wobei auch die Einrichtung von
45 Kindertagesstätten implementiert werden soll.
- 46 Für Regionen, die stark vom Strukturwandel betroffen sind, sollten Angebote
47 ausgeweitet und Anreize - neben bestehender Regional- und Technologieförderungen -
48 geschaffen werden, Standorte für erneuerbare Energien und technologische Innovation
49 mit Zielsetzung autarke Energieversorgung zu entwickeln (Beispiel Lausitz).
- 50 Transformation von Bauen für klimaneutrales Wohnen und Arbeiten – Unsere wichtigsten
51 Forderungen sind:
- 52 • An Neubauzielen festhalten, aber auch an Bestandsmodernisierung und -erweiterung
53 denken.
 - 54 • Ja zur Verpflichtung von PV-Anlagen.
 - 55 • Energetische Gebäudesanierung: Modernisierungsumlage muss nach Amortisierung der
56 Investitionskosten entfallen.
 - 57 • Bezahlbare Mieten auch im Gewerbemietrecht sicherstellen.
 - 58 • Traditionsgewerbe in Erhaltungssatzungen aufnehmen.
 - 59 • „Stadt der kurzen Wege“ mit dem Instrument „Urbanes Gebiet“ vermehrt zum Einsatz
60 bringen.
 - 61 • Gewerbeflächen und Industriegebiete nachhaltig neu denken.

Antrag LT1003: TRANSFORMATION GESTALTEN: menschlich – sozial – ökologisch

Antragsteller*in:	SPD AG Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess / Zeitenwende-Prozess

Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT1 - Der klimagerechte Wirtschaftsstandort Deutschland
--------------------	--

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Die Transformation der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft ist in vollem Gang. Der
2 Klimawandel und die Übernutzung der natürlichen Ressourcen unseres Planeten werden
3 zukünftig einen starken Einfluss auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen haben. Das
4 haben uns gerade die Hochwasserkatastrophen in unserem Land und die zunehmenden
5 Waldbrände in immer mehr Regionen Europas im vergangenen Jahr vor Auge geführt.
6 Gleichzeitig erleben wir einen tiefgreifenden technologischen Wandel, zunehmende
7 Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung, mangelnde Investitionen
8 sowohl im unternehmerischen Sektor als auch in die öffentliche Infrastruktur und in
9 Bildung, eine vom Finanzkapitalismus geprägte Globalisierung.
- 10 Wir stehen aber noch am Anfang eines wirklich entscheidenden Umbaus von Industrie
11 Dienstleistungen und Landwirtschaft, der sich in den nächsten Jahrzehnten weiter
12 beschleunigen wird. Es geht darum, einen ressourceneffizienten und klimaneutralen Weg
13 zu finden, der der wachsenden Weltbevölkerung ein besseres Leben und mehr
14 Gerechtigkeit bringt.
- 15 Schwer abschätzbare Risiken und neuen Chancen gehen miteinander einher. Begeisterung
16 und Hoffnungen treffen auf Skepsis und Ängste. Ein globaler Markt von nie gekannten
17 Ausmaßen ist entstanden, ein eifriger, wissenschaftlich-technischer Fortschritt
18 verändert unsere Lebens- und Arbeitswelt, drohende ökologische Verwüstungen erfordern
19 den Umbau von Wirtschaft und Industrie. Klimawandel, Energie- und Verkehrswende,
20 Globalisierung, Industrie 4.0, Digitalisierung, Demografie, und vieles mehr verändern
21 erheblich alle Bereiche unserer Wirtschaft und Gesellschaft und reichen tief in
22 unseren Alltag hinein. Viele dieser Prozesse wurden und werden nun durch die Corona-
23 Pandemie erheblich verstärkt und beschleunigt. Aktuell kommen noch Entwicklungen wie
24 die Störungen der Lieferketten, die Explosion der Energiepreise, Blasenbildungen
25 beispielsweise im Immobiliensektor, steigende Risiken auf den internationalen
26 Finanzmärkten hinzu.
- 27 Es gilt, die tiefgreifenden Umbrüche in Arbeitswelt und Gesellschaft
28 sozial gerecht, also verbunden mit Stärkung der Lohneinkommen und der sozialen
29 Sicherungssysteme,
30 im Sinne guter Arbeit, also der Humanisierung, Gesundheit und Qualifizierung,
31 ökologisch nachhaltig,
32 demokratisch im Sinne von mehr politisch-gewerkschaftlicher Lenkung und
33 Mitbestimmung
34 zu gestalten. Ob jetzt die Chancen der Transformation genutzt werden oder ihre Folgen
35 negativ durchschlagen, ob jetzt die Gestaltung des Wandels gelingt oder eine Erosion
36 industrieller Kernstrukturen zugelassen wird, ob jetzt Beschäftigte beteiligt,

37 qualifiziert oder entlassen und abgehängt werden, ob Vertrauen in demokratische
38 Prozesse gestärkt oder reaktionäre/ rechtspopulistische Kräfte sich demagogisch als
39 ‚Alternative‘ profilieren können, das haben alle verantwortlichen Akteure in der
40 Hand. Um Wirtschaftsförderungen und Investitionen zu verwalten muss der öffentliche
41 Dienst verstärkt werden.

42 Die Problematik bedrohter Wertschöpfung in den Regionen des Umbruchs wird seitens der
43 Koalitionäre erkannt und es soll eine aktive regionale Strukturpolitik unterstützt
44 werden. Auch die Finanzierungsprobleme von KMU im Umbruch werden adressiert. In
45 vielen Bereichen kommt es auf die Umsetzung an.

46 Für eine umfassende Mobilitätswende ist noch nicht geklärt, ob es wirklich zu
47 ausreichender Förderung von Schiene, klimafreundlicherem Güterverkehr und
48 öffentlichen Mobilitätsträgern kommt. Dafür sollen die beschleunigten Verfahren
49 schnell eingeführt und umgesetzt werden. Für den Ausbau der Erneuerbaren sind viele
50 positive Maßnahmen im Koalitionsvertrag vereinbart, von den erhöhten Zielen über die
51 Planungsbeschleunigung bis zur Finanzierung, der Reform des Strompreises und der
52 Akzeptanz von Gas als Übergangstechnologie. Für den Wärmebereich ist vieles
53 ambitioniert festgelegt.

54 Im Koalitionsvertrag wird eine Weiterentwicklung der Mitbestimmung angekündigt,
55 leider aber nur wenige konkrete Vorhaben benannt. Erbeinhaltet gute
56 arbeitsmarktpolitische Ansätze. Mit dem Qualifizierungsgeld soll ein Instrument
57 geschaffen werden, das dem bisherigen Transformationskurzarbeitergeld nahekommmt.
58 Positiv ist auch die Weiterentwicklung des Qualifizierungs-
59 (Transfer)kurzarbeitergeldes. Mit der Bildungs-(teil)zeit wird ein Anspruch auf
60 Weiterbildung eingeführt und eine finanzielle Unterstützung avisiert. Das Nachholen
61 eines Berufsabschlusses oder eine berufliche Neuorientierung sollen möglich werden.

62 Mit den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag stellt sich die neue Regierung der großen
63 Herausforderung unserer Zeit, der sozial-ökologischen Transformation. Uns fehlt
64 konkret: Was wird an zusätzlichen öffentlichen Investitionen gebraucht und wie sieht
65 ihre Finanzierung aus? Der Wille ist erkennbar, über Absichtserklärungen hinaus zu
66 konkretem, zielgerichtetem Handeln zu kommen.

67 Unsere Forderungen:

68 Wir wollen, dass die Arbeitnehmerschaft und ihre Gewerkschaften zu Akteuren der
69 Veränderungen werden. Ohne reale Veränderungen hin zur Demokratisierung der
70 Unternehmen und der gesamten Wirtschaft, ohne eine Umverteilung von Macht und
71 Einkommen wird es keinen ökologisch-sozialen Umbau unserer Volkswirtschaft geben
72 können. Im Kern kann die Transformation nur im Produktions- und
73 Dienstleistungssektor, also in Betrieben, Forschungseinrichtungen und Verwaltungen
74 umgesetzt werden, dort wo die menschliche Arbeit geleistet wird.

75 Die Transformation und der Klimawandel sind soziale Fragen: Neoliberale, Konservative
76 und teilweise grüne Kräfte treffen sich an einem zentralen Punkt: die Kosten der
77 Transformation sollen über Preise auf die Masse der Verbraucher abgewälzt und ihre
78 beschäftigungspolitischen „Kollateralschäden“ als Nebenwiderspruch der
79 wissenschaftlichen Wahrheit in Kauf genommen werden. Umgekehrt werden Störungen auf

80 den entfesselten Weltmärkten, internationale Konflikte, Spekulationen und
81 tatsächliche Knappheiten der Klimaschutzpolitik angelastet. Bisher ist noch nicht
82 erkennbar, ob und wie Kosten und Nutzen der Transformation gerecht verteilt werden
83 können.

84 Es ist die historische Aufgabe und das Alleinstellungsmerkmal der Sozialdemokratie,
85 die soziale und humane Gestaltung des Wandels im Bündnis mit den Gewerkschaften und
86 unter Einbeziehung der gesamten Arbeitnehmerschaft politisch zu planen,
87 programmatisch voranzutreiben und mehrheitsfähig zu machen.

88 1) ENERGIE- UND MOBILITÄTSWENDE MEISTERN

89 Die Energiewirtschaft und der Automobilsektor sind aktuell die am stärksten von der
90 Transformation betroffenen Industrien. Die Beschäftigten erleben die Transformation
91 in großen Teilen als Bedrohung mit Abstieg und Einkommensverlust. Bergwerke und
92 Kraftwerke mit sicheren Einkommen, sozialer Absicherung, Mitbestimmung und hohem
93 gewerkschaftlichem Organisationsgrad wurden geschlossen und die alten Strukturen der
94 Energiewirtschaft mit guten Arbeitsbedingungen zerschlagen. Auch die Unternehmen mit
95 über hunderttausend Beschäftigten des deutschen Energieanlagen- und Kraftwerksbaus
96 und ihrer Zulieferer, denen beim Umbau der Energie- und Wärmeversorgung eine
97 Schlüsselrolle zufällt, sind bedroht. Investitionen in Energieanlagen und deren
98 Service wurden zurückgestellt oder auf die lange Bank geschoben. Der Abbau von
99 Arbeitsplätzen und die Schließung von ganzen Standorten nehmen zu. Gleichzeitig
100 fehlen Fachkräfte und es gibt Probleme bei der Stellenbesetzung. Ursache sind oft
101 fehlende Tarifbindung und schlechte Arbeitsbedingungen. Die Masse der „neuen“
102 Arbeitsplätze im Bereich von Wind- und Solarenergie erwies sich als instabil,
103 gewerkschafts- und mitbestimmungsfeindlich. Bei öffentlicher Vergabe erhalten oft
104 Firmen ohne Tarifbindung den Zuschlag. Tarifgebundene Anlagenhersteller und
105 Leitungsbauer gehen leer aus. Außerdem fehlt für viele Projekte die Akzeptanz. In der
106 Automobilindustrie nutzen viele Arbeitgeber, vor allem bei den Zulieferern, die
107 Chancen für Tariffucht und Betriebsverlagerungen ins Ausland oder drohen derartige
108 Maßnahmen an. Hier geht es um hunderttausende Jobs. Der Gebäudesektor gerät trotz
109 derzeitigem Boom ebenfalls unter Druck, weil der demografische Wandel stärker wird,
110 Rohstoffpreise steigen und Industrie und Handwerk die Fachleute ausgehen und der
111 Nachwuchs fehlt. Ursache sind oft fehlende Attraktivität oder zu wenig Ausbildung.

112 Die Strategien vieler Konzernlenker, Berater und Investoren laufen darauf hinaus,
113 traditionelle Unternehmenszweige und Betriebsteile abzustoßen und abzuwickeln und die
114 zukunftssträchtigen Teile „altlastenfrei“ mit maximalen Profiten auf den Märkten zu
115 platzieren.

116 Eine Energie- und Mobilitätswende muss unbedingt mit beschäftigungspolitischen Zielen
117 verbunden werden. Deshalb brauchen wir für den Weg in eine gute Zukunft:

118 ☐ Ein klares Bekenntnis zu guter Arbeit. Maßnahmenpakete und konkrete
119 Umsetzungsschritte müssen mit sozialen und ökologischen Nachhaltigkeits-kriterien in
120 den öffentlichen Tariftreue- und Vergaberichtlinien und Förderprogrammen auf allen
121 Ebenen verankert werden und in die Ausgestaltung der EU-Taxonomie einfließen und
122 dabei Perspektiven für Gute Arbeit und nachhaltige Wertschöpfung im heimischen

- 123 Industrie-, Handwerks und Dienstleistungsbereich sicherstellen.
- 124 ¶ Wir brauchen ein industriepolitisches Gesamtkonzept mit vorausschauender
125 Innovationsförderung für klimaneutrale Technologien und funktionierender
126 Sektorenkopplung unter Beteiligung der Gewerkschaften.
- 127 ¶ schnelle Entscheidungen, konkrete Maßnahmen und Verbindlichkeit bei der Umsetzung.
128 Die Kopplung und Verzahnung aller Mobilitäts- Energie- und Wärmesektoren muss
129 vorangetrieben werden.
- 130 ¶ Mehr Verbindlichkeit bei der Umsetzung des Klimaprogramm 2030 der Bundesregierung.
131 ¶ verstärkten Ausbau intelligenter Verteilnetze und die Förderung neuer
132 Speichertechnologien.
- 133 ¶ Schaffung von Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für die energieintensiven
134 Industrien im internationalen Wettbewerb.
- 135 ¶ Förderung von Innovationen in neue Energietechnik, zum Beispiel für Hochtemperatur-
136 wärme, Kraft-Wärme-Koppelung oder Kohlenstoffnutzung in der Industrie. Bisherige
137 Energieregionen zu neuen Energieregionen umbauen und dabei sowohl Nachnutzungs-
138 konzepte für abgeschaltete Kraftwerke, wie auch Pilotprojekte zu erneuerbaren
139 Energietechnologien ermöglichen und Fernwärme ausbauen.
- 140 ¶ Gewährleistung von Versorgungssicherheit durch flexible Gaskraftwerke, industrielle
141 Eigenstromerzeugung und KWK. Neubau von 17 GW Gaskraftwerken als Brückentechnologie.
142 Maßnahmen einer integrierten Industrie- und Handwerkspolitik
- 143 ¶ Der Umbau unserer Energie- und Wärmeversorgung verlangt eine nachhaltige
144 industriepolitische Strategie, eine Umsetzung mit klaren Rahmenbedingungen und hoher
145 Verbindlichkeit – für die Industrie, aber auch für das Handwerk. Das schafft
146 dauerhaft verlässliche Wettbewerbs- und Investitionsbedingungen für die Unternehmen
147 und damit Perspektiven für die Beschäftigten in den Branchen. Energiewende und
148 Klimaschutz müssen stärker mit Wirtschafts-, Industrie- und Handwerkspolitik
149 zusammengedacht, geplant und umgesetzt werden.
- 150 ¶ Modernisierungsrate bei Gebäuden sozial verträglich gestalten und den Ausbau mit
151 moderner Heizungstechnik (z.B. Hybrid/Wärmepumpen/KWK) beschleunigen.
- 152 ¶ Förderlandschaft transparent, verständlich, technologieoffen und sozial ausgewogen
153 gestalten, langfristig verstetigen und die Zugänge erleichtern.
- 154 ¶ Verlässliche Rahmenbedingungen mit mehr Rechtssicherheit bei schneller Planung und
155 Ausweisung mit verbesserten bzw. neuen Sonderregelungen für Windenergie.
- 156 ¶ Aufbau von Kapazitäten und Infrastruktur für grünen Wasserstoff, Import nach fairen
157 Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards. Im Übergang auch Nutzung von CO₂-armen und
158 später CO₂-freien Energieträgern (Gas/Liquid) ohne Restriktionen.
- 159 ¶ eine flächendeckende und verlässliche Infrastruktur von Schnellladestationen
160 genauso wie massive Investitionen in den öffentlichen Nah- und Fernverkehr und die
161 Schiene.
- 162 ¶ Den Strompreis sozialverträglich bezahlbar machen. Weitergabe der Preisvorteile für
163 erneuerbarer Energien schaffen, Abgaben und Umlagen überprüfen und reformieren,

164 Spekulation unterbinden und Strommarkt wieder regulieren.

165 ☐ eine Industriepolitische Begleitung der Transformation durch politische
166 Rahmensetzungen für die einzuschlagenden Technologiepfade einschließlich
167 entsprechender breit angelegter technologieoffener Forschungsprogramme.

168 ☐ Entwicklung von Masterplänen, die die Umstellung der Wertschöpfungsketten auf die
169 neuen Technologien und Produkte unterstützen, Dumping und Verdrängungswettbewerb
170 ausschließen und möglichst die gesamte Wertschöpfungskette in Deutschland und Europa
171 halten bzw. die fehlenden Teile schaffen. Neue Potentiale müssen an den
172 Schnittstellen der Sektoren- und Branchengrenzen im Zusammenspiel verschiedener
173 Unternehmen aus verschiedenen Branchen gehoben werden. Die damit verbundenen
174 Umstrukturierungen sind unter Erhalt von Mitbestimmung und Tarifbindung und zusammen
175 mit den Gewerkschaften sozialverträglich zu gestalten.

176 ☐ Ziel muss die Kreislaufwirtschaft sein, Konzepte hierzu müssen mit allen
177 dazugehörigen Partnern ermittelt und umgesetzt werden.

178 ☐ Ein industriepolitisches Augenmerk müssen wir auf die Stabilisierung von
179 Lieferketten legen. Dazu braucht es gesamteuropäische Konzepte, um Abhängigkeiten und
180 Umwelt- und soziale Schäden zu reduzieren.

181 Angesichts der gewaltigen Investitionsbedarfe ist mit einer Politik der schwarzen
182 Null und weiterer Investitionszurückhaltung der Unternehmen die Verkehrs- und
183 Energiewende nicht zu bewältigen. Angesichts riesiger Kapitalanlagen und günstiger
184 Finanzierungsbedingungen (Investmentfonds halten Billionensummen bereit, die
185 Aktienkurse liegen auf Rekordniveau, die Gewinne im letzten Jahrzehnt waren
186 exorbitant, die Zinsen sind extrem niedrig und die Eigenkapitalausstattung ist hoch),
187 müssen Staat und Politik vor allem einen berechenbaren Rahmen und entsprechende
188 Investitionsanreize für die Industrie setzen, auch durch entsprechende öffentliche
189 Nachfrage. (Öffentliche Verkehrsmittel, Beschaffung, kommunale Finanzen...)
190 Steuergelder, die an Unternehmen gezahlt werden, müssen an verbindliche Standards,
191 Vorgaben und Rückzahlungen gebunden werden. Ansonsten soll deren Einsatz an
192 Beschäftigungssicherung, Qualifizierung, und soziale Absicherung beschränkt bleiben.

193 ☐ Dazu brauchen wir ein umfassendes Investitionsprogramm. Klimaneutralität erfordert
194 enorme Investitionen zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit. Ein enormer
195 Investitionsbedarf von rund 500 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren ist
196 insgesamt notwendig. Die öffentliche Hand trägt davon einen hohen Anteil. Wir
197 brauchen dazu eine klare, umfassende Regulierung und Förderung bei der auch sozial-
198 ökologische Kriterien wirken. Resiliente Wertschöpfungsketten in Deutschland und
199 Europa müssen die Zielstellung für kommende Investitionen sein.

200 Im Zuge der Digitalisierung werden Arbeitsplatzeffekte in vielen Branchen durch
201 gegenläufige Prozesse geprägt: Wachstum durch neue digitale Angebote sichert und
202 schafft Arbeitsplätze – Effizienzgewinne durch Digitalisierung interner Prozesse
203 gefährden Arbeitsplätze.

204 Noch stärker als direkte Produktionsbereiche könnten allerdings die
205 indirekten/klassischen Büro- und Informationstätigkeiten (wie Buchhaltung,

206 Sachbearbeitung, Engineering etc.) unter Druck geraten.

207 Die Digitalisierung in ihren Auswirkungen auf Leistungs- und Verhaltenskontrollen
208 (Stichwort: „Gläserner Mitarbeiter“) braucht Vereinbarungen zum Schutz der
209 Beschäftigten. Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten beinhalten mit zunehmendem
210 Leistungsdruck, Arbeitsverdichtung und ständiger Erreichbarkeit große Risiken für die
211 Beschäftigten, insbesondere mit der Folge der Zunahme von psychischen Erkrankungen.
212 In allen Bereichen bedarf es erheblicher Qualifizierungsanstrengungen, weil wir die
213 Beschäftigten auf neue Tätigkeiten vorbereiten müssen. Die gesetzlichen
214 Rahmenbedingungen müssen deshalb mit einem Transformations-KUG oder
215 Qualifizierungsgeld weiterentwickelt werden.

216 Dies gilt in besonderem Maße auch mit Blick auf die demografische Entwicklung. Die
217 Rekrutierung von neuen Fachkräften und die betriebliche Weiterbildung vorhandener
218 Fachkräfte sind wesentliche Grundlage für die Organisation des Wissens- und Know-how-
219 Transfers.

220 Die Transformations- und Diversifizierungsprozesse müssen durch entsprechende
221 Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen begleitet werden. Eine
222 Qualifizierungsoffensive in den Industrie- und Handwerksbranchen der Energie- und
223 Wärmetechnologien ist dazu der richtige Weg.

224 Dazu brauchen wir neben erreichbaren Weiterbildungsangeboten auch ein einfaches
225 zugängliches Weiterbildungsangebot, das aufführt, welche Rechte und Pflichten bei
226 Weiterbildung bestehen und wo man sich über Angebote informieren kann.

227 Neben staatlichen Institutionen sind vor allem auch die Arbeitgeber zu fordern.

228 2) AUSSENWIRTSCHAFTLICHE ABSICHERUNG

229 Durch die fortschreitende Digitalisierung und den Druck der Investoren und
230 Finanzmärkte gewinnt der Konkurrenzdruck an neuer Schärfe. Bisher wird dieser Druck
231 an die Beschäftigten, auf die Steuer- und Sozialsysteme, an Umwelt und Klima
232 weitergegeben. Staaten sollen im Zuge der Durchsetzung marktgerechter Demokratien
233 (oder Diktaturen) zu Anbietern konkurrierender Rechtssysteme degradiert werden. Damit
234 muss Schluss sein. Wir fordern demgegenüber einen Primat von Politik, Staat und
235 Demokratie. Das bedeutet, dass wir Regeln, die die Arbeiterbewegung in
236 jahrhundertelangen Auseinandersetzungen auf nationaler Ebene erkämpft hat, auch
237 dadurch absichern müssen, dass sie nicht durch die Globalisierung unterspült werden.
238 In Zeiten der Transformation gilt es, fortschrittliche Klima-, Umwelt-, Arbeits-,
239 Steuer- und Sozialpolitik nicht durch deregulierten Welthandel aushebeln zu lassen.

240 Auf EU-Ebene hat das durch die Regulierung des Binnenmarktes zu geschehen.
241 Ansatzpunkte sind hier gemeinsame Regeln für die Kapital- und
242 Unternehmensbesteuerung, der co2-Zertifikatehandel, die Etablierung der sozialen
243 Säule samt Mitbestimmung, Mindestlohn und Sozialsystemen, eine Industrie- und
244 Dienstleistungspolitik, die diesen Namen verdient und eine neue Handelspolitik.

245 Wir unterstützen sämtliche Bemühungen für ein nationales oder europäisches
246 Lieferketten-gesetz mit verbindlichem statt freiwilligem Charakter. Das gilt auch für
247 Einfuhrbestimmungen für Rohstoffe wie bei den „Konfliktmineralien“.

248 Die von den USA angezettelten Handelskonflikte sowie die Debatte um CETA, TTIP und
249 die anstehenden weiteren Abkommen beispielsweise mit dem Mercosur zeigen, wie weit
250 wir von fairem internationalen Wettbewerb entfernt sind. Die Durchsetzung sozialer
251 und ökologischer Standards scheitert hier immer wieder an verbindlichen,
252 kontrollierbaren und rechtlich durchsetzbaren Regeln, egal ob es um Landwirtschaft,
253 Abholzung, Datenschutz, Steuern, Arbeitnehmerrechte oder Kapitalmärkte geht.

254 Wir sprechen uns daher für ein Moratorium für alle EU-Handelsabkommen aus. Dies gilt,
255 bis die EU Instrumente gegen Umwelt- und Sozialdumping entwickelt hat.

256 Im Zuge der Klimadiskussion gewinnt ein sogenannter ökologischer Grenzausgleich (co2-
257 Zoll) bei grünen und anderen neoliberalen Wissenschaftlern und Politikern Anhänger.
258 Diese warnen ebenso wie Industrie, Gewerkschaften und Sozialdemokraten davor, dass
259 wir ökonomisch zu den Verlierern unserer eigenen Klimapolitik werden, wenn co2- und
260 energieintensive Industrien ins Länder mit niedrigen co2-Preisen abwandern. Dann
261 würde die Transformation tatsächlich in De-Industrialisierung einmünden. Ein
262 Vorschlag sieht daher ein Grenzausgleichssystem wie bei der Mehrwertsteuer vor:

263 Importe werden dabei mit dem nationalen Steuersatz nachbelastet, Exporte
264 freigestellt. Grundlage der Besteuerung wäre der co2-Gehalt des jeweiligen Importes.
265 Wir fordern eine entsprechende Regelung für soziale Standards, also einen sozialen
266 Grenzausgleich. Maßgröße dafür sind ökonomisch feststellbare und vergleichbare Daten,
267 die international anerkannt sind. Dies könnte der Gini-Koeffizient, also der Maßstab
268 für Ungleichheit, die Bruttolohnquote nebst Mindestlohnniveau oder/und die
269 Sozialleistungsquote sein. Auch wäre denkbar, in einem Punktesystem internationale
270 Menschen- und Arbeitsrechtsnormen einzuberechnen. Entscheidend dabei ist, dass wir
271 nicht protektionistisch unser Wohlstandsniveau zugrunde legen, sondern relative
272 Kennziffern der jeweiligen Volkswirtschaft, die den jeweiligen Grad an Ausbeutung im
273 Verhältnis zum deutschen bzw. europäischen Niveau aufzeigen. Der Grenzausgleich
274 verteuert bzw. verbilligt Einfuhren in dem Maße, wie das Gerechtigkeitsniveau vom
275 heimischen Niveau abweicht. Damit setzen wir auch Anreize in aller Welt, den
276 arbeitenden Menschen in allen Wirtschaftszweigen gerechte Einkommen zukommen zu
277 lassen und vermindern den Druck auf die Arbeitsbedingungen im globalen Zusammenhang.
278 Um weiteren Handelskonflikten vorzubeugen, muss ein solches sozial-ökologisches
279 Grenzausgleichssystem auf europäischer Ebene, in der OECD und vor allem in der WTO
280 vorangetrieben werden.

281 3) MITBESTIMMUNG UND DEMOKRATIE IM BETRIEB STÄRKEN

282 Betriebsräte und die Unternehmensmitbestimmung sind für die Entwicklung betrieblicher
283 Innovationen und in der Ausbildung und Qualifizierung von Beschäftigten mehr als eine
284 enorme Bereicherung. Sie schützen Beschäftigte und setzen sich für diese ein. Die
285 Wirtschafts- und Finanzkrise hat deutlich gezeigt, dass Betriebs- und Personalräte
286 und Unternehmensmitbestimmung ein echter Standortvorteil für unsere Industrie und
287 Wirtschaft sind.

288 Unsere Industrie, Handwerk und Dienstleistung sind in der Gestaltung der
289 Transformation auf das Know-how und die Mitwirkung ihrer Beschäftigten angewiesen.
290 Ohne Beteiligung der Belegschaften wird dies nicht gelingen. Und Beteiligung im

291 deutschen Sozialpartnermodell braucht auch eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte der
292 Betriebs- und Personalräte.

293 Mitbestimmung und Tarifverträge sind aus unserer Sicht zentrale Säulen zur
294 Bewältigung des Wandels in seiner neuen Dimension und ihrer möglichen Folgen. Diese
295 Lehren sollten wir aus den Erfahrungen im Zusammenhang der gemeinsamen
296 Krisenbewältigung nicht vernachlässigen.

297 ☐ Wir brauchen stärkere Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte, damit
298 betriebliche Zukunftsvereinbarungen, die mittel- und langfristige
299 Investitionsentscheidungen, Standortsicherung, Kündigungsschutz und verbindliche
300 Personal- und Qualifizierungsplanung- und Entwicklung beinhalten, wenn nötig auch
301 erzwingbar vereinbart werden können.

302 ☐ Die Mitbestimmung von Betriebsräten bei Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung, bei
303 Betriebsänderungen (Umorganisation, Umstrukturierungen, Produktionsverlagerungen,
304 Beschäftigungsabbau) ist zu erweitern und durch ein zwingendes Mitbestimmungsrecht
305 beim Interessenausgleich zu stärken. Outsourcing-Maßnahmen und der Einsatz von
306 Leiharbeit und Werkverträgen müssen einer stärkeren Mitbestimmung und einem
307 Zustimmungsverweigerungsrecht unterliegen. Hinzu gehört auch ein effektiver
308 Unterlassungsanspruch bei Nichtbeachtung jeglicher Beteiligungsrechte.

309 ☐ Gesetzlich festgelegte Förderung und Finanzierung spezifischer Qualifizierungs- und
310 Beratungsangebote für Betriebsräte müssen geschaffen werden, um die
311 Arbeitnehmervertretungen für komplexer werdende Anforderungen zur Gestaltung von
312 Transformation handlungsfähiger zu machen.

313 ☐ Maßnahmen der Beschäftigungssicherung, z.B. eine Beschäftigungs- und
314 Qualifizierungsgesellschaft, muss als Teil des Sozialplanes vom Betriebsrat
315 durchgesetzt werden können.

316 ☐ Mit einer Möglichkeit der Kurzarbeit bei strukturellen Umbrüchen könnte diese Phase
317 stärker und gezielter für die Qualifikation der Beschäftigten genutzt werden. Dazu
318 bedarf es einer Erweiterung des Qualifizierungschancengesetzes mit einem kollektiven
319 Ansatz.

320 ☐ Wir wollen die Rechte der Beschäftigten bei Betriebsübergängen sowie Unternehmens-
321 fusionen und -aufspaltungen verbessern und Mitbestimmung auch in wirtschaftlichen
322 Fragen schaffen.

323 ☐ Es braucht außerdem die institutionelle Förderung von Beratungsinstituten durch den
324 Staat, um Betriebsräte und Unternehmen dauerhaft und kompetent bei der Bewältigung
325 der anstehenden Herausforderungen zu unterstützen.

326 ☐ Stärkere Beteiligung von Personal-/Betriebsräten und Belegschaften bei der
327 Umsetzung von Digitalisierung und Elektromobilität in der Wirtschaft, also auch
328 Mitbestimmung bei Investitionsentscheidungen.

329 ☐ Einrichtung von überbetrieblichen, regionalen oder branchenbezogenen Strukturräten
330 mit Beteiligung von Arbeitgebern, Kommunen und Gewerkschaften mit realen
331 Informations- und Entscheidungsrechten, insbesondere wenn es um Standorte,
332 öffentliche Mittel und Investitionen geht.

333 Wir wollen keine Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg. Wir haben ein Interesse an
334 demokratischer Beteiligung, an Mitbestimmung. Veränderung wird nur mit uns möglich
335 sein, nicht gegen uns. Unsere Kolleginnen und Kollegen wollen überzeugt und
336 einbezogen, nicht billig abgespeist werden. Deshalb brauchen wir die demokratische
337 Transformation.

338 Fördergelder bei Neugründungen sollen an Kriterien der guten Arbeit verpflichtend
339 verknüpft werden.

340 4) STANDORTE UND BESCHÄFTIGUNG SICHERN, QUALIFIZIERUNGSGELD 341 (TRANSFORMATIONSKURZARBEITERGELD) EINFÜHREN

342 Um die Potenziale der Energie- und Mobilitätswende für die hiesige Wertschöpfung zu
343 nutzen und die Transformations- und Diversifizierungsprozesse erfolgreich zu
344 gestalten bedarf es einer aktiven Arbeitsmarkt- und regionalen Strukturpolitik, die
345 Regionen nicht abhängt und Arbeitslosigkeit verhindert. Dazu müssen diese Prozesse
346 mit Umstrukturierungs- und Investitionsförderungen begleitet werden. Zudem stärkt
347 eine enge regionale Vernetzung und Zusammenarbeit von Bau, Betrieb, über Wartung, bis
348 hin zu Rück- und Umbau und Recycling mit kurzen Lieferketten und hohen
349 Umweltstandards den Heimatmarkt und ist nachhaltig.

350 Verschiedenste Konzerne spielen häufig eine entscheidende Rolle für ganze
351 Wertschöpfungsketten und ganze Branchen und Regionen. Durch die Transformation
352 entstandene soziale Härten für die Beschäftigten und betriebsbedingte Kündigungen
353 müssen vermieden werden. Dies muss für die gesamte Wertschöpfungskette gelten. Im
354 Strukturwandel geht es darum, für Beschäftigte eine Perspektive für „Gute Arbeit“ in
355 der Region zu entwickeln.

356 Das heißt qualifizierte Industriearbeit, gutes Einkommen auf Basis von Tarifverträgen
357 und Mitbestimmung. Beschäftigte brauchen Sicherheit im Wandel. Die Ausbildungsberufe
358 und ihre Rahmenlehrpläne müssen modernisiert und den neuen Herausforderungen
359 angepasst werden.

360 ☐ Deshalb muss ein Transformations-Kurzarbeitergeld oder ein Qualifizierungsgeld
361 eingeführt werden, mit dem es Unternehmen ermöglicht wird, Beschäftigte im Betrieb zu
362 halten und für neue Aufgaben zu qualifizieren.

363 ☐ Dazu gehört auch die Kostenentlastung der Betriebe, wenn sie Kurzarbeit mit
364 Qualifizierung verbinden und eine Verlängerung der Bezugsdauer auf 24 Monate. Dazu
365 muss das Qualifizierungschancengesetz gerade für kleine und mittlere Betriebe
366 handhabbarer gemacht werden und ermöglichen, auch für ganze Beschäftigtengruppen
367 Maßnahmen zu fördern, Transfergesellschaften zu gründen und länger als bisher
368 bestehen zu lassen.

369 ☐ Ein Sozialpartnerdialog muss geschaffen und eingerichtet werden. Landesweit und in
370 den Regionen brauchen wir für Fragen des Strukturwandels und der Transformation einen
371 funktionierenden und nachhaltigen Austausch zwischen den Arbeitgeberverbänden, den
372 Gewerkschaften und der Politik.

373 ☐ Wir setzen uns für die Gründung eines nationalen Transformationsbeirats beim
374 Bundesarbeitsministerium unter Einbindung aller Akteure (Betriebsräte,

375 Gewerkschaften, Unternehmen, Arbeitgeberverbände, Bundesagentur für Arbeit) und
376 ebenso auf Länderebene ein. Den jetzt vom Bundesarbeitsminister eingesetzten „Rat der
377 Arbeitswelt“ sehen wir als richtigen und wichtigen Schritt in die richtige Richtung.
378 Auch unterhalb der nationalen Ebene sind verlässliche Strukturen erforderlich – etwa
379 in Form von Regional-räten oder Transformationsbündnissen.

380 Den Beiräten obliegt es, auf Basis von regionalen Entwicklungskonzepten eine
381 Priorisierung der Aktivitäten vorzunehmen und die Sicherung industrieller Strukturen
382 und Beschäftigung voranzutreiben.

383 ¶ Mit Blick auf den Wandel müssen die Branchendialoge, bei denen Regierung,
384 Arbeitgeber und Arbeitnehmer*innen an einen Tisch kommen, zu festen Arbeitsstrukturen
385 im Rahmen der Mitbestimmung (siehe oben) weiterentwickelt werden. Ohne das Know-how
386 und die Mitwirkung der Betriebsräte und Beschäftigten wird die Transformation nicht
387 gelingen. Betriebsratsgremien, insbesondere in kleinen und mittleren Betrieben mit in
388 der Regel nicht freigestellten Betriebsräten fehlen daher die zeitlichen und
389 fachlichen Ressourcen. Um möglicherweise erforderliche Maßnahmen im Betrieb auf
390 Augenhöhe mit den Arbeitgebern verhandeln zu können, ist von der Bundesregierung ein
391 Beratungs- und Qualifizierungsfonds für Betriebsräte einzurichten.

392 • Regionale Entwicklungsprozesse in den besonders vom Wandel betroffenen Regionen
393 sollen unter Führung eines regionalen Transformationsbeirats als Projekt,
394 zeitlich befristet, und möglichst in Anbindung an die
395 Wirtschaftsförderungseinrichtungen, installiert werden, das dazu beiträgt:
396 – integrierte regionale Entwicklungskonzepte zu entwickeln und umzusetzen,
397 – regionale Entwicklungsprojekte zu identifizieren und zu befördern,
398 – regionale Netzwerke, Bündnisse, Verbundprojekte, Innovationscluster u.ä.
399 aufzubauen,

400 – verborgene regionale Beschäftigungs- und Wachstumspotentiale zu mobilisieren.

401 • Wir brauchen dazu eine aktive Umsetzung von regionalen Transformationsclusters
402 und Branchen. Die Regionen sollen sich mit allen Akteuren (Gewerkschaften,
403 Arbeitgeber, Betriebsräte, Kommunalpolitiker, Zivilgesellschaft,
404 Bildungseinrichtungen, etc.) an den Tisch setzen um zu entwickeln, was die
405 Regionen brauchen, um auch für die Zukunft gut aufgestellt zu sein:
406 Infrastruktur, Weiterbildung, Kooperationen, etc. Diese Planungen müssen Bund,
407 Länder und Kommunen aktiv begleiten.

408 • Regionale Strukturprogramme sollen ein nachhaltiges, qualitatives und
409 umweltverträgliches Wachstum durch die Verbesserung von Innovationsfähigkeit,
410 Wettbewerbsfähigkeit und Ressourceneffizienz insbesondere der von der
411 Transformation betroffenen Unternehmen (entlang der Wertschöpfungskette)
412 erreichen und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf den Klimaschutz und die
413 Energiewende, setzen. Ferner bedarf es öffentlicher Beteiligungsfonds zur
414 Sicherung und Transformation von Unternehmen, mit denen z. B. KMUs unterstützt
415 werden können, sobald ein notwendiger oder erzwungener Wechsel des
416 Geschäftsmodells die Investitionskraft übersteigt.

417 Auf Grundlage einer regionalen Innovationsstrategie sollen auch innovative Vorhaben
418 und eine zielgerichtete, anwendungsorientierte Forschungsinfrastruktur gefördert und
419 der Wissens- und Technologietransfer verbessert werden. Mit entsprechenden regionalen
420 Investitions- und Strukturfonds kann alternative qualifizierte Industriearbeit und
421 damit Perspektiven für „Gute Arbeit“ in den Regionen entwickelt werden.

Antrag LT1004: Energiewende bleibt das vorrangige Ziel, aber Energiesicherheit jetzt schaffen!

Antragsteller*in:	SPD AG Selbstständige (AGS)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess / Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT1 - Der klimagerechte Wirtschaftsstandort Deutschland

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Mit der Zusage, schnellstmöglich aus der Verbrennung von Kohle auszusteigen, haben
- 2 wir uns im Koalitionsvertrag ein hohes Ziel gesetzt.
- 3 Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine kommt nun zur Corona-Pandemie und den
- 4 geschwächten Lieferketten ein weiteres schwieriges Szenario auf uns zu. Dem Plan der
- 5 Energiewende stellt sich aktuell eine Energiekrise entgegen. Diese erfordert nun ein
- 6 zügiges Umdenken!
- 7 Leitlinien des Regierungshandelns müssen jetzt sein: Energiesicherheit für Wirtschaft
- 8 und Bevölkerung gewährleisten, Energiesparen belohnen, Energieeffizienz verbessern,
- 9 und die Umstellung auf erneuerbare Energiequellen vorantreiben.
- 10 Wir bekennen uns klar zum Atomausstieg; trotzdem wollen wir im Zweifel auch
- 11 Laufzeiten von Kernkraftwerken für einen eng begrenzten Zeitraum verlängern (je nach
- 12 Ausgang des Stresstestes) und auch Kohlekraftwerke in Betrieb halten bzw. wieder
- 13 hochfahren.
- 14 Während sich die Diskussion derzeit im Wesentlichen um private Haushalte oder
- 15 Großverbraucher dreht, werden kleine und mittlere Unternehmen (KMU) kaum
- 16 berücksichtigt. Diese stellen aber ca. 80% der Arbeitsplätze in Deutschland zur
- 17 Verfügung. Insb. die Energiepreissteigerungen führen einen Großteil der KMU an den
- 18 Rand der Wirtschaftlichkeit. Falls wir hier nicht sehr kurzfristig pragmatische
- 19 Lösungen finden, wird es ein Firmensterben geben, welches das Ausmaß der Corona-
- 20 Krise um ein Vielfaches übersteigen und viele zehntausende Arbeitsplätze kosten wird.
- 21 Wir als AGS fordern daher unverzüglich gezielte Hilfsprogramme für kleine und
- 22 mittelständige Unternehmen, damit Arbeitsplätze sowie die Firmeninfrastruktur
- 23 erhalten werden können, ähnlich wie bei der Corona-Pandemie und wie bereits jetzt für

- 24 private Haushalte und große Energieversorgungsunternehmen eingeleitet.
- 25 Der Ausbau der erneuerbaren Energien schreitet voran, aber wir müssen schneller
26 werden. Beim Ausbau von Wasserkraft, Windenergie off- und on-shore (auch im Süden
27 Deutschlands), Freiflächenphotovoltaik (auch „Agri-PV“), Netzausbau und Aufbau von
28 Speicherkapazitäten müssen Genehmigungsverfahren sofort vereinfacht und beschleunigt
29 werden. Förderprogramme sind schnell aufzustellen und müssen einfach zu beantragen
30 sein. Bewilligungen müssen in kurzer Frist erteilt werden. Hierbei müssen Gelder
31 verlässlich gezahlt werden, auch wenn sich Lieferzeiten verschieben. Der Zeitpunkt
32 der Bewilligung muss bindend sein für sämtliche Förderungen.
- 33 Der Netzausbau kommt seit Jahren nur schleppend voran. Gerade im Süden hat man in den
34 letzten Jahren versäumt, die Energieversorgung stark genug für die ansässigen
35 Industrien anzupassen. Das Risiko der Abwanderung von Betrieben besteht bereits
36 jetzt.
- 37 Repowering muss leichter werden, um mehr Energie zu erzeugen, ohne neue Flächen zu
38 verbrauchen. Alle Möglichkeiten zur Förderung von Speichertechnologien müssen genutzt
39 werden, damit die im Überschuss produzierten Mengen an Solar- und Windstrom
40 zwischengespeichert werden können. Hierzu gehören auch die Herstellung von
41 Wasserstoff durch Hydrolyse und die Erzeugung von Synthesegas aus Wasserstoff und
42 CO₂. Umgehend müssen auch alle Möglichkeiten zur Erhöhung der Gasproduktion in
43 Biogasanlagen genutzt werden, um die Energiekrise zu vermindern.
- 44 Es sollten auch Möglichkeiten geschaffen werden, Wasserstoff oder Synthesegas aus
45 überschüssiger Solar- und Windenergie auch dezentral in Haushalten und Betrieben
46 einsetzen zu können.
- 47 Für uns hat Strom aus erneuerbaren Energien weiter Vorrang im Netz. Die heute bereits
48 mit erneuerbarem Strom verbundenen Preisvorteile gegenüber Gas, Kohle und Atomstrom
49 (sog. Merit-Order-Effekt) müssen tatsächlich an die Verbraucher weitergegeben werden.
50 Die Ermittlung der Strompreise muss also dringend angepasst werden! Damit würden auch
51 die teilweise erheblichen Übergewinne vermieden und die Stromkunden sofort entlastet
52 werden.
- 53 Die aktuelle Versorgungssituation hat gezeigt, dass Deutschland und Europa in den
54 Schlüsseltechnologien zu viel aus der Hand gegeben hat. Gerade in den genannten
55 Bereichen der Energiewirtschaft müssen wir mit unseren Partnern schnell eine
56 Strategie entwickeln, wieder unabhängiger von Importen von anderen Kontinenten zu
57 werden. Dazu müssen wir auch Möglichkeiten schaffen, dass sich neue Unternehmen bei
58 uns in Europa ansiedeln und vorhandene ihre Flächen erweitern können.
- 59 Energiewende bleibt das vorrangige Ziel, aber Energiesicherheit jetzt schaffen! –
60 Unsere Forderungen sind:
- 61 • Wirtschaftliche Hilfen für KMUs in der Energiekrise.
 - 62 • Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren.
 - 63 • Netzausbau beschleunigen.
 - 64 • Solarstromeinspeisung von kleinen Erzeugern bis 30 kWh nicht bei 70% deckeln (PV
65 Abregelung aufheben).

- 66 • Repowering vereinfachen und beschleunigen.
- 67 • Gaserzeugung und -speicherung (Wasserstoff, Synthesegas) auch für kleinere
- 68 Akteure fördern.
- 69 • Speicherkapazitäten schnell ausbauen.

Antrag LT1005: Die Weichen für die Mobilitätswende 2030+ stellen – Klimaschutzstrategie gesellschaftlich entwickeln und finanziell gestalten – Nachhaltig, vernetzt und umfassend

Antragsteller*in:	SPD BZ Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess / Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT1 - Der klimagerechte Wirtschaftsstandort Deutschland

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 **Unser Handeln soll künftig von folgenden Rahmenbedingungen geleitet werden:**
- 2 1. Klimaschutz bleibt die zentrale Herausforderung der Im Verkehrssektors außerhalb
- 3 des ÖPNVs wurde seit 1990 effektiv kein Fortschritt erzielt. Rechtlich gefordert
- 4 ist eine schrittweise Reduktion von 164 Mio. t CO₂ (2019) auf 85 Mio. t CO₂
- 5 (2030).Die geforderte Reduktion wird nicht allein durch eine Dekarbonisierung
- 6 von PKW und LKW (Antriebswende) erreicht werden können.
- 7 2. Mit der Verdoppelung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs können wir
- 8 erreichen, dass fast jeder fünfte Personenkilometer, der heute mit dem Auto
- 9 zurückgelegt wird, im Jahr 2040, besser noch früher, mit dem ÖPNV zurückgelegt
- 10 wird
- 11 3. Die dringlichste Aufgabe der nächsten zwei Jahre ist es, das Image des ÖPNV vom
- 12 Stigma der Pandemie zu befreien – und die Nutzerakzeptanz durch die Vermittlung
- 13 seiner im gesellschaftlichen Interesse liegenden Vorteile zu
- 14 4. Die Verdoppelung des ÖPNV erfordert, dass dessen Angebot in bisher nicht oder
- 15 nur mäßig erschlossenen Zeiten und Räumen auf ein akzeptables Grundniveau
- 16 gehoben wird. Dieses stärkt die Entwicklungsperspektiven dieser Räume und der
- 17 Menschen, die dort ohne Auto mobil sein wollen oder müssen. Insbesondere der
- 18 ländliche Raum, aber auch Stadtteile und – randbereiche werden auf diese Weise
- 19 aufgewertet. Ausflugsziele im ländlichen Raum werden mit dem ÖPNV In Summe
- 20 werden Stadt und Land vom Autoverkehr entlastet und durch eine verbesserte
- 21 Stadt-Umland-Beziehung wird zudem auch die Nachfrage nach kommunalem ÖPNV

22 gestärkt. Eine Verdoppelung der Nachfrage wird nur gelingen, wenn Multimodalität
23 mit dem ÖPNV als Rückgrat und der Kombination Rad & ÖV als „Dream-Team“ der
24 wechselseitigen Reichweitenverlängerung bundesweit gefördert wird. Kommunen,
25 kommunale Verbände, Länder und der Bund als Eigentümer der DB AG sind daher
26 gefordert, durch gezielte Bahnhofsentwicklung, Unterstützung von
27 Radverleih/Bike-Sharing, Organisation von Fahrradparken sowie Service rund ums
28 Rad dafür zu sorgen, dass der öffentliche Verkehr in seiner Gesamtheit
29 bundesweit reüssieren kann. Das muss mit einer deutlichen Verbesserung der
30 Aufenthaltsqualität an Bahnhöfen und im Umfeld von Haltestellen einhergehen.
31 Verknüpfung mit Formen der Mikromobilität und Park&Ride sind zu fördern, wenn
32 dadurch per Saldo ein Mehr an Klimaschutz im Verkehr bewirkt wird.

33 5. Die Verdoppelung des ÖPNV ermöglicht mehr Mobilität mit weniger Autoverkehr und
34 schafft durch die hohe Flächeneffizienz des ÖPNV den erforderlichen „Freiraum“
35 für lebenswerte Städte und Besonders sozialschwache Bevölkerungsgruppen leben
36 heute an stark frequentierten Straßen, der Ausbau des ÖPNV ist daher nicht nur
37 für Nutzer/-innen, sondern auch für Anwohner/-innen gelebte Sozialpolitik.

38 6. Im Bereich der Wege mittlerer Länge sind es oft die Stadt- oder Kreisgrenzen,
39 die Brüche in Angebot oder Tarif des ÖPNV bewirken. Hier ist es Aufgabe der
40 Kommunen und der kommunalen Verkehrsverbände, für ein nahtloses ÖPNV-
41 Angebot mit
42 „grenzüberschreitend“ hoher Angebotsqualität zu sorgen. Tarife müssen so gestaltet
43 werden, dass die Stadt-/ Kreisgrenze nicht als relevante Tarifhürde wahrgenommen
44 wird. Relevant ist dieses gleichermaßen für Berufs-, Freizeit- und Einkaufsverkehre,
45 die oft nicht mehr so stark wie früher auf das Zentrum der eigenen Stadt bezogen
46 sind.

47 7. Eine Verdoppelung der Nachfrage wird nur gelingen, wenn ein attraktives Angebot
48 vorhanden ist. Das Angebot muss zeitlich, räumlich und qualitativ einen starken
49 Nachfrageanreiz bieten. Kapazitatív muss es die wachsende Nachfrage bewältigen
50 können.

51

52

53 **Dies vorausgeschickt fordern wir:**

54 Mittel für die Bundesförderung des Gemeindeverkehrs und die Regionalisierungsmittel
55 sollen aufstockt werden. Dabei ist die bisherige GVFG-Bewertungslogik durch
56 „Zielbeiträge für Klimaschutz“ und „Verbesserung der Erschließungswirkung“ zu
57 ersetzen; dies gilt auch für die Regionalisierungsmittel, die – zusätzlich zu den
58 Bestandmitteln vom Bund – für den ÖPNV in den Ländern (u.a. für die kommunale
59 Schiene und flächendeckende Ortsverbindungsnetze) bereitgestellt werden.

60 Die Bundesförderung für Länder und Kommunen soll mit Einhaltung der Vorgaben der
61 Raumordnung (Ziele und Grundsätze ROG) und der Landesplanung verbunden werden, um die

62 Raumentwicklung mit der Verkehrsentwicklung zu verzahnen. Zudem sollten Maßnahmen

63 nicht isoliert betrachtet und gefördert werden. Gefördert werden sollten Maßnahmen,
64 die Teil einer auf die Verdoppelung des ÖV ausgerichteten verkehrsbezogenen Planung
65 sind. Das sind solche Maßnahmen, welche die „Zielbeiträge für den Klimaschutz“ und
66 die „Verbesserung der Erschließungswirkung“ ermitteln und nachsteuern, mit ihrem
67 räumlichen Planungshorizont zusammenhängende Verkehrsräume abdecken und bestehende

68 kommunale Grenzen überwinden können.

69 Die Bundesförderung für Länder und Kommunen sollte durch die Länder verwaltet werden,
70 da diese sachnäher in der Beurteilung der Maßnahmen sind. Der Bund setzt die
71 Erfolgskriterien und zielbezogene Fördervoraussetzungen und kontrolliert den Erfolg
72 der Programme. Der Bund dotiert die Programme jeweils landesbezogen nach den
73 zugesagten bzw. erreichten „Zielbeiträgen“ der Länder, insbesondere in Bezug auf
74 Erhöhung der Nachfrage, Erschließungswirkung und Umsetzungsgeschwindigkeit.

75 Die Länder beteiligen sich an der Förderung mit Eigenanteilen. Die Kommunen werden
76 sich ihrerseits in angemessenem Umfang beteiligen.

77 Wir müssen das Angebot im Bestandsnetz der Städte und Metropolenräume verdichten.
78 Starten werden wir mit dem Busverkehr. Mit dem notwendigen Vorlauf werden wir die
79 Kapazitäten auch in den Schienennetzen erweitern und die Angebote verdichten.

80 Wir werden Netzerweiterungen im Bus- und Schienenverkehr passend zur Entwicklung von
81 Siedlung, Industrie, Gewerbe sowie zu den ausschöpfbaren Marktpotenzialen vornehmen.
82 Auch dieses wird zunächst auf der Straße und – infrastrukturbedingt – erst mit
83 größerem zeitlichen Vorlauf auf der Schiene realisiert werden können. Der Bus hält
84 künftig da, wo der Arbeitsplatz ist.

85 In regionaler Verantwortung der Verbünde oder der Länder muss ein Ortsverbindungsnetz
86 aufgebaut werden, welches verknüpft mit dem Deutschlandtakt das gesamte Land
87 erschließt und bei dem deutschlandweite Erreichbarkeitsstandards für vergleichbare
88 Netzqualitäten im gesamten Land sorgen.

89 In den Zwischenräumen des Ortsverbindungsnetzes sowie in den Randbereichen bzw.
90 Randzeiten des städtischen ÖPNV bedarf es einer Basiserschließung im teilflexiblen
91 Linienverkehr oder im Linienbedarfsverkehr. Tangentiale Verkehre in die Nachbarorte
92 müssen stärker in den Blick genommen werden. Dieser Bereich der Wege mittlerer Länge
93 hat einen Schwerpunkt im ländlichen Raum. Hier besteht das Angebot des ÖPNV oftmals
94 allein aus Schulverkehrsverbindungen, die für die allgemeine Mobilität nutzlos sind.
95 Hier muss der ÖPNV als Alltagsverkehrsmittel im Ortsverbindungsverkehr wieder Fuß
96 fassen. Potenziale dürften insbesondere im Freizeitverkehr sowie bei den
97 Berufspendelnden liegen. Ein enormer Zugewinn an Autonomie ergibt sich für Menschen
98 ohne eigenes Auto.

99 In Summe verbinden sich so der Personenfernverkehr, der SPNV, der städtische ÖPNV,
100 der regionale und kommunale Linienverkehr, der teilflexible Linienverkehr und der
101 Linienbedarfsverkehr im Deutschlandtakt zu einem Gesamtnetz des ÖPNV.

102 Wir kümmern uns um Nachwuchs bei der Personenbeförderung. Busfahrer oder
103 StraßenbahnfahrerIn ist ein verantwortungsvoller Beruf und muss entsprechend

104 ordentlich bezahlt werden. Die Betriebe des ÖPNV müssen wieder verstärkt ausbilden
105 und sich um Personalbindung bemühen. Gleiches gilt für die Instandhaltung der
106 Fahrzeuge und das dafür notwendige Personal in den Werkstätten.

107 Das Planungsrecht muss vereinfacht werden. Außerdem müssen angemessene personelle
108 Kapazitäten auf der Ebene der Planfeststellungsbehörden und der Gerichtsbarkeit
109 vorgehalten werden.

110 Die coronabedingte Erhöhung der Regionalisierungsmittel sollte in einem ersten
111 Schritt auf Dauer angelegt werden. Strukturell ist es zudem sinnvoll, die bisherige
112 GVFG- Bewertungslogik durch „Zielbeiträge für Klimaschutz und Nachfragesteigerung“
113 sowie

114 „Verbesserung der Erschließungswirkung“ zu ersetzen. Die Zielorientierung der
115 Maßnahmen werden wir durch entsprechende fachliche Planungen absichern. In
116 vergleichbarer Weise bedarf es einer Erhöhung der Regionalisierungsmittel, die
117 zusätzlich zu den Bestandsmitteln vom Bund für den ÖPNV in den Ländern (u.a. für die
118 kommunale Schiene und flächendeckende Ortsverbindungsnetze) bereitgestellt werden
119 müssen. Verschiedene Gutachten kommen alle auf eine ähnliche Deckungslücke, die sich
120 bis zum Jahr 2030 auf fast 50 Milliarden Euro für die gesamte Bundesrepublik
121 Deutschland aufsummiert.

122 Für uns bedeutet inklusive Mobilität: Zu jedem sozialversicherungspflichtigen
123 Arbeitsvertrag gehört ein verpflichtendes Jobticket. Damit können alle Verkehrsträger
124 gebucht werden, angefangen vom ÖPNV, E-Scootern, Car-Sharing, etc.

125 Unternehmen werden an der Finanzierung des ÖPNV durch eine Nahverkehrsabgabe pro
126 Mitarbeiter*in pro Monat beteiligt.

127 Der § 161 im hessischen Schulgesetz muss geändert werden: Alle Schüler*innen in
128 Hessen müssen ein kostenloses ÖPNV-Ticket erhalten.

129 Wir fordern eine Projektgesellschaft auf Landesebene, die kleinere Kommunen oder
130 Landkreise berät bei der intermodalen Neuordnung ihrer Städte oder beim Ausbau des
131 tangentialen Verkehrs.

132 Plus- und XBusse, Metrobuslinien auf den Standstreifen der Autobahnen in einer
133 vernünftigen Taktung sind künftig Vorbild für neue Busverkehre.

134 Bedarfsverkehre (z.B. On demand), die im letzten Jahrzehnt an vielen Orten neu
135 eingeführt wurden, müssen stärker ausgebaut werden.

136 Umstiegs-Möglichkeiten vom Auto auf Bus und Bahn durch gut angebundene und
137 ausgestattete P+R Plätze müssen das intermodale System ergänzen. Mobilitätsstationen
138 auf den P+R-Plätzen eröffnen die Nutzung intermodaler Verkehre.

139 Das System der Easy-Busse (selbstfahrende Busse) muss weiterentwickelt und da
140 eingesetzt werden, wo eine Linienführung von Verkehrsmitteln sich nicht lohnt.

141 Die Förderung und Umrüstung von neuen Antriebstechnologien (E-Mobilität, Wasserstoff)
142 und die Dekarbonisierung des öffentlichen Bus-Systems muss ein weiterer Baustein
143 sein, um die erforderliche Reduzierung des CO₂-Ausstoßes zu erreichen.

144 Ein Ausbau der Kapazitäten in den Metropolen kann durch smarte Technologie forciert

145 werden. Das Digital Train Control System sorgt smart für eine Reduzierung der
146 Abstände von Bahnen auf stark frequentierten Strecken und kann somit zu einer höheren
147 Takt-Frequenz beitragen.
148 Alle Möglichkeiten müssen ausgenutzt werden, um höhere Kapazitäten zu erlangen (große
149 Busse, Straßenbahnen (T 40) und U-Bahnen)
150 Eine Verdoppelung des ÖPNV wird nur gelingen, wenn es in ganz Deutschland ohne
151 spezifische Kenntnis des jeweiligen ÖPNV-Systems möglich ist, Fahrausweise des ÖPNV
152 mobil per App zu buchen und zu verwenden. Sie wird nur gelingen, wenn alle
153 Verkehrsmittel Echtzeitdaten über die aktuelle Pünktlichkeit und den Standort in die
154 Auskunftsplattformen einspeisen, wie es heute schon in den Verbänden üblich ist.
155 Bis 2030 müssen alle Verkehrsstationen mit mehr als 1000 Ein/Aussteiger am Tag
156 barrierefrei sein. Perspektivisch gilt dies für alle Verkehrsstationen.

Antrag LT1006: Antrag zum Aufbau einer grünen Wasserstoffreserve in Deutschland

Antragsteller*in:	SPD UB Region-Hannover
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess / Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT1 - Der klimagerechte Wirtschaftsstandort Deutschland

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 In Deutschland soll eine strategische Reserve an grünem Wasserstoff aufgebaut und
- 2 unterhalten werden analog zur Reserve des Erdölbevorratungsverbandes.

Antrag LT1007: Aktive Industriepolitik für gute Arbeitsplätze und Zukunftsfähigkeit – als Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit

Antragsteller*in:	SPD BZ Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess / Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT1 - Der klimagerechte Wirtschaftsstandort Deutschland

Der Debattenkonvent möge beschließen:

1 Die vergangenen beiden Jahre haben uns auf dramatische Weise vor Augen geführt, wie
2 anfällig wir politisch und wirtschaftlich gegenüber globalen Krisen sind. Die Corona
3 Pandemie und Putins völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine haben
4 Schwächen unseres Wirtschaftssystems offengelegt. Die Abhängigkeit von fossilen
5 Energieträgern sowie eine hochkomplexe globale Arbeitsteilung führen dazu, dass
6 selbst eine hoch-entwickelte, wissensbasierte und mit einem hochproduktiven
7 industriellen Kern ausgestatte Volkswirtschaft wie die deutsche über ein hohes Maß an
8 Krisenanfälligkeit verfügt. Die Gefahren, die hieraus resultieren, sind dramatisch
9 und gefährden unseren Wohlstand. Und sie treffen die Menschen in unserem Land umso
10 härter, je schwerer sie es ohnehin schon haben.

11 Sozialdemokratische Industriepolitik muss sich dieser Themen annehmen und gegen-
12 steuern. Sie muss umfassend, nachhaltig, ressourcenschonend, europäisch, sozial
13 ausgerichtet sein sowie die Sicherung und Schaffung Guter Arbeit in Groß-, Klein- und
14 mittelständischen Unternehmen zum Ziel haben. Die Entkopplung unseres Wachstums von
15 fossiler Energie auf Basis 100% Erneuerbarer Energien, die Substitution kritischer
16 Roh-stoffe, die Entflechtung von Lieferketten und eine kluge Konjunkturpolitik, die
17 kurzfristige Härten abfedert, müssen hierzu die Grundlage bilden.

18

19 **Gefahren für unsere Wirtschaft**

20 **1. Abhängigkeiten bei der Energieversorgung erweisen sich als Achillesferse** 21 **unserer Wirtschaft**

22 Putins völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Anfälligkeit
23 unserer Wirtschaft auf Krisen globalen Ausmaßes offengelegt. Das zeigt sich
24 insbesondere bei der Abhängigkeit der deutschen, aber auch europäischen Wirtschaft
25 insgesamt von russischen Energielieferungen. So hat die Europäische Union im Jahr
26 2020 rund 38 Prozent ihres Erdgasverbrauch in Höhe von insgesamt 400 Milliarden
27 Kubikmeter aus Russland bezogen. Während Länder wie Tschechien oder Lettland ihre
28 Erdgasnachfrage vollständig mit Importen aus Russland befriedigt haben, lag diese
29 Quote für Deutschland bei gut 60 Prozent. Wir begrüßen daher die Anstrengungen der
30 Europäischen Kommission mit der Initiative RepowerEU die Abhängigkeit von russischen
31 Energielieferungen zu beseitigen. Wichtig wird in diesem Zusammenhang allerdings
32 sein, dass rasch gehandelt und eine demokratische Kontrolle ergriffener Maßnahmen
33 durch das Europäische Parlament gewährleistet wird. Auch die Anstrengungen der
34 Bundesregierung, russische Energielieferungen mit Importen aus anderen Ländern zu
35 ersetzen, begrüßen wir. Klar ist aber auch: Derlei Initiativen sind kurzfristig
36 wichtig. Sie dürfen aber nicht dazu führen, beim Umbau unserer Energieversorgung auf
37 Erneuerbare Energien nachzulassen.

38 Denn: Wenn wir unsere Industrie dauerhaft resilient gegenüber Krisen bei der
39 Energieversorgung aufstellen wollen, sind wir gerade in Deutschland auf einen Umbau
40 unserer Energieversorgung angewiesen. Vor allem Industriezweige wie die
41 Grundstoffchemie, die Metallerzeugung und -bearbeitung, die Glas- und
42 Keramikindustrie, der Maschinen- und Fahrzeugbau, die Ernährungsindustrie oder das

43 Papiergewerbe sind auf gasintensive Fertigungsverfahren angewiesen und können Gas als
44 Energieträger kurzfristig nicht ersetzen. Diese Industriezweige tragen gut fünf
45 Prozent zur deutschen Bruttowertschöpfung bei, stehen oft am Anfang von
46 Wertschöpfungsketten und sie liefern häufig unersetzbare Vorprodukte. Fehlendes Gas
47 und entsprechende Produktionsstopps dürften aufgrund bestehender Verflechtungen
48 enorme Auswirkungen auf weitere Industriezweige und letztlich die Konsumnachfrage
49 haben.

50 So geht beispielsweise das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung im
51 schlimmsten Fall von einem Rückgang des deutschen Bruttoinlandsprodukts von bis zu
52 zwölf Prozent aus, wenn die Versorgung mit russischem Gas abbricht.

53 Diese Schätzung entspräche der größte Wirtschaftskrise seit Ende des Zweiten
54 Weltkriegs. Das zeigt, dass an einer Umstellung unserer Wirtschaft auf Erneuerbare
55 Energien kein Weg vorbeiführt.

56 2. Globale Verflechtungen steigern Anfälligkeiten

57 Derzeitige Struktur der Lieferketten kann Wertschöpfung gefährden
58 Seit den 1970er Jahren haben multinationale Konzerne ihre Wertschöpfungsketten
59 zunehmend diversifiziert und über den ganzen Globus verteilt. Dieser Prozess hat sich
60 in den 1980er Jahren vor allem durch die Politik der damaligen Regierungen der USA
61 und Großbritanniens verschärft und sich in den 1990er Jahren nach dem Ende des Kalten
62 Krieges auch auf mittelständische Unternehmen ausgeweitet. Klar: Die deutsche
63 Volkswirtschaft mit ihrer Exportorientierung hat von dieser Entwicklung durchaus
64 profitiert. Allerdings deuteten sich die Schattenseiten dieser Entwicklung bereits
65 mit der Weltfinanzkrise 2008 an, ganz zu schweigen von den negativen Auswirkungen
66 globaler Warenströme auf Umwelt und Klima sowie den sozialen Kosten.

67 Die Corona Pandemie hat indes mit aller Wucht aufgezeigt, wie anfällig die deutsche
68 und europäische Wirtschaft gegenüber globalen Verwerfungen ist. Die Verfügbarkeit
69 einer Reihe von für die industrielle Wertschöpfung notwendigen Vor- und
70 Zwischenprodukten hat dermaßen abgenommen, dass die Fertigung industrieller Waren ins
71 Stocken gerät. Fehlende Halbleiter für die Automobilindustrie sind nur ein Beispiel
72 hierfür. Lebensnotwendige medizinische Endprodukte waren zu Beginn der Pandemie
73 Mangelware.

74 Die Gestaltung globaler Lieferketten zeigt aber nicht nur bei größeren Krisen ihre
75 Anfälligkeit. So schätzt die Unternehmensberatung McKinsey, dass massive Störungen
76 der Lieferketten alle 3,7 Jahre auftreten, und empfiehlt den Unternehmen daher unter
77 anderem die Regionalisierung ihrer Lieferantenstrukturen.

78 Rohstoffversorgung stärker in den Fokus rücken

79 Die Vernetztheit der Weltwirtschaft zeigt, dass auch regionale Konflikte, Kriege und
80 Krisen Rückkopplungen auf die globale Wirtschaft haben können. Neben der Versorgung
81 mit Energie und industriellen Zwischenprodukten brauchen wir daher auch eine
82 politische Debatte darüber, wie wir die Versorgung unserer Wirtschaft mit Rohstoffen
83 wie zum Beispiel Seltenen Erden sicherstellen können.

84

85 **3. Konjunkturelle Situation birgt weitere Gefahren**

86 Die Coronakrise und der Ukrainekrieg setzen der deutschen, aber auch europäischen
87 Wirtschaft insgesamt, mächtig zu. Dieser Prozess wird durch eine sich trübende
88 Konjunktur verschärft. So hat im ersten Quartal dieses Jahres das Wachstum der
89 deutschen Wirtschaft nur 0,2 Prozent betragen. Die zunehmende Inflation in der
90 Eurozone oder auch den Vereinigten Staaten hat zu einem Umdenken bei den betroffenen
91 Zentralbanken geführt. Die bereits stattfindende oder anvisierte Reduzierung der
92 Anleihekaufprogramme der Notenbanken sowie die Erhöhung der Leitzinsen wird weltweit
93 zu einer Dämpfung der Investitionen und damit der Konjunktur führen. Außerdem treffen
94 steigende Energie- und Lebensmittelpreise die Konsumnachfrage hart. Das hat nicht nur
95 Auswirkungen auf das Wachstum, sondern auch massive sozialpolitische Auswirkungen: Je
96 geringer das verfügbare Einkommen der Menschen, umso härter die Auswirkungen der
97 steigenden Preise und daraus resultierende Umverteilung von Unten nach Oben.

98

99 **Bausteine einer industriepolitischen Strategie**

100 Angesichts dieser Herausforderungen gilt es eine industriepolitische Strategie zu
101 entwickeln, die einen intelligenten Mix aus langfristigen-strukturellen und
102 kurzfristigen- konjunkturellen Maßnahmen schafft.

103 Hierzu gehört ein schnellerer Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Schaffung von
104 Rahmenbedingungen, die die Lokalisierung der Fertigung kritischer Vor- und
105 Zwischenprodukte in Deutschland und Europa ermöglicht, Strategien der
106 Rohstoffsicherung, die eine menschenrechtsgeleitete Außenpolitik als Basis haben,
107 aber auch die Erforschung, Entwicklung und Förderung von Substitutionstechnologien.

108 **1. Erneuerbare Energien ausbauen**

109 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Energiewende hin zu einer
110 Energieversorgung vollständig aus Erneuerbaren Energien immer auch industriepolitisch
111 verstanden. Und dies im doppelten Sinne: Einerseits erfordert eine soziale
112 Energiewende die Kostendegression der Massenfertigung von Anlagen zur Ernte
113 Erneuerbarer Energien. Andererseits kann nur eine energieeffiziente industrielle
114 Produktion den Verbrauch von fossilen und nuklearen Energieträgern so weit
115 reduzieren, dass auch die Energieversorgung der Industrie zu 100% aus Erneuerbaren
116 Energien möglich ist.

117 Dies sind auch weiterhin unsere Leitlinien hinsichtlich einer Aktiven
118 Industriepolitik bei der Energiewende. Zumal die gesetzliche Förderung der
119 Erneuerbaren Energien durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) zu einer
120 industriellen Massenproduktion von Anlagen zur Ernte Erneuerbarer Energien und damit
121 zu einer Kostendegression geführt hat, durch die Sonnenstrom und Windstrom heute
122 kostengünstiger sind, als Strom aus Kohle-, Öl-, Erdgas- oder Atomkraftwerken.

123 Um die Energiewende weiter zu beschleunigen, sind folgende Maßnahmen unverzüglich zu
124 ergreifen:

125 **Wärme:** Wir unterstützen die Bundesregierung beim Weg zur fossilfreien Heizung und
126 fordern sie auf, dies durch ein Vorziehen der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes

127 (GEG) zu beschleunigen, z.B. durch die Einführung einer kommunalen Wärmeplanung,
128 sofortigem Förderstopp bei der Gasheizung, die klare Priorisierung erneuerbarer Wärme
129 (wie Wärmepumpen), den Ausbau der Fernwärme und die Umstellung der
Fernwärmeerzeugung
130 von Erdgas auf Erneuerbare (Solarwärmeparks und Hochleistungswärmepumpen aus
Erdwärme
131 und Oberflächengewässerwärme). Für das Fachhandwerk soll die Bundesregierung eine
132 Kampagne zur Aus-, Fort- und Weiterbildung starten, um den Mittelstand bei der
133 Umsetzung der Wärmewende in der Praxis zu unterstützen.

134 **Photovoltaik:** Wir brauchen eine einmalige kräftige Anhebung der Vergütung für
135 Prosumer-PV- Anlagen sowie eine Ersetzung des atmenden Deckels durch einen atmenden
136 Beschleuniger, der auf die neuen Zubauziele abgestimmt ist.

137 Außerdem gehören Hürden bei der Eigenversorgung abgebaut: Wir fordern die Stärkung
138 der Eigenversorgung aus Erneuerbaren Energien für den gesamten Bedarf für Strom,
139 Wärme und Mobilität in einem Haushalt, in einem Quartier und in einem Betrieb.

140 Regelungen zum Mieterstrom müssen dringend entbürokratisiert werden.

141 Ausschreibungen für Agri-, Parkplatz- und Floating-PV-Ausschreibungen müssen bereits
142 in 2022 beginnen (min. 0,5 GW) und danach zügig hochgefahren werden (min. 5 GW pro
143 Jahr ab 2025). Der Ausschluss von Agrarsubventionen bei der Doppelnutzung einer
144 landwirtschaftlichen Fläche mit Agri-PV muss sofort abgeschafft werden.

145 **Windkraft:** Repowering beschleunigen, Planungshemmnisse beseitigen: Um den stockenden
146 Windenergie-Ausbau an Land schnell aufzulösen, müssen Planungsvorbehalte der
147 Windenergie an Land auf Bestandsflächen aufgehoben und die Privilegierung im
148 Außenbereich für Repoweringanlagen durchgesetzt werden. Durch diese Änderung im
149 Baugesetzbuch kann der Bund auf einen Schlag Planungsrecht für alle Repowering-
150 Standorte schaffen.

151 Die Regelungen in Hessen für bestehende Windkraftstandorte verhindern derzeit die
152 Möglichkeit ein sog. Repowering zu realisieren, wenn diese unter den vorgegebenen
153 1000 Metern Abstand zur Siedlungsbebauung bleiben. Wir wollen im Sinne der
154 Verwirklichung der Energiewende die Möglichkeit zum Repowering dort ermöglichen, wo
155 es durch kommunale Beschlussfassung
156 abweichend zu den
157 Vorgaben des Landesentwicklungsplanes gewünscht und akzeptiert
158 ist. Hierzu sind die Regelungen in der Landesplanung zu ändern.

159 Außerdem fordern wir die Beseitigung der 10H-Abstandsregel durch eine Änderung des
160 Baugesetzbuchs.

161 Zudem wollen wir die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Windenergie an
162 Land: sechs Monate bis zur Vollständigkeit des Antrags und sechs Monate bis zur
163 Genehmigung dürfen nicht überschritten werden. Die Freistellung von Repowering-
164 Standorten von der Genehmigungspflicht und eine bloße Rechtskontrolle im
165 Anzeigeverfahren gehören dazu.

166 Der Windenergie-Deckel im EEG muss gelockert werden. Dazu gehört insbesondere eine

167 Freistellung von Ausschreibungen bei kleineren Windkraftanlagen bis zu 3 MW
168 (Deminimis) zur Mobilisierung der gesellschaftlichen Kraft der kommunalen
169 Bürgerenergie.

170 Abschaffung des erstickenden Winddeckels bei Ausschreibungen: Die sog. endogene
171 Mengensteuerung bewirkt eine Spirale nach unten bei den Ausschreibungsmengen und ist
172 ein verkappter Zubaudeckel bei der Windenergie an Land. Sie muss beseitigt werden.
173 Wettbewerb bei Windenergieanlagen größer 3 MW soll durch eine Ausweitung verfügbarer
174 Standorte erreicht werden und nicht durch künstliche Verknappung des Angebots.

175 **Biogaspotenzial zur Ersetzung von Erdgas:** Der Wert von Biogas liegt in der
176 Bereitstellung von Flexibilität für das Stromsystem sowie in der Kraft-Wärme-
177 Kopplung. Das Potenzial des großen bestehenden Biogas-Anlagenparks für Flexibilität
178 darf nicht länger brachliegen. Die Anreize zur Umstellung auf regelbaren Betrieb
179 müssen auch für Bestandsanlagen erhöht werden. Dann kann Biogas seine Stärke zur
180 Ersetzung von Erdgas im Stromsystem voll ausspielen. Zentraler Pfeiler für den
181 weiteren Ausbau der Biogasproduktion ist eine energetische Nutzungspflicht für
182 Bioabfälle, Grünschnitt und Gülle.

183 **Wasserkraft:** Die Behinderung der Wasserkraft muss beendet werden. Als Sofortmaßnahme
184 zur Energiesicherheit soll bei allen Maßnahmen zur Einschränkung der Wasserkraft ein
185 Moratorium greifen.

186 In einer grundlegenden Reform sind die Ansprüche der EU-Wasserrahmenrichtlinie mit
187 denen der beschleunigten Energiewende in Einklang zu bringen und nicht gegeneinander
188 auszuspielen.

189 **Speicher:** Speicher dürfen nicht als Letztverbraucher eingestuft werden. Für die
190 Markteinführung von Energiespeichern und der Sektorenkopplung ist ein klarer
191 regulatorischer Rahmen erforderlich. Als wichtige Flexibilitätsoption müssen Speicher
192 sowohl auf Netz- als auch auf Erzeugerseite gleichberechtigt mit den anderen
193 Flexibilitätsoptionen im Markt agieren können.

194 **Bürokratieabbau und Genehmigungsverfahren:** Wir fordern die hessische Landesregierung
195 aus, endlich den Ausbau von Erneuerbaren Energien ambitioniert voranzutreiben. Dazu
196 gehören insbesondere die Erhöhung der personellen Ausstattung der Regierungspräsidien
197 als Planungs- und Genehmigungsbehörden mit dem Ziel der deutlichen Verkürzung der
198 Genehmigungsverfahren, der Abbau ungerechtfertigter Hemmnisse, wie zum Beispiel beim
199 Denkmalschutz, die wirksame Bereitstellung von Flächen für Wind- und Solarparks sowie
200 der Abbau von Einschränkungen beim Repowering der windstärksten Bestandsanlagen.

201

202 2. Lieferketten

203 Die globale Aufstellung der Lieferketten hat sich als eine Achillesferse unserer
204 Wirtschaft erwiesen. Seit Jahren globalisieren Unternehmen ihre Lieferketten immer
205 stärker. In Verbindung mit *just- in- time*- Fertigung und immer engmaschigeren
206 Transportwegen weisen die Lieferketten eine hohe Anfälligkeit auf. Bei Krisen
207 entstehen wirtschaftliche Kosten, die oft nicht mehr im Verhältnis zu vermeintlichen
208 Kosteneinsparungen stehen. Die Corona- Pandemie und der Ukrainekrieg haben uns diese

209 Unwucht dramatisch vor Augen geführt. Mehr noch: wir stehen vor einem Zielkonflikt
210 zwischen dem Streben der Unternehmen nach Kostenreduzierung einerseits und dem
211 Streben demokratisch legitimierter Politik nach Versorgungssicherheit andererseits.
212 Der Mangel an medizinischen Gütern bei Ausbruch der Corona-Pandemie hat uns diesen
213 Konflikt besonders deutlich gemacht. Bisher reagieren die Unternehmen auf diese
214 Herausforderungen häufig mit einer weiteren Diversifizierung ihrer
215 Lieferantenstruktur sowie höherer Lagerhaltung.

216 Während Letzteres ein Baustein für die Neuaufstellung von Lieferketten sein kann,
217 dürfte ersteres bestehende Versorgungsprobleme weiter erhöhen.

218 Was wir brauchen ist vielmehr eine industriepolitische Strategie, die die
219 Regionalisierung von Wertschöpfungsketten und die Sicherung der Güterversorgung
220 stärker in den Mittelpunkt rückt. Dazu gehören:

221 Die Schaffung von Reserven für strategische Güter sowie Vor- und Zwischenprodukte.
222 Die Öl- Reservenpolitik diverser Staaten kann hierzu Impulse und Hinweise geben.

223 Die Regionalisierung und Rückverlagerung der Fertigung kritischer Vor- und
224 Zwischenprodukte. Hierzu bedarf es einer aktiven, gezielten Industriepolitik, die
225 europäisch koordiniert werden muss. Europäische und nationale Politiken zur
226 Ansiedlung der Batteriezellfertigung können hierzu als Blaupause dienen

227 Im außereuropäischen Ausland gesourcte Fertigung ist häufig arbeitsintensiv. Wir
228 brauchen deshalb die Steigerung der Produktivität durch neue Fertigungsverfahren oder
229 technologischen Produktverbesserungen. Das bedarf eines Förderprogramms, das die
230 Kooperation zwischen Unternehmen und Hochschulen und eine Verknüpfung zur
231 Grundlagenforschung sicherstellt.

232 Eine Besteuerung von Schiffskraftstoffen und Flugbenzin entsprechend den durch die
233 Verbrennung dieser Kraftstoffe entstehenden Schäden für Umwelt und Klima. So eine
234 Besteuerung spiegelt die ökonomische Wirklichkeit von Transportkosten wider und
235 schafft Anreize zur Regionalisierung der Lieferstrukturen.

236 Eine Kostenbeteiligung der LKW entsprechend der tatsächlichen Schäden, welche durch
237 den LKW-Verkehr an Straßen entstehen. Nicht erst das Verhalten Russlands zeigt, dass
238 das Modell der Annäherung durch Handel an seine Grenzen gekommen ist.

239 Handelsbeziehungen und Lieferketten sollten künftig stärker wertebasiert ausgerichtet
240 werden. Bei der Anbahnung des Handelsabkommens mit Kanada (CETA) hatte gerade die SPD
241 sehr auf soziale Bedingungen gepocht. Das Lieferkettengesetz stellt den Einstieg in
242 die Absicherung von Menschenrechten und ökologischen Standards entlang der gesamten
243 Wertschöpfungskette dar. Dieser Weg muss mit Blick auf den Abschluss künftiger
244 Handelsabkommen und der Vertiefung von wirtschaftlichen Beziehungen konsequent
245 weitergegangen werden. Qualitative Anforderungen an Handelsbeziehungen müssen
246 gegenüber dem günstigsten Produktionspreis an Bedeutung gewinnen. Wir wollen eine
247 Demokratisierung unserer Handelswege.

248

249 3.Rohstoffversorgungsstrategisch aufstellen

250 Die Abhängigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft von russischem Gas, Öl und

251 Kohle wird derzeit gesellschaftlich breit und detailliert diskutiert. Diese Debatte
252 muss dringend auch auf die Versorgung mit anderen Rohstoffen wie zum Beispiel Seltene
253 Erden, Wolfram, Kobalt oder Magnesium, die allesamt für die industrielle
254 Wertschöpfung kritisch und essenziell sind, erweitert werden.

255 Wir brauchen eine ganzheitliche Strategie, die nicht nur Recycling, effizientere
256 Verwendung in der Fertigung und Minimierung von Ausschuss zum Ziel hat. Vielmehr
257 brauchen wir auch die Förderung von Forschung und Entwicklung einer
258 Substitutionsstrategie. Vorhandene Programme und Aktivitäten der Bundesregierung wie
259 zum Beispiel das Projekt

260 „Substitution als Strategie zur Minderung der Kritikalität von Rohstoffen für
261 Umwelttechnologien“ können hierzu eine wichtige Grundlage bieten. Wichtig ist hierbei
262 eine rasche Industrialisierung wissenschaftlicher Erkenntnisse industriepolitisch zu
263 flankieren und zu fördern.

264 Das Auffahren neuer Bergwerke in Deutschland darf nicht länger tabu sein. Deutschland
265 ist reich an Bodenschätzen. Viele Bergwerke wurden in den vergangenen Jahrzehnten
266 aufgegeben, weil die Kosten der Förderung die Weltmarktpreise überschritten hatten.
267 Mit steigenden Rohstoffpreisen kann sich diese Situation verändern.

268

269 **4. Konjunkturelle Maßnahmen für die kurze Frist**

270 Die aktuelle Situation mit steigenden Preisen, Zurückhaltung bei Investitionen,
271 Produktionsstopps aufgrund fehlender Teile, einer sich abzeichnenden strikteren
272 Geldpolitik und stockendem Wachstum ist besorgniserregend für die Konjunktur.

273 Die enorm steigenden Preise für Energie und Lebensmittel treffen Menschen mit
274 geringem und mittleren Einkommen besonders hart. Sie schränken zudem Spielräume für
275 anderweitigen Konsum ein. Wir begrüßen deshalb das Entlastungspaket der
276 Bundesregierung bei den Lebenshaltungskosten, das mit jährlich rund fünf Milliarden
277 Euro zu Buche schlägt. Wir fordern sie zugleich auf, die konjunkturelle Entwicklung
278 weiter intensiv zu verfolgen und bei Bedarf weitere, sozial ausgewogene Pakete auf
279 den Weg zu bringen.

280 Weiter steigende Gaspreise oder Lieferstopps beziehungsweise ein Embargo hätten
281 gravierende Auswirkungen auf die deutsche Industrie. Mit dem Kurzarbeitergeld
282 verfügen wir über ein bewährtes Instrument, das bei vorübergehenden Produktionsstopps
283 aufgrund von fehlendem Gas helfen kann, trotzdem Beschäftigung zu sichern. Sollten
284 die Gaspreise weiter steigen und eine kostendeckende Produktion gerade in
285 energieintensiven Industrien unmöglich machen, plädieren wir für den Einsatz von
286 pauschalen Produktionsprämien. Die Grundidee: Wenn die Fortsetzung der Fertigung sich
287 nicht mehr rechnet, wird den betroffenen Unternehmen mit Produktionsprämien geholfen.

288 Soziale und wirtschaftliche Folgekosten werden vermieden, die Versorgung mit Vor -
289 und Zwischenprodukten für weitere Wertschöpfungsstufen wird aufrechterhalten. Diesen
290 umsatzgekoppelten Festbetrag erhalten die Unternehmen nur dann, wenn sie Produktion
291 und Beschäftigung nicht zurückfahren.

292

293 **Transformationsfonds als industriepolitische Perspektive**

294 Klar ist aber auch: Derlei Maßnahmen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der
295 ohnehin für die Industrie bestehende Transformationsdruck weiter zunehmen wird. Wir
296 plädieren daher für die Schaffung staatlicher Transformationsfonds, die Unternehmen
297 bei diesem Umbau helfen und einen Beitrag zur Beschäftigungssicherung leisten. Der
298 Vorteil einer staatlichen Beteiligung gegenüber Subventionen besteht in der
299 Vermeidung der Fehlsteuerung der Sozialisierung von Kosten bei Privatisierung von
300 Gewinnen.

301 Eine direkte Beteiligung oder Finanzierung des Bundes und/oder der Länder in
302 Schlüsselindustrien hat zudem den Vorteil, dass ein direkter Einfluss auf die
303 Umsetzung von Klima- und Nachhaltigkeitszielen genommen werden und beispielsweise
304 eine aktive Beteiligung der Gewerkschaften unterstützt werden kann. Neben der
305 Bereitstellung von Kapital für Investitionen in klimafreundliche Technologien,
306 Prozesse und Produkte könnte der Fonds auch gezielt genutzt werden, um Übernahmen aus
307 dem Nicht-EU-Ausland in Schlüsselbereichen vorzubeugen. Es bedarf zudem der Schaffung
308 regionaler Transformationsbündnisse aus Arbeitgeberverbänden, Unternehmen,
309 Betriebsräten, Gewerkschaften, Hochschulen und kommunaler Politik. Derlei Bündnisse
310 könnten die operativen Grundlagen für Investitionen und Projekte aus dem
311 Transformationsfonds schaffen.

312 Außerdem wollen wir die Schlüsselindustrien Hessens dahingehend analysieren, welche
313 Chancen und Risiken durch den Strukturwandel bestehen und sie mit vorhandenen Stärken
314 und Schwächen gegenüberstellen. Im Rahmen dieser Analysen werden zunächst die
315 wichtigsten Veränderungsprozesse, die die Industrie momentan und in Zukunft
316 beeinträchtigen, ermittelt. Als nächstes folgt die Bestandsaufnahme. Dabei muss die
317 ganze Wertschöpfungskette im Blick behalten werden. Hieraus werden wir konkrete
318 Handlungsempfehlungen ableiten. Betriebsräte, Unternehmen, Gewerkschaften und
319 Verbände sind in diesen Prozess mit einzubinden. Vergleichbare politische
320 Instrumente, wie sie in Thüringen angewendet worden sind, können dabei als eine gute
321 Basis hierzu dienen.

322 **5. Spielräume für öffentliche Investitionen erhalten - international an einem**
323 **Strang ziehen**

324 Kurzfristig nutzt die Regierungskoalition im Bund Spielräume der vorhandenen
325 Schuldenbremse für notwendige Zukunftsinvestitionen und zur Abfederung der
326 krisenbedingten Belastungen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Gleichzeitig sind
327 punktuelle Ausnahmen zur Schuldenbremse keine Dauerlösung. Einmal mehr zeigt sich,
328 dass Haushaltsziele und nachhaltige Investitionen in Zukunftstechnologien und die
329 Modernisierung von Gesellschaften im Einklang stehen müssen.

Antrag LT1008: Systemwandel der Energieversorgung

Antragsteller*in:	SPD OV Rodgau
Status:	Empfehlung der AK liegt vor

Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess / Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT1 - Der klimagerechte Wirtschaftsstandort Deutschland

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, den Systemwandel der Energieversorgung
- 2 von fossiler zu erneuerbarer Energie so zu gestalten, dass die enormen
- 3 Wertschöpfungen ihrer Erzeugung, Verteilung und dem Handel in Zukunft bei den
- 4 Menschen vor Ort ankommen. Dazu sind die Chancen ihrer Dezentralität an Land voll
- 5 auszuschöpfen und ihr Mehrwert für eine nachhaltige Finanzierung von Städten und
- 6 Gemeinden sowie für profitable Beschäftigung zu nutzen.

Antrag LT2001: Unterstützung auf dem Weg der digitalen Transformation

Antragsteller*in:	SPD AG Selbstständige (AGS)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess / Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT2 - Die souveräne Gesellschaft in einer digitalisierten Welt

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Handwerk, freie Berufe, aber auch kleine und kleinste Unternehmen haben erkannt: Die
- 2 Digitalisierung eröffnet neue wirtschaftliche Chancen und entscheidet vielfach auch
- 3 über ihre Zukunftsfähigkeit. Auf diesem Weg der digitalen Transformation benötigen
- 4 die Unternehmen Hilfe und Unterstützung. Das BMWK-Programm „Digital Jetzt –
- 5 Investitionsförderung für KMU“ bietet bis 2023 finanzielle Zuschüsse und soll Firmen
- 6 dazu anregen, mehr in digitale Technologien sowie in die Qualifizierung ihrer
- 7 Beschäftigten zu investieren.
- 8 Schwerpunkte der Förderkulisse sind:
- 9 • Mehr Investitionen in digitale Technologien.
- 10 • Bessere Ausbildung und Qualifizierung der Beschäftigten.
- 11 • Verbesserte digitale Geschäftsprozesse einschließlich der Anwendung des Building
- 12 Information Modeling (BIM).
- 13 • Höhere IT-Sicherheit in Unternehmen.

- 14 • Stärkung von Unternehmen in strukturschwachen Regionen.
- 15 Unterstützung auf dem Weg der digitalen Transformation - Unsere Forderungen sind:
- 16 • Evaluierung des Programms „Digital jetzt“.
- 17 • Im Dialog mit den KMU Schwachstellen des Programms identifizieren sowie den
- 18 aktuellen Handlungs- und Finanzierungsbedarf bestimmen.
- 19 • Verbesserte Anschlussförderung rechtzeitig vor 2023 sicherstellen.

Antrag LT2002: Startups: Zentraler Teil unserer Zukunftsfähigkeit

Antragsteller*in:	SPD AG Selbstständige (AGS)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess / Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT2 - Die souveräne Gesellschaft in einer digitalisierten Welt

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung beschwört Grundergeist, Innovationen und
- 2 Unternehmertum. In der Tat: Neue Ideen, Produkte, Dienstleistungen und
- 3 Geschäftsmodelle modernisieren nicht nur die Wirtschaftsstruktur, sondern schaffen
- 4 Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze. Insoweit gehören Startups und junge
- 5 Unternehmer*innen zu den Treibern für die wirtschaftliche Entwicklung. Sie schaffen
- 6 die Voraussetzung für eine Transformation hin zu einer ökonomisch, sozial und
- 7 ökologisch nachhaltigeren Wirtschaftsweise.
- 8 Trotz insgesamt positiver Bilanz ist das Lastenheft der Bundesregierung für diese
- 9 Legislaturperiode sehr umfangreich und zeigt den Handlungsbedarf und Handlungsdruck -
- 10 auch im europäischen und internationalen Vergleich. Deshalb ist eine Überarbeitung
- 11 der Startup-Strategie durch die Bundesregierung angezeigt
- 12 • Stärkung der Startup- und Gründerförderung.
- 13 • Attraktivere Innovationsförderung und -finanzierung.
- 14 • Gleichbehandlung von Startups aus Gewerbe und Handwerk mit denen aus dem Umfeld
- 15 von Universitäten und der Industrie.
- 16 • Abbau von Bürokratie auf allen Ebenen und bei allen Planungsschritten.
- 17 • Unterstützung bei der Suche nach gewerblichen Immobilien.
- 18 • Vereinfachung und rechtssicherer Zugang zu öffentlichen Aufträgen.
- 19 • Beseitigung von Hürden für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund.

- 20 • Verbesserung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung.
- 21 • Überprüfung einschlägiger steuerrechtlicher Regelungen.
- 22 • Unterstützung von gemeinwohlorientierten Unternehmen, Genossenschaften und
- 23 soziale Innovationen.

Antrag LT3001: Fachkräftemangel zeitnah lösen

Antragsteller*in:	SPD AG Selbstständige (AGS)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess/ Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT3 - Fachkräftesicherung und -Gewinnung stärken in einer modernen Einwanderungsgesellschaft

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Der Fachkräftemangel hat sich in jüngster Vergangenheit noch weiter verschärft.
- 2 Smart Cities, Industrie 4.0, moderne Umwelttechnik – Deutschland will in diesen
- 3 Branchen führend sein. Dort sehen Unternehmen nachhaltige Wachstumschancen und neue
- 4 Arbeitsplätze. Doch seit Jahren kommt die Wirtschaft bei der Besetzung von sog. MINT-
- 5 Berufen – also Jobs in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und
- 6 Technik – nicht nach.
- 7 Ursache ist - neben nicht genutzten Potentialen aus Schul- und Studienabbruch sowie
- 8 ehemaligen Zeitsoldaten - die geringe Wertschätzung beruflicher Bildung und deren
- 9 vermeintlich mangelnde Attraktivität. Wir als AGS haben seit Jahren zusammen mit dem
- 10 Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) und dem Deutschen Industrie- und
- 11 Handelskammertag (DIHK) auf diesen Notstand aufmerksam gemacht. Die ökologische und
- 12 digitale Transformation kann nur gelingen, wenn ausreichend qualifizierte Fachkräfte
- 13 vor Ort verfügbar sind. Dies gilt nicht nur für die Installation von Solardächern,
- 14 den Bau von Ladesäulen für die E-Pkw und Windparks, den Austausch von Heizungen und
- 15 die energieeffiziente Sanierung von Häusern. Handwerkerinnen und Handwerker sind in
- 16 allen Bereichen unseres alltäglichen Lebens unverzichtbar.
- 17 Die aktuelle Fachkräfte-Lücke würde noch größer ausfallen, wären da nicht Fachkräfte
- 18 aus dem Ausland. Einen entscheidenden Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten
- 19 Migranten*innen vor allem aus Mittel- und Osteuropa. Hier geht es um folgende
- 20 Verbesserungsmöglichkeiten:
- 21 • Qualität der beruflichen Chancen verbessern: Die Anerkennung ausländischer
- 22 Qualifikationen kann die Beschäftigung von Migranten*innen verbessern. Hierzu
- 23 müssen die im Fachkräfteeinwanderungsgesetz vorgesehenen Erleichterungen
- 24 bürokratischer Prozesse und Anerkennungen ausländischer Berufsqualifikationen
- 25 schneller und konsequenter umgesetzt werden.

- 26 • Potenzial ausländischer Frauen stärken: Eine gezielte Ansprache und zusätzliche
27 Unterstützungsmaßnahmen bei der Kinderbetreuung tragen dazu bei, den
28 Frauenanteil bei der Fachkräftezuwanderung zu steigern und ihre
29 Beschäftigungsmöglichkeiten zu verbessern.
- 30 • Unterschiedliche Instrumente der Fachkräftesicherung besser verzahnen: Die
31 Teilhabe an guter Arbeit ist mit einer fairen Migrationspolitik zu kombinieren.
32 Bessere Arbeitsbedingungen machen Branchen mit Fachkräfteengpässen attraktiver
33 für Inländer*innen, sichern eine lange Beschäftigungsfähigkeit und verhindern,
34 dass Ausländer*innen in diesen Branchen schlechter gestellt sind.
- 35 • Transnationale Kooperation ausbauen: Ausländische Fachkräfte müssen durch
36 Informationsangebote im Ausland und im Rahmen von Ausbildungspartnerschaften
37 gezielt angesprochen werden. Dafür sind vermehrt zwischenstaatliche
38 Kooperationen erforderlich.
- 39 Unternehmer*innen mit Migrationshintergrund leisten in wachsendem Umfang Beiträge zu
40 Beschäftigung und wirtschaftlicher Dynamik in Deutschland. Jedoch gibt es noch Luft
41 nach oben. Förder- und Beratungsstrukturen müssen angepasst und es muss insbesondere
42 mehr in Bildung und Spracherwerb investiert werden. Verschiedene Studien zeigen, dass
43 der ökonomische Erfolg für ausländische Mitbürger*innen gerade mit der Erlangung der
44 Selbstständigkeit erzielt wird. Der Zugang zur Selbstständigkeit eröffnet parallel
45 höhere Integrationschancen. Insgesamt spielen die unternehmerischen Aktivitäten von
46 Ausländer*innen eine bedeutende Rolle für die Integration sowie für den
47 wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg. Deshalb ist Deutschland gut beraten, die
48 Selbstständigkeitschancen für diese Gruppen zu verbessern.
- 49 Zur Fachkräftesicherung bedarf es insgesamt einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller
50 Akteure, damit unser Bildungssystem, unsere Arbeitsmarktpolitik und die
51 Zuwanderungspolitik dieser Herausforderung gerecht werden.
- 52 Die zentralen Handlungsfelder sind die gleichwertige Behandlung von beruflicher und
53 akademischer Ausbildung, eine Entlastung von Ausbildung und Ausbildungsbetrieben und
54 eine bessere Orientierung unserer Schulsysteme auf die Chancen der beruflichen
55 Ausbildung. Hinzu kommt, dass wir unseren Mitbürgern*innen mit ausländischen Wurzeln
56 mehr Chancen beim Einstieg in die Selbstständigkeit bieten.
- 57 Fachkräftemangel zeitnah lösen – Unsere Forderungen sind:
- 58 • Die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung auf allen Ebenen
59 sicherstellen.
- 60 • Mehr finanzielle Unterstützung für Auszubildende.
- 61 • Bessere Finanzierung und Modernisierung der Berufsbildungsstätten und -
62 akademien.
- 63 • Weiterbildung und -qualifizierung intensivieren.
- 64 • Zugewanderte müssen auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit stärker unterstützt
65 werden.
- 66 • Schnellere und unbürokratische Anerkennung der Abschlüsse auf allen Ebenen.

- 67 • Bessere Unterstützung für den Prozess der Selbständigkeit insbesondere für
68 Menschen mit Migrationshintergrund.

Antrag LT3002: Ausstieg in Würde!

Antragsteller*in:	SPD AG Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess / Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT3 - Fachkräftesicherung und -Gewinnung stärken in einer modernen Einwanderungsgesellschaft

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Gewinnoptimierung, Produktionsverlagerung, Digitalisierung und Transformation zu
2 neuen Produkten führt zu einem gewaltigen Druck auf die Beschäftigten und ihre
3 Interessenvertreter. Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter machen alles, um die
4 Arbeits- und Lebenssituation der Beschäftigten so gut wie möglich zu gestalten und
5 auch der Jugend gute Arbeit zu sichern. Ein Teil der Unternehmen möchte sich von den
6 älteren Arbeitnehmer*innen trennen die über viele Jahre zum Erfolg des Unternehmens
7 durch große Leistungen beigetragen haben. Plötzlich sind sie für die Unternehmen eine
8 Last und sollen über sogenannte „Vorruhestandsregelungen“ teilweise über
9 Arbeitslosigkeit in die vorgezogene Rente gehen. Dies bedeutet für die Betroffenen
10 deutliche Einschränkungen in der Zeit der Arbeitslosigkeit, ganz besonders aber in
11 der Rentenzeit, da die Rente durch diesen „Vorruhestand“ deutlich gekürzt wird.
- 12 Auch ist es schwer verständlich, dass Arbeitnehmer*innen und die Gesellschaft am Ende
13 eines langen Arbeitslebens die Lasten der Veränderungsprozesse zu tragen haben. Zum
14 Unternehmertum gehören auch Planungen, um Beschäftigte bis zum regulären Rentenalter
15 beschäftigen zu können.
- 16 Für die AfA ist es unabdingbar, dass die Arbeitnehmer*innen besonders geschützt
17 werden. Leider durchschauen auf die Schnelle auch manche Arbeitnehmer*innen nicht die
18 gesamte Problematik einer sogenannten „Vorruhestandsregelung“.
- 19 Sehr verwunderlich ist auch, dass Arbeitgeber, die immer und immer wieder die
20 Lohnnebenkosten beklagen, alles tun, um eben diese Lohnnebenkosten zu erhöhen und
21 massiv gegen eine abschlagsfreie Rente mit 65 Jahren vorgegangen wird.
- 22 Zum Schutz vor großem finanziellem Abstieg sind folgende Maßnahmen und Angebote
23 unabdingbar:
- 24 Forderung:
- 25 1. Die Altersteilzeit muss in Betrieben mit Abbaumaßnahmen auf Wunsch des
26 Beschäftigten mit Freigabe durch die Gewerkschaft und die Arbeitnehmervertretung
27 auf die maximale gesetzliche Laufzeit von 10 Jahren verlängert werden.

- 28 2. Generell kann auf Wunsch des Beschäftigten eine Abfindung im Rahmen eines
29 Zeitwertkontos als sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis geleistet
30 und entspart werden.
- 31 3. Eine Kombination von Entnahme aus dem Zeitwertkonto und Altersteilzeit in der
32 Arbeitsphase der ATZ ist auf Wunsch des Beschäftigten jederzeit möglich.
- 33 4. Der Arbeitgeber muss auf Wunsch des Beschäftigten bei Beendigungen vor dem
34 gesetzlichen Renteneintrittsalter die Rentenkürzung durch eine Kapitalzahlung
35 gemäß SBG IV § 187a verhindern. Dazu kann ggf. eine Abfindungsleistung zu 100 %
36 steuerfrei herangezogen werden.

Antrag LT3003: Arbeitsbedingungen für Beschäftigte bei Kurier-, Express- und Paketdiensten (KEP) nachhaltig verbessern!

Antragsteller*in:	SPD AG Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess/ Zeitenwende-Prozess und SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT3 - Fachkräftesicherung und -Gewinnung stärken in einer modernen Einwanderungsgesellschaft

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen spricht sich dafür aus, analog zum
2 Ausschluss von Subunternehmer für das Kerngeschäft in der Fleischwirtschaft mit Hilfe
3 des Arbeitskontrollschutzgesetzes, auch für die KEP-Branche die gesetzliche Grundlage
4 zu schaffen, um eine Auslagerung von Kurier-, Express- und Paketsendungen durch große
5 Versandhändler wie zum Beispiel Amazon zu unterbinden. Bis zur Umsetzung sollen
6 verstärkt geeignete Maßnahmen zur Kontrolle und Verhinderung von
7 Arbeitszeitverstößen, Abrechnungsbetrug und Verstöße gegen den
8 Beschäftigtendatenschutz ergriffen und das zusätzliche Personal langfristig
9 bereitgestellt werden.
- 10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, eine entsprechende gesetzliche Initiative
11 umzusetzen.

Antrag LT3004: Arbeit - mobil und geschlechtergerecht

Antragsteller*in:	SPD AG Sozialdemokratischer Frauen* (AsF)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor

Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess/ Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT3 - Fachkräftesicherung und -Gewinnung stärken in einer modernen Einwanderungsgesellschaft

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Als Mitglieder im Deutschen Frauenrat beteiligen sich die SPD-Frauen aktiv an der
2 Erarbeitung zukunftsweisender Positionen. Die SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-
3 Parteivorstand sind aufgefordert diese Beschlüsse umzusetzen:
- 4 • einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf selbstbestimmtes mobiles Arbeiten zu
5 schaffen, der durch Tarifverträge und Mitbestimmung in Betrieben und
6 Verwaltungen auszugestalten ist.
 - 7 • Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz auch im Mobilen Arbeiten zu gewährleisten
8 insbesondere bei der Arbeitsplatzausstattung und die strikte Einhaltung und
9 Kontrolle der gesetzlichen Vorgaben zu täglichen Höchstarbeitszeiten sowie zu
10 Ruhezeiten nach dem Arbeitszeitgesetz durchzusetzen und mit einem objektiv
11 verlässlichen System zu erfassen.
 - 12 • Betriebe, Dienststellen zu verpflichten, Frauen und Männer gleichermaßen mit den
13 notwendigen technischen Arbeitsmitteln auszustatten und einen entsprechenden
14 Aufwendungsersatz zu leisten. Insoweit und solange der/die Arbeitgeber*in oder
15 Dienstherr/frau nicht zur Übernahme aller entstehenden Kosten für das Arbeiten
16 zu Hause verpflichtet ist, müssen Lohnsteuerpflichtige alle anfallenden
17 Werbungskosten unbürokratisch – z.B. durch ausreichend bemessene Pauschalen –
18 geltend machen können.
 - 19 • Arbeitgeber*innen zu verpflichten, Gesundheitsrisiken aufgrund entgrenzten
20 Arbeitens im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht individuell entgegenzuwirken und klare
21 Vorgaben für die Nicht-Erreichbarkeit der Beschäftigten zu formulieren. Für den
22 Fall der Missachtung durch Arbeitgeber*innen sind Sanktionsmöglichkeiten zu
23 schaffen. Weiterbildungen können Führungskräften und Beschäftigten helfen,
24 Grenzen zwischen Erwerbs- und Sorgearbeit zu setzen.
 - 25 • Betriebe und Dienststellen müssen zur systematischen Auseinandersetzung mit
26 „Lebensphasenorientierten Arbeitszeiten“ verpflichtet werden und Beschäftigten
27 das Recht einräumen, Umfang, Dauer und Verteilung ihrer vertraglichen
28 Arbeitszeit zu verändern sowie ihren Arbeitsort zu wählen, sofern keine
29 dringenden betrieblichen oder dienstlichen Gründe entgegenstehen. Beschäftigten
30 muss eine flexible Gestaltung der täglichen Arbeitszeit entsprechend ihrer
31 individuellen Lebenssituation ermöglicht werden.
 - 32 • Barrierefreiheit und ausreichende Schulungen für den Umgang mit mobilen
33 Endgeräten sowie Datenschutz und Datensicherheit im mobilen Arbeiten
34 sicherzustellen.
 - 35 • Arbeitnehmer*innen vor Diskriminierung zu schützen. Grundlage für die

- 36 Beurteilung individueller Leistung darf nicht die physische Anwesenheit im
37 Betrieb sein, auch um Nachteile für die Karrierechancen von Mitarbeitenden im
38 Homeoffice vorzubeugen.

Antrag LT4001: Zeitenwende gestalten

Antragsteller*in:	SPD BZ Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess/Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT4 - Zeitenwende in der internationalen Ordnung und ihre Konsequenzen

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Der brutale völkerrechtswidrige Krieg Putins gegen die Ukraine hat die schon länger
2 brüchige Weltfriedensordnung erschüttert. Mit Recht kann dieser Krieg als
3 „Zeitenwende“ bezeichnet werden, es ist ein Weckruf an alle demokratischen Länder,
4 diesem Angriff auf die Weltfriedensordnung der UNO und die europäische
5 Sicherheitsordnung, die in der OSZE in der Schlussakte von Helsinki von 1975 und in
6 der Charta von Paris verankert sind, abzuwehren. Diese Werteordnung gründet auf den
7 Prinzipien Verzicht auf Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung, Achtung der
8 territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit von Grenzen, sowie dem Prinzip der
9 Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten. Sie verpflichten zur
10 friedlichen Streitbeilegung von Konflikten. Dazu wurden zahlreiche Instrumente im
11 Rahmen der UNO, der OSZE, der EU und der NATO geschaffen. Die Diplomatie und alle
12 anderen Versuche der Konfliktbeilegung sind in dem Konflikt Putins mit der Ukraine
13 gescheitert.
- 14 Die SPD Hessen-Süd unterstützt die Bundesregierung in ihrem Vorgehen bei den
15 Sanktionen und ermutigt sie, diese Sanktionen so streng wie möglich auszugestalten,
16 um ihre Wirksamkeit zu gewährleisten. Die SPD Hessen-Süd ermutigt die
17 Bundesregierung, der Ukraine höchstmögliche humanitäre, finanzielle und militärische
18 Unterstützung zu leisten.
- 19 **Waffenlieferungen**
- 20 Völkerrechtlich ist es nach Art.51 UNO-Charta legitim, der angegriffenen Ukraine zur
21 Hilfe zu kommen, bis der Sicherheitsrat eine Entscheidung fällt. Das russische Veto
22 verhindert eine Entscheidung des Sicherheitsrates. Folglich müssen die USA, die
23 europäischen Staaten und die NATO auch aus Eigeninteresse Putins Expansionsgelüste
24 stoppen.
- 25 Die SPD Hessen Süd unterstützt deshalb die Entscheidung, der Ukraine Waffen für ihre

26 Verteidigung zu schicken. Diese Waffenlieferungen müssen sehr schnell erfolgen, eine
27 Unterscheidung nach offensiven und defensiven Waffen ist unsinnig angesichts der
28 Kriegssituation vor Ort. Angesichts der schweren Kriegsverbrechen und des vermuteten
29 Genozids ist es in unserem eigenen Interesse, schnell alles, was erforderlich ist, um
30 Putin keinen Sieg in der Ukraine zu ermöglichen, zu schicken. Wenn Putin nicht in der
31 Ukraine gestoppt wird, wird es weitere Eroberungsgelüste geben.

32 **Funktionsfähigkeit der UNO verbessern**

33 Schon von Anfang ihrer Existenz ist die Funktionsfähigkeit der UNO durch das Veto der
34 fünf Vetomächte beeinträchtigt. Seit Jahrzehnten gibt es Reformvorschläge, die
35 regelmäßig scheitern. Die Mitgliedsstaaten haben in vielfältiger Weise gegen die
36 Charta der UNO verstoßen und Sicherheitsratsbeschlüsse ignoriert. Es ist dringend
37 nötig, auf der Respektierung der regelbasierten Ordnung zu bestehen.

38 Der russische Überfall auf die Ukraine hat sichtbar gemacht, dass die
39 Funktionsfähigkeit dieser wichtigen Weltorganisation in Gefahr ist und die vielfach
40 beschworene „Weltunordnung“ die Sicherheit aller Länder gefährdet. Sonst machen
41 rücksichtslos alle Staaten, was ihnen gefällt. Kurzfristig ist es deshalb nötig, mit
42 den Mitteln, die zur Verfügung der Mitgliedsstaaten stehen, zu arbeiten.

43 Die SPD Hessen-Süd fordert deshalb die Bundesregierung auf:

44 Die Initiative Lichtensteins zu unterstützen, die Generalversammlung, wenn der
45 Sicherheitsrat blockiert ist, durch den „Uniting for Peace“-Mechanismus zu befassen
46 und eine Empfehlung der Generalversammlung zu ermöglichen. Auch wenn diese keine
47 rechtliche Verbindlichkeit hat, hat ein solches Vorgehen politisches Gewicht.

48 Dieses Vorgehen bietet die Möglichkeit, mit großer Mehrheit die Grundprinzipien des
49 Völkerrechtes, der UNO-Charta und der OSZE-Prinzipien auf territoriale
50 Unverletzlichkeit der Staaten, auf Gewaltverbot und nukleares Tabu zu bestätigen und
51 zu befestigen. Dies gibt auch den fast 40 Staaten, die am 3.5.22 in der
52 Generalversammlung den Angriff Russlands nicht verurteilt, sondern sich enthalten
53 haben, sich zu diesen Grundprinzipien zu bekennen.

54 2. den Internationalen Gerichtshof (IGH) zu stärken und die Respektierung seiner
55 Urteile zu fördern

56 3. den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) bei der Aufklärung der
57 Kriegsverbrechen in der Ukraine zu unterstützen und zu stärken, sowie alle
58 Staaten, die sich bisher nicht dessen Gerichtsbarkeit unterworfen haben, zur
59 Anerkennung zu bewegen, unter anderem die USA

60 4. diejenigen Nicht-Regierungsorganisationen zu unterstützen, die unter
61 schwierigsten Umständen in der Ukraine die Beweise für Kriegsverbrechen sammeln.

62 5. langfristig sich für eine Reform des UN-Sicherheitsrates einsetzen, um eine
63 gerechtere Vertretung der Staaten der Welt bei den permanenten Sitzen zu
64 ermöglichen.

65 **Die OSZE funktionsfähig erhalten und stärken**

66 Die OSZE, die im Kalten Krieg durch einen langen, mühsamen Diskussionsprozess aus der
67 Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) entstanden ist, hat auf den Werten
68 der UNO basierend ein funktionierendes Sicherheitssystem für Europa hervorgebracht.
69 Ein besonderes Verdienst bestand in den Bereichen konventioneller Abrüstung,
70 Vertrauensbildung und Transparenzmaßnahmen. Darüber hinaus waren die Wahrung der
71 Menschenrechte, der Schutz von Minderheiten und die friedliche Streitbeilegung
72 erfolgreiche Aufgabenfelder. Alle Abrüstungsabkommen, die in Europa für große
73 Schritte bei der konventionellen Abrüstung gesorgt haben, sind heute nicht mehr in
74 Kraft. Die Werte Demokratie, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit und
75 Menschenrechte geraten gefährlich ins Wanken. Da die OSZE aber als Organisation mit
76 57 Staaten, die Europa, Nordamerika und alle Staaten der ehemaligen Sowjetunion
77 umfasst, ein wichtiges Kommunikationsorgan ist und bleiben soll, gilt es, die
78 Organisation zu schützen und zu stabilisieren. Viele der Mitgliedsstaaten haben
79 eigene wichtige Interessen an der Tätigkeit der OSZE. Daran muss festgehalten werden,
80 um langfristig wieder volle Funktionsfähigkeit entfalten zu können. Dies wird einen
81 langen Atem und auch Reformen brauchen. Wichtig ist, an den Grundwerten festzuhalten.
82 Die einmaligen Möglichkeiten der OSZE zu Vertrauens- und Transparenzbildung durch das
83 Sicherheitsforum und das Wiener Dokument müssen in Zeiten erhöhter Spannung erhalten
84 bleiben. Dies kann nach der Putin-Ära zum Aufbau einer neuen Sicherheitsarchitektur
85 führen.

86 Die Bundesregierung muss sich für die Freilassung der gefangenen Mitglieder
87 einsetzen, und sicherstellen, dass Mitglieder von OSZE-Missionen besonderen Schutz
88 verdienen. Nur so können die wertvollen Dienste, die solche Missionen leisten, auch
89 künftig gewährleistet werden.

90 **Feministische Sicherheitspolitik**

91 Eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik erkennt die Notwendigkeit von
92 Geschlechtergerechtigkeit als zentrales Element für Frieden an. Hierbei ist von
93 zentraler Bedeutung, dass feministische Sicherheitspolitik sich nicht allein auf die
94 staatliche Sicherheit (mit der Möglichkeit zur militärischen Verteidigung der
95 staatlichen Souveränität) konzentriert, sondern die zentralen Fragen von
96 medizinischer Versorgungssicherheit und der Sicherung zentraler Lebensgrundlagen,
97 sowie körperlicher Unversehrtheit berücksichtigt.

98 Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass nachhaltiger Frieden eher gelingt, wenn
99 auch Frauen an den Verhandlungen beteiligt sind. Nicht, weil sie Frauen sind, sondern
100 weil sie Perspektiven einbringen, die ansonsten fehlen.

101 Auch in der Ukraine zeigt sich wieder deutlich: Vergewaltigungen werden gezielt als
102 Kriegswaffe gerade gegen Frauen und Mädchen eingesetzt und als Teil der
103 Militärstrategie angesehen. Das ist inakzeptabler Zustand und zurecht seit 2008 von
104 der Uno als Kriegsverbrechen deklariert. Wir fordern eine konsequente Ahndung dieser
105 Kriegsverbrechen durch die deutsche und internationale Gerichtsbarkeit.

106 Deshalb fordert die SPD Hessen-Süd die Bundesregierung sich gegenüber der

107 internationalen Bündnispartner:innen in UNO, OSZE, NATO und EU für folgendes
108 einzusetzen:

109 Die konsequente Umsetzung der UNO Resolution 1325 mit Handreichungen zur
110 feministischen Außenpolitik und dem damit verbundenen Einsatz für mehr Rechte,
111 Ressourcen, Repräsentanz und gleichzeitigen Schutz von Frauen, Mädchen und INT-
112 Personen weltweit zu stärken und gesellschaftliche Repräsentanz zu fördern.

113 Paritätische Besetzung aller nationalen und internationalen Gremien, inkl. UNO und
114 OSEZ

115 Gewalt an Frauen und Kindern, insbesondere Vergewaltigung als Kriegswaffe härter
116 ahnden, Bewusstsein schaffen

117 Legale und sichere Fluchtrouten zu schaffen (beispielsweise durch kostenlose
118 Bahnfahrten), auch über den Ukraine-Krieg hinaus

119 Internationale Organisationen feministisch aufstellen und mit zusätzlichen
120 finanziellen Mitteln aus bundesweiten und internationale Fördertöpfen unterfüttern
121 Feministische Organisationen stärker finanziell unterstützen, insbesondere NGOs die
122 sich für Gleichberechtigung und Teilhabe einsetzen

123 **Neue Bedrohungsanalyse erstellen**

124 Nachdem sichtbar wird, dass die alte Sicherheitsordnung zerbrochen ist, dass
125 Angriffskriege und territoriale Expansionsansprüche möglich sind, müssen USA, NATO,
126 EU und die nationalen Staaten eine neue Bedrohungsanalyse erarbeiten, die der Lage
127 angemessen ist. Alte existierende Bedrohungen, wie Nuklearwaffen, konventionelle
128 Waffen und ihr Aufwuchs müssen bewertet werden, ebenso neue Risiken wie
129 Cyberangriffe, hybride Kriegsführung, neue innovative Technologien und
130 Weltraumrisiken. In vielen Bereichen wird man als Konsequenz neue Maßnahmen einführen
131 müssen und neue Strategien entwickeln. Bei allen Maßnahmen muss aber darauf geachtet
132 werden, dass kein Rüstungswettlauf provoziert wird und bei Innovationen
133 Technikfolgeabschätzungen stattfinden, um gefährliche Fehlentwicklungen zu vermeiden.
134 Vor allem dürfen noch bestehende Verbotsabkommen, Abrüstungsverträge und Konventionen

135 nicht gefährdet werden.

136 Die SPD Hessen-Süd fordert die Bundesregierung auf, in diesem Zusammenhang immer
137 darauf zu beharren, dass das Ziel einer atomwaffenfreien Welt nicht aufgegeben wird.
138 Cybersicherheit- Cyberabwehr

139 Für die menschliche Sicherheit und für die militärische Sicherheit eines Landes
140 gewinnt die Cybersicherheit an Bedeutung. In Zeiten zunehmender hybrider Kriegsführung
141 ist der Schutz der zivilen und militärischen Infrastruktur von vordringlicher
142 Bedeutung. Durch feindliche Angriffe auf die Internetstrukturen von
143 Energieunternehmen, Krankenhäusern, Verkehrssystem und Finanzinstitutionen sowie
144 anderen lebenswichtigen Einrichtungen, kann ein Staat erheblich beeinträchtigt
145 werden. Auch Firmen müssen ihre Sicherheitsstrukturen verbessern. Befreundete Staaten
146 der EU, der NATO und der USA und anderer demokratisch orientierte Länder, müssen

147 enger zusammenarbeiten, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.

148 Neben dem Bereich der Cyberabwehr ist auch das präventiv wirkende Feld der
149 Informationssicherheit, sowie größerer Souveränität, Kompetenz und Resilienz in der
150 Informationsgesellschaft zu stärken.

151 **Aufbau und Reform der Bundeswehr**

152 Die SPD Hessen-Süd unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung, die Bundeswehr zu
153 sanieren und zu reformieren. Sie muss für neue Herausforderungen gerüstet sein. Sie
154 unterstützt das von der Bundesregierung und Olaf Scholz eingebrachte Sondervermögen
155 um diese Zwecke (= Reformierung und Sanierung) zu erfüllen. Ausrüstungsdefizite der
156 Bundeswehr müssen behoben und notwendige neue Waffensysteme beschafft werden, die
zur

157 Erfüllung ihrer Aufgaben zur Landes- und Bündnisverteidigung benötigt werden. Dabei
158 steht eine gute Ausrüstung der Soldatinnen an zentraler Stelle.

159 Die SPD Hessen-Süd fordert die Bundesregierung auf, dabei folgendes zu beachten:

- 160 1. Alle Investitionen und Anschaffungen, die nicht nur Ausrüstungsdefizite für die
161 Soldaten betreffen, müssen auf einer sorgfältigen Bedrohungsanalyse beruhen das
162 Fähigkeitsprofil muss entsprechend weiterentwickelt werden
- 163 2. Eine Analyse, welche Aufgaben die Bundeswehr in Zukunft wahrnehmen soll, muss
164 Grundlage der Beschaffungsentscheidungen sein (Landes- und Bündnisverteidigung,
165 Aufgaben im Rahmen der GSVP/EU, Blauhelmeinsätze der UNO, Auslandseinsätze?)
- 166 3. Für diese Aufgaben braucht es die adäquate Ausrüstung: Bekleidung,
167 Schutzausrüstung, Nachtsichtgeräte, Kommunikationsausrüstung und Waffen und
168 Gerät, die für die identifizierten Aufgaben gebraucht werden (Panzer, gepanzerte
169 Fahrzeuge, Helikopter, Drohnen, Transport und -Kampfhubschrauber, Flugzeuge).
- 170 4. Der Bedarf muss sorgfältig ermittelt, mit dem Bundestag abgestimmt und
171 transparent kommuniziert werde.
- 172 5. Die Beschaffung muss ebenfalls mit der NATO und der EU abgestimmt werden, um
173 Synergien zu nutzen, Typenvielfalt zu reduzieren, Kompatibilität und
174 Interoperabilität zu gewährleisten und Kosten zu sparen.
- 175 6. Beschaffung abgestimmt mit der NATO und der EU, um Synergien zu nutzen,
176 Typenvielfalt zu reduzieren, Kompatibilität und Interoperabilität zu
177 gewährleisten und Kosten zu sparen.

178 **NATO stärken, Staaten schützen**

179 Im Juni 2022 wird die NATO einen Gipfel in Lissabon abhalten und ihr Strategisches
180 Konzept überarbeiten. Das letzte Strategische Konzept stammt aus dem Jahr 2010.
181 Seitdem hat sich das Sicherheitsumfeld dramatisch verändert. Vorarbeiten zur
182 Anpassung fanden in einem intensiven Beratungsprozess seit 2019 statt. Seit November
183 2020 liegt das Konzept „NATO 2030“ vor. Im November 2021 gab der NATO-Gipfel in

184 Brüssel schon eine Vorausschau der zu erwartenden Veränderungen des Strategischen
185 Konzepts.

186 Aber die sich überstürzenden Ereignisse seit dem völkerrechtswidrigen Überfall
187 Russlands werden zweifellos weitere Überlegungen nach sich ziehen. Die neuen
188 Bedrohungen hybrider Kriegsführung, Cyberwar, Weltraumrisiken werden genauso
189 berücksichtigt werden, wie neue innovative Technologien.

190 Die geplanten verstärkten Vorkehrungen gegen Aggressionen, der Aufbau notwendiger
191 Verteidigungssysteme und notwendiger Infrastruktur muss mit allen NATO-Mitgliedern
192 sorgfältig abgestimmt werden und mit den Vorhaben der europäischen Sicherheits- und
193 Verteidigungspolitik kompatibel sein. Doppelstrukturen müssen vermieden werden.

194 Die Verstärkung der NATO ist angesichts der zunehmenden Bedrohung notwendig. Die SPD
195 wird aber darauf achten, dass durch Entscheidungen der NATO keine unnötigen
196 Konfrontationen aufgebaut werden. Die Bedrohung der osteuropäischen NATO-Staaten
197 führt schon jetzt zu einer verstärkten Dislozierung von NATO-Truppen in diesen
198 Ländern.

199 Die SPD Hessen-Süd bittet die Bundesregierung, bei Entscheidungen über zusätzliche
200 Stationierung von NATO-Truppen und neue Basen in den osteuropäischen Ländern, dies
201 wie bisher nicht als ständige Stationierung vorzusehen, sondern auf rotierender
202 Basis. Ebenso soll sich die SPD der Stationierung von Nuklearwaffen in diesen Ländern
203 widersetzen. Die NATO würde mit solchen Maßnahmen von sich aus die NATO-Russland
204 Grundakte verletzen. Auch wenn Russland unendlich viele Verträge verletzt hat, muss
205 sich die NATO nicht ihrerseits ins Unrecht setzen. Einhaltung von Verträgen ist ein
206 wichtiger Bestandteil der wertebasierten Sicherheitsordnung, die erhalten werden
207 muss. Bei geänderten Rahmenbedingungen nach Putin wären wichtige Grundlagen zur
208 Kommunikation mit Russland nicht zerstört.

209 Im Jahr 2010 bemühte sich die Bundesregierung (damals CDU/CSU-FDP) um die Entfernung
210 der US-Nuklearwaffen aus Europa und aus Deutschland. Die SPD und Bündnis 90/die
211 Grünen unterstützten diese Anliegen. Damals wurde es, trotz ähnlicher Forderungen in
212 anderen europäischen Ländern, aufgrund des Protestes vor allem der osteuropäischen
213 NATO-Länder verworfen. Die neue Bundesregierung unter Olaf Scholz hat dieses Anliegen
214 nicht weiterverfolgt und der Beschaffung eines neuen Trägersystems als Ersatz für den
215 Tornado zugestimmt.

216 Angesichts des Ukrainekrieges kann die Forderung nach der Entfernung der US-
217 Nuklearwaffen aus Deutschland nur langfristig umgesetzt werden. Die SPD hält aber an
218 ihrem Ziel einer Welt frei von Nuklearwaffen fest.

219 **Nukleare Abrüstung**

220 Die unverhohlenen Drohungen Putins mit Nuklearwaffen im Ukraine-Krieg bringt die Welt
221 an den Abgrund einer nuklearen Katastrophe. 77 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki
222 droht ein nuklearer Schlagabtausch die Menschheit ins Verderben zu stürzen.

223 Politiker und Wissenschaftler vermuten, Putin könne taktische Nuklearwaffen
224 einsetzen, weil er diesen Krieg um jeden Preis gewinnen will. Vor dem Angriff auf die
225 Ukraine warnte Putin westliche Länder, sich aus dem Konflikt herauszuhalten:

226 Jedes Land, das sich einmische, habe Konsequenzen zu erwarten, „die noch nie in der
227 Geschichte dagewesen sind.“ Kurz darauf versetzte er seine Nuklearwaffen in erhöhte
228 Bereitschaft. Bisher haben Nachrichtendienste allerdings keine praktischen
229 Vorbereitungen Russlands beobachten können, aber der stellvertretende Vorsitzend des
230 Sicherheitsrates Russlands, Medwedew, legte kräftig mit Drohungen nach, indem er eine
231 ganze Reihe von Rechtfertigungen zum Einsatz nuklearer Waffen vortrug. Tatsächlich
232 hat Russland im Jahr 2000, zur Zeit des Tschetschenienkrieges, seine Nukleardoktrin
233 dahin verändert, dass bei einem militärischen Konflikt, in dem Russland zu
234 unterliegen drohe, es mit einem limitierten nuklearen Schlag antworten werde – das
235 Ganze nannte sich „Deeskalation“!

236 Im Jahr 2010 änderte Russland nochmals seine Nuklearstrategie dahin, dass die
237 Anwendung nuklearer Waffen im Falle eine Bedrohung der Existenz Russlands erfolgen
238 werde. Im März 2022 warnte Medwedew, sollte die Welt mit ihrer Verschwörung zur
239 Zerstörung von Russland fortfahren, werde dies auf eine atomare Katastrophe für die
240 Welt zusteuern. Er baut den Mythos auf, seit dem Ende des Kalten Krieges habe sich
241 die USA verschworen, Russland zu zerstören. Sollten die USA ihr Ziel erreichen
242 (Russland
243 „gedemütigt, eingeschränkt, zerschmettert, geteilt und zerstört“), dann werde der
244 Welt eine
245 „dystopische Krise“ bevorstehen, die in einer großen atomaren Explosion enden werde.

246 Vor einem Jahr, Anfang Februar 2021, nach dem Amtsantritt Präsident Bidens hatte es
247 ganz anders ausgesehen. Präsident Biden, der sich schon in seinem Wahlkampf für
248 nukleare Abrüstung und die Einführung eines No-First-Use in der neuen
249 Nuklearstrategie der USA ausgesprochen hatte, verlängerte das NEW START-Abkommen mit
250 Präsident Putin kurz vor seinem Auslaufen um zunächst 5 Jahre bis 2026. Damit bleibt
251 zunächst das letzte noch gültige Abkommen über die Begrenzung nuklearer Arsenale
252 bestehen, nachdem Präsident Trump das für Europa so wichtige Mittelstreckenabkommen
253 (Intermediate Range Nuclear Forces Treaty(INF)) zur vollständigen Eliminierung von
254 Nuklearwaffen von einer Reichweite zwischen 500 bis 5500 km aufgekündigt hatte.

255 Am 16. Juni 2021 trafen sich Präsident Biden und Präsident Putin in Genf zu
256 Abrüstungsgesprächen. Dort wiederholten die beiden Präsidenten den berühmten Satz
257 ihrer Vorgänger Reagan und Gorbatschow anlässlich der Unterzeichnung des INF-
258 Vertrages in Reykjavik 1987: „Ein Nuklearkrieg kann nicht gewonnen werden und darf
259 nie ausgefochten werden.“ Noch im Dezember verkündeten die fünf offiziellen
260 Nuklearmächte USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich (genannt P5) in
261 einer gemeinsamen Erklärung, dass
262 „keine ihrer Nuklearwaffen auf einander noch auf irgendeinen anderen Staat gerichtet
263 sei.“

264 Am 27. Juli 2021 nahmen die Delegationen der USA und Russlands Verhandlungen zur
265 „Strategischen Stabilität“ auf. Eine Fortsetzung dieser Gespräche hat es nicht
266 gegeben. Stattdessen droht Putin jedem, der sich ihm in den Weg stellt, mit einem
267 Nuklearschlag.

268 Damit steht auch der wichtige Nichtverbreitungsvertrag (Nuclear Proliferation Treaty)
269 der einen völligen Abbau von Nuklearwaffen vorsieht, in Gefahr.

270 Nach dem Überfall Putins auf die Ukraine, den Kriegsverbrechen und den unverhohlenen
271 Drohungen mit einem Nuklearschlag ist die Zukunft des Nichtverbreitungsvertrages noch
272 unsicherer geworden. Die letzte erfolgreiche Überprüfungskonferenz war im Jahr 2010,
273 wo man sich zum letzten Mal auf ein Abschlusssdokument einigen konnte, das im Prinzip
274 den 2000 gefundenen Konsens ausbuchstabierte. Umgesetzt wurde allerdings nichts. 2015
275 gab es keine Einigung. Die für 2020 fällige Überprüfungskonferenz wurde wegen Corona
276 verschoben und soll jetzt im August 2022 stattfinden.

277 Es steht zu befürchten, dass auch 2022 kein Fortschritt erreicht werden wird. Es ist
278 aber besonders wichtig, eine klare Linie aufrecht zu erhalten.

279 Die Bundesregierung und die EU sollten folgende dringende Forderungen einbringen:
280 Ratifizierung des CTBT und bis zur und bis zum endgültigen Inkrafttreten Einhaltung
281 des Testmoratoriums und Verzicht auf subkritische Tests.

- 282 1. Aufnahme von Verhandlungen über ein Verbot von waffenfähigem Nuklearmaterial auf
283 der Grundlage des Shannon-Mandates.
- 284 2. Verzicht auf Modernisierung von Nuklearwaffen, auch der taktischen Atomwaffen,
285 die in Europa stationiert sind.
- 286 3. Forderung auf Fortsetzung von Nuklearverhandlungen, um für die Zeit nach 2026,
287 wenn NEW START ausläuft, nicht ohne neue Begrenzungsvereinbarung dazustehen.
288 Versuch, China miteinzubeziehen.
- 289 4. Forderung, dass alle Nuklearwaffenstaaten sich verpflichten, ihre Arsenale nicht
- 290 5. Verstärkte Transparenzmaßnahmen, was die Nuklearwaffenarsenale der
291 Nuklearwaffenstaaten betrifft.
- 292 6. De-alerting von Nuklearwaffen, h. keine hohe Alarmbereitschaft mehr, sondern
293 Aufbewahrung der Sprengköpfe separat von den Trägersystemen zur Erhöhung der
294 Vorwarnzeit.
- 295 7. Aufnahme von Verhandlungen über Doktrinen und Strategien, um die Rolle von
296 Nuklearwaffen abzusenken. Aufforderung an alle Nuklearwaffenstaaten, einen
297 Verzicht auf den Ersteinsatz zu erklären (NO-FIRST-USE).
- 298 8. Aufforderung an alle Staaten, sich dem Atomwaffenverbotsvertrag (Treaty on the
299 Prohibition of Nuclear Weapons (TPNW)) anzuschließen, der Anfang des Jahres in
300 Kraft trat und von mehr als 80 Staaten ratifiziert wurde.
- 301 9. Vorschlag, über einen neuen Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehr zu

302 Gerade die eskalierende Situation des Ukrainekrieges zeigt, wie wichtig es ist, einen
303 nuklearen Krieg zu verhindern. Nuklearwaffen sind inhumane Vernichtungswaffen, sie
304 treffen ohne Unterschied Kombattanten und Zivilbevölkerung. Sie müssten als
305 Kriegsverbrechen geächtet werden. Der Internationale Gerichtshof hat im Jahr 1997 ein
306 Gutachten abgegeben, das eigentlich eine solche Schlussfolgerung nötig macht. Die SPD
307 muss sich gerade in dieser Situation dafür einsetzen, dass Nuklearwaffen niemals mehr
308 eingesetzt werden. Die humanitären Folgen eines auch nur begrenzten Nukleareinsatzes

309 wären verheerend. Eine einzige Nuklearwaffe auf eine Großstadt abgeworfen würde fast
310 alle ihre Einwohner töten und verheerende Folgen für das Klima, die Welternährung,
311 die Gesundheitssysteme haben. Die sozialen und ökonomischen Kosten wären
312 unübersehbar.

313 Die SPD steht nach wie vor für weltweite nukleare Abrüstung ein. Zur Deeskalation der
314 aktuellen Lage setzt sich die SPD in einem ersten Schritt dafür ein den Verzicht auf
315 einen Ersteinsatz, also einen No-First-Use innerhalb der NATO durchzusetzen.“

316 **Konventionelle Abrüstung**

317 Alle nach dem Kalten Krieg beschlossenen konventionellen Abrüstungsverträge sind
318 nicht mehr in Kraft. Der besonders wichtige „Vertrag über konventionelle Streitkräfte
319 in Europa“(KSE), der 1990 von 22 Regierungschefs der NATO und des Warschauer Paktes
320 unterzeichnet wurde und zu Abrüstung von über 50.000 offensiven Waffensystemen
321 geführt hat, ist von Russland in der Umsetzung ausgesetzt und 2015 faktisch verlassen
322 worden. Grund war die Nichtratifizierung des 1999 geänderten angepassten
323 Nachfolgevertrages (AKSE) durch die NATO Staaten.

324 Es ist illusorisch, zum jetzigen Zeitpunkt auf neue Verhandlungen zur konventionellen
325 Abrüstung zu hoffen. Die Bundesregierung sollte aber deutlich ihre Bereitschaft
326 signalisieren, nach Beendigung des Krieges zu neuen Verhandlungen bereit zu sein. Es
327 muss deutlich werden, dass es neue Friedensregelungen geben muss, die Abrüstung,
328 Vertrauensbildende Maßnahmen, Transparenz und Kooperation beinhalten. Die Strukturen
329 sind vorhanden. Modelle können die in der OSZE entwickelten Instrumente sein: Das
330 „Forum für Sicherheitskooperation“ und das „Wiener Dokument“.

331 Alle diese Instrumente existieren noch, werden aber nicht mehr ausreichend genutzt.
332 Das

333 „Wiener Dokument“ regelt alle Maßnahmen zur Vertrauensbildung, z.B.

334 Manöverbeobachtung und –vorankündigungen, Informationsaustausch zu

335 Verteidigungsplanung und Bewaffnung, militärische Kontakte und Mechanismen zur

336 Minderung von Risiken sowie Verifikationsmöglichkeiten. Damit kann Transparenz

337 geschaffen und Vertrauen aufgebaut werden. Es ist wichtig, diese Institutionen zu

338 erhalten, um die Möglichkeit zu behalten, sie neu zu beleben und zu reformieren.

339 Die Bundesregierung soll sich im Rahmen der OSZE bemühen, immer wieder Vorstöße zu

340 Reformen und zur Weiterentwicklung des „Forums für „Forums für

341 Sicherheitskooperation“ und des „Wiener Dokumentes“ zu versuchen.

342 **Nicht-militärische Elemente der Sicherheitspolitik bewahren**

343 Seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts sind in der UNO, in der OSZE, in der EU

344 und auch national wichtige Elemente für die Krisenprävention und das Krisenmanagement

345 aufgebaut worden.

346 Beruhend auf den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, die eine

347 Streitbeilegung durch friedliche Mittel vorsieht, hat Generalsekretär Butros Butros-

348 Ghali eine „Agenda for Peace“ vorgelegt, die zahlreiche Instrumente zur friedlichen

349 Konfliktbeilegung beschreibt. Ebenso hat die OSZE viele notwendige Einrichtungen

350 geschaffen, die in Konfliktfällen zur Befriedung helfen können. Deutschland hat ein

351 umfangreiches Konzept „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und
352 Friedenskonsolidierung“ erarbeitet und setzt es mit zahlreichen Projekten um. An
353 dieser Politik darf es keine Abstriche geben. Frieden ist ohne Entwicklung nicht
354 möglich, sagte schon Willy Brandt. Die SPD hat schon 2005 das Konzept
355 „Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der Deutschen
356 Entwicklungszusammenarbeit“ entwickelt. Der Bericht zur Entwicklungspolitik 2017
357 trägt den Titel: „Entwicklungspolitik als Zukunfts- und Friedenspolitik“, und weist
358 mit diesem programmatischen Titel auf die Notwendigkeit hin, in der
359 Entwicklungspolitik für soziale Gerechtigkeit und Interessensausgleich zu sorgen.
360 Dies muss auch für die Handelsverträge gelten, die in der Verantwortung der EU
361 liegen.

362 Die im Jahr 2015 von der Staatenwelt angenommene Agenda 2030 „Transforming our world:
363 the 2030 Agenda for Sustainable Development Goals“ ist in diesem Zusammenhang eines
364 der wichtigsten Friedens- und Sicherheitsdokumente:

365 Die SPD Hessen Süd fordert die Bundesregierung auf, die Umsetzung der Verpflichtungen
366 aus diesem Dokument mit Vordringlichkeit zu betreiben

367 Klimagerechtigkeit als Instrument des Friedens

368 Die Klimaveränderungen sind heute schon eine Ursache für Konflikte, Kriege und für
369 Fluchtbewegungen. Dürre, Überschwemmungen, Stürme und steigende Ozeane bedrohen
370 vielfältig die menschliche Sicherheit, die Gesundheit und die Ernährungschancen
371 vieler Länder.

372 Insbesondere Frauen und Mädchen leiden unter den Auswirkungen der Klimaveränderungen,
373 sowohl aufgrund von Besitzverhältnissen, als auch aufgrund von auf Männer abgestimmte
374 Katastrophenschutzpläne. Die schnelle Umsetzung aller Klimaverpflichtungen weltweit
375 ist ein dringendes Problem, auch um neue Konflikte zu vermeiden. Die humanitäre Lage
376 und Nahrungsmittelversorgung in von der Klimakatastrophe stark betroffenen Ländern,
377 wird aktuell durch den Exportstopp von ukrainischem Weizen und Öl verschärft.

378 Um die menschliche Sicherheit auch auf der Flucht vor Kriegen und Hungerkatastrophen
379 soll die „Klimakrise“ in den Katalog für Fluchtursachen der Genfer Konvention
380 aufgenommen werden, damit insbesondere auch geschlechterspezifische Gewalt auf der
381 Flucht vor der Klimakrise anerkannt wird. Darüber hinaus bedarf es
382 geschlechtergerechte Bevölkerungs- und Katastrophenschutzpläne, eine stärkere
383 Ausrichtung der internationalen Zusammenarbeit an geschlechtergerechten Aspekten
384 sowie eine verbindliche internationale Agenda feministischer Sicherheit bei
385 Auswirkungen des Klimawandels.

386 Die SPD Hessen-Süd fordert die Bundesregierung auf, konsequent alle notwendigen
387 Maßnahmen zum Klimaschutz umzusetzen.

Antrag LT4002: Frieden gewinnen – Zukunft gestalten

Antragsteller*in:

SPD BZ Hessen-Süd

Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess/Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT4 - Zeitenwende in der internationalen Ordnung und ihre Konsequenzen

Der Debattenkonvent möge beschließen:

1 **„Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den**
2 **Frieden nichts“ (Willy Brandt 1981).**

3 *„Wenn ich sagen soll, was mir neben dem Frieden wichtiger sei als alles andere, dann*
4 *lautet meine Antwort ohne Wenn und Aber: Freiheit. Die Freiheit für viele, nicht nur*
5 *für die wenigen. Freiheit des Gewissens und der Meinung. Auch Freiheit von Not und*
6 *von Furcht“ (Willy Brandt 1987).*

7 Sozialdemokratische Politik ist internationalistische Politik. Seit ihren Anfängen.
8 Und Willy Brandts in die Zukunft gewandten Anforderungen zufolge hat sie „auf der
9 Höhe der Zeit“ zu sein,
10 „ wenn Gutes bewirkt werden soll“.

11 Nichts weniger ist die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie in der von Olaf Scholz
12 geführten Bundesregierung. Nichts weniger ist die Aufgabe unserer europäischen Partei
13 SPE. Und das ist auch die Botschaft an unsere globalen Partner und der Grund, warum
14 wir progressive Bewegungen und Parteien weltweit unterstützen und uns dafür
15 einsetzen, Kräfte für Frieden und sozial-ökologischen Wandel zusammenzuführen.

16 Putins Überfall auf die Ukraine markiert einen tiefen Bruch des Völkerrechts und der
17 internationalen Sicherheitsarchitektur. Er produziert unendliches Leid und verschärft
18 die massiven Krisen, mit denen wir uns gegenwärtig konfrontiert sehen. Aber er
19 verlangt auch nach einer entschiedenen Antwort: nach einer neuen Friedensordnung für
20 die Zeit danach, nach einer Neugestaltung der Beziehungen zwischen Ost und West wie
21 Nord und Süd, nach globalen Anstrengungen, die in der Lage sind, die großen
22 transformativen Herausforderungen unserer Welt gemeinsam anzugehen. Und nach neuen
23 Partnerschaften, in denen Menschen in freier Selbstbestimmung und unter den
24 Bedingungen gerechter Teilhabe an einer nachhaltigen und lebenswerten Zukunft für
25 alle bauen.

26 Putins Krieg stoppen

27 Putins verbrecherischer Angriffskrieg gegen die Ukraine hat bisher zehntausenden
28 Menschen das Leben gekostet, unsägliches Leid auch gerade unter der Zivilbevölkerung
29 verursacht und über sechs Millionen in die Flucht getrieben und heimatlos gemacht.
30 Die völkerrechtswidrige Aggression geht einher mit systematischem Terror und vielfach
31 belegten Kriegsverbrechen.

32 Frieden zu schaffen und Freiheit zu sichern, erfordert Einsatz gegen Unrecht und

33 Gewalt. Der Widerstand der Ukrainerinnen und Ukrainer ist ein Kampf für Freiheit,
34 Demokratie und Selbstbestimmung. Dieser Kampf ist auch unser Kampf und wir werden
35 dabei nicht abseitsstehen.

36 Die Flüchtlinge aus der Ukraine brauchen unsere Solidarität. Wir begrüßen die
37 Aktivierung der

38 „Richtlinie über die Gewährung vorübergehenden Schutzes“ durch die EU, die
39 unmittelbar Sicherheit und Perspektive bietet. Unser Dank gilt der
40 sozialdemokratischen Innenministerin Nancy Faeser, den Verantwortlichen in den
41 Kommunen und den zahllosen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die das
42 gewährleisten.

43

44

45

46

47 Darüber hinaus unterstützt die SPD Hessen-Süd das Vorhaben der Bundesinnenministerin
48 politisch verfolgten Menschen aus Russland besseren und schnelleren Schutz in der
49 Bundesrepublik zu bieten.

50 Wir setzen uns dafür ein, Fluchtkorridore zu öffnen, müssen den Menschen in der
51 Ukraine jede erdenkliche humanitäre Hilfe leisten und dafür Sorge tragen, dass
52 Kriegsverbrechen dokumentiert und mit aller Konsequenz verfolgt werden.

53 Wir unterstützen die Ukraine finanziell und militärisch durch die Lieferung von
54 Waffen und Zubehör, in Abstimmung mit unseren Verbündeten und den ukrainischen
55 Behörden. Ziel muss es sein, Menschenleben zu schützen und die territoriale
56 Integrität und Souveränität der Ukraine vollständig wiederherzustellen. Wir fordern
57 die Einstellung der Kriegshandlungen durch die russische Regierung und den vollen
58 Abzug der Invasionstruppen aus den besetzten Gebieten. Das Bestreben der SPD-
59 geführten Bundesregierung, weiterhin alle politischen Mittel auszuschöpfen, um den
60 Krieg auch auf diplomatischem Wege zu beenden, ist verantwortungsvoll und richtig.

61 Der Wiederaufbau der Ukraine erfordert den Beistand der EU und ihrer Partner.
62 Sanktionen gegenüber Mitverantwortlichen für den russischen Überfall müssen zügig
63 umgesetzt werden. Konfiszierte und eingefrorene Vermögenswerte sollten einem Fonds
64 zugunsten des Wiederaufbaus der Ukraine zugutekommen.

65 Den Europäischen Weg gemeinsam gehen

66 Europa hat angesichts der Bedrohung Geschlossenheit gezeigt und ist sich einig. Wir
67 müssen unsere Handlungssouveränität stärken, wenn wir angesichts der internationalen
68 Herausforderungen als Wertegemeinschaft und politischer Akteur nach innen und außen
69 bestehen wollen.

70 Deutschland profitiert wie kein anderes Land von der Eigebundenheit seiner Wirtschaft
71 in den Welthandel. Aber wir müssen strategische Abhängigkeiten deutlich reduzieren,
72 um unsere Geschicke im Rahmen einer souveränen Europäischen Union weiterhin selbst
73 bestimmen zu können. Wir dürfen keinen Tag länger als nötig auf fossile

74 Energieimporte aus Russland angewiesen sein. Die Antwort liegt in einem schnelleren
75 und konsequenteren Ausbau der regenerativen Energiewirtschaft, nicht in einer
76 zeitlich überdimensionierten Substitution russischer Energielieferungen.

77 China ist ein Systemkonkurrent, den wir für die Mitgestaltung einer friedlichen,
78 nach-haltigen und multilateralen Welt gewinnen wollen. Aber ökonomische
79 Verflechtungen dürfen zu keinem Zeitpunkt zu einer Einschränkung unserer politischen
80 und ökonomischen Handlungsautonomie führen oder Anlass sein, über
81 Menschenrechtsverletzungen hinwegzusehen. Deswegen fordern wir die EU wie die
82 Bundesregierung auf, unsere China-Politik vor dem Hintergrund dieser Zielsetzung zu
83 überprüfen.

84 Die SPD hat sowohl in ihrem Zukunftsprogramm wie im Regierungsprogramm 2021-2025
85 Zeichen gesetzt: Wir wollen unsere Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ausbauen
86 und durch eine Überwindung des Einstimmigkeitsprinzips handlungsfähiger werden. Die
87 NATO wird mit dem Beitritt Finnlands und Schwedens gefestigt, die Bedeutung des
88 europäischen Beitrags im transatlantischen Bündnis dadurch unterstrichen. Bei der
89 Weiterentwicklung unserer verteidigungspolitischen Anstrengungen werden wir die
90 Bundeswehr, wie von Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesverteidigungsministerin
91 Christine Lambrecht angekündigt, ihren Aufgaben entsprechend ausstatten und auf eine
92 bessere Verzahnung und Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern drängen. Wir
93 wollen europäische Streitkräfte, die der europäischen parlamentarischen Kontrolle
94 unterliegen.

95

96

97

98

99 Wir wissen, nur eine Politik, die sich umfassend den Krisenursachen in dieser Welt
100 stellt und sie bei den Wurzeln packt, hat eine Chance, dauerhaft Frieden zu stiften
101 und das Wohlergehen der Menschen weltweit zu befördern. Deshalb ist eine an
102 menschlicher Sicherheit orientierte Politik Maßstab unseres Handelns. Wir
103 unterstreichen die zentrale Bedeutung von Krisenprävention und Krisenmanagement. Wir
104 schließen uns dem Plädoyer für eine stärkere „feministische Außenpolitik“ an, weil
105 wir dialogische Aushandlungsmechanismen in der internationalen Politik befördern und
106 besonders vulnerable Gruppen besser berücksichtigt sehen wollen.

107 Wir wollen den Beitrittsprozess der Länder des Westbalkans zur EU entlang der
108 erzielten Fortschritte beschleunigen. Die Ukraine braucht eine europäische
109 Perspektive. Das gilt ebenso für Länder wie Moldawien und Georgien. Wichtig ist heute
110 nicht, ein mögliches Beitrittsdatum zu prognostizieren. Wichtig ist heute, einen Weg
111 verbindlicher und krisenfester Zusammenarbeit zu definieren, der für die Bevölkerung
112 in diesen Ländern so bald als möglich einen Zugewinn an Freiheit, Sicherheit und
113 Wohlfahrt spürbar werden lässt. Wie die globale Ordnung so wird auch die Europäische
114 Union nach dem Ukraine-Krieg eine andere sein. Unsere östlichen Nachbarn nicht
115 alleine zu lassen, sondern sie auf ihrem Weg nach Europa zu begleiten, wird dabei zu

116 einer unserer wesentlichen Aufgaben gehören. Um der Ukraine bis zum Erreichen dieses
117 Zieles die notwendige Sicherheit zu geben, spricht sich die SPD Hessen-Süd dafür aus,
118 dass die Ukraine auf die Liste der EU-Beitrittskandidaten aufgenommen wird, statt
119 weiterhin nur als potentieller Beitrittskandidat zu gelten.

120 Humanitäre Katastrophen abwenden – in eine neue globale Partnerschaft eintreten

121 Putins Krieg tötet nicht nur in der Ukraine. Hunger als Waffe einzusetzen, ist Teil
122 seiner perfiden Aggressionspolitik. Russische Truppen bombardieren ukrainische
123 Weizenfelder, behindern die Aussaat der neuen Ernte und blockieren ukrainische Häfen,
124 aus denen die Welt mit dringend benötigten Getreidelieferungen versorgt wird. 20
125 Millionen Tonnen Getreide lagern gegenwärtig in ukrainischen Silos und drohen zu
126 verderben.

127 Länder des mittleren Ostens, in der Sahelzone und am Horn von Afrika sind ganz
128 überwiegend von ukrainischen und russischen Weizenimporten abhängig. Wo international
129 zuvor schon fast 300 Millionen Menschen unter akuter Nahrungs-mittelknappheit litten,
130 sehen sich nun zusätzliche über 40 Millionen mit dem Hungertod konfrontiert.

131 Wir begrüßen alle Bestrebungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten, neue Transportwege
132 für ukrainische Getreidelieferungen zu erschließen und unterstützen die G7-Initiative
133 von Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze, ein Bündnis für globale Ernährungs-
134 sicherheit auf den Weg zu bringen.

135 Die Preise für Nahrungsmittel bewegen sich weltweit auch kriegsbedingt auf einem
136 Allzeithoch. Energieversorgung ist in immer mehr Ländern für einkommensschwächere
137 Gruppen unerschwinglich. Die Covid-19-Pandemie hat große Teile der südlichen
138 Hemisphäre in ihrer Entwicklung um zehn Jahre zurückgeworfen und ist angesichts
139 niedriger Impfquoten und möglicher weiterer Mutationen keinesfalls überwunden. Die
140 ansteigende Inflation trifft die ärmsten Bevölkerungsgruppen am härtesten und treibt
141 ohnehin hochverschuldete "Least- developed-" (LDCs) wie "Middle-income-Countries"
142 (MDCs) in eine nahezu ausweglose Lage. Über all dem schwebt das Damoklesschwert des
143 Klimawandels. Umweltkatastrophen wüten am schlimmsten in den Ländern des Südens, die
144 sich ausbreitende Dürre zerstört fruchtbares Ackerland. Ungesehene Verelendung und
145 dadurch ausgelöste Wanderungsbewegungen werden die Folge sein, wenn es uns nicht
146 gelingt, gemeinsam und ohne weiteren Zeitverzug, eine drastische Veränderung unseres
147 globalen Entwicklungsmodells zu bewirken.

148

149

150

151

152 Dazu bedarf es klarer Korrekturen an unserem industriellen Wachstumsmodell, das wir
153 durch eine globale Strategie der nachhaltigen Entwicklung und der umfassenden
154 sozialen Teilhabe ersetzen müssen. Nötig ist ein globaler Pakt zwischen Nord und Süd
155 für eine nachhaltige, von Hunger und Armut befreite Welt. Dem Kampf gegen
156 Ungleichheiten kommt dabei weltweit eine Schlüsselrolle zu. Er muss zu einem
157 bestimmenden Element unserer Außen- Entwicklungs- und Handelspolitik werden. Die von

158 der internationalen Staatengemeinschaft getragene Nachhaltigkeitsstrategie der
159 Vereinten Nationen muss in diesem Sinne über das Jahr 2030 hinaus weiterentwickelt
160 werden.

161 Die Weichen für eine neue Zeit stellen

162 Die vor uns liegenden Jahrzehnte drohen von einer gefährlichen Mischung aus
163 Umweltkrisen, wachsender sozialer Polarisierung und einer Zunahme von militärischen
164 Konflikten geprägt zu werden. Sozialdemokratische Politik „auf der Höhe der Zeit“,
165 die Spielräume für eine neue Friedensordnung schaffen will, muss deshalb auf zwei
166 Pfeilern ruhen: dem entschiedenen und zügigen Umsteuern auf ein neues ökonomisches,
167 umwelt- und sozialverträgliches Entwicklungsmodell, bei dem ein souveränes Europa
168 angetrieben von der SPD-geführten Bundesregierung eine Vorreiterrolle übernimmt;
169 sowie dem Kampf um die Aufrechterhaltung und Wiedergewinnung von Korridoren für
170 multilaterale Politik, die internationales Recht anerkennt, friedfertige
171 Aushandlungsmechanismen stützt und die Handlungsfähigkeit der internationalen
172 Staatengemeinschaft wie zivilgesellschaftlicher Organisationen stärkt.

173 Wir dürfen nicht zulassen, dass die Welt nach dem Ukraine-Krieg in die
174 Dauerkonfrontation sich feindlich gegenüberstehender Großmächte zerfällt. Wer das
175 Überleben der Menschheit auf unserem Planeten sichern will, muss dem
176 Paradigmenwechsel für nachhaltige Entwicklung zum Durchbruch verhelfen. Das geht nur
177 mit einer Konzentration der vorhandenen Ressourcen auf dieses Ziel, mit einem Mehr an
178 verbindlicher internationaler Zusammenarbeit und mit starken multilateralen
179 Organisationen.

180 Wir unterstützen UN-Generalsekretär Antonio Guterres in seinem Bestreben, die
181 Vereinten Nationen grundlegend zu reformieren, um ihrem Auftrag der
182 Friedenssicherung, der Förderung nachhaltiger Entwicklung und der Wahrung der
183 Menschenrechte nachzukommen. Unser Ziel bleibt ein ständiger europäischer Sitz und
184 eine angemessene Vertretung des Globalen Südens im UN-Sicherheitsrat. Wo dieser
185 aufgrund seiner jetzigen, überholten Zusammensetzung die Entscheidungsfähigkeit der
186 Vereinten Nationen blockiert, muss die UN- Generalversammlung zunehmend Verantwortung
187 übernehmen.

188 Mit den Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens muss Europa echte Partnerschaften
189 auf Augenhöhe eingehen. Wir werden die Wirkungsmacht legitimierter internationaler
190 Organisationen dann erhöhen, wenn wir gemeinsam sozial-ökologische Reformen
191 vorantreiben, von denen alle profitieren. Dazu müssen strategische Allianzen der
192 Willigen gebildet werden.

193 Wir wollen die Zivilgesellschaft auf allen Ebenen stärken und der Universalität der
194 Menschenrechte zur Durchsetzung verhelfen. Wo demokratische Spielräume eingeschränkt
195 werde, müssen wir Unterstützung leisten und gegenhalten. Freiheit und Gerechtigkeit
196 müssen Hand in Hand gehen, wenn wir die Chancen der neuen Zeit ergreifen wollen.

Antrag LT4003: Was wir jetzt in Europa tun müssen

Antragsteller*in:	SPD AG Selbstständige (AGS)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Kommission Internationale Politik
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT4 - Zeitenwende in der internationalen Ordnung und ihre Konsequenzen

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Mit dem verbrecherischen Angriff von Vladimir Putin gegen die Ukraine haben sich fast
2 alle Gewissheiten, die wir in der EU seit der Wiedervereinigung hatten, in ein Nichts
3 aufgelöst. Auf diese dramatische Lage Antworten zu finden, damit Europas Stimme
4 gehört wird, ist das Gebot der Stunde. Handlungsbedarf besteht in folgenden Punkten:
- 5 • **Einigkeit in der Sanktionspolitik gegen Putin aufrecht erhalten**
6 Die bisherigen Sanktionspakete zielen darauf ab, den Druck auf Putin zu erhöhen und
7 den Angriffskrieg zu stoppen. Ziel ist und bleibt, die Fähigkeit des russischen
8 Regimes zu unterbinden, die Sicherheit und Stabilität in Europa weiter zu gefährden.
9 Bisher hat die EU geschlossen gehandelt, das muss auch so bleiben.
10 Die Sanktionen müssen mit hohen Nachteilen für das russische Regime verbunden sein
11 bei gleichzeitig deutlich geringeren Nachteilen für die Mitgliedstaaten der EU.
 - 12 • **Unabhängigkeit von Energieimporten aus Russland jetzt herstellen**
13 Die Abhängigkeit von russischen Energieimporten zeigt unsere politische und
14 wirtschaftliche Verletzbarkeit in der aktuellen Situation. Schon jetzt sind
15 Wirtschaft sowie die EU-Bürger*innen von den steigenden Energiepreisen betroffen.
16 Deshalb müssen wir eine Reihe von Maßnahmen treffen, die uns als EU so schnell wie
17 möglich unabhängiger macht.
18 Die ohnehin im Rahmen der EU-Klimapolitik verfolgte Zielsetzung, 2045 klimaneutral zu
19 werden, zeigt, dass wir den Ausbau der erneuerbaren Energien und den Aufbau der
20 Wasserstoffwirtschaft stark beschleunigen müssen. In diesem Zusammenhang müssen die
21 europäischen Energienetze verstärkt und erweitert werden, damit die Energie
22 einfacher, effizienter und günstiger übertragen werden kann. Nur so kann Europa im
23 21. Jahrhundert seine Energieversorgung sicher, nachhaltig und bezahlbar vorhalten.
 - 24 • **Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik konkret anpacke**
25 Der Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt, dass wir Demokratie und Rechtsstaat in
26 Europa nur dann erfolgreich verteidigen können, wenn wir unsere Wehrhaftigkeit
27 verbessern und auf Abschreckung setzen. Im Mittelpunkt stehen Landesverteidigung und
28 die Erfüllung von Bündnisverpflichtungen unter Berücksichtigung digitaler
29 Bedrohungen.
30 Neben der Erhöhung des Verteidigungsbudgets muss es auch um eine bessere
31 Zusammenarbeit insbesondere bei Beschaffung und Planung gehen.

32 • **Resilienz verbessern**

33 Schon die Finanzkrise 2008/09 und danach die Corona-Pandemie haben gezeigt, dass wir
34 in der EU resilienter aufgestellt sein müssen, um die wirtschaftlichen und sozialen
35 Risiken zu verringern. Dabei geht es nicht um Autarkie, sondern um mehr Autonomie,
36 d.h. Nutzung der Möglichkeiten des Binnenmarktes, also stärkere Diversifizierung auf
37 Beschaffungs- und Absatzmärkten sowie Herstellung von systemrelevanten Produkten.

38 • **Aufnahme der Ukraine in die EU**

39 Die Ukraine hat jetzt den Status eines Beitrittskandidaten zur EU erhalten.
40 Sicherlich sprechen geopolitische Argumente für diese Entscheidung. Auch andere
41 wichtige Staaten in Europa drängen in die EU.

42 Klar ist: Alle Kandidaten sind aus heutiger Sicht (noch) nicht reif für die Aufnahme.
43 Aber auch die EU muss ihrerseits strukturelle Reformen voranbringen, um überhaupt
44 aufnahmefähig zu sein.

45 Was wir jetzt in Europa tun müssen - Unsere Forderungen sind:

- 46 • Keine weiteren Aufnahmen vor Abschluss einer EU-Strukturreform.
- 47 • Militärische Stärkung der EU zur Abschreckung und für unsere Verteidigung /
- 48 Schaffung einer Europäischen Armee.
- 49 • Grundproduktion innerhalb der EU von systemrelevanten Gütern sicherstellen.
- 50 • Diversifizierung der Lieferketten sicherstellen.

Antrag LT4004: Europäische Resilienz, zivilgesellschaftlicher Dialog und Wege zu einer neuen Friedensordnung

Antragsteller*in:	SPD AG Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess/Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT4 - Zeitenwende in der internationalen Ordnung und ihre Konsequenzen

Der Debattenkonvent möge beschließen:

1 **Zusammenfassende Kerngedanken:**

- 2 1. Wir verurteilen Putins völkerrechtswidrigen Krieg als barbarisch und kriminell.
- 3 2. Die Stärke des Rechts darf dem Recht des Stärkeren nicht weichen; daher darf es
- 4 keinen Diktatfrieden Russlands geben.
- 5 3. Wir halten an dem internationalen und multilateralen Rechtssystem fest.
- 6 4. Versuche der Entspannung und „Wandel durch Annäherung“ werden nach dem Krieg

7 erneut erforderlich sein, aber sie müssen auf eine realistischere Einschätzung
8 der Situation gegründet werden; eine entscheidende Rolle kann dabei auch
9 Kontakten auf zivilgesellschaftlicher Ebene zukommen.

10 5. Europa muss in dieser Situation zusammenstehen: Wir brauchen insbesondere

- 11 • eine gemeinsame europäische Energiepolitik,
- 12 • europäisch koordinierte Investitionen in eine gemeinsame europäische
13 Energieinfrastruktur,
- 14 • den Aufbau einer Europäischen Verteidigungsarmee in konkreten Schritten – über
15 das Ziel der Europäischen Verteidigungsarmee und deren parlamentarische
16 Kontrolle wollen wir jetzt eine breite öffentliche Diskussion anstoßen;
- 17 • eine stärkere Zusammenarbeit bei Rüstung und Beschaffung, sowie die engere
18 Vernetzung militärischer Kapazitäten,
- 19 • europäische Kompetenzen für Abrüstung und Rüstungsexportkontrolle,
- 20 • eine stärkere Zusammenarbeit bei der Cybersicherheit,
- 21 • gemeinsamen Kampf gegen Desinformation.

22 6. Eine Nachkriegsordnung muss an die bestehende multilaterale Völkerrechtsordnung
23 anknüpfen:

- 24 • Wir brauchen reformierte, entscheidungsfähige Vereinte Nationen;
- 25 • Wir müssen mit der russischen Regierung diplomatisch im Dialog bleiben;
- 26 • Wir fordern mehr Wachsamkeit in Bezug auf grenzüberschreitende wirtschaftliche
27 und technologische Abhängigkeiten;
- 28 • Wir schlagen neue, konkrete, realistische Wege und Perspektiven für Beitritte
29 zur und Kooperation mit der EU vor.

30 **Einleitung**

31 Der brutale Angriffskrieg der russischen Regierung gegen die Ukraine, der am 24.
32 Februar 2022 begann, hat fundamentale Gewissheiten der deutschen, der europäischen
33 und der internationalen Sicherheitspolitik nach 1945 (bzw. nach 1990) infrage
34 gestellt. Sicherheit durch multilaterale Abkommen unter Beachtung und Festschreibung
35 nationaler Grenzen und die pragmatische Orientierung internationaler Politik an den
36 begründeten wirtschaftlichen und humanitären Interessen der Völker schienen die
37 Verschiebung von Grenzen mit Waffengewalt auszuschließen. Jeder Versuch einer
38 Revision dieser Ordnung erschien sehr unwahrscheinlich, weil er gleichbedeutend ist
39 mit dem Weg in eine wirtschaftliche Abschottung, die in einer globalisierten Welt
40 massive Wohlstandsverluste mit sich bringt. Dass die russische Regierung dies in Kauf
41 nehmen und mit dem Überfall auf die Ukraine sogar die völkerrechtliche
42 Nachkriegsordnung, die die Sowjetunion selbst mit aufgebaut hatte, vollständig zu
43 Disposition stellen würde, konnten wir uns nicht vorstellen. Der Bundeskanzler
44 spricht daher zu Recht von einer Zeitenwende, nach der nichts mehr so sei, wie es
45 vorher war. Diese zwingt uns alle dazu, scheinbare Gewissheiten zu hinterfragen, neue
46 Orientierung zu suchen und politische Grundausrichtungen für die neue Zeit zu
47 definieren.

48 **Was bedeutet diese Zeitenwende?**

49 Putins völkerrechtswidriger Angriff auf die Ukraine stürzt Millionen von Menschen in
50 Abgründe von Tod, Verletzung, Misshandlung, Traumatisierung, Vertreibung, Hunger und
51 Existenznot. Die Folgen reichen weit über die Ukraine hinaus.

52 Wir verurteilen diesen Krieg aufs Schärfste. Er widerspricht den grundlegendsten
53 Regeln des Rechts, des Anstands und des menschlichen Zusammenlebens. Mit diesem Krieg
54 hat die russische Regierung die nach dem 2. Weltkrieg mühevoll aufgebaute
55 internationale Ordnung verlassen, den gemeinsamen Herausforderungen des 21.
56 Jahrhunderts den Rücken zugekehrt und handelt offensichtlich in der Tradition
57 imperialistischer Regime. Ein in weiten Teilen weder ökonomisch, noch
58 sicherheitspolitisch, sondern imperialistisch, nationalistisch und antidemokratisch
59 motivierter Angriffskrieg stellt nicht nur ideologisch einen Rückfall in längst auf
60 europäischem Boden für überwunden gehaltene Machtstrategien dar. Er steht auch ganz
61 praktisch der Arbeit an den eigentlich anstehenden Aufgaben für die Weltgemeinschaft,
62 insbesondere dem Kampf gegen die Klimakatastrophe, gegen Fluchtbewegungen und
63 Hungerkatastrophen sowie für weltweite Entwicklung, Armutsbekämpfung, Umweltschutz
64 und dem Bemühen um multilaterale Sicherheitssysteme entgegen. Er verschärft globale
65 Krisen, z.B. durch die kriegsbedingten Ausfälle von Getreide- und
66 Nahrungsmittellexporten. Unter der von Russland verursachten Explosion der
67 Energiekosten leiden die wirtschaftlich Schwächsten am meisten. Dass Maßnahmen
68 getroffen werden, die zur völligen Unabhängigkeit von russischen Energiequellen
69 führen sollen, beflügelt zwar den ohnehin anstehenden Umstieg auf erneuerbare
70 Energiequellen, aber dieser kann die von Russland verursachten Ausfälle gar nicht
71 ausreichend schnell kompensieren. Und die vollständige wirtschaftliche Entflechtung
72 von Russland bringt neue Risiken mit sich.

73 Dass diese Aggression ein Irrweg ist, der nicht zum Erfolg führen darf, muss für alle
74 deutlich werden. Um die Herausforderungen unserer Generation bewältigen zu können,
75 brauchen wir eine internationale Ordnung, in der sich Völkerrecht, territoriale
76 Integrität und friedliche Koexistenz der Staaten, sowie Selbstbestimmung der Völker
77 und Demokratie durchsetzen. Das muss unser Ziel und unser Anspruch bleiben:

78 Die Außen- und Sicherheitspolitik der vergangenen Jahrzehnte, die sich an den
79 wohlverstandenen Interessen aller Staaten, ihren ökonomischen (inzwischen auch
80 ökologischen und sozialen) Zielen ebenso wie an territorialer Integrität ausrichtete,
81 war richtig und wird nicht dadurch falsch, dass sie einer im Grunde irrational
82 agierenden Macht nicht gefällt und brutal konterkariert wird. Die Gründung der
83 Vereinten Nationen unter dem Eindruck des 2. Weltkrieges als Nachfolgeorganisation
84 des Völkerbundes, die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl mit
85 dem Ziel von wirtschaftlichem Interessenausgleich und Rüstungskontrolle, von Robert
86 Schuman formuliert und von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer umgesetzt, ihre
87 Entwicklung zur Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Union, aber gerade auch
88 die Politik von „Wandel durch Annäherung“ eines Willy Brandt und eines Egon Bahr
89 haben ihren Beitrag zur friedlichen Neuordnung in Europa 1989/90 und zum Ausbau
90 kollektiver Sicherheitssysteme geleistet. Auch und gerade mit Blick auf den Krieg in
91 der Ukraine muss sichergestellt bleiben, dass die Staaten, die bei diesen Prinzipien

92 bleiben, im Schulterschluss diese Ordnung erhalten und der Ukraine ermöglichen, ihre
93 staatliche Integrität zu verteidigen.

94 **Es gilt der Grundsatz, dass das „Recht des Stärkeren“ sich nicht gegenüber der**
95 **„Stärke des Rechts“ durchsetzen darf.**

96 Wie sich dieses Ziel am besten erreichen lässt, und wie sich die Gefahr einer
97 weiteren verheerenden Ausweitung des Krieges so gering wie möglich halten lässt,
98 liegt nicht klar auf der Hand. Angesichts der Tragweite der zu treffenden
99 Entscheidungen wäre es fahrlässig, sie zum Gegenstand parteipolitischer Erwägungen zu
100 machen oder nach allgemeiner Stimmungslage zu entscheiden. Dies ist kein Moment für
101 moralischen Überschwang oder kraftvolle und plakative Gesten, so sehr manche sich
102 dies auch wünschen mögen. Wichtig ist vielmehr für jeden Schritt eine
103 verantwortungsvolle, vom Ende her gedachte und jederzeit situationsangepasste
104 Abwägung.

105 **Die Gefahr ist groß - wir müssen ihr klug und rational begegnen**

106 Wie groß die Gefahr einer unkalkulierbaren, biologischen, chemischen oder atomaren
107 Eskalation ist, sollte sich das Putin-Regime selbst mit dem Rücken zur Wand stehend
108 sehen, ist schwer einzuschätzen, wenn man bedenkt,

- 109 • dass dieser Krieg rational – außer durch maßlosen Imperialismus - kaum
110 begründbar ist,
- 111 • dass er auch Russland die erwartbar schweren humanitären und ökonomischen
112 Schäden zufügen wird,
- 113 • dass die Kriegsziele Russlands der Ukraine nicht zumutbar sind;
- 114 • und zugleich Putin offen oder verdeckt mit dem Einsatz atomarer Waffen droht,
115 wenn er seinen Willen nicht bekommt.

116 Kettenreaktionen dieser Art oder auch nur die Verstrickung von NATO-Partnern in
117 diesen Krieg gilt es zu vermeiden.

118 Wir werben für den Mut zum selbstkritischen Hinterfragen, zur offenen Diskussion und
119 zum besonnenen, schrittweisen Vorgehen.

120 Dabei kommt es darauf an, auch die Fehler deutscher, europäischer und internationaler
121 Politik zu benennen und zu analysieren.

122 **Unsere Fragen:**

123 1. Der Krieg hat unsere Abhängigkeiten und Verletzlichkeiten, aber auch die
124 Fehleinschätzungen deutscher Politik in der Vergangenheit schonungslos
125 offengelegt.

- 126 • **Welche Fehler hat die deutsche Politik in der Vergangenheit gemacht?**
- 127 • **Sind die Ansätze „Wandel durch Handel“ und Wandel durch Verflechtung“ als**
128 **Erweiterung des Prinzips „Wandel durch Annäherung“ gescheitert?**
- 129 • **Wenn wechselseitige Abhängigkeiten ein verhängnisvolles Maß erreichen, weil die**
130 **Motivation der Verflechtung bei den Beteiligten nicht gleich ist und ökonomische**
131 **Vorteile sicherheitspolitische Nachteile bedeuten können, wie können wir solche**

132 **Abhängigkeiten reduzieren, ohne dabei die wirtschaftlichen Freiheiten und**
133 **internationalen Verflechtungen gänzlich aufzugeben, die die Grundlage unseres**
134 **wirtschaftlichen Erfolges sind?**

135 Dazu unten im ersten Teil.

136 **2. Eine entscheidende Rolle kommt dabei der Europäischen Union zu.**

137 **Wie können**

138 • **die Staaten der Europäischen Union widerstandsfähiger gegen wirtschaftliche und**
139 **militärische Bedrohungen werden?**

140 • **sie ihre Energieversorgung sowie ihre digitale Infrastruktur absichern,**

141 • **ihr Wirtschafts- und Sozialsystem aufrechterhalten**

142 **und Aushöhlungen ihrer Demokratien, der Desinformation und den Bedrohungen für einen**
143 **freien, zivilgesellschaftlichen Diskurs entgegentreten?**

144 Dazu unten im zweiten Teil.

145 **3. Und schließlich: Wie kommen wir zu einer neuen Friedensordnung?**

146 • **Welche Schritte könnten helfen, um den Wiederaufbau einer dauerhaften**
147 **europäischen Friedensordnung nach dem Krieg wieder möglich erscheinen zu lassen?**

148 • **Was muss unternommen, was sollte unterlassen werden? Wie müssen wir unser**
149 **Verhältnis zu anderen Autokratien anpassen und neu gestalten?**

150 • **Welche Rolle soll Europa in der Welt spielen und wie kann es zum Fortschritt der**
151 **Weltgemeinschaft beitragen?**

152 Dazu unten im dritten Teil.

153 **Erster Teil: Rückblick und Analyse**

154 Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert einen historischen Bruch der
155 Europäischen Nachkriegsordnung. Wenn Olaf Scholz von einer Zeitenwende spricht, so
156 nimmt er dabei Bezug auf ein europäisches Sicherheits- und Verteidigungssystem, das
157 nach dem zweiten Weltkrieg aufgebaut wurde, in der Zeit des kalten Krieges von
158 Abschreckung einerseits und vertrauensbildenden Maßnahmen andererseits geprägt war
159 und seit dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ von Marktliberalismus
160 und Globalisierung, aber auch von Fortschritten bei der Demokratisierung und der
161 europäischen Integration gekennzeichnet war. War die These vom „Ende der Geschichte“
162 durch den „Sieg“ des (mehr oder weniger demokratisch eingehegten) Kapitalismus im
163 Kalten Krieg von vorneherein ein historisch unhaltbarer Wunschtraum, führen viele
164 europäische Staaten gleichwohl eine „Friedensdividende“ ein, die es gestattete, die
165 Staatsverschuldung u.a. zulasten der Verteidigungshaushalte zurück zu fahren. Unsere
166 Auffassungen vom ökonomisch, humanitär und gesellschaftspolitisch Vernünftigen
167 verschleierten uns den Blick auf die tatsächlichen Entwicklungen in einigen Staaten
168 in Mittel- und Osteuropa, in Russland und in Asien, aber auch in Afrika und sogar in
169 Amerika. Hier hatten und haben nationalistische, antidemokratische und autokratische
170 Interessen, gepaart mit den Marktinteressen einiger weniger Oligarchen deutlich mehr
171 Einfluss als Demokratie, Wohlfahrt und Stabilität.

172 **Wandel durch Annäherung, Wandel durch Handel, Wandel durch Verflechtung**

173 Auch wir Sozialdemokrat*innen beginnen uns zu fragen, wie scharf unser Blick auf
174 neuen Nationalismus, Geopolitik und globale Machtverschiebungen in den letzten Jahren
175 gewesen ist. Zu Recht sind wir stolz auf unsere Tradition und auf bewährte politische
176 Konzepte der Friedens- und Entspannungspolitik, zur Förderung der europäischen
177 Integration und der globalen Gerechtigkeit. Damit verbundene politische Ideen und
178 Instrumente werden wir nicht über Bord werfen. Aber wir müssen sie kritisch auf ihre
179 Tauglichkeit für die Jahre nach der „Zeitenwende“ überprüfen. Dazu gehören auch die
180 Grundsätze „Wandel durch Annäherung“, „Wandel durch Handel“ bzw. „Wandel durch
181 Verflechtung“.

182 Die Grundidee, Dialog, politischen Interessenausgleich, Vertrauen und Sicherheit mit
183 Russland anzustreben („Wandel durch Annäherung“) war richtig und hat eine lange Phase
184 des Friedens in Europa eingeleitet und ermöglicht. Entstanden im Kalten Krieg setzte
185 „Wandel durch Annäherung“ die friedliche Koexistenz unterschiedlicher politischer
186 Systeme, die Anerkennung politischer Einflusssphären sowie die Bewahrung politischer
187 und militärischer Stärke voraus. Dieses Konzept war die Voraussetzung dafür, dass
188 1989/90 die Gräben des Kalten Kriegs überwunden werden konnten.

189 Auf dieser politischen Basis konnte weitere Vertrauensbildung durch Handel, den
190 Austausch von Waren und Dienstleistungen aufbauen („Wandel durch Handel“). Handel
191 ermöglicht Gelegenheiten des Kennenlernens und schafft eine Atmosphäre von Vertrauen,
192 Verlässlichkeit und wirtschaftlicher Prosperität. Wandel durch Verflechtungen,
193 politische Freundschaftsverträge, Austausch zwischen Schülerinnen und Schülern,
194 Studierenden und Auszubildenden, kulturelle Veranstaltungen und Begegnungen, aber
195 auch Beteiligungen an Konzernen der jeweils anderen Nation, Gründung gemeinsamer
196 Unternehmen und Schaffung von gemeinsamer Infrastruktur führen *in der Regel* dazu,
197 dass beide Seiten ein Interesse an Stabilität und friedlicher Koexistenz haben
198 („Wandel durch Verflechtung“).

199 **Voraussetzungen für Wandel durch Handel und Verflechtung**

200 „Wandel durch Handel“ und „Wandel durch Verflechtung“ haben einige weitere
201 Voraussetzungen, die in Bezug auf Russland in den letzten 15 Jahren immer weniger
202 gegeben waren. Diese Voraussetzungen müssen wir uns vor Augen führen, um die Grenzen
203 dieses Konzepts besser zu verstehen:

204 **Partizipation der Bevölkerung**

205 **Erstens** ist Grundlage dieser Idee die Vorstellung, dass wirtschaftliche Verflechtung
206 zu ansteigendem Wohlstand führt, der aggressiven Tendenzen vorbeugt und den Wunsch
207 nach Stabilität befördert. Diese Vorstellung ist aber nur dort berechtigt, wo die
208 breite Bevölkerung an diesem fortschreitenden Wohlstand teilhat und eine freie
209 politische Willensbildung und Meinungsäußerung möglich ist. In autokratischen und
210 kleptokratischen Systemen, in denen der Reichtum nur einer kleinen Elite zu Gute
211 kommt, die sich damit die Macht sichert und eine freie politische Willensbildung
212 unterdrückt, läuft „Wandel durch Handel“ leer. Dies war in Russland in den letzten
213 Jahren der Fall: Die russische Wirtschaft beruhte abseits von hoch geförderten
214 Hightech-Projekten für Raumfahrt und Rüstung wesentlich auf der Ausbeutung der

215 Bodenschätze des riesigen Landes, deren Erträge aber ausschließlich einer kleinen
216 Gruppen von Oligarchen und Staatsfunktionären zugute kamen. Die russische
217 Volkswirtschaft blieb weit hinter den Entwicklungen in westlichen Staaten zurück;
218 die russische Bevölkerung abseits einer geringfügigen Oberschicht und einer kleinen,
219 großstädtischen Mittelschicht hatte weder an den Erträgen der Bodenschätze teil, noch
220 konnte sie durch ein angemessenes Wohlfahrtssystem von diesem wirtschaftlichen
221 Wachstum profitieren.

222 Zugleich war es für das Regime einfach, mit Verweis auf die NATO-Osterweiterungen der
223 1990er und 2000er Jahre Ressentiments zu schüren und die Schuld für wirtschaftlichen
224 Stillstand und Missstände im Ausland zu verorten. Die deutsche Außenpolitik hat nicht
225 erkennbar darauf reagiert, dass das politische System Russlands (nach einigen
226 hoffnungsvollen, aber instabilen Jahren) sich ab 2003 zu einem mehr und mehr
227 totalitären, repressiven und nationalistischen Regime gewandelt hatte, in dem der
228 herrschenden Clique Gemeinwohl, sowie gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe
229 zunehmend gleichgültig wurden. Auch das Interesse an Stabilität und Status Quo,
230 welches lange die poststalinistische Sowjetunion geprägt hatte, wich in Russland
231 unter Putin zunehmend einer expansiven und revisionistischen Ausrichtung. Dass die
232 „Rationalität“ der russischen Regierung - unterstellt, es gab oder gibt sie -
233 damit von ganz anderen Voraussetzungen, Beweggründen und Zielen ausging, eigene
234 Narrative erfand, anderen Logiken folgte, als unseren Ideen von Gemeinwohl und
235 gesellschaftlichem Fortschritt, haben oder wollten wir nicht sehen.

236 **Gesellschaftliche Transformation darf nicht allein der Wirtschaft überlassen bleiben**

237 **Zweitens** hat die deutsche Außenpolitik es versäumt, „Wandel“ nicht nur in Abkommen
238 (wie etwa der europäischen Menschenrechtskonvention) zu verankern, sondern entlang
239 der konsensualen Basis dieser Abkommen im Dialog mit der russischen Regierung aktiv
240 einzufordern. Gesellschaftliche Transformation, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und
241 wirtschaftliche Teilhabe hätten Gegenstand der Bemühungen um die weitere Annäherung
242 sein müssen. Stattdessen hat man im Westen – nach erfolgter Privatisierung wichtiger
243 Versorgungsinfrastruktur – die Umsetzung des Konzepts „Wandel durch Handel“ den
244 privaten Wirtschaftsakteuren überlassen. Diese Unternehmen waren aber in erster Linie
245 an kurzfristiger wirtschaftlicher Rendite interessiert, verkannten, dass und warum
246 die Politik ihnen dafür die Grundlagen geschaffen hatte und haben sich nie für die
247 Umsetzung politischer Konzepte oder gar Transformationsaufgaben verantwortlich
248 gefühlt. Ganz anders lief die Entwicklung auf russischer Seite, wo der Staat seit der
249 Zerschlagung des weltgrößten Öl- und Gaskonzerns „Yukos“ in 2003, dem Erwerb weiterer
250 essentieller Unternehmen und der herbeigeführten Loyalität der sogenannten Oligarchen
251 die volle politische Kontrolle über nur scheinbar private Unternehmen ausübt. Vor dem
252 Hintergrund einer solchen Asymmetrie verfehlt der von uns erhoffte „Wandel durch
253 Handel“ seine Wirkung: Putin hat den Spieß längst umgedreht und versucht, nicht nur
254 „westliche Werte“ im eigenen Land zurück zu drängen, sondern auch uns mittels seiner
255 Staatsunternehmen einen „Wandel“ in seinem Sinne aufzuzwingen. Er unterdrückt die
256 Presse- und Informationsfreiheit im eigenen Land und betreibt eine
257 Desinformationsoffensive in westlichen Industriestaaten mit allen Mitteln moderner
258 Kommunikation, sozialer Netzwerke und Cyberangriffen. Auftragsmorde – einer davon

259 auch in Deutschland - und Mordversuche sind inzwischen bewiesen.

260 **Keine zu starken Abhängigkeiten der eigenen Volkswirtschaft zulassen**

261 **Drittens** haben wir zugelassen, dass durch die Fokussierung auf den billigsten
262 Einkaufspreis russische Rohstoffe und Lieferbeziehungen einen immer größeren
263 Marktanteil aufbauen konnten. Dies ging zu Lasten einer gesunden Diversifizierung,
264 die es im Konfliktfalle erlauben würde, den Lieferanten zu wechseln. Die daraus
265 entstehende Abhängigkeit war zwar als gegenseitige Abhängigkeit gedacht. Dass aber
266 ein Ungleichgewicht im Hinblick auf die zeitlichen Bedarfe entstand, wollten wir
267 nicht zur Kenntnis nehmen. So müssen wir heute mit ansehen, dass unsere Industrie und
268 unsere Verbraucher *kurzfristig* viel stärker abhängig von russischen Rohstoffherzeugern
269 sind als die russische Wirtschaft von deutschen Halb- und Endprodukten. *Langfristige*
270 wirtschaftliche Nachteile scheint das Putin-Regime aus ideologischen Motiven
271 billigend in Kauf zu nehmen. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Marktkonzentration
272 und Abhängigkeit von russischem Gas war auch das lange Festhalten an NordStream 2 aus
273 heutiger Sicht ein Fehler.

274 **Auch die Interessen der anderen Nachbarn berücksichtigen**

275 **Viertens** war es falsch, dass deutsche Außenpolitik – oft aus falsch verstandener
276 historischer Rücksichtnahme auf Russland – nicht hinreichend die Interessen
277 derjenigen Staaten und ihrer Bürger berücksichtigt hat, die sich in Russlands
278 Nachbarschaft von russischer Dominanz befreien und zivilgesellschaftlichen
279 Fortschritt erreichen wollten. Sie hat teilweise deren Orientierung auf die
280 Europäische Union gefördert und, soweit sie den Kopenhagener Kriterien entsprachen,
281 auch hier den Beitritt unterstützt. Sie hat ihren Sicherheitsbedürfnissen entsprochen
282 und ihnen teilweise den Beitritt zur NATO ermöglicht, auch wenn dies den Interessen
283 Russlands zuwider lief. Sie hat also vertragsgemäß ihre Selbstbestimmung geachtet und
284 gefördert. Zugleich war sie aber auf Ausgleich und Kooperation mit Russland
285 verpflichtet. Sie hat die kleineren osteuropäischen Nachbarn kaum in die Strategie
286 gegenüber Russland einbezogen. In Fortschreibung der Konzepte aus dem Kalten Krieg
287 wurden über die Köpfe einiger osteuropäischer Nachbarn hinweg Einflusszonen
288 definiert, auf die sich Putin und seine Anhänger bis heute berufen. Dies hat Putin
289 offenbar als Ermutigung für Expansion und Aggression aufgefasst.

290 **Gegenläufige nationalistische Tendenzen – nicht nur in Russland – beachten**

291 **Fünftens** haben wir es nicht geschafft, die frappierenden Gemeinsamkeiten und
292 Verflechtungen nationalistischer, reaktionärer und identitärer Bestrebungen in
293 Russland, in Ost- und Westeuropa wirksam einzudämmen. Wir haben uns zu lange auf der
294 Vorstellung ausgeruht, dass Nationalismus sich national definiert und international
295 nicht funktioniert. Unbeachtet und unerwidert haben sich internationale Netzwerke des
296 Nationalismus gebildet, die ihre ideologisch bedingte gegenseitige Aggressivität
297 zugunsten des Aufbaus eines internationalen Verbundes zurückstellen, nach Hegemonie
298 streben, aber den Erfolgsfall nicht bedenken: Sie müssten sich einem übernationalen
299 Patron unterwerfen, der aktuell nur Putin heißen könnte.

300 Mit Desinformationskampagnen sowie finanzieller und politischer Unterstützung hat
301 Putin sich inzwischen ein Netzwerk von bewussten und unbewusst-manipulierten

302 Unterstützern bis in die Spitze wichtiger Staaten geschaffen, mit welchen er
303 versucht, die Einigkeit und Geschlossenheit des Westens von innen heraus zu
304 destabilisieren. Hier ist ein stärkeres Gegensteuern erforderlich.

305 **Mehr geopolitische Wachsamkeit wäre notwendig gewesen**

306 In der Rückschau war es daher fahrlässig, allein der Idee von „Wandel durch Handel“
307 in einer Weise zu vertrauen, nach der wirtschaftliche Öffnung und Verflechtung „wie
308 von selbst“ und ohne politische Steuerung auch zu demokratischem Fortschritt und zu
309 einer offenen Gesellschaft in Russland, und folglich auch zu Frieden und Stabilität
310 führen würden.

311 Hoffnung, Vertrauensvorschuss und Glaube an Fortschritt haben bis zu einem gewissen
312 Punkt Frieden ermöglicht und sind daher ganz sicher nicht verwerflich. Wir
313 Sozialdemokrat*innen müssen uns nicht dafür schämen, dass wir auf das Gute im
314 Menschen setzen. Bezogen auf Russland wäre die Fortsetzung einer bewussten Politik
315 des Wandels durch Annäherung auch nach dem Kalten Krieg, verbunden mit höherer
316 Aufmerksamkeit, Wachsamkeit und politischer Intervention geboten gewesen. Stattdessen
317 haben wir aus intellektueller Bequemlichkeit und um den Eindruck zu vermeiden, eine
318 führende zentraleuropäische Macht sein zu wollen, den Dingen ihren Lauf gelassen und
319 uns allzu pragmatisch und „realpolitisch“ um des lieben Friedens willen auf eine
320 nicht zu Ende gedachte Politik der mehr und mehr einseitigen Abhängigkeit
321 eingelassen.

322 **Das wohlverstandene Interesse eines russischen Präsidenten ist nicht das Interesse**
323 **von Putin**

324 Dabei galt es doch vor allem anderen, frei nach Egon Bahr, die jeweiligen *Interessen*
325 des Anderen zu erkennen und diese ernst zu nehmen.

326 Eine persönliche Komponente sollte dabei nicht unterschätzt werden: Die Person Putin
327 spielt bei dieser Zeitenwende eine wesentliche Rolle. Ihm geht es nicht um das aus
328 unserer Sicht wohlverstandene Interesse des russischen Volkes an wirtschaftlicher
329 Entwicklung, Wohlfahrt, Demokratie und Sicherheit. Wir haben aber nicht sein
330 Interesse ermittelt, sondern unterstellt, welche Interessen der Präsident Russlands
331 haben müsste. Die wahren Interessen Putins – die sich eigentlich an seinen Handlungen
332 hätten ablesen lassen – hat die deutsche Außenpolitik verkannt: Großmachtfantasien,
333 geopolitische Dominanz und territoriale Expansion.

334 **Abhängigkeit von Rohstoffen dominiert die Weltpolitik**

335 So legt dieser Krieg in brutaler Weise offen, wie Abhängigkeiten von Rohstoffen die
336 Innen-, die Europa- und die Weltpolitik dominieren. Dies gibt uns eine Vorahnung von
337 den Konflikten der Zukunft. Die dramatische Klimakrise ist ein Treiber der
338 Interessenkonflikte um Rohstoffe. Wo es heute um russisches Öl und Gas für die
339 nächsten Jahre und um die Bodenschätze und landwirtschaftlichen Erzeugnisse der
340 Ukraine geht, wird es in der Zukunft darüber hinaus auch um das Aluminium für die zu
341 bauenden Windräder gehen, das Silizium und Kupfer für die Solarkraftwerke und
342 Stromnetze, das Lithium, Nickel und Kobalt für die Energiespeicher, sowie die
343 Eisenerze für die kommenden Infrastrukturen. Ein Krieg um die Arktis oder um

344 Rohstoffe in Afrika könnten der nächste Akt in diesem Drama werden. Die Versteppung
345 Europas könnte auch bei uns zu schweren Auseinandersetzungen um Wasser als
346 Grundnahrungsmittel führen, wenn wir den Klimawandel nicht aufhalten und zugleich
347 internationale Abkommen durchsetzen, mit denen Wasser als Grundnahrungsmittel
348 rechtlich abgesichert wird.

349 Einseitige Abhängigkeiten von diesen Rohstoffen bedrohen sowohl den Frieden als auch
350 die Umsetzung der anstehenden Transformationsaufgaben. Um Frieden und Wohlstand zu
351 sichern und das Klima zu retten, muss es uns deshalb gelingen, diese
352 Unausgewogenheiten auszubalancieren. Dies darf nicht allein „dem Markt“ überlassen,
353 sondern muss stärker als bisher wieder als politische Gestaltungsaufgabe verstanden
354 werden.

355 **Sanktionen sind richtig -**

356 **aber wir müssen vorbereitet sein, wenn sie unsere Innenpolitik betreffen**

357 Wir setzen dem russischen Angriffskrieg Sanktionen entgegen. Damit stellen wir fest,
358 dass Handel und Verflechtung mit Russland durch den Einmarsch in der Ukraine bis auf
359 Weiteres die Grundlage entzogen sind.

360 Der Krieg und die Sanktionen, die wir dagegenstellen, treiben mittelbar durch
361 Gegensanktionen die Lebenshaltungskosten bei uns in die Höhe und stellen die
362 Sicherheit unserer Energieversorgung infrage. Nicht alle unsere Mitbürgerinnen und
363 Mitbürger teilen die Auffassung, dass zur Aufrechterhaltung der Souveränität der
364 Ukraine, der „rule of law“, der Völkerrechtsordnung, die Sanktionen aufrecht zu
365 erhalten sind, selbst wenn dies schmerzhaft Einschnitte in jedes Portemonnaie
366 bedeutet. Wir müssen darauf vorbereitet sein, mit den damit verbundenen Konflikten
367 und dem Missbrauch entstehender Ängste durch Rechtsradikale und besorgte Bürger:innen
368 umzugehen.

369 **Zweiter Teil: Widerstandsfähigkeit der Europäischen Union stärken**

370 Um widerstandsfähiger gegen wirtschaftliche und militärische Bedrohungen zu werden,
371 muss die Europäische Union ihre Energieversorgung sowie ihre digitale Infrastruktur
372 gemeinsam umbauen und absichern, im Bereich der Verteidigung sowie der
373 Rüstungskontrolle und Rüstungsexportkontrolle stärker zusammenarbeiten und der
374 politisch gesteuerten Desinformation und Manipulation entgegentreten.

375 Denn eine auf absehbare Zeit noch in Denkmustern des 19. und 20. Jahrhunderts
376 gefangene russische Politik wird nur durch eine eigene Stärke Europas zu einer
377 Entspannung unter den hier dargestellten Prämissen überzeugt werden können.

378 **Gemeinsame europäische Energiepolitik**

379 Der Krieg in der Ukraine hat schmerzhaft offengelegt, wie abhängig die europäischen
380 Volkswirtschaften von autokratischen Mächten sind. Ein Umsteuern ist notwendig.

381 Ziel dieses Umsteuerns kann es weder sein, die Abhängigkeiten von Russland durch
382 Abhängigkeiten von anderen autokratischen Systemen zu ersetzen, noch
383 grenzüberschreitende Verflechtungen insgesamt abzubauen („Deglobalisierung“). Wir
384 werden den Austausch mit autokratischen Staaten auch in Zukunft nicht vollständig
385 vermeiden können. Unter einer Deglobalisierung würde insbesondere Deutschland als

386 Exportnation empfindlich leiden. Preissteigerungen und Kaufkraftverluste, bis hin zur
387 Deindustrialisierung und Verarmung breiter Bevölkerungsschichten könnten die Folge
388 sein, mit entsprechenden Risiken für die Demokratie. Vielmehr ist es erforderlich,
389 Lieferbeziehungen zu diversifizieren und einseitige Abhängigkeiten zu verringern, um
390 in keiner Situation in wirtschaftliche Zwänge zu geraten und politisch erpressbar zu
391 sein. Wir müssen Reserven kritischer Rohstoffe und Schlüsseltechnologien innerhalb
392 der Europäischen Union zielgerichtet aufbauen und absichern.

393 Vor allem aber muss das Umsteuern bei der Energieerzeugung innerhalb der EU
394 beschleunigt werden. Am wichtigsten ist in diesem Zusammenhang ein schneller Abschied
395 von fossilen und nuklearen Energieträgern und die Schaffung einer nachhaltigen
396 Kreislaufwirtschaft. Bei dieser Transformation muss Europa koordiniert vorgehen, um
397 schnell voranzukommen. Die auszubauenden Technologien müssen kompatibel sein und
398 aufeinander abgestimmt werden. So können auch Synergien und Skaleneffekte genutzt
399 werden. Insbesondere muss bei der Herstellung und Verteilung von grünem Wasserstoff
400 stärker zusammengearbeitet werden, um Fabriken und Netze schneller und
401 wirtschaftlicher aufzubauen.

402 **Europäisch koordinierte Investitionen in die Infrastruktur**

403 Es müssen transeuropäische Infrastrukturen aufgebaut werden: Wasserstoffpipelines,
404 Stromnetze, Pumpspeicherkraftwerke, Gasspeicher etc. Länder, in denen die Sonne mehr
405 scheint oder in denen der Wind mehr weht, sollten beim Ausbau von
406 Stromerzeugungskapazitäten priorisiert werden.

407 Dies erfordert gemeinsame Investitionen in eine gemeinsame Infrastruktur. Alle
408 europäischen Verbraucher sollen von dieser gemeinsamen Infrastruktur profitieren.
409 Dabei soll der Kernbereich der gemeinsamen europäischen Infrastruktur in der
410 öffentlichen Hand verbleiben, und zu gemeinsamem europäischen Eigentum
411 weiterentwickelt werden. Die Vergemeinschaftung würde sowohl gemeinschaftliches
412 öffentliches Eigentum als auch die gemeinsame hoheitliche Kontrolle umfassen. Eine
413 rechtliche Absicherung einer solchen europäisierten Energieinfrastruktur könnte sich
414 an den Vorbildern der Montanunion („Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für
415 Kohle und Stahl“ von 1952), sowie des Energiecharta-Vertrages von 1994 orientieren.
416 Vergleichbare rechtliche Mechanismen wären ins Gemeinschaftsrecht zu integrieren.

417 Die Beschaffung von Energieträgern, d.h. in einer Übergangszeit auch fossilen
418 Energieträgern, muss europäisch koordiniert erfolgen. Ein gegenseitiger ruinöser
419 Überbietungswettbewerb zwischen EU-Staaten sollte vermieden werden. Von Preisspiralen
420 profitieren vor allem die Verkäufer, wie insbesondere Gazprom, Rosneft & Co., zu
421 Lasten ärmerer Staaten innerhalb und außerhalb Europas. Wo die Verkäuferseite
422 staatlicher Kontrolle unterliegt, ihre Rohstoffvorkommen zu geopolitischen Zwecken
423 einsetzt und Marktmechanismen unterläuft, müssen auch Einkäufer und Versorger sich
424 konzertieren, notfalls mittels staatlicher Eingriffe und Lenkungsmaßnahmen. Eine enge
425 europäische und internationale Abstimmung ist deshalb notwendig.

426 **Gemeinsame Verteidigungspolitik - Europäische Verteidigungs-Armee**

427 Die aktuellen Kämpfe der Ukrainer für Freiheit und Selbstbestimmung führen uns vor
428 Augen, welch existenziellen Wert militärische Wehrhaftigkeit für unsere Demokratien

429 im heutigen Europa haben kann. Gleichzeitig verfolgen wir, wie stark wir in dieser
430 Hinsicht auf die Unterstützung der USA angewiesen sind und wie wenig Deutschland und
431 Europa in der Lage sind, europäische Beistandsverpflichtungen mit Leben zu füllen.
432 Dies wird unter anderem daran deutlich, dass Finnland und Schweden in die NATO
433 streben.

434 Es ist aber kein Naturgesetz, dass die Interessen der USA sich stets mit unseren
435 europäischen Sicherheitsinteressen decken. Es war und ist unsere Aufgabe, sie davon
436 zu überzeugen, dass Sicherheit in Europa ein wesentlicher Teil der Sicherheit
437 weltweit bedeutet und damit in ihrem Interesse liegt. Trotzdem ist keineswegs
438 gesichert, dass die USA auch in Zukunft bereit sind, sich für den Schutz europäischer
439 NATO- und Nicht-NATO-Staaten so umfassend zu engagieren, wie sie es derzeit tun.
440 Schließlich lassen die innenpolitischen Entwicklungen in den USA in den letzten
441 Jahren Zweifel zu, ob das dortige politische System in den nächsten Jahrzehnten
442 genauso stabil und verlässlich bleibt wie in den vergangenen Jahrzehnten. Aus diesem
443 Grund müssen wir in der Lage sein, mehr Verantwortung für unsere Sicherheit und
444 Verteidigung selbst zu übernehmen. Auch dafür ist die EU ein geeigneter
445 Handlungsrahmen, der uns vor nationalen Alleingängen, Ineffizienzen und
446 Aufrüstungsspiralen schützen kann.

447 Deshalb haben sich die Staaten der Europäischen Union in Art. 42 (7) des EU-Vertrages
448 gegenseitigen Beistand versprochen. Ein Angriff auf einen von uns ist ein Angriff auf
449 uns alle. Diese Realität ist in den letzten Jahren gestärkt worden durch PESCO, die
450 ständige strukturierte Zusammenarbeit in Sicherheit und Verteidigung in der EU. Auch
451 Rückschlägen und Hindernissen zum Trotz hat sich die EU in den letzten Jahren auf
452 einen gemeinsamen Weg gemacht. Heute erkennen wir die Dringlichkeit und den Wert
453 einer solchen Politik.

454 Verteidigung muss aber künftig noch mehr als gemeinsame europäische Aufgabe gedacht,
455 organisiert und gesteuert werden. Über die genaue Ausgestaltung ist ein Diskurs in
456 der politischen und der parlamentarischen Öffentlichkeit dringend notwendig.

457 **Wir brauchen langfristig eine der europäischen Ebene zugeordnete übernationale**
458 **Verteidigungs-Armee.**

459 Diese von Emanuel Macron aufgebrachte These dürfte in vielen Mitgliedstaaten auf
460 große Vorbehalte stoßen. Dass aber eine Europäische Armee ein deutlich gewichtigerer
461 Faktor Europäischer Sicherheitspolitik wäre als die Summe von 27 nationalen Armeen,
462 dürfte unter Fachleuten unstrittig sein. Europa könnte die Gegenstände und Ziele
463 internationaler Verteidigungs-, Interventions-, Friedens-, Abrüstungs- und
464 Kooperationsabkommen weltweit mit wesentlich mehr Nachdruck prägen. Die Aufgaben
465 dieser Armee sollten auf die Verteidigung des Territoriums der Mitgliedsstaaten
466 beschränkt sein, denn eine Aggression gegen dieses Territorium ist vergleichsweise
467 einfach festzustellen; der Ansatzpunkt ist in Art. 47 (2) EUV bereits vorhanden.
468 Zugleich würde die Gefahr nationaler Alleingänge innerhalb Europas in dem Verhältnis
469 reduziert, indem nationale Armeen ersetzt würden. Für Sonderfälle wie die
470 französische „Force de Frappe“, für spezifische Situationen, wenn ein Staat dazu
471 gehören oder ausscheiden will, müssten vertragliche Lösungen gefunden werden.

472 **Rüstungszusammenarbeit**

473 Gleichzeitig könnten aufeinander abgestimmte Beschaffungs- und Ausrüstungsprogramme
474 das gewünschte Maß an technischer Sicherheit deutlich effektiver gewährleisten als 27
475 einzelne nationale Programme.

476 Statt Aufrüstung und Mobilisierung großer weiterer Finanzmittel wäre es möglich,
477 durch eine stärkere Vernetzung und bessere Organisation zielgerichtete Verstärkungen
478 zu bewirken. Schon jetzt übertreffen die kombinierten Verteidigungshaushalte der EU-
479 Staaten denjenigen von Russland bei weitem - trotzdem ist zweifelhaft, ob die
480 Verteidigungsfähigkeit damit gewährleistet ist.

481 **Schritte zu einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik**

482 Es ist daher zu fragen, ob und wie Schritt für Schritt

- 483 • die Entwicklung und Beschaffung von Waffensystemen zukünftig noch stärker
484 europäisch abgestimmt werden kann, um mit einer Bündelung von Anstrengungen in
485 Forschung, Entwicklung und Produktion Beschaffungsvorgänge effizienter zu
486 machen;
 - 487 • die Kompatibilität von Waffensystemen und den damit zusammenhängenden
488 Wartungsvorgängen und Logistikketten sichergestellt werden kann
489 („Interoperabilität“);
 - 490 • teilweise unnötige Dopplungen im Sinne einer Arbeitsteilung mit nationalen
491 Spezialisierungen reduziert werden können - was perspektivisch übrigens auch der
492 Gefahr von nationalen Alleingängen innerhalb Europas vorbeugen könnte;
 - 493 • europäische Kommandostrukturen unter dem Dach der NATO stärker ausgebaut werden
494 können;
 - 495 • daneben auch eine EU-Verteidigungszentrale für den Bündnisfall gemäß Art. 42(7)
496 EUV sinnvoll wäre;
 - 497 • eine stärkere Vernetzung im Sinne gemischter Verbände sinnvoll wäre, oder auch
498 eine Vertiefung bestehender Verbände unter dem Eurocorps oder den EU
499 Battlegroups;
 - 500 • insbesondere gemeinsame europäische Verbände zur Abwehr von Cyberangriffen
501 geschaffen werden sollten;
 - 502 • auch verstärkt Übungen und Manöver innerhalb der europäischen Achse erfolgen
503 können;
 - 504 • die Europäische Friedensfazilität ausgeweitet werden sollte;
 - 505 • zusätzliche Kompetenzen der EU im Bereich der Rüstungskontrolle, insbesondere
506 auch der Kontrolle autonomer Waffensysteme, und der Rüstungsexportkontrolle
507 eingerichtet werden müssten;
 - 508 • das Europäische Parlament Mitsprache- und Kontrollrechte erhalten sollte (etwa
509 durch Einrichtung eines europäischen Verteidigungsbeauftragten aus den Reihen
510 der Parlamentarier)
- 511 **Vieles davon ist schon heute auf der Basis der Verträge möglich.**

512 Die bessere Koordinierung in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ist in
513 Ansätzen im Europäischen Verteidigungsfonds, in den EU-Battlegroups, in
514 multinationalen Verbänden wie der deutsch-französischen Brigade und der Europäischen
515 Friedensfazilität angelegt. Durch einstimmigen Beschluss des Rates könnten der EU
516 Aufgaben der Rüstungskontrolle, der Rüstungsexportkontrolle und der Kontrolle
517 autonomer Waffensysteme übertragen werden (Art. 42 EUV). Die Mitsprache- und
518 Kontrollrechte des europäischen Parlaments könnten u.a. durch die Einrichtung eines
519 Verteidigungsbeauftragten des Europäischen Parlaments verstärkt werden, der Rechte
520 aus Art. 36 EUV bündeln könnte. Sogar Projekte eines gemeinsamen technischen
521 Raketenabwehrsystems, das für einzelne Staaten in ihren Grenzen wenig sinnvoll
522 erschiene, wäre im Wege der Koordinierung oder nach Art. 42 EUV für die EU
523 vorstellbar.

524 **Die Einrichtung EU-eigener Verteidigungskräfte würde Vertragsänderungen voraussetzen.**

525 Die Ersetzung nationaler Armeen durch eine Europäische Armee hätte zwar den damit
526 verbundenen Gewinn für eine Europäische Sicherheitspolitik aus einem Guss zur Folge.
527 Sie müsste aber Schwierigkeiten überwinden, die für Nationalstaaten nicht nur
528 psychologisch mit dem Verlust einer eigenen Verteidigungsfähigkeit verbunden sind: Es
529 stellt sich – abhängig vom Grad des Verzichts auf eigene Streitkräfte -
530 verfassungstheoretisch die Frage nach einem weiteren Verlust nationalstaatlicher
531 Kompetenz zugunsten der europäischen Ebene und damit einer Eigenstaatlichkeit der
532 Europäischen Union. Für Deutschland wären dabei viele Probleme zu lösen, die das
533 BVerfG in seiner Rechtsprechung benannt hat.

534 **Europäische Armee als Parlaments-Armee**

535 Trotzdem erscheint es uns angesichts der aktuellen Kriegssituation in der Ukraine zur
536 Lösung der aufgeworfenen Fragen und Probleme notwendig, die Aufgabe der Verteidigung
537 der Mitgliedsstaaten der EU jedenfalls teilweise auf die Ebene der EU zu delegieren
538 und diese dafür hinreichend ausstatten. Realistisch betrachtet erfordert dies einen
539 schrittweisen Prozess der vertieften Kooperation und kann nicht kurzfristig umgesetzt
540 werden. Trotzdem gilt es, jetzt das Momentum der Krise zu nutzen, in der es jedermann
541 einleuchtet, dass nur die gemeinsame Verteidigung des gemeinsamen Raumes der Kultur,
542 der Wirtschaft, des Sozialstaates und des Rechts durch eine starke, gemeinsame
543 Sicherheitspolitik für die Zukunft in der EU verhindern kann, was gerade in der
544 Ukraine geschieht. Dabei bleibt die NATO ein wichtiges Bündnis. Wir halten es deshalb
545 für notwendig, bereits jetzt ein Zielbild für diesen Prozess zu definieren, so wie es
546 der Aufbau einer Europäischen Armee darstellen könnte. Darüber ist jetzt eine breite
547 öffentliche Diskussion notwendig – diese gilt es dringlich anzustoßen.

548 Eine Europäische Armee sollte die Aufgaben der Verteidigung in einem präzise
549 definierten Umfang wahrnehmen und als solche nicht exterritorial eingesetzt werden
550 dürfen. Über den Einsatz unter Mandat der UNO wäre zu diskutieren. Die Aufgaben der
551 Verteidigung sollten auf Anweisung und unter Kontrolle des Europäischen Parlaments
552 wahrgenommen werden.

553 **Europäische Cybersicherheit**

554 Was darüber hinaus die digitale Infrastruktur und Cybersicherheit angeht, ist es aus

555 unserer Sicht erforderlich, die Vorschläge für Richtlinien des Europäischen
556 Parlaments und des Rates über die Resilienz kritischer Einrichtungen (CER-Richtlinie
557 14262/20 und NIS2-Richtlinie COM/2020/823) zügig zu verabschieden und umzusetzen. Das
558 Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) soll die Zusammenarbeit mit
559 anderen mitgliedstaatlichen und europäischen Behörden vertiefen und erweitern.

560 **Kampf gegen Desinformation**

561 Der Verbreitung von Propaganda, Desinformation und Hetze im Netz muss wirksam Einhalt
562 geboten werden. Der neue Digital Services Act (DSA) muss konsequent umgesetzt werden.
563 In der EU tätige Online-Plattformen und soziale Netzwerke müssen in einem
564 rechtsstaatlichen Verfahren auf richterliche Anordnung Urheber bzw. Auftraggeber
565 offenlegen, soweit sie über deren Daten verfügen. Die Behörden müssen über das
566 erforderliche Personal verfügen, um solchen Vorgängen nachzugehen. Betreiber müssen
567 dazu angehalten werden, durch die Entfernung illegaler oder falscher Inhalte zur
568 Bekämpfung von Desinformation beizutragen. Die Pflichten der Betreiber sollten
569 mittels Rechenschaftspflichten und Sanktionen durchgesetzt werden.

570 Dabei sind Meinungsfreiheit und Pluralität zu gewährleisten. Regierungsseitige
571 Eingriffe in die freie Medienlandschaft, wie sie insbesondere in Ungarn in den
572 letzten Jahren zu beobachten waren, müssen von der Europäischen Kommission wirksam
573 sanktioniert werden, notfalls unter Einsatz bzw. Fortentwicklung des Europäischen
574 Rechtsstaatsmechanismus.

575 Die Verwendung von Algorithmen und Nutzerdaten für politische Kampagnen muss
576 transparent gemacht werden. Das Geschäftsmodell von Cambridge Analytica hat die Wahl
577 von Donald Trump und das Brexit-Votum befördert. Solche verdeckten und gezielten
578 Einflussnahmen (micro-targeting) haben das Potenzial, unsere Demokratie auszuhöhlen.
579 Daher ist es erforderlich, die hinter politischen Kampagnen stehenden Ströme von
580 Daten und Geldern vollständig offenzulegen.

581 **Dritter Teil: Schritte in Richtung einer neuen Friedensarchitektur**

582 Ganz sicher ist die vorrangige Aufgabe der kommenden Monate, den Krieg in der
583 Ukraine, das Blutvergießen und das Leiden der Menschen dort so schnell wie möglich zu
584 beenden, die Ukraine dabei zu unterstützen, ihre territoriale Integrität so weit wie
585 möglich wiederherzustellen und den Wiederaufbau der Ukraine in Gang zu setzen. Der
586 Vorschlag der italienischen Regierung (Vier-Stufen-Plan) ist eine gute Grundlage für
587 die Anstrengungen, welche in den nächsten Monaten erforderlich sind.

588 **Festhalten an der multilateralen Friedensordnung und Aufbau einer „Nachkriegsordnung“**

589 Dabei darf die Frage, ob es nach einem Kriegsende in der Ukraine in Europa und der
590 Welt bald wieder zu einer allgemein anerkannten regelbasierten „Nachkriegsordnung“
591 kommt, nicht dem Zufall überlassen bleiben: Zwar ist der mit dem Krieg entstandene
592 Vertrauensverlust dramatisch und wird noch lange nachwirken. Trotzdem existierte bis
593 zum 24. Februar 2022 eine multilaterale Friedensordnung, an der festgehalten werden
594 muss. Auf dieser kann aufgebaut werden und sie kann weiterentwickelt und angepasst
595 werden. Nur weil ein Despot wie Putin meint, sich nicht an Regeln halten zu müssen,
596 die zur Sicherheit seines Landes und anderer Länder geschaffen worden sind, bedeutet

597 das nicht, dass die Abkommen falsch waren oder die ihnen zugrunde liegenden Werte
598 nicht mehr stimmen, oder dass die rechtliche Verbindlichkeit entfallen ist.

599 Auch wenn die UN-Charta unzweifelhaft weiter gilt, müssen wir uns auf eine Zeit der
600 geopolitischen Unsicherheit, mit volatilen Vereinbarungen und Bündnissen und
601 miteinander konkurrierenden ökonomischen und politischen Systemen einstellen, in der
602 verbindliche völkerrechtliche Normen in weiten Teilen der Welt nicht durchsetzbar
603 sind. Die Systeme und Institutionen kollektiver Sicherheit, die sich nach dem 2.
604 Weltkrieg und im Zuge der Ost-West-Entspannungspolitik herausgebildet haben, sind
605 durch Russlands Angriffskrieg zwar schwer herausgefordert, aber sie müssen weitgehend
606 erhalten bleiben. Der Sündenfall des Krieges muss Anlass und Ansporn sein, die
607 Systeme zu reformieren, auch und insbesondere dort, wo der Reformbedarf vorher schon
608 erkennbar war.

609 Das gilt insbesondere für kollektive Konfliktvermeidungssysteme wie die OSZE, aber
610 auch für die Vereinten Nationen (UN). Die Rolle des UN-Sicherheitsrat, der schon vor
611 dem Ukrainekrieg an Autorität und Durchsetzungsmacht eingebüßt hatte und der vom Veto
612 einer kriegführenden Atommacht abhängig ist, muss überdacht werden.

613 **Zukünftige Möglichkeiten für diplomatischen Dialog mit Russland**

614 Weder harte Wirtschaftssanktionen noch Waffenlieferungen werden ausreichen, um den
615 Frieden zu schaffen. Um den Krieg zu beenden, ist es notwendig, weiterhin alle
616 möglichen diplomatischen Gesprächskanäle zu nutzen, auch gegenüber China, Indien und
617 anderen wichtigen Akteuren, und von möglichst vielen Seiten Druck aufzubauen. Da sich
618 die Situation in Bezug auf Kriegsflüchtlinge, Evakuierung, Verschiebung der Fronten,
619 Export von Getreide durch Öffnung der Häfen usw. ständig ändert, ergeben sich auch
620 immer wieder neue Chancen, die dann aktiv ergriffen werden müssen. Dafür braucht es
621 bestehende Gesprächsfäden und Geduld. Wenngleich diese Anstrengungen mit Frustration
622 und Fehlschlägen verbunden sein werden, dürfen sie nicht aufgegeben werden.

623 Wir müssen besonnen und an die aktuelle Situation angepasst handeln. Da wir keine
624 Kriegspartei sind, definieren wir keine Kriegsziele. Wir wollen aber, dass Putin den
625 Krieg nicht gewinnt (wobei schon jetzt absehbar ist, dass das russische Volk zu den
626 größten Verlierern dieses Krieges zählt). Deshalb unterstützen wir die Ukraine in
627 ihrem selbsterklärten Ziel, ihre Souveränität zu verteidigen. Die Bedingungen einer
628 Friedensvereinbarung kann nur die Ukraine selbst formulieren. Westliche Sanktionen
629 gegen Russland können danach im Einvernehmen mit der Ukraine gelockert werden.

630 **Russland nicht völlig isolieren**

631 Es wäre eine Illusion, zu glauben, dass die Welt sicherer wird, indem man versucht,
632 Russland völlig zu isolieren wie es mit Nordkorea geschehen ist. China, Indien und
633 andere wichtige Staaten, in denen ein Großteil der Weltbevölkerung lebt, würden sich
634 einer solchen Strategie nicht unterwerfen. Ein dauerhaft isoliertes Russland wäre
635 zurückgeworfen auf die wenigen Instrumente, die es noch in der eigenen Hand hält, wie
636 insbesondere sein nukleares Potential und seine Fähigkeiten im Bereich von
637 Cyberkriminalität und Propaganda – das kann nicht in unserem Interesse sein! Außerdem
638 wird das größte Flächenland der Erde beim Schutz von Klima und natürlichen
639 Lebensgrundlagen dringend gebraucht. Nicht zuletzt ginge kulturelles und kreatives

640 Potential verloren, welches aus der Vernetzung unserer modernen Welt entsteht. Es ist
641 also alternativlos, mittelfristig wieder auf Annäherung, Austausch und Zusammenarbeit
642 mit russischen Bürgerinnen und Bürgern zu setzen.

643 **Wandel in Russland**

644 Die Rückkehr zur zivilisierten Welt und zum Völkerrecht muss aus Russland heraus
645 erfolgen. Der Wiederaufbau des zerstörten Vertrauens wird Zeit brauchen und
646 glaubhafte Schritte der Abkehr von der bisherigen Politik seitens der russischen
647 Regierung erfordern. Es wird Garantien brauchen, dass ein solcher Bruch des
648 Völkerrechts von Russland nie wieder begangen werden kann. Wir Europäer können uns
649 darum bemühen, Türen offen zu halten und Gesprächsräume wieder zu eröffnen. An
650 bewährte Formate der Rüstungskontrolle und Abrüstung müssen wir wieder anknüpfen,
651 sobald die Umstände es zulassen.

652 In diesem Zusammenhang kann die Ukraine selbst eine wichtige Schlüssel- und
653 Brückenfunktion übernehmen. Mit ihr und über sie sollten neue Verknüpfungen auch mit
654 Russland entstehen, steht doch kein anderes Volk Europas dem russischen kulturell so
655 nahe wie die Ukraine. Diese Rolle setzt aber eine Beendigung der Kampfhandlungen und
656 eine intensive Phase der Aussöhnung voraus.

657 Der Grundgedanke von „Wandel durch Annäherung“, zivilgesellschaftlicher
658 Zusammenarbeit und Völkerverständigung von Mensch zu Mensch wird nach dem Krieg
659 relevanter sein denn je. Städtepartnerschaften, Jugendaustausch, kulturelle und
660 universitäre Zusammenarbeit sowie Reisen können nach dem Krieg den Nährboden schaffen
661 für Dialog, Verständnis und Verständigung. So setzen wir uns dafür ein, dass unsere
662 Kommunen nach dem Krieg an ihre Städtepartnerschaften wieder anknüpfen.

663 Wir wissen, dass eine Forderung nach Dialog und Austausch mit der russischen
664 Zivilbevölkerung im Moment in vielerlei Hinsicht illusorisch klingt. Aber allein das
665 Signal, dass wir es in der Zukunft zusammen mit der Ukraine für möglich halten, macht
666 einen Unterschied. Es werden viele kleine Schritte notwendig sein und es kann sein,
667 dass wir für eine Wiederannäherung einen langen Atem brauchen. Diesen Weg zu gehen
668 wird dennoch notwendig sein.

669 **Strafrechtliche und historische Aufarbeitung**

670 Aufklärung, Dokumentation und Information über die stattgefundenen Gräueltaten sind
671 wichtig, zumal das Maß an Desinformation in diesem Krieg neue Höhepunkte zu erreichen
672 scheint. Der Manipulation der Geschichte kann nur mit Dokumentation entgegenwirkt
673 werden.

674 Genauso wichtig ist die Aufarbeitung im Rahmen des Völkerstrafrechts. Der
675 Internationale Strafgerichtshof in Den Haag steht in und nach diesem Krieg vor einer
676 herausragenden Bewährungsprobe. Er hat schon jetzt hinreichende Beweise für hunderte
677 von Kriegsverbrechen. Die Verfahren, die dort geführt werden, bedürfen einer
678 erkennbaren und ausführlichen Begleitung durch Politik und Medien.

679 Der Tatbestand der Aggression im Statut des IStGH, der erst mit Wirkung vom 17. Juli
680 2018 eingefügt wurde, ist leider auf Wladimir Putin nicht anwendbar. Die
681 vertragschließenden Parteien werden sich im Angesicht dieses Krieges fragen müssen,

682 ob das Statut der Korrekturen bedarf.

683 **Stärkung des Multilateralismus und Rolle der Europäischen Union**

684 Je größer die Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten in der Welt sind, desto
685 verletzlicher sind wir in allen Teilen der Welt und umso wichtiger sind
686 internationale, multilaterale Strukturen und Lösungsansätze. Die Corona-Pandemie und
687 der Ukraine-Krieg zeigen dies beispielhaft: der Ausbruch des Covid 19-Virus in China
688 hat zu Infektionen und Corona-Toten in allen Teilen der Welt geführt. Der Ukraine-
689 Krieg verschärft die Hungerkrise in vielen Ländern der Südhalbkugel dramatisch durch
690 die fehlenden Weizen-Lieferungen aus der Ukraine.

691 Da wir noch weit entfernt von einer „Weltregierung“ (Willy Brandt) sind, ist es umso
692 wichtiger, die Vereinten Nationen (UN) zu stärken. Doch hierzu sind Reformen der UN
693 unabdingbar. Wir fordern, bereits jetzt einen Diskussionsprozess darüber einzuleiten,
694 wie Vetorechte und andere Blockademöglichkeiten innerhalb der UN reduziert und
695 Durchsetzungsmöglichkeiten erhöht werden können. Insbesondere die Rolle, Besetzung
696 und Funktionsweise des Sicherheitsrats bedarf einer Neujustierung. Ein solcher
697 Diskussionsprozess sollte auf Ebene der Generalversammlung angesiedelt werden. Dabei
698 sollten Ideen aus der Zivilgesellschaft Berücksichtigung finden, etwa indem erstens
699 ein „Weltbürgerrat“, zweitens eine NGO-Konferenz und drittens ein Gremium von
700 renommierten Völkerrechtlern einberufen werden, die der Generalversammlung
701 Reformvorschläge unterbreiten sollen.

702 Bei der Zeitenwende, die wir derzeit erleben müssen, geht es auch um eine
703 Neuvermessung der internationalen Kräfteverhältnisse: zwischen Russland, China, den
704 USA und Europa. Eine neue Blockbildung nach dem Vorbild des Kalten Krieges wollen wir
705 nicht. Stattdessen setzen wir auf eine eigenständige Rolle der EU in einer
706 multipolaren Welt. Die Stärke und Anziehungskraft der EU beruht darauf, dass sie den
707 Anspruch erhebt, Frieden, Demokratie, individuelle Freiheit, gesellschaftlichen
708 Wohlstand und soziale Teilhabe im Rahmen eines verantwortungsbewussten Fortschritts
709 zu verbinden. Die EU sollte eine Vorbildfunktion für die Welt anstreben. Dieser
710 Verantwortung müssen wir uns stellen und dafür sorgen, dass die EU ihr Wertefundament
711 schützt und ausbaut, damit sie ihre Rolle auch ausfüllen kann.

712 **Mehr Wachsamkeit bei der internationalen Zusammenarbeit**

713 Kooperation im Welthandel muss dort verstärkt werden, wo Rechtsstaatlichkeit und
714 Demokratie nachhaltige Geschäftsbeziehungen erwarten lassen. Dabei dürfen keine
715 Abhängigkeiten entstehen, die geeignet sind, unser gesellschaftliches System und
716 unsere Lebensart ernsthaft zu gefährden. Vor diesem Hintergrund ist es
717 besorgniserregend, dass China inzwischen unser wichtigster Handelspartner ist, mit
718 steigender Tendenz. Auch hier müssen gefährliche Abhängigkeiten verstanden und
719 abgebaut werden. Die Initiativen Chinas im Zusammenhang mit der „Neuen Seidenstraße“
720 (Belt Road Initiative) müssen kritisch hinterfragt und alternative Handlungsoptionen
721 in Betracht gezogen werden, um dadurch europäische Kontroll- und
722 Einflussmöglichkeiten zu schützen. Lieferketten für sicherheitskritische Produkte und
723 Rohstoffe sollten analysiert werden. Bei technologischer Zusammenarbeit und
724 Künstlicher Intelligenz sollte nach heutigem Stand der transatlantischen

725 Partnerschaft Vorrang eingeräumt werden, etwa im Rahmen des Trade and Technology
726 Council zwischen der EU und den USA.

727 Gleichzeitig müssen Handelsbeziehungen stärker mit der Zusammenarbeit im Kampf gegen
728 den Klimawandel verknüpft werden. Länder, welche immer schneller Regenwälder abholzen
729 oder sich einem Umsteuern bei der Energieerzeugung verweigern, dürfen wir nicht mit
730 engen Handelsbeziehungen belohnen.

731 Eine stärkere Berücksichtigung politischer Stabilität ist auch in den Beziehungen zu
732 europäischen Nachbarstaaten erforderlich. Wir können nicht länger die Augen davor
733 verschließen, dass sich einige Regierungen vom gemeinsamen Wertefundament von
734 Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressevielfalt und demokratischen Spielregeln
735 immer weiter entfernen. Auch hier muss „Wandel“ wieder stärker und verbindlicher
736 eingefordert werden, sei es mit Hilfe des neuen EU-Rechtsstaatsmechanismus oder
737 anderen Instrumenten.

738 **Realistische Beitrittsperspektiven und Integrationsformate neben oder auf dem Weg zu**
739 **einer Vollmitgliedschaft in der EU**

740 Die Ukraine hat eine EU Beitrittsperspektive und einen Kandidatenstatus bekommen.
741 Gleichzeitig müssen die Verhandlungen mit den Westbalkanländern zielorientiert
742 weitergeführt werden. Eine Vollmitgliedschaft zur EU darf aber kein Selbstläufer
743 sein. Sie ist nur unter den engen Voraussetzungen der Kopenhagener Kriterien möglich
744 und kann nicht im Eilverfahren erfolgen.

745 Die EU ist in den letzten Jahren mehr und mehr paralytisch worden, insbesondere von
746 den Regierungen in Polen und Ungarn, bzw. weiteren Staaten der Visegrad-Gruppe. Auch
747 jetzt erleben wir, wie Viktor Orban die gemeinsame europäische Außenpolitik nach
748 Gutdünken ausmanövriert, Pressefreiheit, Wissenschaftsfreiheit und das demokratische
749 Wahlrecht aushöhlt, neue Institutionen jenseits demokratisch legitimer Prozesse
750 einrichtet, diese Nebeninstitutionen mit seinen Günstlingen besetzt und ein
751 weitreichendes Netz von Korruption und Vetternwirtschaft installiert. De facto kann
752 seine Regierung kaum noch demokratisch abgewählt werden.

753 Und wir mussten erleben, wie die polnische Justiz in den letzten Jahren zum
754 verlängerten Arm eines engen Machtzirkels von Rechtspopulisten verkommen ist und das
755 polnische Verfassungsgericht EU-Recht nicht länger für vorrangig verbindlich hält.
756 Die justizielle Zusammenarbeit und grenzübergreifende Durchsetzung von Recht (etwa
757 die Vollstreckung polnischer Urteile und Ermittlungsanordnungen) ist auf dieser
758 Grundlage teilweise schon jetzt kaum mehr möglich bzw. zu rechtfertigen. Um diese
759 Deformationen im Rechtssystem zu überwinden, wird es viele Jahre, wenn nicht
760 Jahrzehnte brauchen.

761 Daraus sind folgende Forderungen abzuleiten:

- 762 • Die EU muss sich zunächst selbst reformieren, um aufnahmefähig für neue
763 Mitglieder zu werden:
- 764 • Einstimmigkeitserfordernisse müssen gemäß den „Empfehlungen der Konferenz zur
765 Zukunft Europas“ abgebaut werden,
- 766 • die Einhaltung demokratischer und menschenrechtlicher Mindeststandards muss

- 767 wieder überall selbstverständlich sein,
- 768 • Rechtsstaatlichkeitsverstöße müssen effektiv sanktionierbar sein und abgestellt
769 werden können, indem sie prozedural mit Mehrheit im Rat festgestellt, und dann
770 Sanktionen bis hin zur Kürzung der Mittel mit gleicher Mehrheit beschlossen
771 werden können;
- 772 • bei der Korruptionsbekämpfung und der Transparenz der Mittelverwendung im Sinne
773 der gemeinsam definierten europäischen Politikziele müssen Fortschritte erzielt
774 werden.
- 775 • Alle Beitrittsländer müssen diesen Mindeststandards genügen und eine andauernde
776 Einhaltung muss sichergestellt sein. Für zukünftige Beitritte sind also
777 Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit, gefestigte und plurale Demokratie
778 unverzichtbare Voraussetzungen. Für diese Reformen brauchen die
779 Beitrittskandidaten neben der Unterstützung der EU auch ausreichend Zeit.
- 780 • Jenseits der Vollmitgliedschaft muss die EU aber auch flexible Formate
781 ermöglichen, unter anderem mit Blick auf die Ukraine, aber auch auf weitere
782 Nachbarn (z.B. Moldau, den Westbalkanstaaten, Georgien, aber auch dem
783 Vereinigten Königreich). So wie die Römischen Verträge den Aufbau eines
784 gemeinsamen europäischen Hauses mit konkret abgegrenzten Politikbereichen
785 begonnen haben (Kohle und Stahl, Atomkraft, Zölle...), so muss auch heute eine
786 (schrittweise) Integration in verschiedenen Politikfeldern auf dem Weg zur
787 Vollmitgliedschaft oder anstatt einer Vollmitgliedschaft möglich sein:
- 788
- 789 • Europäische Zusammenarbeit im Bereich von Sicherheit und Verteidigung,
790 • Gemeinsame Agrarpolitik, Verkehr und Strukturförderung,
791 • Zollunion und Handelspolitik,
792 • Energiekooperation, etwa durch gemeinsame Infrastrukturen im Bereich der
793 Stromerzeugung, Wasserstoffnutzung, Netze und Speicher, etc.,
794 • Klimapolitik, insbesondere im Hinblick auf CO₂-Bepreisung und
795 Grenzausgleichsmechanismus,
796 • Arbeitsmarkt und Sozialversicherungsrecht,
797 • Steuerharmonisierung,
798 • Justizielle Zusammenarbeit, u.a.
- 799 Erste Integrationsschritte in einzelnen Bereichen können zeitnah und unabhängig von
800 einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union aufgenommen werden. Ein
801 Wiederaufbauprogramm für die Ukraine kann beispielsweise schon sehr bald aufgesetzt
802 und mit einer Integrations- und Reformagenda verbunden werden.
- 803 So, und nur so, lässt sich eine realistische Beitrittsperspektive für
804 beitrittswillige Staaten verknüpfen mit konkreten Integrationsschritten, ohne dass
805 dabei die Europäische Union insgesamt entkernt und gefesselt wird.
- 806 **Fazit**

807 Es liegt an uns, ob wir die „Zeitenwende“ lediglich als historischen Rückschlag oder
808 gar als prägende Niederlage für die regelbasierte Ordnung und internationale
809 Verständigung hinnehmen; es liegt an uns, ob wir einer schon lange kriselnden
810 „Nachkriegsordnung“ mit ihren vertrauten Mechanismen und Institutionen nachtrauern;
811 es liegt an uns, ob wir es hinnehmen, dass die Gestaltung der internationalen Ordnung
812 im wesentlichen autokratischen Regimen und grenzübergreifend tätigen
813 privatwirtschaftlichen Akteuren überlassen wird.

814 Und ebenso liegt es an uns, ob wir uns auf den Weg machen, Abhängigkeiten von
815 autokratischen Regimen abzubauen; internationale Beziehungen wieder stärker politisch
816 zu gestalten und in diesem Zusammenhang unsere Grundwerte wie Demokratie und
817 Rechtsstaatlichkeit hochzuhalten; uns in Europa auf unsere Stärken zu besinnen und
818 unsere Interessen gemeinsam selbstbewusst zu vertreten; die Bedrohung der Weltordnung
819 zum Anlass zu nehmen, sie zu reformieren damit sie den großen Herausforderungen
820 aufgrund von Kriegen, Vertreibung und Klimawandel gewachsen ist.

821 Es liegt an uns, ob wir auch dieser neuen Zeit einen fortschrittsorientierten,
822 hoffnungsvollen, und damit unverkennbar sozialdemokratischen Stempel aufzudrücken.

Antrag LT4005: Eine solidarische und humane Geflüchtetenpolitik in der Europäischen Union und Deutschland

Antragsteller*in:	SPD AG Jusos
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Nichtbefassung
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT4 - Zeitenwende in der internationalen Ordnung und ihre Konsequenzen

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 • Die Einrichtung eines am BMI angegliederten beratenden Gremiums, womit die
2 kommunale Ebene, insbesondere bei Entscheidungen zu Verteilungsschlüsseln,
3 frühzeitig beteiligt wird und außerdem ein organisierter Austausch über akute
4 Herausforderungen stattfinden kann. Zusammengesetzt wird dieses Gremium aus
5 Vertreter*innen der Landes- und Kommunalebene, um größtmögliche Synergien zu
6 erreichen.
- 7 • Keine Rückführung von Menschen in nicht-sichere Staaten und das Ende von
8 unfairen Abschiebungen.
- 9 • Die Schaffung eines EU-Fonds, der die Aufnahme von Geflüchteten durch Städte und
10 Gemeinde finanziell unterstützt. Der Fond kann zur wirtschaftlichen und
11 kulturellen Entwicklung von Städten und Gemeinden beitragen und fördert damit

- 12 die Aufnahme von Geflüchteten.
- 13 • Mit einer zukünftigen Handels-, Agrar- und Fischereipolitik, die Probleme
14 erkennt und behebt, sowie einer wirkungsvollen Entwicklungszusammenarbeit, die
15 soziale und ökologische Ziele mit wirtschaftlichen Zielen gleichsetzt, wollen
16 wir Fluchtursachen bekämpfen und eine eigenständige Entwicklung des globalen
17 Südens unterstützen.
- 18 • Die Aufbauhilfe für die libysche Küstenwache so lange auszusetzen, bis die
19 libysche Küstenwache ihre Übergriffe auf NGOs glaubhaft unterlässt und die
20 einseitig erklärte „Search- and-Rescue-Zone“ aufgibt.
- 21 • Sicherheitsgarantien für die im Mittelmeer operierenden NGOs durch die
22 Europäische Union und deutsche Bundesregierung. Keine humanitäre Organisation
23 darf dazu gezwungen werden, bewaffnetes Personal an Bord zu nehmen.
- 24 • Die Wiedereinsetzung einer Europäischen Seenotrettungsmission mit gut
25 ausgestatteten Finanzmitteln.
- 26 • Legale und sichere Einreisemöglichkeiten durch zum Beispiel eine schnelle und
27 unkomplizierte Ausstellung von humanitären Visa und die Schaffung von
28 alternativen legalen Fluchtrouten.
- 29 • Die Abschaffung von Frontex.
- 30 • Die Einrichtung eines unabhängigen Monitoring Mechanismus mithilfe von
31 Menschenrechtsorganisationen vor Ort, der es Geflüchteten ermöglicht, illegale
32 Push Backs zu melden und der garantiert, dass diejenigen, die diese ausführen,
33 ob Mitgliedsstaaten der EU und/oder Frontex Beamt*innen sich für diese
34 Menschenrechtsverletzungen vor Gericht verantworten müssen.
- 35 • Die Auflösung aller Lager durch die Aufnahme der Geflüchteten in den
36 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Dafür müssen Aufnahmeverfahren
37 beschleunigt werden.
- 38 • Die freie Wahl des Standorts für Geflüchtete in Europa und die Beteiligung aller
39 europäischen Staaten an der Aufnahme von Geflüchteten. Wenn ein Staat sich
40 weigert, Geflüchtete aufzunehmen, soll Sanktionen der Europäischen Union
41 greifen, die in Form von Ausgleichszahlungen wiederum auf andere Staaten, die
42 bereit sind, Geflüchtete aufzunehmen, verteilt werden. Außerdem müssen für
43 Unterbringung, Betreuung und Asylverfahren Mindeststandards gelten, von denen
44 einige EU-weit, andere mitgliedslandspezifisch sein müssen.
- 45 • Ein schnelleres, unbürokratischeres Ortskräfteverfahren mit schnellem
46 Familiennachzug, der über die deutsche Kernfamilie hinausgeht.
- 47 • Eine Ausweitung des Ortskräfteverfahrens auf alle Betroffenen!
- 48 • Eine schnelle Aufnahme von allen anderen gefährdeten Afghan*innen.
- 49 • Dass die UN-Flüchtlingskonventionen um Hunger, Klimakatastrophen und Armut sowie
50 Menschenrechtsverletzungen erweitert wird.

Antrag LT4006: Hunger bekämpfen – Frieden sichern!

Antragsteller*in:	SPD BZ Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Forum Eine Welt & GK Menschenrechte
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT4 - Zeitenwende in der internationalen Ordnung und ihre Konsequenzen

Der Debattenkonvent möge beschließen:

1 Der Parteikonvent möge beschließen:

2 Seit dem 24. Februar 2022 herrscht Krieg in der Ukraine. Völkerrecht, Kriegsrecht und
3 Menschlichkeit werden gebrochen. Die Menschen erleben unbeschreibliches Leid. Die
4 schrecklichen Bilder aus Butscha und Mariupol lassen das Ausmaß der Grausamkeiten
5 dieses Krieges nur erahnen. Doch der Krieg hat nicht nur dramatische Folgen für die
6 Ukraine, Russland oder Europa, sondern für die ganze Weltgemeinschaft. Denn Putin
7 schafft nicht nur unendliches Leid in der Ukraine, sondern auch Hunger in der Welt.

8 Die Ukraine und Russland sind wichtige Produzenten und Exporteure für Lebensmittel.
9 Die Ukraine gilt als die Kornkammer Europas. Über 70 Millionen Tonnen Getreide wurden
10 im vergangenen Jahr aus der Ukraine exportiert, rund 30 Prozent des Getreides des
11 Welternährungsprogramms kamen aus der Ukraine. Trotz des Krieges können in der
12 Ukraine aktuell rund 75% der Ackerflächen bestellt werden, in den Silos lagern 20
13 Millionen Tonnen Weizen für den Export – das große Problem ist allerdings, dass die
14 Transportwege durch das Kriegsgeschehen nicht sicher sind. Häfen können nicht
15 angefahren werden, Schienen sind zerstört. Der Wegfall der Ukraine als
16 Nahrungsmittlexporteurin bedeutet, dass viele Länder ihren Bedarf an Getreide nicht
17 mehr decken können und Millionen Menschen die Hungersnot droht.

18 Betroffen sind vor allem Länder des Globalen Südens, die sowieso schon zu den Ärmsten
19 der Armen gehören und die auf das Welternährungsprogramm und auf Getreideimporte
20 angewiesen sind.

21 Doch nicht erst der Ausbruch des Krieges in der Ukraine hat das
22 Welternährungsprogramm empfindlich getroffen. Schon vorher gab es hier Probleme, da
23 nicht alle Länder ihren Beitrag zum Welternährungsprogramm gezahlt haben. Seit 2018
24 steigen weltweit die Anbaumengen an Getreide – in diesem Jahr werden 220 Millionen
25 Tonnen erwartet. Es gibt genug für alle – aber es ist zu teuer. Spekulationen auf
26 Hungerkrisen und Dünger treiben die Preise hoch. Um dem kurzfristig entgegenzuwirken,
27 hilft das Welternährungsprogramm. Deutschland beteiligt sich in diesem Rahmen mit 430
28 Millionen Euro. Langfristig kann das allerdings keine Lösung sein, denn auch hier
29 werden Abhängigkeiten geschaffen.

30 Das Streben nach einer gerechten Verteilung der Nahrungsmittel ist auch gleichzeitig

31 ein Kampf gegen den Klimawandel. Denn Ressourcen in den Anbau von Lebensmitteln zu
32 stecken, die anschließend – aus unterschiedlichen Gründen – nicht verzehrt werden,
33 ist Verschwendung, und mit Blick auf den Welthunger und den Klimawandel ein nicht
34 annehmbarer Zustand.

35 Dagegen hilft es, die regionale Versorgung mit Lebensmitteln zu unterstützen. Kurze
36 Transportwege, eine Preisbildung, die sich aus der Arbeitskraft und den Kosten der
37 Produktionsmittel zusammensetzt, und eine langfristige wirtschaftliche Perspektive
38 für Landwirtinnen und Landwirte des Globalen Südens könnten zu einer dauerhaften
39 Lösung des weltweiten Hungers beitragen. Hilfe zur Selbsthilfe scheitert allerdings
40 oft daran, dass Lebensmittelmärkte im Globalen Süden mit Exporten des Globalen
41 Nordens überflutet werden. Diese Exporte machen es beispielsweise Geflügelzüchtern
42 vor Ort sehr schwer, eigene Ware zu verkaufen, da sie mit den niedrigen Preisen der
43 Exporte des Globalen Südens nicht mithalten können. Auch die Spekulationen auf
44 Lebensmittelpreise an den internationalen Börsen führen dazu, dass sich die Preise
45 nicht mehr an Arbeitskraft- und Produktionskosten orientieren, sondern an den Regeln
46 der Finanzmärkte. Zugespitzt formuliert bedeutet das, dass auf den Hunger von
47 Menschen spekuliert wird – denn wenn die Preise steigen, können sich tausende von
48 Menschen keine Lebensmittel mehr leisten. Das muss ein Ende haben.

49 Es ist unsere humanitäre Verpflichtung, einen Beitrag zu leisten und für die
50 Nahrungsmittelsicherheit in der Welt zu sorgen. Denn Kriege führen zu Hunger und
51 Hunger zu Kriegen! Zu einer aktiven Friedenspolitik gehört die globale
52 Ernährungssicherheit.

53 Trinkwasser ist das wichtigste Lebensmittel. Wasser ist Leben. Ob bei der Ernährung,
54 dem Bewässern von Feldern, der Versorgung der Tiere oder bei der Körperpflege:
55 Wasser, sanitäre Einrichtungen und Hygiene sind das A und O für die Gesundheit und
56 Entwicklung. Der Zugang zu einer guten Wasserversorgung ist ein elementares
57 Menschenrecht. Aktuell haben weltweit nach den Angaben der UN über 2 Milliarden
58 Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sind unterernährt. Die Tendenz ist
59 steigend. Gutes Trinkwasser ist weltweit ein knappes Gut und durch den Klimawandel
60 und durch Kriege wird die Situation verschärft. Selbst in Deutschland ist Trinkwasser
61 ein knappes Gut und es wird immer teurer.

62 Sauberes Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene sind Grundbedürfnisse des Menschen und
63 für eine gesunde Entwicklung unverzichtbar. Aus diesem Grund hat die UN sich für eine
64 nachhaltige Entwicklung mit dem Ziel für jeden Menschen Zugang zu sauberem
65 Trinkwasser und einer angemessenen Sanitärversorgung zu ermöglichen. Nachhaltige
66 Wasserwirtschaft steht im Einklang mit einer nachhaltigen Landwirtschaft und nicht im
67 Widerspruch.

68 Höhere Wassersicherheit für die Nahrungsmittelproduktion kann dazu beitragen, Armut
69 zu mindern. Zur Friedenssicherung gehört die Sicherstellung des weltweiten Zugangs zu
70 sauberem Trinkwasser und ausreichender gesunder Ernährung.

71 Darum fordern wir:

72 Eine Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit. Um die Ernährungssouveränität aller
73 Staaten auf Dauer sichern zu können, müssen genug finanzielle Mittel im Rahmen der

- 74 Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden, um Länder darin zu
75 bestärken, auf Dauer unabhängig von Lebensmittelexporten zu werden.
- 76 Die finanzielle Beteiligung Deutschlands am Welternährungsprogramm der Vereinten
77 Nationen sowie an der Welthungerhilfe muss langfristig sichergestellt sein. Der WFP
78 Innovation Accelerator in München ist ein gelungenes Beispiel für Projekte, mit denen
79 neue Wege zur Überwindung des Hungers in der Welt erprobt werden können. Die
80 Finanzierung alternativer Projekte muss weiterhin sichergestellt werden.
- 81 Die Spekulationen auf Lebensmittel und Hunger an den Börsen sind ein nicht
82 hinnehmbarer Zustand. Die Bundesregierung muss auf nationaler, europäischer und
83 internationaler Ebene darauf hinarbeiten, die Wetten auf Hunger zu verbieten.
- 84 Der exzessive Export von Lebensmitteln aus Europa in Länder des Globalen Südens, der
85 die regionalen Märkte vor Ort zerstört, muss aufhören. Deutschland muss sich auf
86 internationaler Ebene für eine Stärkung der regionalen Märkte des Globalen Südens
87 einsetzen. Hierzu soll u.a. die Unterstützung von Bäuerinnen und Bauern des Globalen
88 Südens mit Mikrokrediten ausgebaut werden.
- 89 Um die regionalen Märkte des Globalen Südens vor exzessiven Exporten zu schützen,
90 müssen wir unsere Subventionen, beispielsweise auf Billigfleisch, ändern.

Antrag LT4007: Istanbul-Konvention

Antragsteller*in:	SPD AG Sozialdemokratischer Frauen* (AsF)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Zukunftsprogramm
Sachgebiet:	LT - Leitthemen Untersachgebiet: LT4 - Zeitenwende in der internationalen Ordnung und ihre Konsequenzen

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass sich Deutschland, als sozialdemokratisch regiertes Mitgliedsland
- 2 der Europäischen Union, mit Nachdruck dafür einsetzt, dass der Europäische Rat dem
- 3 Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
und
- 4 häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) so schnell wie möglich über eine
- 5 qualifizierte Mehrheit beitrifft. Der EuGH hat in seinem Urteil vom 11.03.2021
- 6 festgestellt, dass die EU mit qualifizierter Mehrheit im Europäischen Rat der
- 7 sogenannten Istanbul-Konvention beitreten kann.

Antrag Ar001: Mehr Demokratie in der Wirtschaft wagen – Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung!

Antragsteller*in:	SPD AG Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess/ Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	Ar - Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Die SPD setzt sich durch Umsetzung der folgenden Maßnahmen für die Stärkung der
- 2 betrieblichen Mitbestimmung ein:
- 3 1) • BetrVG an den digitalen Wandel anpassen: Neue Formen der Arbeit erfordern einen
- 4 neuen Arbeitnehmer*innen- und Betriebsbegriff, damit möglichst vielen Beschäftigten
- 5 betriebliche Mitbestimmung zugutekommt.
- 6 2)• Mitbestimmung bei Aus- und Weiterbildung und Datenschutz: Betriebsräte brauchen
- 7 umfassende Initiativrechte bei der Mitbestimmung in den Bereichen der Aus- und
- 8 Weiterbildung und im Bereich von Datenschutz und KI-Einsatz. Die SPD setzt sich in
- 9 diesem Rahmen für ein Beschäftigtendatenschutzgesetz ein.
- 10 3) • Umstrukturierungen nicht zu Lasten der Beschäftigten: Der Mitbestimmungskatalog
- 11 wird so erweitert, dass Betriebsräte auch bei Umstrukturierungen in § 99 der
- 12 Arbeitsorganisation und der Arbeitsabläufe mitbestimmen können.
- 13 4) • Gleichberechtigung als demokratisches Prinzip im Betrieb durchsetzen: Dem
- 14 Betriebsrat ist ein umfassendes Mitbestimmungsrecht bei Gleichstellungsmaßnahmen
- 15 einzuräumen. Es wird ferner geprüft, wie eine geschlechtergerechte
- 16 Freistellungsregelung umgesetzt werden kann. Darüber hinaus wird geprüft, wie das
- 17 BetrVG die Geschlechtervielfalt besser abbilden kann.
- 18 5)• Union-Busting bekämpfen: Beschäftigte, die eine Betriebsratswahl initiieren,
- 19 werden besser geschützt. Der besondere Kündigungsschutz darf nicht länger auf drei
- 20 initiierende Beschäftigte beschränkt sein, sondern muss weitere Beteiligte und
- 21 Ersatz-Bewerber*innen umfassen und neue Probezeitregelungen.
- 22 6) • Effektive Durchsetzung der Mitbestimmungsrechte: Dem Betriebsrat muss ein
- 23 gesetzlicher Unterlassungsanspruch bei Nichtbeachtung der Beteiligungsrechte zur
- 24 Seite gestellt werden.
- 25 7) • Konsequente Strafverfolgung bei Behinderung von Betriebsratswahlen und -arbeit:
- 26 Der Straftatbestand der Behinderung von Betriebsratswahlen muss nach der Aufwertung
- 27 zum Officialdelikt wirksam und effektiv verfolgt werden. Dafür sind entsprechende
- 28 Schwerpunktstaatsanwaltschaften in den Ländern zu bilden, um wirkungsvoller gegen
- 29 Behinderungen von Betriebsratsgründungen vorgehen zu können.

Antrag Ar002: Mehr Demokratie in der Wirtschaft wagen – Mitbestimmung im Unternehmen sicherstellen und ausbauen!

Antragsteller*in:	SPD AG Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess/ Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	Ar - Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Die SPD setzt sich durch Umsetzung der folgenden Maßnahmen für die Sicherung und den
- 2 Ausbau der Unternehmensmitbestimmung ein:
 - 3 • Montanmitbestimmung als Blaupause: Im Aufsichtsrat haben Arbeitgeber*innen- und
 - 4 Arbeitnehmer*innenseite gleich viel Mitspracherecht.
 - 5 • Erweiterung des Mitbestimmungskatalogs: Der gesetzliche Mitbestimmungskatalog ist
 - 6 zu erweitern. Der Aufsichtsrat muss auch bei wirtschaftlichen Angelegenheiten, der
 - 7 Personalbemessung, der Managementvergütung, der Aus- und Weiterbildung, der
 - 8 Beschäftigungssicherung und Qualifizierung, neuen Formen der Arbeitsorganisation und
 - 9 der Arbeitsgestaltung mitbestimmen. Auch bei der Sitzverlagerung oder Schließung von
 - 10 abhängigen Unternehmen oder Teilen von diesen muss eine Zweidrittelmehrheit des
 - 11 Aufsichtsrats zustimmen.
 - 12 • Schwellenwerte absenken: Die Schwellenwerte für das Mitbestimmungsgesetz müssen auf
 - 13 1 000 Beschäftigte und für das Drittelbeteiligungsgesetz auf 250 Beschäftigte
 - 14 verringert werden.
 - 15 • Umgehung der Mitbestimmung verhindern: Ein Mitbestimmungserstreckungsgesetz stellt
 - 16 die Mitbestimmung auch bei Sitzverlagerung und SE-Umwandlungen sicher.
 - 17 • Missachtung der Mitbestimmung unter Strafe stellen: Die Umgehung und Sabotage von
 - 18 Mitbestimmung muss sanktioniert werden. Mitbestimmungsfeindliche Unternehmen sollen
 - 19 abgeschreckt werden.
 - 20 • Spielräume zum Schutz der Mitbestimmung nutzen: Spielräume bei der Umsetzung von
 - 21 europäischen Vorgaben müssen auf nationaler Ebene zum Schutze der Mitbestimmung
 - 22 genutzt werden.
 - 23 • Die Sonderstellung der leitenden Arbeitnehmer*innen auf der Arbeitnehmer*innenseite
 - 24 ist abzuschaffen.

Antrag Ar003: MITBESTIMMUNG STÄRKEN – Installation von Betriebsräten und Jugend- und Auszubildendenvertretung: Besserer Kündigungsschutz für die Gründer*innen

Antragsteller*in:	SPD AG Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess/ Zeitenwende-Prozess

Sachgebiet: Ar - Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 a) der besondere Kündigungsschutz von Mitarbeiter*innen, die zum Zwecke der Gründung
- 2 eines Betriebsrats zur Betriebsversammlung aufrufen und
- 3 b) der besondere Kündigungsschutz von Mitarbeiter*innen des resultierenden Wahlvor-
- 4 stands und
- 5 c) der besondere Kündigungsschutz von Wahlbewerber*innen
- 6 wird generell auf die Wahlperiode des zukünftigen Betriebsrats sowie die
- 7 anschließende Frist des besonderen Kündigungsschutzes ausgeschiedener
- 8 Betriebsratsmitglieder ausgedehnt.

Antrag Ar004: Kirchliches Arbeitsrecht gemäß Betriebsverfassungsgesetz gestalten

Antragsteller*in:	SPD AG Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Nichtbefassung
Sachgebiet:	Ar - Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 • Es ist klar zu definieren, was unter verkündigungsnahen Tätigkeiten zu verstehen
- 2 ist. Eine Ausnahme ist auf die Inhaber von festen Pfarrer*innenstellen zu
- 3 beschränken. Sämtliche anderen Beschäftigten sind in die Prüfung
- 4 miteinzubeziehen.
- 5 • Da im Koalitionsvertrag ist nicht festgelegt, wer die Kirchen in den gemeinsamen
- 6 Gesprächen vertritt, sind in den Gesprächen und Verhandlungen über die
- 7 Ausgestaltung bzw. die Angleichung des kirchlichen Arbeitsrechts zwingend die
- 8 gewählten Mitarbeitervertretungen der Kirchen und kirchlichen Wohlfahrtsverbände
- 9 zu beteiligen. Den Vertretungen sind hierbei die gleichen Rechte wie
- 10 Betriebsrät*innen einzuräumen. Die Mitarbeitervertreter*innen sind in gleicher
- 11 Anzahl und Gewichtung und mit den gleichen Rechten wie die
- 12 Arbeitgeber*innenseite in die Gestaltung und die Verhandlungen einzubeziehen.
- 13 • Ferner ist die Gewerkschaft ver.di bei den Gesprächen und Verhandlungen zur
- 14 Ausgestaltung des kirchlichen Arbeitsrechts zu beteiligen.

Antrag Ar005: Das Arbeitsrecht ist nicht teilbar. Das kirchliche Sonderarbeitsrecht beenden.

Antragsteller*in:	SPD AG Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag
Sachgebiet:	Ar - Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Der Debattenkonvent möge beschließen:

1 MITBESTIMMUNG

2 Der Satz „Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf Religionsgemeinschaften und ihre
3 karitativen und erzieherischen Einrichtungen unbeschadet deren Rechtsform“ in Absatz
4 2 des Betriebsverfassungsgesetzes ist objektiv eine rechtliche, historische und
5 tatsächliche

6 Diskriminierung der abhängig Beschäftigten in Kirchen, Diakonie und Caritas. Dieser
7 Ausschluss aus der Geltung des Betriebsverfassungsgesetzes mindert ihre
8 Mitbestimmungsrechte und verhindert die Beteiligung der Gewerkschaften.

9 Dieser Satz muss gestrichen und diese Diskriminierung muss beseitigt werden.

10 Das Betriebsverfassungsgesetz muss für alle Arbeitnehmer*innen und Arbeitnehmer
11 gelten – auch in den christlichen Kirchen und ihren Wohlfahrtsverbänden.

12

13 TARIFAUTONOMIE

14 Beschäftigte in Kirchen, Diakonie und Caritas sind Arbeitnehmer*innen und
15 Arbeitnehmer

16 wie in anderen Institutionen und Wohlfahrtsverbänden auch. Für sie muss auch das
17 Tarif- und Streikrecht gleichermaßen gelten, wie es in einigen ev. Landeskirchen und
18 Einrichtungen bereits der Fall ist.

19

20 JETZT POLITISCH HANDELN

21 Bereits der ordentliche Bundesparteitag im November 2013 hat mit der Annahme des
22 Antrags Ar 23 vom Landesverband Berlin die SPD-Abgeordneten im Bundestag
23 aufgefordert, sich für die Aufhebung der Sonderbestimmungen für das
24 Arbeitnehmer*innenrecht in kirchlichen Einrichtungen einzusetzen. Der Satz unseres
25 Zukunftsprogramms „Gemeinsam mit den Kirchen wollen wir einen Weg erarbeiten, ihr
26 Arbeitsrecht dem allgemeinen Arbeits- und Tarifrecht sowie der Betriebsverfassung
27 anzugleichen“ wurde in den Koalitionsvertrag übernommen. Die Zeit ist reif und die
28 politischen Rahmenbedingungen sind vorhanden:

29

- 30 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, gemeinsam mit den Koalitionsparteien die
31 Ausnahmvorschrift für Kirchen, Diakonie und Caritas zu streichen.

Antrag Ar006: Gute Arbeit für alle solidarisch gestalten – Koalitionsvertrag konsequent umsetzen – weitere Perspektiven aufzeigen!

Antragsteller*in:	SPD AG Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess/ Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	Ar - Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 1) Die SPD ist die Partei für alle Menschen, die von ihrer Arbeit leben. Wir stehen
2 solidarisch an der Seite aller Arbeitnehmer*innen. In Zeiten, in denen sich die
3 Spaltungen im Arbeitsalltag aktuell durch Corona und abhängig von der Möglichkeit und
4 den Rahmenbedingungen mobilen Arbeitens spür- und sichtbar weiter vertiefen, ist das
5 besonders wichtig. Gleich, ob es um mobiles Arbeiten geht oder die immer schwierigere
6 Präsenz am Arbeitsplatz: wir brauchen neben der Stärkung individueller Rechte wie
7 beim Datenschutz und einem vernünftig eingebetteten Recht auf Homeoffice den Ausbau
8 kollektiver Gestaltungsmacht in den Betrieben, Verwaltungen und Einrichtungen. Um den
9 verschiedenen betrieblichen Anforderungen gerecht werden zu können, brauchen die
10 Arbeitenden dort einen modernisierten Regulierungsrahmen. Wir werden aber auch die
11 Beschäftigten nicht vergessen, die in der Regel an ihren Arbeitsplätzen präsent sein
12 müssen.
- 13 2) Es geht um mehr betriebliche Mitbestimmung, damit wir die Rechte der einzelnen und
14 der gesamten Belegschaften durchsetzen, konkurrierende Interessen ausgleichen und
15 Regelungen kontrollieren können. Als Beispiele seien nur die Erfassung der
16 Arbeitszeiten und der Nichterreichbarkeit in der Freizeit genannt. Ohne Betriebsrat,
17 betriebliche Vereinbarungen und deren Kontrolle laufen diese Ansprüche ins Leere. Wir
18 wollen auch diejenige derzeit wachsende Mehrheit der Beschäftigten zu schützen, die
19 keine betriebliche Interessenvertretung haben. Daher bedarf es gesetzlicher
20 Regelungen, die die Betriebe und Einrichtungen unter Zugzwang setzen, die bisher
21 keinen Betriebs- oder Personalrat haben. Das muss zunächst über behördliche
22 Kontrollen und verschärfte Sanktionen im Rahmen einer konsequenten Politik gegen das
23 „Union Busting“ geschehen. Wir wollen das durch den Ausschluss von öffentlichen
24 Aufträgen, Fördermitteln oder durch Beschränkungen beim Anwerben von ausländischen
25 Fachkräften ergänzen. Ein gewerkschaftliches Verbandsklagerecht und die gesetzliche
26 Verankerung überbetrieblicher Mitbestimmungsorgane müssen die Behörden dabei
27 unterstützen. Auch im Zuge der Transformation wollen wir regionale und/oder

- 28 branchenbezogene Wirtschafts- und Sozialräte einrichten, die bei diesen Aufgaben
29 mitwirken. Beschäftigte, die nicht oder nur zeitweise im Betrieb anwesend sind,
30 müssen trotzdem jederzeit vom Betriebs- bzw. Personalrat, der Jugend- und
31 Auszubildendenvertretung und der Schwerbehindertenvertretung erreichbar sein. Das
32 gewerkschaftliche Zugangsrecht zu allen Beschäftigten eines Unternehmens ist generell
33 zu stärken und auf die nicht im Betrieb anwesenden Beschäftigten auszuweiten. Um
34 Tariffucht zu verhindern, neue Beschäftigungsformen zu schützen und
35 Umstrukturierungen mitzugestalten, unterstreichen wir die Forderung nach
36 Mitbestimmung der Betriebsräte in wirtschaftlichen Fragen.
- 37 3) Die paritätische Unternehmensmitbestimmung im Aufsichtsrat wollen wir auf alle in
38 Deutschland tätigen Betriebe und Unternehmen ab 1000 Beschäftigten nach dem Montan-
39 Modell ausweiten. Das bedeutet unter anderem die Abschaffung des doppelten
40 Stimmrechtes des/der Vorsitzenden und die europarechtliche Absicherung der
41 Mitbestimmung über die nationalen Grenzen hinaus.
- 42 1) Mobiles, hybrides und flexibles Arbeiten wirft komplexe rechtliche Fragen zum
43 Schutz der Beschäftigten auf: Errichtung des Arbeitsplatzes, Unfallversicherung,
44 Arbeitswege, Schutz der Privatsphäre, geregelte Zeiterfassung,
45 Arbeitnehmerdatenschutz, Reichweite und Umsetzung der Arbeitsstättenverordnung und
46 einiges mehr. Diese Fragen sind im unmittelbaren Zusammenhang und unter Beteiligung
47 der Sozialpartner, im Bedarfsfall gesetzlich, zu regeln. Die Arbeitnehmerschaft darf
48 weder zum Versuchskaninchen technikzentrierter und rein leistungssteigernder
49 Management-strategien noch zum Opfer von Einsparungen bei Arbeitsräumen werden. Die
50 rechtliche und soziale Absicherung der Beschäftigten ebenso wie die Kosten der
51 Einrichtung und des Unterhalts von Homeoffice liegen in der Verantwortung der
52 Arbeitgeber. Das gilt entsprechend für mobile und hybride Arbeit. Ein Recht auf
53 Homeoffice muss einem Recht auf Präsenz im Betrieb entsprechen.
- 54 2) Hybrides Arbeiten erfordert einerseits innerbetriebliche Regelungen über dessen
55 Kosten, Zeiten und Ausstattung. Von der Umgestaltung der Pendlerpauschale (die
56 geringer Verdienenden nicht hilft und hohe Einkommen bevorzugt) in ein einheitliches
57 Mobilitätsgeld bis zu den deutlich niedrigeren Nutzungsentgelten für öffentliche
58 Verkehrsmittel bedarf es andererseits auch neuer staatlicher Rahmenbedingungen, um
59 Anreize für klimagerechtes Mobilitätsverhalten und flächensparen-de Bebauung zu
60 setzen.
- 61 3) Damit private Wohn- und Familienverhältnisse und das Lebensumfeld nicht neue
62 Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt auslösen (etwa im Hinblick auf das
63 Vorhandensein eines Heimarbeitsplatzes und dessen Umfeld, auf Möglichkeiten der
64 Flexibilität und auf familiäre Bedingungen) sollte auch die Wohnadresse bei
65 Neueinstellungen – ähnlich wie Schwangerschaft oder Gewerkschaftsmitgliedschaft - im
66 Zuge des Schutzes der Privatsphäre und dessen Abgrenzung von der betrieblichen Sphäre
67 nicht angegeben werden müssen.
- 68 4) Der Bereich prekärer Beschäftigung mit Befristungen, Leiharbeit,
69 Scheinselbständigkeit, Minijobs, tariffreien Zonen und prekärer unfreiwilliger
70 Teilzeit wächst weiter. Jüngste Beispiele sind der Logistikbereich und die Liefer-

71 und Zustelldienste. Crowd- und Clickworking drohen zu neuen Zonen rechtlich
72 ungesicherter Arbeitsverhältnisse zu werden. In Zeiten des Lockdown wird noch
73 dramatischer sichtbar, was mangelnde soziale und arbeitsrechtliche Sicherheit für die
74 Betroffenen bedeuten. „Randbelegschaften“ und MinijobberInnen kann auch mit mobilen
75 Arbeitsformen selten geholfen werden. Umso entschlossener müssen wir gegen diese
76 Benachteiligungen vorgehen. Wir wollen prekäre Arbeit weiter zurückdrängen und
77 schließlich beseitigen. Jede abhängige Arbeit löst Verpflichtungen eines Arbeit- oder
78 Auftraggebers aus und muss auch ab der ersten Stunde der Sozialversicherungspflicht
79 unterliegen. Wir wollen die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von
80 Arbeitsverträgen.

81 5) Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung droht sich mit der Ausweitung von
82 Homeoffice weiter zulasten der Frauen zu entwickeln. Das erfordert noch intensivere
83 Anstrengungen für eine echte Gleichstellungspolitik in der Arbeitswelt, bei
84 Lohnersatzleistungen und Rente, sowie bei der Nichterwerbsarbeit. Neben den
85 „klassischen“ Instrumenten wie Kinderbetreuung und gleichen Karrierechancen brauchen
86 wir einen neuen Anlauf zur Abschaffung der Blockaden gegen die gleichberechtigte und
87 gleich bezahlte Erwerbstätigkeit der Frauen. Deshalb müssen wir die sich ergänzenden
88 Fehlanreize von Minijobs, Mitversicherung und Ehegattensplitting unter Wahrung des
89 Vertrauensschutzes abschaffen. Durch die eigenständige Absicherung der Frauen und
90 ihre wirklich gleichberechtigte Teilnahme am Erwerbsleben stehen am Ende höhere
91 Familieneinkommen und mehr gemeinsame freie Zeit.

92 6) Beliebig dehnbare Arbeitszeitkonten, mobiles Arbeiten, generell wachsender
93 Leistungsdruck und zunehmende Stressfaktoren bringen hohe Risiken für die Gesundheit,
94 vor allem auch in psychischer Hinsicht, mit sich. Humanisierung der Arbeit, wirksamer
95 Arbeits- und Gesundheitsschutz gehören zu den Kernpunkten moderner Arbeitspolitik.
96 Das Urteil des EuGH zur verbindlichen Erfassung der Arbeitszeiten durch die
97 Arbeitgeber ist daher uneingeschränkt zu begrüßen und ohne Abstriche in nationales
98 Recht umzusetzen. Betriebs- und Personalräte sind flächendeckend in die Lage zu
99 versetzen, dies ebenso betrieblich zu regeln und zu kontrollieren wie den Abbau von
100 schädlichem Stress. Soweit betriebliche Instrumente fehlen, ist die Kontrolle eine
101 Aufgabe der zuständigen staatlichen Behörden oder der Gewerkschaften. Diese sind
102 entsprechend rechtlich, personell, technisch und fachlich auszustatten.
103 Digitalisierung kann und muss an dieser Stelle dazu beitragen, Belastungen und
104 Arbeitszeiten vollständig und objektiv zu erfassen.

105 7) Derzeit entwickeln sich die Arbeitszeiten innerhalb der Arbeitnehmerschaft immer
106 weiter auseinander. Während sie in Vollzeit durchschnittlich immer länger werden,
107 entsteht eine immer größere Zahl an „kleiner“ und kürzerer Teilzeit mit niedrigen
108 Einkommen. Viele Menschen, vor allem Frauen und Beschäftigte mit hohen Belastungen,
109 verkürzen individuell ihre Arbeitszeiten (und damit ihr Einkommen), auch durch
110 früheren Rentenzugang. Solche „Flexibilität“ und mobiles Arbeiten reichen nicht aus,
111 um - gerade angesichts der steigenden Arbeitsverdichtung und physischen wie
112 psychischen Belastungen - die Bedürfnisse der Beschäftigten nach generell kürzeren
113 Arbeitszeiten zu befriedigen. Wir müssen einerseits die Schutzregelungen des
114 Arbeitszeitgesetzes verteidigen und andererseits eine neue gesellschaftliche Debatte

115 um Arbeitszeitverkürzung eröffnen. Flexibilität hat dort ihre Grenzen, wo sie
116 Gefahren für die Gesundheit, problematische Lebensentwürfe, Vermittlungshemmnisse,
117 Diskriminierungen und/oder Spaltung von Belegschaften hervorbringt.

118 8) Bei aller Beachtung neuer Arbeitsformen dürfen wir nicht vergessen, dass weiterhin
119 eine deutliche Mehrheit der Beschäftigten an ihrem Arbeitsplatz präsent sein müssen
120 oder wollen. Das ist keine Randgruppe, die mit dem Etikett einer veralteten
121 „Präsenzkultur“ an den Rand geschoben werden kann. Hier treffen oft belastende
122 Arbeitsbedingungen, niedrige Einkommen und prekäre Beschäftigung aufeinander.
123 Wichtiges Element einer Debatte um Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten muss es daher
124 auch sein, dass wir die zunehmenden Belastungen durch Entfernungen und Fahrzeiten zum
125 und vom Arbeitsplatz, also das beruflich bedingte Pendeln, nicht mehr allein bei den
126 Beschäftigten abladen. Außerdem brauchen wir Instrumente, um zu verhindern, dass
127 Beschäftigte, denen es verwehrt ist, mobil oder im Home-Office zu arbeiten, noch
128 stärker benachteiligt werden. Wir werden Anreize für die Arbeitgeber entwickeln, a)
129 mobile Arbeit und Homeoffice im Einvernehmen mit den Beschäftigten und ihren
130 Interessenvertretungen zu ermöglichen und auszubauen, b) Arbeit zu dezentralisieren
131 anstatt in den Metropolen zu konzentrieren, c) sich stärker für den Ausbau der
132 öffentlichen Verkehrssysteme zu interessieren, d) bezahlbare Wohnungen in der Nähe
133 des Arbeitsplatzes zu schaffen, e) kleinere Teilzeitstellen zugunsten von Vollzeit
134 abzubauen und f) betriebliche Umstrukturierungen mit der Folge der Änderung des
135 Arbeitsortes besser abzuwägen. Eine Möglichkeit besteht darin, den Arbeitsweg mit
136 gewissen, möglicherweise nach Beschäftigungsdauer und Lebensalter gestaffelten
137 Anteilen auf die betriebliche Arbeitszeit anzurechnen. Auch eine finanzielle (Teil-)
138 Abgeltung können wir uns vorstellen. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt, die weiter
139 zunehmende Konzentration der Arbeitsplätze in den Metropolregionen, überlastete
140 Verkehrssysteme, verfehlte Ansiedlungspolitik und betriebliche Umstrukturierungen
141 führen zu einem ständig steigenden Anteil von Pendlerinnen und Pendlern mit immer
142 längeren Arbeitswegen. Diese Entwicklung folgt immer weniger den individuellen
143 Entscheidungen und Vorlieben der Beschäftigten. Ortsnahe, dezentrale Arbeitsplätze,
144 etwa in KMUs und im Handwerk, würden durch derartige Strategien im Wettbewerb um
145 Arbeitskraft besser gestellt, die regionale Wert-schöpfung in der Peripherie gestärkt
146 und die Metropolen entlastet.

147 9) Qualifizierung ist für uns ein Kernelement der Arbeitswelt der Zukunft. Sie darf
148 nicht nur theoretisch allen offenstehen und nicht nur im Rahmen der
149 Arbeitsversicherung geregelt sein. Qualifizierung muss Teil der betrieblichen
150 Realität für alle werden. Das geht nur mit gesetzlichen Bestimmungen im Rahmen einer
151 echten „vierten Säule“ des Bildungssystems, die zeitliche (Freistellung), qualitative
152 (Zertifizierung) und finanzielle Ansprüche der einzelnen Beschäftigten regeln. Die
153 flächendeckende Finanzierung wollen wir nicht durch neue steuerliche Subventionen an
154 die Unternehmen oder zulasten der Beitragszahlenden in der Arbeitslosenversicherung
155 mit der Gießkanne sicherstellen, sondern durch eine gesetzliche Umlage, die sich an
156 der Größe und Ertragskraft der Unternehmen orientiert. Damit und durch die Bildung
157 regionaler oder branchenbezogener Fonds wollen wir auch Beschäftigten kleinerer und
158 mittlerer Betriebe die Teilnahme an hochwertigen Weiterbildungsangeboten ermöglichen.

159 10) Der gesetzliche Mindestlohn muss armutsfest werden. Bei Vollzeitbeschäftigung
160 bedeutet das ein Nettomonatseinkommen oberhalb der Armutsgrenze, also oberhalb von
161 60% des Medianlohnes (mathematischer Durchschnittswert). Daraus müssen sich auch ein
162 ALG I und nach 45 Versicherungsjahren eine Rente jeweils oberhalb der Grundsicherung
163 ableiten. Deshalb brauchen wir auch nach der Erhöhung auf 12€ eine dynamische
164 Anpassung dieser absoluten Untergrenze. Ausnahmen darf es nicht mehr geben. Dem (zu
165 erhöhenden) Mindestlohn entsprechend wollen wir ein Mindest-Kurzarbeitergeld in der
166 Höhe des Nettoentgeltes bei Mindestlohn schaffen.

167 11) Wir teilen die Auffassung, dass das bestehende System der Grundsicherung am
168 Arbeitsmarkt grundlegend geändert werden muss. Es entwertet Erwerbsbiografien und
169 Lebensleistungen, stellt Arbeitsuchende unter Generalverdacht, übt Druck auf Löhne
170 und Arbeitsbedingungen aus, verursacht Ausgrenzung und Abstiegsängste. Auch spaltet
171 es mental, sozial und politisch die Gesellschaft. Eine längere Bezugsdauer von ALG I
172 mit verbesserten Qualifizierungsmöglichkeiten und auch mehr Förderung für
173 Langzeitarbeitslose sind der richtige Weg. Allerdings dürfen wir mit dem Begriff
174 „Bürgergeld“ für die bisherigen Hartz IV- Leistungen keine falschen Vorstellungen
175 wecken, sondern sollten die Regelungen beim ALG II viel deutlicher verbessern. Dieses
176 muss, da es an Menschen gezahlt wird, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen,
177 deutlich, mindestens 25%, über der Grundsicherung liegen. Es muss den Arbeitsuchenden
178 auch individuell, also ohne Einbezug einer „Bedarfsgemeinschaft“, zur Verfügung
179 stehen. Die bisherigen Regelungen zur Bedürftigkeitsprüfung sind generell in Frage zu
180 stellen und nicht nur für zwei Jahre. Langzeitarbeitslose sind wieder mit Beiträgen
181 in die Rentenversicherung einzubeziehen. Arbeitsvermittlung hat zur Bekämpfung von
182 Lohndumping die Arbeitsbedingungen für zumutbare Arbeit zu prüfen.

183 12) Soweit es sich nicht um Pflichten von Arbeitgebern, beitragsgedeckte Leistungen
184 der Arbeitslosenversicherung oder um Ausbildungsumlagen handelt, geht es bei den
185 geforderten Maßnahmen und Sozialtransfers um Zukunftsinvestitionen (Erhalt und
186 Verbesserung des „Humankapitals“, Erhöhung der Erwerbstätigenquote, Ausbau der
187 Fachkräftebasis, gesellschaftlicher Zusammenhalt). Dies hat der Staat im Interesse
188 des Gemeinwohls zu organisieren und daher über Steuern zu finanzieren. Ein neues
189 sozialdemokratisches Steuerkonzept zielt daher auf eine sozial gestaltete
190 Verbreiterung der Einnahmehasis und einen handlungsfähigen Staat ab.

191 Die Arbeit der Zukunft muss Gute Arbeit sein. Das Recht auf Arbeit ist ein Recht auf
192 Gute Arbeit.

Antrag Ar007: Reguläre Beschäftigungsverhältnisse stärken - Arbeit auf Abruf verhindern

Antragsteller*in:	SPD LV Rheinland-Pfalz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Zukunftsprogramm

Sachgebiet:

Ar - Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass reguläre Beschäftigungsverhältnisse gestärkt werden:
- 2 Damit das Normalarbeitsverhältnis, unbefristet, sozial abgesichert, tariflich
- 3 bezahlt, wieder zum Normalfall wird fordern wir deshalb die SPD Gremien, insbesondere
- 4 die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen bzw. gesetzlich auf den Weg zu
- 5 bringen, dass
- 6 • prekäre Beschäftigung – , geringfügige Beschäftigung eingedämmt, insbesondere
- 7 Befristungen ohne sachlichen Grund abgeschafft und Befristungsgründe eingeschränkt
- 8 werden
- 9 • ein armutsfester Mindestlohn - ohne Ausnahmen und mit wirkungsvollen Kontrollen bei
- 10 entsprechender Ausstattung mit Kompetenzen und Personal eingeführt wird
- 11 • die Reform der Minijobs auf Basis des DGB-Modells erfolgt und klare Kriterien zur
- 12 Abgrenzung zwischen abhängiger Beschäftigung und (Solo)-Selbständigkeit geschaffen
- 13 werden
- 14 • eine intensivere und praxistaugliche Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit,
- 15 Werkverträgen und Scheinselbstständigkeit erfolgt. Der Grundsatz „gleicher Lohn für
- 16 gleiche
- 17 Arbeit am gleichen Ort“ muss eingehalten werden.
- 18 • Arbeit auf Abruf darf es nur in Ausnahmen und unter der Voraussetzung ordentlicher
- 19 Normalarbeitsverhältnisse in Vollzeit geben
- 20 • die Tarifbindung erhöht wird, beispielsweise durch die Vereinfachung der
- 21 Allgemeinverbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen, u. a. durch
- 22 Mehrheitserfordernis bei der Ablehnung eines entsprechenden Antrags und der
- 23 Nachwirkung
- 24 von Tarifverträgen bei Ausgründungen, Organisationsänderungen oder Verlassen des
- 25 Tarifbereichs durch den Arbeitgeber
- 26 • die betriebliche Mitbestimmung ausgebaut wird und eine härtere Bestrafung der
- 27 Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit erfolgt
- 28 • die Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten muss gestärkt werden damit
- 29 eine Zergliederung der Betriebe in viele kleine neue Firmen erfolgreich verhindert
- 30 und
- 31 Beschäftigte durch Umstrukturierung nicht entrechtet werden
- 32 • Verbandsklagerecht der Gewerkschaften entwickelt wird
- 33 Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt durch wirksame Kontrollen des Arbeits- und
- 34 Sozialrechts und bessere und bundesweite Koordinierung durchgesetzt und ein besserer
- 35 arbeits- und sozialrechtlicher Rahmen für sichere Arbeit geschaffen wird.

Antrag Ar008: Mehr Zeit für das was zählt: Arbeitszeitverkürzung jetzt!

Antragsteller*in:	SPD AG Jusos
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess/ Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	Ar - Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Um eine Arbeitswelt zu schaffen, die Beschäftigten Lebensqualität und
- 2 Selbstbestimmung einräumt, setzen wir uns für eine wöchentliche Arbeitszeit von
- 3 mittelfristig 25 Stunden ein. Damit Beschäftigte keine Gehaltseinbußen erfahren,
- 4 braucht es einen vollen Lohnausgleich. Gleichzeitig darf es nicht zu einer
- 5 Verdichtung und Intensivierung der Arbeit sowie zu erhöhtem Leistungsdruck führen.
- 6 Die Reduzierung der Arbeitszeit geschieht daher bei vollem Personalausgleich

Antrag Ar009: Neuberechnung der Ausgleichsabgabe bei Nichterfüllung der Schwerbehindertenquote

Antragsteller*in:	SPD AG Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag
Sachgebiet:	Ar - Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Der SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die
- 2 monatliche Ausgleichsabgabe bei Nichterfüllung der Schwerbehindertenquote (§ 160
- 3 Absatz 1 Satz 1 SGB IX) deutlich erhöht wird.
- 4 Als Berechnungsgrundlage für die Höhe der Ausgleichsabgabe sind dabei die Kosten
- 5 eines Beschäftigungsverhältnisses bei Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns und einer
- 6 Wochenarbeitszeit von 40 h heranzuziehen.

Antrag Ar010: Minijobreform jetzt!

Antragsteller*in:	SPD LV Rheinland-Pfalz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess/ Zeitenwende-Prozess

Sachgebiet: Ar - Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Wir fordern eine Reform, die geringfügiger Beschäftigung soziale Sicherheit und
- 2 langfristige Stabilität gibt! Wir fordern die Bundesregierung und den
- 3 Bundesarbeitsminister auf, diese geplante Ausweitung der Minijobgrenze gekoppelt an
- 4 die Dynamisierung des Mindestlohns zu stoppen! Stattdessen sind entsprechend der
- 5 Beschlusslage der SPD Minijobs in die Systeme der sozialen Sicherung zu überführen
- 6 und ist die längst überfällige Minijobreform endlich – wie im Wahlprogramm
- 7 beschlossen – anzugehen!

Antrag B001: Rettet das Bundesprogramm "Sprachkitas"

Antragsteller*in:	SPD LV Mecklenburg-Vorpommern, SPD Kreis Hamburg-Mitte, SPD OV Billstedt, SPD OV Horn
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	B - Bildungs, Wissenschaft und Jugend

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Der SPD-Parteikonvent möge beschließen, dass sich die SPD-Bundestagsfraktion, die
- 2 SPD-Bundesvorsitzenden und der Bundeskanzler für die Bildungschancen aller Kinder -
- 3 egal welcher Herkunft – und damit für die Weiterführung des Bundesprogramm „Sprache &
- 4 Integration“ mit aller Kraft einzusetzen.

Antrag B002: Paradigmenwechsel in der Beschäftigung von Wissenschaftler*innen

Antragsteller*in:	SPD AG Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag
Sachgebiet:	B - Bildungs, Wissenschaft und Jugend

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Die im Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) angegebenen Grenzen zur

- 2 befristeten Beschäftigung von Einzelpersonen sollen aufgehoben werden. Stattdessen
3 soll der Abschluss eines befristeten Arbeitsvertrags nach WissZeitVG nur Betrieben
4 möglich sein, in denen mehr als 50% der Wissenschaftler*innen unbefristet beschäftigt
5 sind. Diese Grenze soll über mehrere Jahre gestaffelt eingeführt werden.
6 Wissenschaftliche Hilfskräfte ohne abgeschlossenes Hochschulstudium sind von dieser
7 Regelung auszunehmen.

Antrag B003: Mehr Wissenschaft & Forschung

Antragsteller*in:	SPD AG Selbstständige (AGS)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an PV in den Arbeitsprozess Transformation
Sachgebiet:	B - Bildungs, Wissenschaft und Jugend

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Wissenschaft und Forschung sind zentrale Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit
2 des Wirtschaftsstandortes Deutschland.
- 3 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Deutschland auch ein international führender
4 Biotechnologie-Standort ist. Durch den ersten mRNA-Impfstoff aus Mainz hat die
5 Forschung „Made in Germany“ weltweite Sichtbarkeit erlangt. Dieser Weg muss
6 konsequent weiter begangen werden. Dazu gehören auch klare Rahmenbedingungen für das
7 finanzielle Engagement von Bund und Ländern.
- 8 Aus Sicht der AGS besteht Handlungsbedarf befolgenden Themen:
- 9 • **Drittmittelforschung erleichtern**
- 10 Die aufwändige Antragstellung in der Drittmittelforschung muss durch zusätzliche
11 Projektmittel unterstützt werden. Ein nationales Netzwerk von industriellen Partnern
12 sollte allen Universitäten für die Akquise von Kooperationspartnern zur Verfügung
13 stehen.
- 14 Kleineren Unternehmen muss die Möglichkeit zur Antragstellung zu öffentlich
15 geförderten bzw. teil-geförderten Drittmitteln mit Hilfe der wissenschaftlichen
16 Mitarbeiter möglich sein.
- 17 • **Projektmittel für Forschung an den Universitäten erhöhen**
- 18 Die freie Forschung an den Universitäten muss mit erhöhten Etats ausgestattet werden,
19 damit Deutschland nicht den Anschluss an die Weltspitze verliert. Wir brauchen
20 Mentorenprogramme in Zusammenarbeit mit der Industrie, um Fachkräfte auszubilden und
21 den Einsatz der neu entwickelten Produkte zu testen.
- 22 • **Beantragung von Patenten und Mustern vereinfachen**
- 23 Die Patentierung und der Schutz von Produkten, Verfahren und Marken muss vereinfacht

24 werden. Bei der Beantragung von Patenten und Mustern müssen KMUs besser unterstützt
25 werden. Dringend benötigt wird die fachliche Begleitung beim Patentamt und bei
26 Lizenzgewährungen.

27 • **Akzeptable Mindestentgelte und Rahmenbedingungen schaffen**

28 An vielen Hochschulen werden Dozenten semesterweise als "freie" Mitarbeiter je nach
29 Bedarf eingestellt, d.h. nur während des Vorlesungsbetriebs und pro
30 Unterrichtsstunde. Der Mindeststundenlohn beträgt aktuell gerade einmal 17,02 Euro.
31 Um Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und sonstige Versicherungen muss sich der freie
32 Dozent selbst kümmern. Ausbeutung und Scheinselbstständigkeit liegen nahe, ein
33 volkswirtschaftlicher Verlust für Deutschland als Forschungs- und
34 Wissenschaftsstandort ist ohne deutliche Erhöhungen vorprogrammiert.

35 • **Fächerspektrum an Volluniversitäten erhalten**

36 Die Vielfalt der Volluniversitäten im Fächerspektrum soll erhalten werden. Die
37 Schließung von „kleinen“ Fächern (nicht häufig nachgefragten) ist in diesem
38 Zusammenhang schädlich und sollte nicht aus wirtschaftlichen Gründen erfolgen.
39 Schwerpunkte ändern sich schnell (Beispiel erneuerbare Energien).

40

41 Mehr Wissenschaft & Forschung – Unsere wichtigsten Forderungen sind:

- 42 • Forschungsbudgets erhöhen.
- 43 • Beantragung von Patenten und Mustern vereinfachen.
- 44 • Entgeltregelungen und Arbeitsbedingungen verbessern.
- 45 • Fächerspektrum an Volluniversitäten erhalten.

Antrag D001: Kultur. Macht. Zukunft.

Antragsteller*in:	SPD AG Selbstständige (AGS)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess / Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	D - Digitales, Medien und Kultur

Der Debattenkonvent möge beschließen:

1 Durch den pandemiebedingten Verzicht auf Kunst und Kultur wurde deren Bedeutung um so
2 mehr bewusst. Kultur verbindet über Herkunft, Religion und sämtliche Orientierungen
3 hinweg als universelle Sprache und führt die Gesellschaft mit ihren wertvollen
4 Beiträgen zusammen.

5 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eventuell ein verkannter, aber mittlerweile in
6 einigen Regionen starker Wirtschaftsfaktor, der eine gezielte Förderung erfahren
7 muss, besonders was die Möglichkeiten der Ansiedlung betrifft. Es sollen Anreize für

- 8 Eigentümer*innen von Leerstandsobjekten geschaffen werden, diese als Zwischennutzung
9 den Akteuren in der Kultur- und Kreativwirtschaft zur Verfügung zu stellen.
- 10 Wir müssen für die kulturellen Orte sorgen, daher muss bei Kommunen und Ländern die
11 Finanzierung von Theatern, Konzertsälen und Räumen für die Freie Szene gesichert
12 sein.
- 13 Damit sich Einzelunternehmer*innen aus Kunst und Kultur soziale Absicherung leisten
14 können, müssen in diesen Bereichen Mindestvergütungen durchgesetzt werden, z.B.
15 Ausstattungsvergütungen, Mindestsätze für Proben und Auftritte sowie Mindesthonorare
16 in technischen Bereichen. Wertschätzung für Arbeit drückt sich letztendlich auch
17 immer in
- 18 (Be-)Zahlung aus. Zwar wurde in den letzten beiden Jahren betont, wie wichtig Kunst
19 und Kultur für die Gesellschaft sind, gleichwohl bedeutete der Lockdown im Jahr
20 2020/21 ein faktisches Berufsverbot. Dazu darf es für die Kulturschaffenden in
21 Deutschland niemals mehr kommen.
- 22 Für die in der Kultur- und Kreativwirtschaft tätigen Einzelunternehmer*innen und
23 kleinen Unternehmen fordern wir ein bundeseinheitliches Konzept für Wirtschaftshilfen
24 in Zeiten ungewöhnlicher Herausforderungen, wie einen bundeseinheitlichen fiktiven
25 Unternehmer*innenlohn, eine bessere Koordinierung von Bundes- und Landeshilfen, mehr
26 Transparenz und Übersichtlichkeit sowie eine Entbürokratisierung des Antrags- und
27 Vergabeverfahrens.
- 28 In der Kultur wird durch alle Branchen der Fachkräftemangel beklagt. Gerade in den
29 technischen Bereichen sind viele Spezialist*innen in andere sicherere Bereiche
30 abgewandert. Dafür benötigen wir Erleichterungen für Seiteneinsteiger wie eine
31 moderne Migrationspolitik, wobei auch Asylbewerber*innen zu berücksichtigen sind.
- 32 Kultur. Macht. Zukunft. – Unsere wichtigsten Forderungen sind:
- 33 • Bessere Koordinierung von Bundes- und Landeshilfen, mehr Transparenz und
34 Übersichtlichkeit, Entbürokratisierung des Antrags- und Vergabeverfahrens.
 - 35 • Verpflichtung zur Zahlung einer Mindestvergütung für unselbstständig
36 Beschäftigte.
 - 37 • Finanzielle Sicherung von kulturellen Orten auch für die Freie Szene.
 - 38 • Erleichterung für Seiteneinsteiger und eine angepasste Migrationspolitik auch
39 für Asylbewerber.

Antrag F001: Gender impact assessment - (geschlechtersensible Folgenabschätzung)

Antragsteller*in:	SPD AG Sozialdemokratischer Frauen* (AsF)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

Sachgebiet:	F - Familien, Gleichstellung, Senioren, Generations- und Frauenpolitik
--------------------	--

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Wir fordern die Bundesregierung auf,
- 2 1. die milliardenschweren Hilfspakete (Corona, Entlastungspakete I, II und III)
- 3 einer geschlechtersensiblen Folgenabschätzung zu unterziehen,
- 4 2. darzulegen, wie sich die Ausgaben auf die Lebenslagen von Frauen und Männern
- 5 auswirken,
- 6 3. bei künftigen Hilfspaketen die Geschlechterperspektive zu implementieren,
- 7 4. transparent zu machen, in welcher Weise die Maßnahmen der Koalition zu mehr
- 8 Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit beitragen,
- 9 5. die Ergebnisse dieser geschlechtersensiblen Folgenabschätzung in
- 10 Kommunikationsstrategien zu implementieren

Antrag F002: Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin zeitnah einsetzen!

Antragsteller*in:	SPD AG Sozialdemokratischer Frauen* (AsF)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	F - Familien, Gleichstellung, Senioren, Generations- und Frauenpolitik

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 In unserem Koalitionsvertrag haben wir die Einrichtung einer „Kommission zur
- 2 reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin“ angekündigt. Nach der
- 3 Abschaffung des Paragraphen 219a StGB fordern wir nun die nächsten Schritte ein:
- 4 - Zeitnahe Einrichtung der angekündigten Kommission mit paritätischer Besetzung
- 5 - Beteiligung der Zivilgesellschaft
- 6 - Zügiger Arbeitsbeginn und Vorlage der Ergebnisse spätestens im Sommer 2024, um die
- 7 Umsetzung im Bundestag noch in dieser Legislaturperiode zu garantieren

Antrag G001: Gesundheit vor Profite – für eine gerechte Finanzierung unseres Gesundheitswesens

Antragsteller*in:	SPD AG Jusos
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess / Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	G - Gesundheit

Der Debattenkonvent möge beschließen:

1 **Grundlegendes**

2 Gesundheit ist ein Menschenrecht. Die Aufgabe unseres Gesundheitssystem ist deshalb
3 dieses Versprechen sicherzustellen und allen Patient*innen die bestmögliche
4 Versorgung zu garantieren. Gesundheit ist Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Dazu
5 gehört eine gute Verfügbarkeit von medizinischer und pflegerischer Versorgung. Die
6 medizinische Versorgung muss sowohl die Versorgung von Erkrankten oder medizinisch
7 Hilfsbedürftigen beinhalten, aber auch Prävention von Erkrankungen. Medizinische
8 Versorgung kann nur qualitativ hochwertig sein, wenn sie von gut ausgebildeten
9 Fachkräfte durchgeführt wird und diese ausreichend Zeit habe. Ein optimales
10 Gesundheitssystem verfügt über eine möglichst individuelle Versorgung, die sich an
11 den spezifischen Bedürfnissen der einzelnen Patient*innen orientiert.

12 **Ausgangslage**

13 Die Bundesrepublik verfügt über eine große Gesundheitsinfrastruktur. Viele moderne
14 Behandlungsmethoden sind verfügbar, Fachkräfte können häufig auf ein großes Wissen
15 und eine große Vielfalt an medizinischen Geräten und Hilfsmitteln zurückgreifen.
16 Trotzdem ist die Realität von der optimalen Gesundheitsversorgung aller Patient*innen
17 und guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen noch weit
18 entfernt. Behandlungsentscheidungen werden täglich auf Grundlage finanzieller
19 Erwägungen getroffen um die Wirtschaftlichkeit des Krankenhaus, der Praxis oder der
20 Abteilung sicherzustellen. Blutige Entlassungen, fehlende Anschlussbehandlung oder
21 unnötige kurze stationäre Aufnahmen. Die Erwägung finanzieller Fragen spielt im
22 Alltag in der Klinik permanent eine Rolle.

23 Die Finanzierung unseres Gesundheitswesens setzt Anreize in der Gestaltung von
24 Therapie und Diagnostik. Medizinische Entscheidungen auch in Abhängigkeit von
25 finanziellen Erwägungen zu treffen, ist nicht den einzelnen Ärzt*innen und
26 Fachkräften vorzuwerfen. Dass das Fortbestehen der eigenen Abteilung oder Praxis auch
27 an der Wirtschaftlichkeit der medizinischen Entscheidungen hängt ist eine Tatsache,
28 die medizinische Entscheidungen beeinflusst. Die marktförmige Organisation des
29 Gesundheitswesens hat einen Einfluss auf die Behandlung von Patient*innen.

30 Aktuell erfolgt die Krankenhausfinanzierung dual. Das heißt, Betriebskosten werden
31 von den Krankenkassen, Investitionskosten von den Ländern getragen.

32 Die Betriebskostenfinanzierung erfolgt durch die Fallpauschalen oder auch DRGs
33 (diagnosis related groups) demnach werden bestimmte Diagnosen mit jeweiliger Therapie
34 in Gruppen zusammengefasst und pauschal vergütet. Wenn die Kosten für einen Fall

35 höher ausfallen, bleibt das Krankenhaus auf den Kosten sitzen, schafft das
36 Krankenhaus die Versorgung mit weniger Kosten, erwirtschaftet es Gewinne. So werden
37 durch die Finanzierung Anreize für bestimmte Therapien, bestimmte Diagnostik und die
38 Einsparung von Personal gesetzt.

39 Defacto geht das Problem noch einmal weiter. Bei den DRG Fallpauschalen handelt es
40 sich um Verhältniszahlen der Anteile oder ein Vielfaches eines Basisfallwertes
41 festlegen, welcher zuvor zwischen Krankenkassen und Krankenhausgesellschaften
42 ausgehandelt wird. An die tatsächlich entstehenden Kosten sind diese Basisfallwerte
43 grundsätzlich nicht gebunden und auch die DRG Fallpauschalen werden durch defacto
44 nicht repräsentative Methoden ermittelt.

45 ***Eine andere Gesundheitsversorgung ist möglich – bedarfsgerechte Finanzierung unserer*** 46 ***Krankenhäuser***

47 Die bedarfsgerechte Finanzierung ist keinesfalls ein Widerspruch zu
48 Wirtschaftlichkeit. Der Maßstab für Wirtschaftlichkeit muss vor allem die
49 Versorgungsqualität und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sein. Eine
50 qualitativ hochwertige Versorgung bedeutet: Das Patient*innenwohl wird ins Zentrum
51 gestellt.

52 Unser Gesundheitssystem ist ein zentraler Bereich der Daseinsvorsorge. Diese
53 Daseinsvorsorge muss sich in erster Linie am Gemeinwohl orientieren. Ein System der
54 Gewinnerwirtschaftung und marktförmigen Organisation im Gesundheitswesen lehnen wir
55 ab. Stattdessen brauchen wir ein System das eine bedarfsgerechte Finanzierung
56 sicherstellt.

57 Bedarfsgerecht das bedeutet für uns, die tatsächlich entstandenen Kosten müssen
58 refinanziert werden. Unabhängig vom Modus der unterjährigen Auszahlung an die
59 Krankenhäuser muss klar sein, am Ende bleibt das Krankenhaus nicht auf für die
60 Behandlung entstandenen Kosten oder notwendigen Vorhaltekosten sitzen. Dabei darf
61 kein Platz für Beliebigkeit oder verschwenderischen Umgang mit den Geldern der
62 Krankenkassen und damit mit den Versicherungsbeiträgen aller Versicherten umgegangen
63 werden, wie vor der Einführung der DRG Fallpauschalen bereits geregelt müssen die
64 Krankenhäuser dabei wirtschaftlich handeln und sich daraufhin auch überprüfen lassen.

65 Neben den Betriebskosten findet sich auch im Bereich der Investitionsfinanzierung
66 große Herausforderungen. In den letzten Jahren hat sich ein Investitionsstau von
67 mindestens 30 Milliarden aufgebaut, der jährlich um ca. 4-6 Milliarden ansteigt. Die
68 Länder müssen ihrer Verantwortung nachkommen und die notwendigen Investitionskosten
69 finanzieren. Um dem aktuellen Investitionsbedarf gerecht zu werden, ist eine feste
70 Investitionsquote für die Länder notwendig.

71 ***Wie uns der Wandel gelingen kann***

- 72 • Beendigung der Betriebskostenfinanzierung über die DRG Fallpauschalen
- 73 • Bedarfsgerechte Krankenhausfinanzierung
- 74 • Finanzierung der tatsächlich entstandenen Kosten
- 75 • Gesetzliche Festlegung einer Investitionsquote für die Länder

Antrag G002: Wegfall der Ökonomisierung und Kommerzialisierung im Gesundheitssektor

Antragsteller*in:	SPD LV Rheinland-Pfalz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess / Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	G - Gesundheit

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Die Ökonomisierung und Kommerzialisierung des Gesundheitssektors soll unterbunden
- 2 werden. Die Fallpauschalen muss in allen Bereichen entfallen, die Kliniken,
- 3 Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen sollen finanziell entlastet werden.

Antrag G003: Keine weiteren Privatisierungen im Gesundheitswesen und der Daseinsvorsorge

Antragsteller*in:	SPD AG Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess / Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	G - Gesundheit

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Sämtliche Träger der öffentlichen Hand und Unternehmen unter Einfluss der öffentlich-
- 2 rechtlichen Körperschaften werden aufgefordert,
- 3 - Keine weiteren Privatisierungen im Bereich des Gesundheitswesens und der Pflege
- 4 sowie in der Daseinsvorsorge (insbesondere Versorgung mit Energie, Kommunikation,
- 5 Wasser, Verkehr, Entsorgung und Wohnraum) mehr vorzunehmen oder zuzulassen.
- 6 - Da, wo es möglich ist, bereits vorgenommene Privatisierungen rückgängig zu machen
- 7 und Anteile an den Unternehmen in den genannten Bereichen zurückzukaufen.
- 8 - alle neuen Infrastrukturprojekte in öffentlicher Hand zu übernehmen oder durch
- 9 Unternehmen in mehrheitlich in öffentlicher Hand übernehmen zu lassen.

Antrag G004: Verbesserung der land- und hausärztlichen Versorgung

Antragsteller*in:	SPD LV Rheinland-Pfalz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess / Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	G - Gesundheit

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Die räumlich und zeitlich angemessene Versorgung von Patient*innen durch Haus-, Land- und Fachärzt*innen soll landesweit gesichert und verbessert werden. Dabei sollen
- 2 bevorzugt medizinische Versorgungszentren (MVZ) durch Kommunen eingerichtet und
- 3 getragen werden.

Antrag G005: Erreichbarkeit von Krankenhäusern garantieren, ländlichen Raum nicht benachteiligen

Antragsteller*in:	SPD LV Rheinland-Pfalz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess / Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	G - Gesundheit

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Erreichbarkeit eines Krankenhauses innerhalb von 30 Minuten muss gesetzlich
- 2 festgeschrieben werden. Die Distanz zur nächsten Notaufnahme darf höchstens 50
- 3 Kilometer betragen. In sehr strukturschwachen Regionen muss unter Zuhilfenahme von
- 4 Rettungshubschraubern Abhilfe geschaffen werden. Jedes Krankenhaus muss
- 5 „Kerndisziplinen“ abdecken (Innere, Unfall-/Chirurgie, Intensivmedizin,
- 6 Geburtsstationen und Stroke Unit).

Antrag I001: Gesetzesgrundlage für die finanzielle Beteiligung von gewinnorientierten Großveranstaltungen

Antragsteller*in:	SPD AG Sozialdemokratischer Frauen* (AsF)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die Einführung einer gesetzlichen
- 2 Regelung zu prüfen, mittels derer die Veranstalter*innen gewinnorientierter
- 3 Großveranstaltungen, die die öffentliche Sicherheit gefährden (z.B. Fußball-Spiele),
- 4 dazu verpflichtet, sich finanziell an den Kosten der erforderlichen Polizeieinsätze
- 5 zu beteiligen. Die Einnahmen könnten bspw. zur Finanzierung gemeinnütziger Projekte
- 6 genutzt werden.

Antrag I002: Pfändungsfreibetrag für Kinder bei beiden Elternteilen berücksichtigen

Antragsteller*in:	SPD AG Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Bei der Pfändung von Einkommen nach § 850c ZPO müssen die Erhöhungsbeträge für beide
- 2 Elternteile in voller Höhe gewährt werden, wenn sie für minderjährige Kinder oder
- 3 Kinder in Ausbildung tatsächlich Unterhalt leisten, unabhängig davon, ob dieser als
- 4 Barunterhalt oder als Naturalunterhalt geleistet wird. Eine teilweise
- 5 Nichtberücksichtigung ist nicht zulässig. Hier ist immer von der grundsätzlichen
- 6 Verpflichtung beider Elternteile auszugehen. Demzufolge muss auch der
- 7 Erhöhungsfreibetrag bei beiden Eltern berücksichtigt werden.
- 8 Gewährt der Schuldner aufgrund gesetzlicher Verpflichtung seinem Ehepartner/ seiner
- 9 Ehepartnerin, seinem früheren Ehepartner/ seiner früheren Ehepartnerin Unterhalt,
- 10 muss der Erhöhungsbetrag in voller Höhe gewährt werden, solange der/ die
- 11 Unterhaltsberechtigte kein eigenes Einkommen mindestens in Höhe des doppelten
- 12 Regelsatzes nach SGB II zuzüglich den (ggf. anteiligen) Kosten der Unterkunft
- 13 erzielt.
- 14 Eine teilweise Nichtberücksichtigung darf hier ebenfalls nicht erfolgen.
- 15 Eine abweichende Festsetzung nach § 850c Abs. 6 darf in diesen Fällen nicht erfolgen.
- 16 Es muss klargestellt werden, dass in der Regel die Tabelle zu § 850 c anzuwenden ist
- 17 und nur in besonders begründeten Ausnahmefällen eine Abweichung auf Antrag eines
- 18 Gläubigers erfolgen kann.
- 19 Bei unterhaltspflichtigen Schuldnern werden bei der Pfändung von Arbeitseinkommen von
- 20 einigen Gerichten zunehmend unterhaltsberechtigzte Personen herausgerechnet. Besonders
- 21 ungerecht ist dies z. B. wenn der nicht im Haushalt lebende Vater eines
- 22 minderjährigen Kindes Unterhalt bezahlt und das Kind dann bei der Mutter nur noch

- 23 teilweise berücksichtigt wird.
- 24 • 850 c Abs. 6 gibt dem Gläubiger grundsätzlich die Möglichkeit, zu beantragen,
25 dass Unterhaltsberechtigte mit eigenen Einkünften nach billigem Ermessen des
26 Gerichts unberücksichtigt bleiben. Dies ist gerechtfertigt, wenn Angehörige
27 tatsächlich Ihren Lebensunterhalt durch eigene (Erwerbs-)Einkünfte bestreiten
28 können. Dies trifft auf minderjährige Kinder jedoch in der Regel nicht zu.
- 29 Die Festlegung bei Ehepartnern auf den doppelten SGB II-Regelsatz zuzüglich (ggf.
30 anteilige) Kosten der Unterkunft würde zu einer Klarstellung und zur Entlastung der
31 Gerichte führen.

Antrag I003: Keine Wahlrechtsänderung ohne Parität!

Antragsteller*in:	SPD AG Sozialdemokratischer Frauen* (AsF)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Zukunftsprogramm (Kap. 3.8, S. 42)
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 wir fordern
- 2 • die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass der Deutsche
3 Bundestag im Rahmen der nächsten Wahlrechtsänderung verbindliche Vorgaben für
4 die Herstellung von Geschlechterparität bei Listen- und Direktmandaten schafft.
- 5 • die SPD-Landtagsfraktionen auf, sich in den Landtagen dafür einzusetzen, dass in
6 den Landtags- und Kommunalwahlgesetzen verbindliche Vorgaben für die Herstellung
7 von Geschlechterparität geschaffen werden, die sowohl für Landeslisten als auch
8 für Direktwahlkreise gelten

Antrag S001: DIE KURSKORREKTUR IN DER RENTENPOLITIK KONSEQUENT FORTSETZEN! Solidarisch und gerecht den Lebensstandard im Alter sichern!

Antragsteller*in:	SPD AG Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Beschluss Zukunftsprogramm vom 9.5.2021
Sachgebiet:	S - Soziales

Der Debattenkonvent möge beschließen:

1 Das deutsche System der Altersvorsorge wird den Anforderungen von Sicherung des
2 Lebensstandards in einer sich wandelnden Arbeitswelt und Gesellschaft trotz der von
3 der SPD durchgesetzten Verbesserungen noch nicht dauerhaft gerecht. Immer mehr
4 Menschen müssen sich im Alter gewaltig einschränken oder es droht gar der Weg in die
5 Grundsicherung. Selbst Durchschnittsverdienende müssen mit einer Rente rechnen die
6 größere Einkommensverluste bedeuten. Schuld sind die Verwerfungen der letzten
7 Jahrzehnte auf dem Arbeitsmarkt und eine verfehlte Rentenpolitik, die weiterhin
8 grundlegender Korrekturen bedarf.

9 Menschen, die über einen langen Zeitraum Beiträge einzahlen, müssen im Gegenzug auch
10 darauf vertrauen können, dass sie am Ende ihres Berufslebens eine auskömmliche
11 gesetzliche Rente beziehen werden. Diese Erwartung spiegelt noch immer einen breiten
12 gesellschaftlichen Konsens wider und wird nach wie vor generationenübergreifend
13 geteilt. Über alle Grenzen hinweg wird ein Rentenniveau von mindestens 53% als
14 Grundlage angesehen. Nur bei den Durchführungswegen gibt es gravierende Unterschiede.

15 Das Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung und die damit verbundene
16 Teilprivatisierung ist gescheitert. Nur wenige haben die Möglichkeit, die wachsenden
17 Versorgungslücken in Folge des festgelegten Leistungsabbaus der gesetzlichen
18 Rentenversicherung durch private Vorsorge zu schließen. Eine zusätzliche betriebliche
19 Altersvorsorge gibt es nicht flächendeckend, sie befindet auf dem Rückzug und
20 erreicht gerade diejenigen Arbeitenden am wenigsten, die sie am dringendsten
21 bräuchten.

22 Die gesetzliche Rentenversicherung hat sich bewährt!

23 Die Leistungsreduzierungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung, insbesondere nach
24 der Jahrtausendwende, waren vom Streben nach einem möglichst niedrigen Beitragssatz
25 getrieben. Dieser Weg bringt die Versicherten in eine Sackgasse, in der den
26 marginalen Entlastungen in der Erwerbsphase sozialer Abstieg oder gar Armut im Alter
27 folgen. Deshalb muss es einen Kurswechsel und eine Rückbesinnung auf das
28 Versorgungsprinzip sozialer Sicherung geben. Auskömmliche Renten müssen wieder
29 primäres Sicherheitsziel des Sozialstaates werden. Die Rentenversicherung zählt zum
30 Kern unseres Sozialstaats und hat sich seit vielen Jahrzehnten bewährt. Auch in der
31 Zeit nach der Finanzmarktkrise ab 2008 stellte sich die Stärke dieses
32 umlagefinanzierten Sicherungssystems heraus. Sie umfasst alle Generationen im Land,
33 ist unabhängig von Banken, Privatversicherungen und internationalen Fonds, von
34 privaten Renditeinteressen und auch unabhängig von der Entwicklung einzelner
35 Beschäftigtengruppen, Betriebe oder Branchen. Sie stellt dabei eine hälftige
36 Finanzierung durch die Arbeitgeber sicher. Zugleich nutzt sie bestmöglich den Vorteil
37 möglichst großer, solidarischer Kollektive. Unser rentenpolitisches Ziel ist es, in
38 Zukunft den Solidarvertrag zwischen den und innerhalb der Generationen zu schützen
39 und weiterzuentwickeln. Durch eine sozialstaatlich ausgestaltete und gerecht
40 finanzierte Absicherung muss ein gutes Leben im Alter garantiert und der
41 Lebensstandard weitgehend gesichert werden. Deshalb wollen wir einen Kurswechsel in
42 der Rentenpolitik mit einer langfristig deutlichen Steigerung des gesetzlichen

43 Rentenniveaus mit dessen dauerhafter Ankoppelung an die allgemeine
44 Wohlstandsentwicklung. Angesichts des tiefgreifenden Strukturwandels der Arbeitswelt
45 und der bevorstehenden Transformation der gesamten Arbeitswelt ist dies besonders
46 dringlich. Das Alterssicherungssystem muss an die bevorstehenden strukturellen
47 Umbrüche angepasst werden. Die Arbeitswelt wird immer vielschichtiger. Der Trend zu
48 immer individuelleren Erwerbsverläufen wird sich im Zuge der Veränderung weiter
49 verstärken. Erziehungs-, Weiterbildungs- und Pflegezeiten werden zum Normalfall.

50 Ein zeitgemäßes Rentensystem muss sich an die Tatsache einer dynamischeren
51 Arbeitswelt anpassen und ebenfalls in Zeiten des Wandels soziale Sicherheit für alle
52 gewährleisten. Für eine nachhaltige Verbesserung der Versorgung im Alter ist eine
53 umfassende Nachjustierung zugunsten einer wirklich solidarischen und gerechten
54 Alterssicherung unverzichtbar! Das SPD-Zukunftsprogramm und das Sozialstaatspapier
55 sieht viele Verbesserungen in der Rentenpolitik vor: Alle Erwerbstätigen sollen
56 langfristig in die Rentenversicherung aufgenommen werden. Armutsrisiken sollen bei
57 den Erwerbsminderungsrentner*innen verringert, vieles soll verbessert werden.
58 Langjährige Pflege von Familienmitgliedern sollen sich nicht mehr negativ auf die
59 Rente auswirken. Gesetzlich Versicherte sollen sich in angemessenem Umfang ergänzend
60 freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung versichern können. Eine ergänzende
61 private Altersvorsorge ist kein Ersatz.

62 Mit dem Freibetrag bei der Sozialversicherungspflicht der Betriebsrenten wurde ein
63 wichtiger Schritt gemacht. Vieles davon hat die SPD im Koalitionsvertrag zusammen mit
64 einer Absage an die Erhöhung des gesetzlichen Rentenzugangsalters verankert. Schon
65 das war bis vor kurzem kaum vorstellbar und wird von uns als großer Erfolg einer
66 langjährigen Diskussion gesehen. Dennoch: das Festhalten am Status quo reicht nicht
67 aus! Für eine lebensstandardsichernde gesetzliche Rente brauchen wir perspektivisch
68 eine Anhebung des Niveaus auf etwa 53 %. Mit der Reaktivierung des Nachholfaktors
69 noch vor der nächsten Rentenanpassung 2022 werden die Löhne in den kommenden Jahren
70 den Renten weiter davonlaufen. Zwar konnte sich die FDP mit ihrer „Aktienrente“ am
71 Ende nicht ganz durchsetzen, der Einstieg in die teilweise Kapitaldeckung der
72 gesetzlichen Rente ist kein Lösungsweg. Keinesfalls darf beispielsweise der Einstieg
73 in die kapitalgedeckte Rentenversicherung aus dem Bundeszuschuss zu Lasten des
74 Rentenniveaus finanziert werden. Es fehlen strukturelle Reformen, weshalb eine
75 fortschrittliche, zukunftsichere und solidarische Rentenpolitik deutlich
76 weiterreichen muss. Vor diesem Hintergrund fordern wir:

77 1. Die gesetzliche Rente ist und bleibt der Grundpfeiler der Alterssicherung
78 Berechnungen zeigen, dass die Rendite der gesetzlichen Rentenversicherung positiv ist
79 und auch für kommende Generationen positiv bleibt. Die gesetzliche Rente ist der
80 Grundpfeiler der Alterssicherung in Deutschland. Das System der gesetzlichen
81 Alterssicherung ist so umzubauen, dass das Ziel der Lebensstandardsicherung wieder
82 ausschließlich durch das gesetzliche Rentensystem erreicht und damit die strukturelle
83 Armut vermieden wird.

84 Nur die Rückkehr zum Ziel einer lebensstandardsichernden Altersrente kann der
85 jahrzehntelangen Arbeits- und Beitragsleistung der Versicherten gerecht werden. Die

86 bisherige Riesterrente mit staatlicher Subventionierung der Versicherungskonzerne
87 darf nicht weitergeführt werden. Für bestehende Verträge soll jedoch der
88 Vertrauensschutz gelten. Alle für die Altersvorsorge notwendigen Steuermittel sind in
89 der gesetzlichen Rentenversicherung zu bündeln.

90 2. Schrittweise Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent

91 Die Abwärtsspirale bei der Rente ist gestoppt. Um ein gutes Leben im Alter zu
92 garantieren und den Lebensstandard weitgehend zu sichern ist das Rentenniveau
93 perspektivisch auf 53 Prozent anzuheben, also in etwa auf den Stand zu Beginn dieses
94 Jahrtausends. Damit kann der im Erwerbsleben durchschnittlich erreichte
95 Lebensstandard auch im Alter weitgehend erhalten und ein sozialer Abstieg im Alter
96 verhindert werden. Dieses Versorgungsziel ist durch die gesetzliche
97 Rentenversicherung zu ermöglichen. Über lange Zeit wurde so ein Netto-Rentenniveau
98 von etwa 70 Prozent erreicht – was nach heutiger Berechnungsmethode einem
99 Sicherungsniveau netto vor Steuern von etwa 53 Prozent entspricht. Dies erfordert
100 zwingend zwei Maßnahmen:

101 1. Zentrale Bezugsgröße bei der Berechnung des Rentenniveaus ist die sogenannte
102 Standardrente mit 45 Entgeltpunkten für 45 Jahre Durchschnittseinkommen. Diese
103 Standardrente ist auf der Basis der von langjährig Versicherten im Schnitt
104 tatsächlich erreichten Entgeltpunkte (derzeit etwa 43 Entgeltpunkte) neu zu
105 definieren.

106 2. Das von der Bundesregierung angenommene Gesamtversorgungsniveau unterstellt,
107 dass die gesetzliche Rente von einer Riester-Rente ergänzt wird. Doch auf viele
108 Beschäftigte trifft diese Annahme gar nicht oder zumindest nicht in dieser Höhe
109 zu, da sie über keine entsprechenden Anwartschaften verfügen. Zudem geht die
110 Bundesregierung von überzogen optimistischen Annahmen hinsichtlich Rendite,
111 Dynamisierung und Kosten aus. Diese unterstellte Zusatzvorsorge aus einem
112 Riester-Vertrag sollte daher in entsprechender Höhe wieder als Bestandteil der
113 gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden.

114 Das Verhältnis von neuer Standardrente zu entsprechendem Durchschnittseinkommen muss
115 als das daraus abzuleitende Sicherungsniveau zum Zielniveau werden, welches zügig
116 wieder erreicht und dann dauerhaft gehalten werden muss.

117 Der Altersvorsorgeanteil (AVA) muss aus der Rentenanpassungsformel ersatzlos
118 gestrichen werden.

119 3. Eine solidarische Finanzierung der Alterssicherung durch eine 120 Paritätisch finanzierte Erwerbstätigenversicherung

121 Die Weiterentwicklung der paritätisch finanzierten Rentenversicherung in die
122 zukünftig alle Bevölkerungsschichten in Form einer Erwerbstätigenversicherung in das
123 Rentensystem einbezogen werden. Aus verschiedenen Gründen ist gerade jetzt, also zu
124 Beginn der 2020er Jahre der Umstieg auf eine Erwerbstätigenversicherung günstig und
125 politisch geboten.

126 Hierbei sollen in Zukunft Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber auch zusätzlich
127 auf den Gewinn erhoben werden können. Die Höhe des Arbeitgeberbeitrages im Bereich

128 des Niedriglohnsektors ist mindestens am Durchschnitt der Löhne der jeweiligen
129 Branche auszurichten (Arbeitgebermindestbeitrag). Die Beiträge der Versicherten
130 werden entsprechend gesenkt und der Anreiz für niedrige Löhne gebremst.

131 Auf die historisch gewachsenen Ansprüche in den Sonderversorgungssystemen besteht ein
132 eigentumsähnlicher Bestandsschutz. Deshalb kann die Weiterentwicklung zu einer
133 Erwerbstätigen-versicherung nur schrittweise im Rahmen einer Stichtagsregelung
134 vollzogen werden. Dabei werden jene Selbständige, Beamte, Abgeordnete oder
135 freiberuflich Tätigen in die Versicherungspflicht einbezogen, die zum Stichtag noch
136 nicht in einem obligatorischen Alterssicherungssystem versichert sind. Im Rahmen der
137 Übergänge der Sonderversorgungssysteme in die Erwerbstätigenversicherung sind die
138 jeweils nach altem Recht noch erworbenen Anwartschaften zu gewährleisten. Der
139 Übergang wird daher ein bis zwei Generationen in Anspruch nehmen. Um Länder und
140 Kommunen von den vorübergehend ansteigenden Beitragslasten für Ihre Beamt*innen zu
141 entlasten, errichtet der Bund einen Sonderfonds, der mittelfristig durch die
142 eingesparten Pensionen zurückerstattet wird. Auch hierbei helfen uns die derzeit
143 niedrigen Zinsen. Perspektivisch stellen wir damit die Alterssicherung unabhängig von
144 der arbeitsrechtlichen Erwerbsform und dem bezogenen Einkommen auf eine möglichst
145 breite Beitragszahlendenbasis.

146 Parallel muss hierzu die Möglichkeit einer Demographie-Rücklage in der
147 Rentenversicherung geschaffen werden. Ergänzend zum Aufbau dieser Demografie-Reserve
148 muss ein demografiebedingter Kostenanstieg vorübergehend durch Bundeszuschüsse zur
149 gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen.

150 Die Mindestreserve und die Demografie-Rücklage sind sinnvoll zu investieren anstatt
151 sie durch Negativzinsen aufzehren zu lassen. Wir halten es für dringend geboten,
152 damit bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wie dies schon bis 2005 geschah. Damit
153 schaffen wir gesellschaftlichen Nutzen und eine Verzinsung des angesammelten
154 Kapitals. Die hierdurch mobilisierbaren Beträge übersteigen die bisher geplanten
155 Maßnahmen aller öffentlichen Hände für den sozialen Wohnungsbau um ein Mehrfaches.
156 Sinngemäß gilt dies insbesondere auch für den im Koalitionsvertrag vorgesehenen 10
157 Mrd. € - Kapitalstock, der nicht auf den ohnehin überdehnten Finanzmärkten landen
158 darf, sondern realwirtschaftlich, sicher und gesellschaftlich nützlich in den
159 Wohnungsbau zu investieren ist. Dieser Kapitalstock könnte alternativ auch für die
160 Demografie-Rücklage genutzt werden.

161 Beiträge und Bemessung

162 Einen guten Sozialstaat gibt es nicht zum Nulltarif. Der von den Arbeitnehmern und
163 Arbeitgebern paritätisch finanzierte Beitragssatz von derzeit 18,6% in der
164 Rentenversicherung muss schrittweise angehoben werden, dass die Beitragssätze
165 spätestens ab 2025 über die gesetzlichen Haltelinien von 20 Prozent und 22 Prozent ab
166 2030 steigen werden. So können substanzielle Verbesserungen im Rentenniveau erreicht
167 werden.

168 Aufgabe einer sozialdemokratischen Reform muss es sein, die Rentenformel an die
169 jetzige und künftige Gesellschaft anzupassen und dieses Thema zu besetzen - als
170 Vereinfachung, als Klarheit und als Schutz vor dem Risiko der Altersarmut.

171 Dabei muss es Ziel sein, Nachteile in der Rentenversicherung ohne bürokratischen
172 Aufwand auszugleichen. Statt immer neue Ausnahmeregelungen zu schaffen, wäre zu
173 prüfen, ob es nicht gerechter ist, z.B. das Drittel der persönlichen Entgeltpunkte
174 für die Beitragszeiten mit der geringsten Bewertung auf den Durchschnitt der
175 persönlichen Entgeltpunkte anzuheben bzw. zum Prinzip der Rente nach Mindesteinkommen
176 zurückzukehren.

177 Die Beitragsbemessungsgrenze für die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung ist
178 aufzuheben, wobei die daraus erwachsenden Leistungsansprüche degressiv abgeflacht
179 werden. Das bedeutet, dass oberhalb eines noch festzulegenden hohen Jahreseinkommens
180 die mit den Beiträgen verbundenen Rentenanwartschaften unter Berücksichtigung der
181 verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht mehr im Verhältnis 1:1 ansteigen würden.

182 Die Verschlechterung der Rentenformel durch den Nachhaltigkeitsfaktor muss
183 zurückgenommen werden.

184 Zeiten des Bezugs von ALG II bzw Bürgergeld sind wieder als Beitrags- und
185 Versicherungszeiten mit mindestens einem halben Entgeltpunkt zu werten und von den
186 Grundsicherungsstellen/Jobcentern zu entrichten.

187 Für Erziehungs- und Pflegeleistung (finanziert durch Pflegeversicherung oder durch
188 einen Bundeszuschuss) erhalten die erziehenden bzw. pflegenden Personen so viele
189 Rentenpunkte zusätzlich zu ihrem Rentenanspruch, als hätten sie in der Erziehungs-
190 bzw. Pflegezeit weitergearbeitet. Entsprechend erfolgt eine rentenrechtliche
191 Bewertung zukünftig von Aus- und Fortbildungszeiten.

192 Für einen signifikant höheren steuerlichen Grundfreibetrag für Rentnerinnen und
193 Rentner. „Eck- oder Standardrentner“ in der Rentenversicherung mit 45 Entgeltpunkten
194 orientieren. (Beispiel: Der Grundfreibetrag liegt 2022 für Alleinstehende bei 9.984
195 Euro pro Jahr. Für Verheiratete gilt der doppelte Wert.

196 Steuer- und Verteilungspolitik, Zuschuss

197 Die notwendige ausreichende Kapitalausstattung der umlagefinanzierten gesetzlichen
198 Rente ist durch einen angemessenen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt herzustellen.

199 Darüber hinaus ist darauf hinzuwirken, dass auch die gesetzliche Rente nur zur Hälfte
200 auf Leistungen nach dem SGB XII angerechnet wird.

201 Außerdem muss ein wesentlicher Teil zur Finanzierung der gesetzlichen Rente zügig
202 durch eine gerechte Steuer- und Verteilungspolitik erbracht werden. Der
203 Spitzensteuersatz ist zu erhöhen, um die soziale Ungleichheit einzudämmen. Außerdem
204 sind europaweit Finanzgeschäfte (Finanztransaktionssteuer) und die Umsätze von
205 digitalen Unternehmen (Digitalsteuer) zu besteuern.

206 Die Mehreinnahmen sind zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung einzusetzen.
207 Altersvorsorge ist auch und gerade in Zeiten tiefgreifender Umbrüche eine
208 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Angesichts der Reichtumsentwicklung ist sie auch
209 finanzierbar.

210 Die gesetzliche Obergrenze für Rücklagen der gesetzlichen Rentenversicherung von
211 aktuell 1,5 Monatsausgaben ist zu beseitigen oder zumindest deutlich zu erhöhen.

212 Beitragsungedekte Leistungen steuerlich finanzieren

213 Leistungen, die systematisch nicht durch Beiträge gedeckt sind, wollen wir
214 solidarisch und gerecht über Steuermittel finanzieren. Es entspricht der
215 rentenpolitischen Beschlusslage der SPD, alle versicherungsfremden, aber sozial
216 notwendige Leistungen über das allgemeine Steueraufkommen zu finanzieren. Dazu
217 gehören zum Beispiel: einheitliche Mütterrente, Ost-West Angleichung,
218 Erwerbsminderungsrente, Erziehungs- und Pflegeleistungen. Es darf keine Finanzierung
219 dieser Leistungen über die Rentenbeiträge geben.

220 Betriebliche Altersvorsorge als Ergänzung

221 Die bestehenden und zukünftigen vereinbarten Regelungen zwischen Gewerkschaften und
222 Arbeitgeberverbänden bezüglich Betriebsrente, sollen hier ausdrücklich unberührt
223 bleiben. Die betriebliche Altersvorsorge soll als Ergänzung gestärkt und ihre
224 Verbreitung deutlich erhöht werden. Eine betriebliche Altersversorgung (bAV) könnte,
225 tariflich abgesichert und arbeitgeberfinanziert, als Ergänzung zu einer gestärkten
226 gesetzlichen Rente einen zusätzlichen Beitrag zur individuellen Absicherung im Alter,
227 bei Erwerbsminderung sowie zur Hinterbliebenenversorgung leisten.

228 Die Beitragsfreiheit von Betriebsrenten ist analog zur gesetzlichen
229 Rentenversicherung zu regeln. Eine Förderung oder gesetzliche Privilegierung von
230 Altersvorsorgeprodukten ohne volle Beitrags - und Zinsgarantie lehnen wir ab. Bei
231 vielen Modellen wirbt die Versicherungswirtschaft zwar mit höheren Renditen, kann und
232 will jedoch zumeist nicht einmal für die eingezahlten Beiträge garantieren. Mit Blick
233 auf die Erfahrungen der globalen Finanzkrise und die labile Situation der ohnehin
234 überdehnten Finanzmärkte halten wir dies für eine Alterssicherung breiter
235 Bevölkerungsschichten für unverantwortlich.

236 3.Guter Übergang in die Rente statt Rente mit 67!

237 Die Regelaltersgrenze anpassen

238 Die Diskussionen um Verbesserungen beim Rentenniveau wie bei der Armutsbekämpfung
239 werden konterkariert durch die nicht enden wollende Debatten um eine immer höhere
240 Regelaltersgrenze. Letztere lehnen wir ab.

241 Die Rente mit 67 geht an der Realität der Beschäftigten vorbei und ist durch das
242 gesetzliche Rentenzugangsalter mit 65 Jahren zu ersetzen.

243 Eine realistisch in Arbeit erreichbare Regelaltersgrenze muss gerade vor dem
244 Hintergrund des Wandels der Arbeit verstärkt von passgenauen Optionen für die
245 Gestaltung sozial abgesicherter Übergänge während des Erwerbslebens sowie beim
246 Ausstieg aus dem Erwerbsleben begleitet werden. Diese flexiblen, abschlagsfreien
247 Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand müssen gefördert werden.

248 Lücken in der Erwerbsbiografie haben in der Regel negative Auswirkungen auf die
249 Versorgungs-situation im Alter. Mögliche Instrumente für den Übergang in den
250 Ruhestand sind hier insbesondere die Stärkung der Rahmenbedingungen für die
251 Altersteilzeit, ein dauerhafter Rentenzugang ohne Abschläge mit 63 Jahren und nach
252 mindestens 45 Beitragsjahren für alle Generationen.

253 Erwerbsminderungsschutz verbessern

254 Der Invaliditätsschutz der gesetzlichen Rentenversicherungen ist weiter zu
255 verbessern. Der Zugang zu den Erwerbsminderungsrenten ist zu erleichtern.
256 Die Altfälle sollen den Neufällen gleichgestellt werden. Die Zurechnungszeiten für
257 die Erwerbsminderungsrenten (auch Altfälle) werden auf 65 Jahre verlängert.
258 Erwerbsgemindert ist, wer wegen körperlicher (z.B. Unfall) oder psychischer
259 Erkrankung einer Erwerbstätigkeit nicht mehr nachgehen kann. Im vorletzten
260 Bundestagswahlkampf wurde den Erwerbsgeminderten eine deutliche Verbesserung ihrer
261 Erwerbsminderungsrente versprochen. Tatsächlich wurde mit dem Rentenpaket 2014 die
262 Zurechnungszeit bei Rentenanzugängen ab 1. Juli 2014 um zwei Jahre verlängert.
263 Erwerbsgeminderte wurden dabei so gestellt, als hätten sie mit ihrem bisherigen
264 Einkommen bis zum 62. statt wie vorher bis zum 60. Geburtstag weitergearbeitet.
265 Außerdem müssen neben der beschlossenen Verlängerung der Zurechnungszeiten bei der
266 Erwerbsminderungsrente in einem weiteren Schritt die ungerechtfertigten Abschläge
267 beseitigt werden. Niemand wird freiwillig erwerbsgemindert.
268 Währenddessen müssen die Angebote und Möglichkeiten der Prävention und Rehabilitation
269 auch durch die gesetzliche Rentenversicherung ausgeweitet werden, um alters- und
270 altersgerechte Arbeit zu fördern und gesundheitsbedingte vorgezogene
271 Erwerbsaustritte möglichst lange zu verhindern.

Antrag S002: Rentenerhöhungen mindestens auf dem Niveau des Inflationsausgleichs

Antragsteller*in:	SPD UB Region-Hannover
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess / Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	S - Soziales

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Zur Stärkung der gesetzlichen Rente und des Vertrauens in ihre Kaufkraft soll im SGB
- 2 VI eine Regelung verankert werden mit dem Inhalt, dass die jährlichen
- 3 Rentenerhöhungen immer mindestens auf dem Niveau der jährlichen Inflation zu erfolgen
- 4 haben.

Antrag S003: Bürgergeld gerecht gestalten!

Antragsteller*in:	SPD AG Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der	Erledigt durch Regierungshandeln

Antragskommission:

Sachgebiet: S - Soziales

Der Debattenkonvent möge beschließen:

1 Wir begrüßen den im Koalitionsvertrag vereinbarten Paradigmenwechsel im SGB II
2 (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und die geplante Einführung des Bürgergeldes.
3 Die Reform muss so gestaltet werden, dass sie ein Leben ohne Armut ermöglicht und die
4 (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt fördert

5 1. Regelsätze

6 Die Regelsätze für das Existenzminimum sind so anzupassen, dass sie die Existenz
7 tatsächlich sichern sowie die spezifischen Teuerungs- und Inflationsraten
8 berücksichtigen.

9 Eine Erhöhung zum 01.1.2022 um lediglich 3,00 € (für Kinder 2,00 €) reicht noch
10 nicht einmal die Teuerungsrate bei den Lebensmitteln aus. Hier sehen wir dringenden
11 Handlungsbedarf.

12 Zudem müssen wir uns wieder vom Prinzip der Bedarfsgemeinschaften zugunsten einer
13 individuellen Betrachtung der einzelnen Arbeitssuchenden verabschieden.

14 Um den Aufgaben der Alleinerziehenden gerecht zu werden, dürfen hier beispielsweise
15 nicht die Regelbedarfssätze der Grundsicherung herangezogen werden. Die Regelsätze
16 für Alleinerziehende müssen deutlich über denen der Grundsicherung liegen. Die
17 derzeit gültigen Zuschläge gleichen die Zusatzbelastung nicht aus.

18 Das ALG II, künftig Bürgergeld, muss, wie ursprünglich von der Hartz-Kommission
19 vorgesehen, deutlich - also etwa um 25% - über dem Existenzminimum liegen.

20 2. Absetzbeträge

21 Es ist wichtig, beim System der Absetzbeträge vom Erwerbseinkommen zu bleiben. Dies
22 schafft den Anreiz, mehr zu arbeiten, da dann auch der vom Einkommen freibleibende
23 Betrag höher ist. Sinnvoll wäre es, die Freibeträge für bestimmte

24 Erwerbstätigen Gruppen zu erhöhen. So sollte für sozialversicherungspflichtige
25 Beschäftigung der Freibetrag höher sein als für einen Minijob. Auch beim Minijob
26 bestünde die Möglichkeit, die sozialversicherungspflichtige Variante zu

27 wählen. Für Alleinerziehende sollte der Freibetrag deutlich höher angesetzt werden,
28 da in diesen Familien nur eine Person einen Freibetrag erwirtschaften kann, in Zwei-
29 Elternfamilien jedoch beide Elternteile durch Erwerbstätigkeit ein höheres

30 Familieneinkommen erwirtschaften können. Die Zuverdienstmöglichkeiten zu erhöhen ist
31 der falsche Ansatz. Dies schafft nur Anreize, sich im Niedriglohnsektor im Bereich
32 der Minijobs zu betätigen, da dann nur so viel gearbeitet wird, um den maximalen
33 Freibetrag zu erhalten.

34 3. Zuflussprinzip

35 Das Zuflussprinzip im ersten Monat bei Arbeitsaufnahme muss ausgesetzt werden, da der
36 Arbeitslohn meist am Ende des Monats bezahlt wird und dadurch eine finanzielle Lücke

37 entsteht.

38 Eine im Monat der Arbeitsaufnahme eventuell entstandene Überzahlung ist als
39 Bonus/Prämie dafür anzusehen, dass der /die Leistungsberechtigte Person eine
40 versicherungspflichtige Arbeit aufgenommen hat. Der Satz 3 im Absatz3 des §11 SGB II
41 ist ersatzlos zu streichen.

42 4. Finanzielle Hilfe von Dritten

43 Es muss anrechnungsfrei möglich sein, dass z.B. Familienangehörige, Freunde,
44 Solidargemeinschaften oder Vereine Bezieher*Innen von SGB II bzw. Bürgergeld
45 finanziell unterstützen.

46 Ein jährlicher Betrag von bis zu 3.000 Euro sollte als leistungsunschädlich angesehen
47 und nicht angerechnet werden.

48 5. Schonvermögen

49 Das Schonvermögen spielt für die Betroffenen eine bedeutende Rolle. Meist stammt das
50 Vermögen aus langer vorangegangener Arbeit.

51 Wir wollen den Rückgriff auf wirklich große Vermögen beschränken.

52 Dies kann Kränkungen, Existenzängste und Verarmung ebenso vermindern wie
53 Kontrollbürokratie reduzieren. Wer zur Miete wohnt und kein Wohneigentum hat, darf im
54 Volumen des Schonvermögens nicht schlechter gestellt werden als Betroffene mit
55 Wohneigentum. Letzteres wollen wir jedoch ausdrücklich schützen.

56 Ferner sind private und betriebliche Altersversorgungssysteme bis zum Leistungsfall
57 und danach voll zu sichern und in voller Höhe zu schonen. Eine unschädliche
58 Beitragsbefreiung während eines Bezugs von Leistungen nach SGB II bzw. des
59 Bürgergeldes für private Altersvorsorge ist gesetzlich zu verankern.

60 6. Sanktionen

61 Sanktionen bei Nichteinhaltung von Vereinbarungen sind keine Lösung. Eine Sanktion
62 ist immer das letzte Mittel und darf nur in das höhere neue Bürgergeld, nicht jedoch
63 in das Existenzminimum und die Wohn- und Energiekosten eingreifen. Ferner darf sie
64 jeweils nicht länger als einen Monat verhängt werden.

65 7. Bruttokaltmiete

66 Die Erstattung der Bruttokaltmiete soll jährlich entsprechend den durchschnittlichen
67 Veränderungen der Mieten in der jeweiligen Region bzw. entsprechend den einschlägigen
68 gesetzlichen Regelungen angepasst werden. Die Feststellung sollen die
69 Gremien der jeweils zuständigen kommunalen Gebietskörperschaften (Kreistag,
70 Stadtrat, Gemeinderat) in Kooperation mit den Jobcentern, Sozialämtern und
71 Mietervereinen übernehmen. Ferner wäre es z. B. eine Möglichkeit, die Vorgaben des
72 Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge als Richtschnur zu nehmen.
73 Hierfür bedarf es keiner Rechtsänderung, sondern vielmehr einer fachlich korrekten
74 Ausübung des Ermessensspielraums durch fachlich qualifiziertes Personal in den
75 Jobcentern.

76 8. Energie- und Wasserkosten

77 Die Energie- und Wasserkosten (Strom, Heizung und Wasser) sind in tatsächlicher
78 Höhe unter Berücksichtigung von Bausubstanz und üblichem Verbrauch zu übernehmen.
79 Die Regelsätze enthalten für Wohnungsinstandhaltung plus Energiekosten derzeit einen
80 Anteil von 8,8%.(Für eine alleinstehende Person sind dies aktuell gerade einmal 39,51
81 €, und das angesichts der gegenwärtigen Preisentwicklung!).

82 9. Anschaffungen und langlebige Gebrauchsgüter

83 Für größere begründete Anschaffungen/ langlebiger Gebrauchsgüter muss eine
84 bedarfsdeckende Einmalleistung nach individuellem Bedarf (z. B. Kühlschrank,
85 Bett) gewährt werden. Die erforderlichen Beträge sind aus der Regelleistung nicht
86 ansparbar. Die derzeitige Praxis der Darlehensgewährung führt zu massiver Ver- und
87 Überschuldung der Leistungsempfangenden. Durch die Einbehaltung aus den Regelsätzen
88 erfolgt eine langanhaltende oder sogar dauerhafte Unterdeckung. In der Regelleistung
89 ist derzeit ein Anteil von 6,1 % für Innenausstattung, Haushaltsgeräte und
90 Haushaltsgegenstände vorgesehen. Dies entspricht aktuell einem Betrag von 27,39 €.
91 Wie von diesem Betrag zusätzlich zu laufendem Ausstattungsbedarf
92 Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgeräte in einem bedarfsgerechten Zeitraum
93 angespart werden können, bleibt der Fantasie des Gesetzgebers überlassen, ist
94 jedenfalls in Wirklichkeit unmöglich.

95 10. Strategien zur Armutsvermeidung

96 Die Erfordernisse besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen sind zu ermitteln und
97 geeignete Strategien der Armutsvermeidung und Eingliederung ins Erwerbsleben zu
98 entwickeln.
99 Die vorgesehenen Ansprüche auf verwertbare Qualifizierungsmaßnahmen anstelle des
100 Zwangs zur Arbeitsvermittlung sind ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Zudem
101 sind die Bezieher*innen von Bürgergeld/ALG II wieder in die Rentenversicherung mit
102 Beitrags- und Versicherungszeiten in der Höhe eines halben Entgeltpunktes zu
103 integrieren. Damit ist auch das Risiko der Altersarmut zu verringern und der Zugang
104 zur Grundrente zu erleichtern.

105 11. Bildungs- und Teilhabeaufwendungen

106 Bildungs- und Teilhabeaufwendungen müssen in tatsächlicher Höhe nach individuellem
107 Aufwand und Bedarf bewilligt werden. Der Anteil für Bildung beträgt derzeit 0,3 % des
108 Regelsatzes.
109 Für einen Erwachsenen sind dies 1,12 € monatlich, für Kinder und Jugendliche zwischen
110 0,71 € und 0,94 €. Zusätzlich gibt es noch 15,00 € pro Monat aus dem Bildungs- und
111 Teilhabepaket.
112 Eine angemessene aktive Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben scheidet
113 somit von vorneherein aus. So dürfte es z. B. einem musikalisch veranlagten Kind kaum
114 möglich sein, mit diesen Beträgen eine(n) Musiklehrer(in) bezahlen zu können. Das
115 Bildungs- und Teilhabepaket ist auch ein Beispiel für übertriebene bürokratische
116 Hürden. Der Zugang zu den einschlägigen Leistungen ist zu entbürokratisieren und zu
117 vereinfachen.

118 12. Potentiale fördern!

119 Die Potentiale der Menschen zu fördern war auch bei der Einführung der Grundsicherung
120 für Arbeitssuchende nach SGB II als oberste Maxime ausgegeben
121 worden. Der Slogan lautete „Fördern und Fordern“. Die Umsetzung erfolgte allerdings
122 überwiegend im Bereich des Forderns.
123 Wie im Koalitionsvertrag angelegt, muss daher die Eingliederungsvereinbarung und
124 deren Umsetzung auf Augenhöhe erarbeitet anstatt wie bisher verordnet werden.
125 Arbeitssuchende dürfen außerdem nicht in dequalifizierende oder prekäre Jobs gedrängt
126 werden.

127 13. Gute Beratung!

128 Die Beratung auf Augenhöhe ist im SGB I verbindlich als Rechtsanspruch in § 14 SGB I
129 Beratung, §§ 13 bis 15 normiert: Aufklärung, Beratung und Auskunft.
130 JedeR hat Anspruch auf Beratung über seine/ihre Rechte und Pflichten nach diesem
131 Gesetzbuch. Zuständig für die Beratung sind die Leistungsträger, denen gegenüber die
132 Rechte geltend zu machen oder die Pflichten zu erfüllen sind.
133 Dass nun darauf geachtet werden soll, dass das bestehende Gesetz eingehalten und
134 umgesetzt werden soll, ist aller Ehren und Mühen wert.
135 Hier und auch für die Erarbeitung von Teilhabevereinbarungen bedarf es einer
136 entsprechenden qualitativen und quantitativen Ausstattung der Jobcenter.

137 14. Personalausstattung

138 Die qualitative und quantitative
139 Personalausstattung in den Jobcentern muss insbesondere im Bereich des
140 Fallmanagements verbessert werden. Die Leistungsbemessung der zuständige
141 Sachbearbeiter*Innen und die daraus abgeleitete Personalbemessung kann nicht länger
142 nach der puren Anzahl der Leistungsempfängenden und zu vermittelnden Personen
143 errechnet werden, sondern muss vielmehr an den Bedürfnissen und der Zusammensetzung
144 der jeweils betroffenen Leistungsempfängenden orientiert werden. Ferner bedarf es
145 einer ausreichenden Finanzausstattung, um entweder selbst geeignetes Personal für z.
146 B. psychisch kranke Leistungsempfängende zu beschäftigen, oder Stellen bei Kommunen
147 und Wohlfahrtsverbänden zur Unterstützung der
148 Eingliederungsbemühungen zu schaffen und zu sichern.
149 Es müssen auch Kapazitäten für die Vernetzung von passgenauen Hilfen im
150 Einzelfall geschaffen werden. Leistungsempfängende benötigen in vielen Lebensfeldern
151 Unterstützung und müssen kontinuierlich begleitet werden. Aktuell sind Maßnahmen auf
152 drei Monate begrenzt. Dies reicht bei den wenigsten aus, um sie „fit für das
153 (Arbeits-) Leben“ zu machen. Diese Drei-Monatsgrenze sollte auf ihre Wirksamkeit
154 überprüft werden und in einem bedarfsgerechten Umfang erhöht werden.

155 15. Rechtsweg

156 Die sofortige Beschreitung des Rechtswegs (Widerspruch, Klage) muss erhalten bleiben.
157 Es darf kein vorgeschaltetes Schlichtungsverfahren geben. Ein Schlichtungsmechanismus
158 ist ungeeignet, da sich in der Regel keine gleichberechtigten Partner
159 gegenüberstehen, sondern es macht eine, oftmals rechtsunkundige, hilfsbedürftige

- 160 Person gegenüber einer rechtskundigen Behörde einen gesetzlich normierten
161 Rechtsanspruch geltend.

Antrag S004: Soziale Lage von Selbstständigen und Kleinunternehmen sowie Künstler*innen verbessern

Antragsteller*in:	SPD AG Selbstständige (AGS)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag
Sachgebiet:	S - Soziales

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Der Koalitionsvertrag greift eine Reihe von Forderungen der AGS zur Stärkung von
- 2 Selbständigen und Kleinunternehmen auf. Dazu gehört eine Neuregelung des Zugangs zur
- 3 Arbeitslosenversicherung. Außerdem soll künftig kein Selbständiger mehr in
- 4 Unsicherheit leben wegen einer fehlenden oder unzureichenden Alterssicherung.
- 5 Darüber hinaus setzen wir uns als AGS zusammen mit dem Kulturforum der
- 6 Sozialdemokratie e.V. auch für die Verbesserung der sozialen Lage von Künstler*innen
- 7 ein. Dabei muss die Ausweitung der Künstlersozialkasse (KSK) auf die technischen
- 8 Berufe im Zusammenhang mit künstlerischer Aufführungspraxis mitgedacht werden. Auch
- 9 hier formuliert die Koalitionsvereinbarung einen klaren Auftrag für die neue
- 10 Bundesregierung.
- 11 Im Ergebnis begrüßen wir deshalb die Überlegungen von Bundesarbeitsminister Hubertus
- 12 Heil bezüglich der sozialen Absicherung von Selbstständigen und Kleinunternehmen
- 13 sowie Künstler*innen. Wir erwarten Konzepte zur Einrichtung einer
- 14 Arbeitslosenversicherung für Selbständige, der Bürgerversicherung sowie der
- 15 Rentenversicherung für alle und zur Erweiterung des
- 16 Künstlersozialversicherungsgesetzes (KSVG). Wir als AGS fordern, dass alle Vorhaben
- 17 noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden.
- 18 Soziale Lage von Selbstständigen und Kleinunternehmen sowie Künstler*innen verbessern
- 19 - Unsere Forderungen sind:
 - 20 • Einbeziehung aller Selbstständigen und Kleinunternehmen in die
 - 21 Sozialversicherungssysteme.
 - 22 • Dauerhafte Verbesserung der sozialen Lage unserer Künstler*innen.
- 23 Diese Projekte müssen in dieser Legislatur umgesetzt werden.

Antrag StW001: Zuschlagskriterien bei der Vergabe der Öffentlichen Hand neu definieren

Antragsteller*in:	SPD AG Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StW - Steuern, Finanzen und Wirtschaft

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür
- 2 einzusetzen, dass die Kriterien der Vergabevorschriften der Öffentlichen Hand
- 3 dahingehend überarbeitet werden, dass bei einer öffentlichen Auftrags-Vergabe
- 4 finanzielle Auswahl-Kriterien maximal mit einem Gewicht von 25% bewertet werden.

- 5 Die nicht-finanziellen Auswahlkriterien sollen mindestens sein:
 - 6 • Für gute Arbeit
 - 7 • Tariftreue
 - 8 • Liefertreue
 - 9 • Umweltaspekte

Antrag StW002: Die Irrfahrt vor dem Crash beenden - Schuldenbremse aus dem Grundgesetz streichen!

Antragsteller*in:	SPD AG Jusos
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Transformationsprogramm-Prozess/ Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	StW - Steuern, Finanzen und Wirtschaft

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 1. Die Anerkennung, dass Deckelung von Neuverschuldung in Form der Schuldenbremse
- 2 oder der europäischen Maastricht-Kriterien im Grundsatz falsch sowie
- 3 dysfunktional sind und daher abgeschafft gehören. Wenn Sparen zum Selbstzweck
- 4 wird, stranguliert dies die ökonomische und politische Handlungsfähigkeit eines
- 5 Staates und untergräbt so seine wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung
- 6
- 7 2. Die kurzfristige Verlängerung der vorübergehenden Aussetzung der Schuldenbremse
- 8 auch über das Jahr 2022 hinaus.
- 9
- 10 3. Die Streichung der Paragraphen Art. 109 und 115 GG aus dem Grundgesetz. Die

- 11 sozialdemokratische Fraktion im Bundestag sowie der Parteivorstand sollen sich
12 zum nächstmöglichen Zeitpunkt für dessen ersatzlose Streichung einsetzen.
13
14 4. Die Streichung etwaiger Regelungen in den jeweiligen Landesverfassungen, welche
15 ebenfalls oder in einer vergleichbaren Form die Deckelung öffentlicher Ausgaben
16 vorsehen.

Antrag StW003: Einführung der Finanztransaktionssteuer in Deutschland

Antragsteller*in:	SPD UB Region-Hannover
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Beschluss Zukunftsprogramm v. 9.5.2021
Sachgebiet:	StW - Steuern, Finanzen und Wirtschaft

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Nach 30 Jahren soll in Deutschland wieder eine Kapitalverkehrssteuer in Form der
2 Finanztransaktionssteuer eingeführt werden, die die an den Finanzmärkten
3 vorgenommenen Transaktionen an der Quelle pro Vorgang geringfügig besteuert, um in
4 der Summe die großen Zukunftsaufgaben wie den Klimaschutz, Investitionen in die
5 Infrastruktur und die Ausgaben der Sozialversicherungen mit abdecken zu können.

Antrag StW004: Bundesratsinitiative zur Vermögensteuer und zur Geltendmachung der Einnahmeausfälle

Antragsteller*in:	SPD UB Region-Hannover
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD Landtagsfraktion Niedersachsen
Sachgebiet:	StW - Steuern, Finanzen und Wirtschaft

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Aus Gerechtigkeitsgründen und zur Stabilisierung der Staatsfinanzen wird die
2 Vermögensteuer nach dem Vermögensteuergesetz (VStG) in nun rechtmäßiger Weise
3 wiederbelebt - erforderlichenfalls über eine Gesetzesinitiative des Landes
4 Niedersachsen im Bundesrat nach Art. 76 GG. Vermögen oberhalb eines Freibetrages von
5 2 Millionen Euro wird wieder mit 1 Prozent pro Jahr besteuert werden. Grundlage der

- 6 Berechnung der neu zu regelnden Steuer sind die Grundsätze, die das
7 Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 22.06. 1995 (2 BvL 37/91)
8 aufgestellt hat. Die Missachtung der vom Bundesverfassungsgericht gesetzten Frist an
9 den Bundesgesetzgeber für eine gebotene Neuregelung bis zum 31.12.1996 hat zu
10 Einnahmeausfällen bei den Bundesländern in Höhe von mindestens zweistelligen
11 Milliardenbeträgen geführt; den entsprechenden finanziellen Anteil macht das Land
12 Niedersachsen als Forderung gegenüber dem Bund geltend, der Bund erstattet den
13 Ländern die Einnahmeausfälle.

Antrag U001: Abschaffung der geltenden Praxis im Internet-Tierhandel

Antragsteller*in:	SPD UB Region-Hannover
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Transformationsprogramm-Prozess / Zeitenwende-Prozess
Sachgebiet:	U - Umwelt-, Klima-, Verbraucherschutz und Energie

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Der Handel mit und der Versand von lebenden Tieren über das Internet sollen verboten
2 werden –sowohl für Heimtiere als auch für Wildtiere, insbesondere gefährdete oder
3 geschützte Arten. Tierschutzeinrichtungen wie Tierheime oder Auffangstationen, die
4 eine behördliche Betriebserlaubnis gemäß § 11 (1) Nr. 3 TierSchG haben und ihre
5 Tiere zwar online vorstellen, die Beratung und Vermittlung jedoch vor Ort
6 abwickeln, sind von diesem Verbot auszunehmen.

Antrag W001: Wohnen muss für Arbeitnehmer*innen bezahlbar sein!

Antragsteller*in:	SPD AG Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	W - Wohnen, Stadtentwicklung, Kommunalpolitik

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Die SPD setzt sich durch Umsetzung der folgenden Maßnahmen dafür ein, dass
2 Arbeitnehmer*innen mehr bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht und der soziale

- 3 Wohnungsbau in Deutschland gestärkt wird:
- 4 - Förderung von Werkwohnungen und Mitarbeiter*innen-Wohnungen: Der
5 gemeinwohlorientierte Wohnungsbau durch Unternehmen für ihre Mitarbeiter*innen muss
6 gefördert werden. Dazu soll das Konzept in das „Bündnis für bezahlbares Wohnen“
7 aufgenommen, der Dialog mit Unternehmen gesucht und ggf. steuerliche Anreize
8 verstärkt werden, um das Modell wieder erfolgreich zu machen. Voraussetzung für eine
9 Förderung müssen die langfristige Sicherung der Gemeinwohriorientierung sowie der
10 Insolvenzschutz sein.
- 11 - Werkwohnungsbau durch den Bund und seine Beteiligungen: Auch beim Bund und seinen
12 unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen arbeiten viele Beschäftigte mit kleinen
13 und mittleren Einkommen. Der Bund ist daher gefordert, selber Werkwohnungen zu
14 errichten. Dafür sollte die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) als
15 Baudienstleister tätig werden. Werkwohnungsbau soll auch bei Mehrheitsbeteiligungen
16 des Bundes (z.B. Bahn AG) betrieben werden, bei Minderheitsbeteiligungen (z.B. Post
17 AG oder Flughafen BER) hat der Bund seinen Einfluss geltend zu machen.
- 18 - Investitionsoffensive für den sozialen Wohnungsbau und gemeinnütziges Bauen: Es
19 braucht erhebliche staatliche Investitionen in die Entwicklung von bezahlbarem
20 Wohnraum für Normal- und Geringverdienende. Für diese Investitionen müssen
21 zusätzliche Bundeszuschüsse genutzt werden, finanziert durch eine Vermögenssteuer.
- 22 - Wohngeld erhöhen: Geringverdienende Arbeitnehmer*innen müssen alle vom Instrument
23 des Wohngelds profitieren können. Dazu muss das Wohngeld als Sozialleistung gestärkt
24 werden und mehr Menschen zur Verfügung stehen. So können individuelle Härten für
25 arbeitende Haushalte bei Wohn- und Mietkosten solidarisch abgefedert werden.
- 26 - Mietenwahnsinn stoppen: Die Eskalation des Mietmarkts geht vor allem zu Lasten von
27 Arbeitnehmer*innen. Deshalb muss es eine Kappungsgrenze für den Anstieg von Mieten in
28 angespannten Märkten geben. Diese Kappungsgrenze sollte an die Tariflohnentwicklung
29 gekoppelt sein. Der Anteil der Miete am verfügbaren Haushaltseinkommen darf nicht
30 weiter steigen.

Antrag W002: Erbbaurecht

Antragsteller*in:	SPD UB Region-Hannover
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	W - Wohnen, Stadtentwicklung, Kommunalpolitik

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Wir fordern, das Erbbaurecht in Niedersachsen und auf Bundesebene sozialer zu
2 gestalten. Die wichtigsten Forderungen lauten: Die Entschädigung erfolgt in Höhe von

3 100 % des Verkehrswertes: Menschen, die ihr Eigentum aufgeben, müssen hierfür
4 angemessen entschädigt werden. In der Sachwertanalyse der Bebauung ist bereits die
5 Rahmenbedingung der Erbbaurechte eingeflossen, sodass eine vollständige Entschädigung
6 notwendig ist. Die Laufzeit der Verträge wird auf 100 Jahre inklusive einer
7 Ausstiegsklausel für Erbpachtnehmer*innen festgelegt: Je länger die Laufzeit desto
8 eher können die Nachteile von Erbbaurechten abgebaut werden. Allerdings nur dann,
9 wenn die vorstehenden Rahmenbedingungen eingehalten werden. Außerdem fordern wir: Der
10 Erbbauzins wird an die Erbbaurechte angepasst: Der Erbbauzins sollte unter den
11 aktuellen Kreditzinsen liegen, um die Marktgerechtigkeit herzustellen, da mit dem
12 Erbbaurecht Nachteile u.a. der schlechteren Beleihbarkeit des Grundstücks
13 einhergehen. Die Erhöhung der Erbbauzinsen während der Vertragslaufzeit wird in der
14 Maximalhöhe begrenzt. Dabei wird die europäische Grenze in Höhe von 2 Prozent analog
15 zur Mietpreisbremse angestrebt: Wohnen ist ein Grundrecht und der Kostenanstieg muss
16 hierfür nicht nur für Mieten, sondern auch für die Erhöhung der Erbbauzinsen begrenzt
17 werden. Es wird ein Härtefallfonds für die Menschen, die die Erhöhung bei Auslauf
18 eines Vertrages nicht leisten können, eingerichtet, um bei dem Auslaufen der Verträge
19 die dann angepassten Zinsen für die Menschen auszugleichen: Durch die
20 Auseinanderentwicklung von dem zur Verfügung stehenden Haushaltseinkommen mit der
21 Inflationsrate kann es dazu kommen, dass die grundlegenden Bedürfnisse wie u.a. das
22 Wohnen nicht mehr finanzierbar sind.

Antrag W003: Bezahlbares und barrierefreies Wohnen im Grundgesetz verankern!

Antragsteller*in:	SPD AG Sozialdemokratischer Frauen* (AsF)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	W - Wohnen, Stadtentwicklung, Kommunalpolitik

Der Debattenkonvent möge beschließen:

1 Bezahlbares und barrierefreies Wohnen muss ein Grundrecht werden. Wir fordern das
2 einklagbare Recht auf Wohnraum, als ein unverzichtbares Grundrecht, durch eine
3 Verankerung im Grundgesetz zu schaffen.

Antrag O001: Wir wollen nicht mehr warten: Innerparteiliches Awareness-Konzept

Antragsteller*in:	SPD AG Sozialdemokratischer Frauen* (AsF)
-------------------	---

Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Der Parteitag der SPD hat 2021 folgenden Beschluss an den Parteivorstand übergeben:
- 2 „Der Parteitag möge beschließen, der Parteivorstand der SPD solle bis Ende 2022 ein
- 3 innerparteiliches Awareness-Konzept erarbeiten, um Schutzmaßnahmen, Hilfestrukturen
- 4 und fest Vertrauenssteams als Ansprechpersonen in allen Fällen von Diskriminierung und
- 5 Übergriffen sicherzustellen.“
- 6 Das Jahr 2022 neigt sich dem Ende zu.
- 7 Wir fordern zeitnah ein innerparteiliches Awareness-Konzept.

Antrag O002: Stabsstelle Gleichstellung der SPD nicht schwächen, sondern stärken

Antragsteller*in:	SPD AG Sozialdemokratischer Frauen* (AsF)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Nichtbefassung
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2017 wurde auf Antrag der ASF mit großer
- 2 Zustimmung die Schaffung einer Stabsstelle Gleichstellung im WBH beschlossen.
- 3 (Beschlussbuch_o_BPT_2017, Seite 397, Zeile 1120)
- 4 Der damalige Text lautet:
- 5 „...Zwar haben wir Instrumente für die Gleichstellung, wie die Quote und das
- 6 Reißverschlussverfahren, allerdings werden sie nicht immer konsequent angewandt. Dies
- 7 reicht nicht, um Frauen auf allen Ebenen an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Um
- 8 dies zu gewährleisten, wird eine Stabsstelle für Gleichberechtigung beim
- 9 Generalsekretär oder der Generalsekretärin eingerichtet. Dadurch wollen wir besser
- 10 gewährleisten, dass alle Themen auch aus der Perspektive von Frauen beleuchtet,
- 11 Veranstaltungen nicht allein von Männern bestritten, Weiter- und Fortbildungen zum
- 12 Thema Gender durchgeführt werden, und dass die Strukturen so beschaffen sind, dass
- 13 Frauen sich vor Ort politisch engagieren können.“
- 14 Die Stabsstelle für Gleichstellung im WBH wurde zwar eingerichtet, allerdings ohne

- 15 vorherige Beteiligung der ASF schon wieder geschwächt.
- 16 Deshalb fordern wir:
- 17 1. Die Wiederherstellung einer arbeitsfähigen Stabsstelle Gleichstellung beim
 - 18 Generalsekretär oder der Generalsekretärin. Dies gilt insbesondere für die
 - 19 Stundenausstattung und den Aufgabenzuschnitt.
 - 20 2. Die Stabsstelle bei der Erarbeitung aller Diskussionspapiere und Beschlüsse
 - 21 einzubeziehen und damit sicherzustellen, eine Geschlechterperspektive zu
 - 22 implementieren und darzulegen, wie sich dadurch der Status der Gleichstellung
 - 23 verbessern wird.
 - 24 3. Bei allen Veranstaltungen Frauen als Akteurinnen sichtbar zu machen und bei den
 - 25 Inhalten die Geschlechterperspektive zu berücksichtigen

Antrag O003: Jetzt - Doppelspitze und Parität in Europa für die SPE/PES

Antragsteller*in:	SPD AG Sozialdemokratischer Frauen* (AsF)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch PV-Beschluss vom 26.09.2022
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Nach der Einführung der Doppelspitze in der SPD fordern wir Gleiches auf europäischer
- 2 Ebene der Sozialdemokratie.
- 3 Wir fordern den SPD-Parteivorstand und die Delegierten zum SPE-Kongress auf, sich auf
- 4 europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Zusammensetzung der SPE-Führung
- 5 paritätisch zwischen den Geschlechtern besetzt wird und geografische Vielfalt
- 6 widerspiegelt. In Zukunft soll eine Co-Präsidentschaft, bestehend aus einer Frau und
- 7 einem Mann, unsere europäische Partei führen.

Antrag O004: AGs stärken - Ehrenamt braucht Hauptamt

Antragsteller*in:	SPD AG Sozialdemokratischer Frauen* (AsF)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Nichtbefassung
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Die SPD verfügt über 11 eingetragene Bundes-Arbeitsgemeinschaften. Aufgrund der
- 2 Mitgliederstärke wird zwischen großen AGs (Jusos, ASF, 60+, AfA) und kleinen AGs
- 3 (AGS, ASJ, ASG, AG Migration und Vielfalt, SPD queer, Selbst Aktiv, AfB)
- 4 unterschieden.
- 5 Nur eine dieser AGs ist derzeit personell, finanziell und strukturell gut
- 6 ausgestattet, nämlich die Jusos, die als Jugendorganisation über zusätzliche Mittel
- 7 verfügt. Aber alle AGs, ob groß oder klein, brauchen Hauptamtlichkeit und AG-
- 8 freundliche Strukturen, um die ehrenamtliche Parteiarbeit leisten zu können.
- 9 Ausreichende hauptamtliche Arbeitsstunden sind die Basis für erfolgreiches, aktives
- 10 Ehrenamt.
- 11 Deshalb fordern wir:
- 12 - gute personelle Ausstattung mit Hauptamtlichkeit im AG-Referat
- 13 - Stabilität und langfristige Perspektiven im AG-Bereich
- 14 - Unterstützungsstrukturen für alle AGs in der SPD

Antrag O005: 50 Jahrfeier BUKO ASF am 23.3.2023 – Die SPD feiert ihre Frauenorganisation.

Antragsteller*in:	SPD AG Sozialdemokratischer Frauen* (ASF)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

Der Debattenkonvent möge beschließen:

- 1 Die ASF ist die größte parteipolitische Frauenorganisation in Deutschland.
- 2 Deshalb blickt die SPD stolz auf das 50-jährige Jubiläum der Bundeskonferenz der
- 3 Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen am 23. März 2023.
- 4 Wir fordern
- 5 • dieses Jubiläum mit einem Festakt im Willy-Brandt-Haus würdig zu begehen,
- 6 • Wegbegleiter*innen und Persönlichkeiten der ASF zu würdigen
- 7 und damit ein starkes Signal für die Tradition und das Engagement der
- 8 Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Kampf um die Gleichstellung der
- 9 Geschlechter abzugeben und die enge Verbindung der ASF mit der SPD als Verpflichtung
- 10 aus der Vergangenheit und Chance für die Zukunft aufzuzeigen.